

Brschw.
Die Sammelkasten

VIII. B 296. D. 1993

Gewerbe-Gesetzgebung

des

Herzogthums Braunschweig

vom

3. August 1864

nebst einem

den Motiven der Herzogl. Landesregierung und den
landständischen Verhandlungen

entnommenen

C o m m e n t a r e.

Von

C. Hoch,

Staatsanwalt in Braunschweig.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1865.

UB Braunschweig 84



10262-798-3

64

15/5

Die
Gewerbe-Gesetzgebung

des
Herzogthums Braunschweig

vom
3. August 1864

nebst einem
den Motiven der Herzogl. Landesregierung und den
landständischen Verhandlungen

entnommenen

Commentare.

B. III. 110. 3.



Die
Gewerbe-Gesetzgebung

des

Herzogthums Braunschweig

vom

3. August 1864

nebst einem

den Motiven der Herzogl. Landesregierung und den
landständischen Verhandlungen

entnommenen

C o m m e n t a r e.

Von

C. Hoch,

Staatsanwalt in Braunschweig.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1 8 6 5.

V o r r e d e.

Mit dem 1. Januar 1865 tritt die neue Gewerbe-Gesetzgebung des Herzogthums Braunschweig in Wirksamkeit, durch welche für die Landeseinwohner Gewerbefreiheit und Freizügigkeit eingeführt ist.

Die Gesetzgebung unseres Landes, welche schon in vielen Dingen anderen deutschen Ländern ein Vorbild gewesen ist, hat, trotzdem es fast ganz vom Königreiche Hannover umschlossen ist, den großen Schritt von der Zunftverfassung zur unbeschränkten Gewerbefreiheit ohne irgend eine Uebergangsperiode gewagt, in der Ueberzeugung, daß beim Handel und Gewerbe nur die größtmögliche Freiheit des Einzelnen dem Wohle des Ganzen förderlich sein kann. Die betreffenden Gesetze sind nicht bloß für Braunschweigische Juristen, welchen sie in der officiellen Gesetz- und Verordnungsammlung zur Hand sind, sondern auch für Volkswirthe, Handel- und Gewerbetreibende von Interesse. Dieselben greifen so tief in die mannigfaltigsten Beziehungen des Handels und Gewerbebetriebes ein, und haben die Aufgabe gehabt, so verschiedenartige Verhältnisse des alltäglichen bürgerlichen Verkehrslebens zu reguliren, daß sie in ungewöhnlich weiten Kreisen der Bürgerschaft — auch in solchen, welche sonst den Fortschritten der Gesetzgebung keine Aufmerksamkeit schenken — die regste Theilnahme und Beachtung gefunden haben.

Wie denn aber das richtige Verständniß der meisten Gesetze, namentlich von größerem Umfange, für den Laien mit Schwierigkeiten verbunden ist, so hat sich auch in diesem Falle bereits jetzt das Bedürfniß geltend gemacht, und ist vielseitig der Wunsch ausgesprochen worden, daß das allgemeine Verständniß der Gesetze durch erläuternde Bemerkungen zu denselben erleichtert werden möge. Es ist der Zweck des vorliegenden Buches, diesem Bedürfnisse, soweit es bei der jetzigen Sachlage möglich ist, abzuhehlen.

Zu dem Ende sind zunächst im ersten Theile die bezüglichlichen Gesetze, nämlich

das Gewerbegesetz selbst
und die mit demselben im genannten Zusammenhange stehenden Gesetze:

die Entschädigung für aufgehobene Verbletungsrechte und gewerbliche Berechtigungen betreffend,

den Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohnortrechts durch dauernden Aufenthalt betreffend,

die Modification des Gesetzes über die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen vom 22. Januar 1852 betreffend und

die Gewerbesteuer betreffend,

sämmtlich vom 3. August 1864; imgleichen

die Landesherrliche Verordnung vom 21. September 1864 über die Ausführung des Gesetzes, die Gewerbesteuer betreffend, und

die Landesherrliche Verordnung vom 11. November 1864, die Arbeitsbücher des gewerblichen Hülfspersonals betreffend,

im wörtlichen Abdrucke mitgetheilt, und ist denselben im zweiten Theile ein Commentar beigelegt. Was den letzteren betrifft, so erschien es angemessen, zuvörderst bei den einzelnen Gesetzen einen historischen Ueberblick über den Verlauf und

den Fortschritt der Braunschweigischen Gesetzgebung in Bezug auf Gilden und Gewerbe, Wohnortsrecht, Trauscheine und Gewerbesteuer voranzuschicken, und sodann die erläuternden Motive und Bemerkungen folgen zu lassen.

Wenn dieser Commentar viele Erwartungen nicht befriedigt und in manchen Beziehungen dürftig erscheint, so wird zu berücksichtigen sein, daß es vorzuziehen und anmaßend gewesen sein würde und leicht unrichtige oder ungenaue Auffassungen hätte in das Publikum bringen können, wenn der Herausgeber zu einer Zeit, wo die Gesetze noch nicht zu praktischer Anwendung gekommen, und wo die Behörden noch nicht in der Lage gewesen sind, über die einzelnen Bestimmungen derselben, z. B. die oft sehr schwierigen Fragen der Entschädigung für aufgehobene Verbiethungsrechte, Entscheidungen abzugeben, mit eigenen Bemerkungen und Erläuterungen hätte hervortreten wollen. Es konnte sich daher der Herausgeber nicht berufen fühlen, über das in den Motiven der Herzoglichen Landesregierung, den Commissionsberichten und den Verhandlungen der Landesversammlung gegebene Material hinauszugehen, und hat sich zur Aufgabe gemacht, dieses in den umfangreichen Acten zerstreute Material zusammenzustellen und dem Handel- und Gewerbetreibenden Bürger, so wie Jedem, welcher sich für Volkswirtschaft innerhalb und außerhalb des Herzogthums interessiert, in allgemein faßlicher Form und Sprache zugänglich zu machen.

Von diesem Gesichtspunkte aus empfiehlt der Herausgeber seine Arbeit der wohlwollenden und nachsichtigen Beurtheilung des Publikums.

Braunschweig, im December 1864.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Theil.

Die Gesetze über das Gewerwesen vom 3. August 1864 nebst den dazu gehörigen Landesherrlichen Verordnungen.

	Seite
1. Gewerbegesetz	3
2. Gesetz, die Entschädigung für aufgehobene Verbotungsrechte und gewerbliche Berechtigungen betreffend	59
3. Gesetz, den Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohnortsrechts durch dauernden Aufenthalt betreffend	75
4. Gesetz, die Modification des Gesetzes über die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen vom 22. Januar 1852 betreffend	82
5. Gesetz, die Gewerbesteuer betreffend	84
6. Verordnung über die Ausführung des Gesetzes, die Gewerbesteuer betreffend, vom 21. September 1864	110
7. Verordnung, die Arbeitsbücher des gewerblichen Hülfspersonals betreffend, vom 11. November 1864	113

Zweiter Theil.

Motive und Bemerkungen zu den Gesetzen über das Gewerwesen.

1. Das Gewerbegesetz.	
A. Frühere Gesetzgebung	127
B. Das neue Gewerbegesetz	131
2. Das Gesetz über Entschädigung für aufgehobene Verbotungsrechte u.	177

3.	Das Gesetz über den dauernden Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohnortsrechts.	
	A. Frühere Gesetzgebung	203
	B. Das neue Gesetz	208
4.	Das Gesetz über Ertheilung der Trauscheine.	
	A. Frühere Gesetzgebung	217
	B. Das neue Gesetz	222
5.	Das Gewerbebesteuergezet.	
	A. Frühere Gesetzgebung	226
	B. Das neue Gesetz	237

Nachweisung

der ständischen Verhandlungen über die Gewerbe Gesetze.

Von den Verhandlungen der Landesversammlung auf dem 11. ordentlichen Landtage von 1863/4 beziehen sich die nachstehend verzeichneten auf die Gewerbe-Gesetzgebung, und zwar:

I. Auf das Gewerbegesetz.

1. Entwurf des Gewerbegesetzes. Anl. 1. a. zu Prot. 5.
2. Motive zum Gewerbegesetz. Anl. 1. b. zu Prot. 5.
3. Erster Commissionsbericht darüber. Anl. 41. sub I. zu Prot. 7.
4. Erste Verathung über den Entwurf. Prot. 23 — 29.
5. Zweiter Commissionsbericht. Anl. 5. sub I. zu Prot. 51.
6. Zweite Verathung. Prot. 57 — 59, und eine Berichtigung Prot. 81 am Ende.
7. Schreiben der Landesversammlung an Herzogl. Staatsministerium. Anl. 1 zu Prot. 62.
8. Schreiben des Herzogl. Staatsministeriums an die Landesversammlung. Anl. 3 zu Prot. 70.
9. Bericht und Verathung darüber, Erklärung der Regierung und Abstimmung. Prot. 73.
10. Schreiben der Landesversammlung. Anl. 2 zu Prot. 74.

II. Auf das Entschädigungsgesetz.

1. Entwurf des Entschädigungsgesetzes. Anl. 1. c. zu Prot. 5.
2. Motive. Anl. 1. d. zu Prot. 5.
3. Erster Commissionsbericht darüber. Anl. 41. sub II. zu Prot. 7.

4. Erste Verathung. Prot. 29 — 32.
5. Zweiter Commissionsbericht. Anl. 5. sub II. zu Prot. 51.
6. Zweite Verathung. Prot. 59 — 61.
7. — 10. Wie ad I.

III. Auf das Wohnortsrechtsgesetz.

1. Entwurf. Anl. 1. e. zu Prot. 5.
2. Motive. Anl. 1. f. zu Prot. 5.
3. Erster Commissionsbericht darüber. Anl. 41. sub III. zu Prot. 7.
4. Erste Verathung. Prot. 33.
5. Zweiter Commissionsbericht. Anl. 5. sub III. zu Prot. 51.
6. Zweite Verathung. Prot. 61.
7. — 10. Wie ad I. 7 — 10.

IV. Auf das Tauschdinggesetz.

1. Entwurf. Anl. 1. g. zu Prot. 5.
2. Commissionsbericht. Anl. 41. sub. IV. zu Prot. 7.
3. Verathung. Prot. 34 u. 37.
- 4 — 7. Wie ad I. 7. — 10.

V. Auf das Gewerbesteuergesetz.

1. Entwurf. Anl. 7 zu Prot. 7 und Anl. 3 zu Prot. 16.
 2. Commissionsbericht darüber. Anl. 3 zu Prot. 33.
 3. Verathung. Prot. 52 — 55.
 4. Schreiben der Landesversammlung an Herzogl. Staatsministerium. Anl. 6 zu Prot. 60.
 5. Schreiben des Herzogl. Staatsministeriums an die Landesversammlung. Anl. 1 zu Prot. 69.
 6. Bericht und Verathung darüber, Erklärung der Regierung und Abstimmung. Prot. 70.
 7. Schreiben der Landesversammlung. Anl. 2 zu Prot. 76.
-

Die Gesetze
über das
Gewerbewesen
vom
3. August 1864,
nebst
den dazu gehörigen Landesherrlichen Verordnungen.

Gewerbegesetz

für

das Herzogthum Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 3. August 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.

erlassen mit Zustimmung der Landes-Versammlung nachstehendes Gesetz:

Erster Abschnitt.

Umfang des Gesetzes.

§. 1.

Das gegenwärtige Gesetz erstreckt sich auf alle gewerbmäßig betriebenen Beschäftigungen, ist aber nicht anwendbar auf die nachstehenden Beschäftigungen, welche theils gewerblichen Beschränkungen überall nicht, theils aber den ihnen eigenthümlichen gesetzlichen Bestimmungen unterworfen sind, als auf

- 1) die Benutzung des Grund und Bodens durch Land- und Gartenbau, Viehzucht, Forstwirthschaft, Weinbau, Jagd, Fischerei, Brand-, Sand-, Ton-, Mergel-, Lehmgruben, Steinbrüche, insofern die Steine rauh verkauft werden, nutzbare Quellen u. s. w.;
- 2) Bergbau;
- 3) die literarische Thätigkeit und die Ausübung der schönen Künste;
- 4) die advocatorische und die Notariatspraxis;

- 5) die Thätigkeit der Architekten, Ingenieure und Geometer;
- 6) die Functionen der Auctionatoren und Handelsmäkler;
(§. 66 des Allgemeinen Deutschen Handels-Gesetz-Buchs.)
- 7) die Negociirung von Capitalien und des Kaufs und Verkaufs von Grundstücken und das Anfertigen von Memorialien und Suppliken;
- 8) die Ausübung der Heilkunde (Aerzte, Wundärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer und Hebammen, Thierärzte), die Errichtung von Privat-Heilanstalten aller Art, und das Apothekergewerbe — vorbehältlich der Bestimmung in §. 48 —
- 9) den Privatunterricht und die auf solchen sich beziehenden Anstalten;
- 10) die Ausübung des Münzregals, so wie den Handel mit den, dem Landesherrlichen Salzverkaufsrechte unterliegenden salinischen Producten;
- 11) Lotterie-Unternehmungen, ausschließlich jedoch des Vertriebs der Loose durch Collecteure;
- 12) die gewerbliche Beschäftigung der in Militair-Etablissements als Arbeiter verwandten Soldaten zu öffentlichen Zwecken;
- 13) die gewerbliche Beschäftigung der in öffentliche Heil- und Wohltätigkeits-, Straf- und Besserungs-Anstalten aufgenommenen Personen;
- 14) Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-Unternehmungen — vorbehältlich der Bestimmungen in den §§. 98 bis 100 —
- 15) die Schifffahrt auf der Weser, die Fähranstalten daselbst und die Flößerei auf öffentlichen Flüssen;
- 16) die Unternehmungen von Credit-Anstalten, Banken, Versatz-Anstalten, Sterbe-, Wittwen- und Spar-Cassen, Versorgung-, Renten-Anstalten und ähnliche derartige Anstalten und Cassen, Feuer-, Hagelschaden- und sonstige derartige Versicherungs-Anstalten und Gesellschaften, — imgleichen Unternehmungen, welche nicht eigentlich auf Gewinn berechnet sind, sondern wesentlich andere Zwecke (wissenschaftliche, künstlerische, volkswirtschaftliche, wohlthätige u. s. w.) verfolgen, ohne daß jedoch unter dieser Ausnahmsbestimmung die etwa angenommenen Betriebsagenten zu begreifen sind;

- 17) Unternehmungen von ständigen Theatern und ähnlichen, zu öffentlichen Schaustellungen und Belustigungen dienenden ständigen Einrichtungen.

§. 2.

Fortsetzung.

Im §. 1 unter den Nummern 1 bis 17 nicht genannte Gewerbsunternehmungen des Staats oder der Herzoglichen Hofhaltung, die zu denselben gehörigen Anlagen und die bei denselben beschäftigten Arbeiter sind nur den Bestimmungen der §§. 27 bis 42, des ganzen 5. Abschnitts und der §§. 98 bis 100 unterworfen.

Ueber die Art der Ausführung und das dabei anzuwendende Verfahren wird, soweit eine Verständigung unter den betheiligten Behörden nicht stattfinden sollte, vom Herzoglichen Staatsministerium Bestimmung getroffen.

§. 3.

Fortsetzung.

Die gemeine Lohn- und Handarbeit, der GesindeDienst, die weiblichen Hand- und Hausarbeiten, als: Nähen, Stricken, Putzmachen, Kochen, Waschen u. s. w., falls der Betrieb nicht mit Annahme von Gehülfsen oder mit einem offenen Laden verbunden ist, fallen nur insoweit unter dieses Gesetz, als darauf die Bestimmungen der §§. 43 und 44 und des V. Abschnittes über das gewerbliche Hülfspersonal Anwendung leiden.

§. 4.

Fortsetzung.

Zweifel darüber, ob eine gewerbliche Thätigkeit zu den in den §§. 1 bis 3 erwähnten Ausnahmen gehöre, entscheidet für den einzelnen Fall die competente Herzogliche Kreisdirection, in der Recursinstanz das Herzogliche Staats-Ministerium. Insofern es sich um Aufstellung einer allgemeinen Regel handelt, geschieht solches durch eine landesherrliche Verordnung.

Den Gerichten gebührt die Entscheidung der Frage, ob eine strafbare Gewerbeübertretung begangen sei; sie urtheilen dabei nach

den Bestimmungen dieses Gesetzes, oder nach landesherrlichen Verordnungen. Auch für die ausgenommenen Unternehmungen gilt eintretenden Falls der §. 46 dieses Gesetzes, die Steuer-Controle-Regeln betreffend.

Insoweit dieses Gesetz auf gewerbmäßige Beschäftigungen oder Unternehmungen keine Anwendung findet, behält es bei den bestehenden Bestimmungen sein Verbleiben.

Insbefondere bedarf es der Genehmigung der competenten Staatsbehörden zur Errichtung von Privat-Heilanstalten aller Art, sowie zu Unternehmungen von ständigen Theatern und ähnlichen, zu öffentlichen Schaustellungen und Belustigungen dienenden ständigen Einrichtungen.

Zweiter Abschnitt.

Von der Befugniß zum Gewerbebetriebe.

§. 5.

Freiheit des Gewerbebetriebes.

Der selbstständige Betrieb eines jeden Gewerbes, welches im Folgenden (§§. 14 bis 46) nicht ausdrücklich an die vorgängige Erfüllung gewisser Bedingungen geknüpft ist, steht unter Beobachtung der in diesem Gesetze enthaltenen Vorschriften jedem dispositionsfähigen Inländer, welcher das 25. Lebensjahr vollendet hat, ohne Unterschied des Geschlechts und ohne Beschränkung in der Wahl des Orts frei und Niemandem kann diese Berechtigung außer in den durch die §§. 12, 19, 36, 37, 38, 39, 40, 56 speciell bestimmten Fällen durch richterliche oder administrative Entscheidung vorenthalten oder entzogen werden.

Nur auf den im §. 59 des Recesses über die Grenzregulirung mit Hannover vom 24. Juni 1824 bezeichneten, um Goslar belegenen Herzogl. Braunschweigischen Grundstücken, ist die Regierung befugt, die Zahl der Gewerbe, den im Reccesse übernommenen Verpflichtungen gemäß, zu beschränken, so lange diese Verpflichtungen in Wirksamkeit bleiben.

Unabhängig von der Gewerbebefugniß ist das Recht zum Aufenthalte und zur Niederlassung nach den bestehenden und hieneben erlassenen gesetzlichen Bestimmungen zu beurtheilen.

Desgleichen ist die Frage, ob und inwieweit gewisse Personen, namentlich Geistliche, Schullehrer, Civilbeamte des Staats und der Gemeinden, Advocaten, Notare und Militärpersonen zum Gewerbebetriebe für sich und ihre Angehörigen einer besonderen Genehmigung, — Ehefrauen der Zustimmung ihrer Ehemänner bedürfen, nach den darüber bestehenden Landesgesetzen und Dienstvorschriften, beziehentlich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu entscheiden.

§. 6.

Ausnahmen von der Altersbeschränkung.

Zum Eintritt durch Erbgang in einen bereits bestehenden selbstständigen Gewerbebetrieb, genügt in Beziehung auf das Lebensalter des Eintretenden der Nachweis des vollendeten 21. Lebensjahrs und der erlangten vollkommenen Volljährigkeits-Erklärung.

§. 7.

Dispensation von der Altersbeschränkung.

Die Befugniß der Landesregierung, in besonderen Fällen von dem Erfordernisse eines bestimmten Alters zu dispensiren, bleibt bestehen.

§. 8.

Gewerbebetrieb juristischer Personen und Minderjähriger.

Die im §. 5 ausgesprochene Freiheit des Gewerbebetriebes erstreckt sich auch auf juristische Personen, soweit deren Statuten keine Beschränkungen enthalten.

Desgleichen darf ein Gewerbe nach dem Tode des Gewerbetreibenden für Rechnung Minderjähriger oder zum selbstständigen Gewerbebetriebe noch nicht berechtigter Personen fortbetrieben werden.

Dasselbe gilt während der Dauer einer Curatel- oder Nachlaß-Regulirung.

§. 9.

Fortsetzung.

Zur Leitung des Geschäftsbetriebes in den §. 8 erwähnten Fällen ist ein Geschäftsführer zu bestellen, welcher das für den selbstständigen Gewerbebetrieb erforderliche Alter erreicht haben muß, in den §. 14 und 20 behandelten Fällen der Genehmigung Herzoglicher Kreisdirection bedarf und in den Fällen des §. 26 für seine Person die Befähigung nachzuweisen hat.

Derselbe haftet persönlich für Beobachtung der gesetzlichen Anordnungen; die in diesem Gesetze angedrohten Strafen werden gegen ihn verfügt.

§. 10.

Anmeldungspflicht.

Wer an irgend einem Orte des Landes ein Gewerbe zu betreiben beabsichtigt, hat hiervon, unter Vorbringung der nach diesem Gesetze erforderlichen Ausweise, dem Gemeindevorstande desselben Anzeige zu machen. — Diese Anmeldungsspflicht erstreckt sich auch auf jede wesentliche Veränderung des Gewerbes, sowie auf bestellte Geschäftsführer (§. 9), Stellvertreter und Pächter (§. 50).

An den Bestimmungen über Handelsfirmen wird hierdurch Nichts geändert.

Die Anmeldungen müssen wesentlich verschiedene Gewerbe getrennt behandeln und so eingerichtet sein, daß daraus alle Merkmale, von denen der unterscheidende Charakter und namentlich die Besteuerung eines Gewerbes abhängt, deutlich ersehen werden können. Speciellere Bestimmungen hierüber erfolgen im Verordnungswege.

§. 11.

Fortsetzung.

Nach Eingang der Anmeldung hat der Gemeindevorstand ohne Verzug zu erwägen, ob die allgemeinen Voraussetzungen für die Befugniß des Anmeldenden zum selbstständigen Gewerbebetriebe — §. 5 Absatz 1 — vorhanden sind, ob der beabsichtigte Gewerbe-

betrieb an einen Befähigungsnachweis — §. 26 — an eine regiminnelle oder polizeiliche Genehmigung — §. 14, 20, 27, 45 — geknüpft ist, nicht minder, ob gegen den Aufenthalt des Anmeldenden an dem gewählten Orte ein in den Gesezen begründetes Bedenken obwaltet.

Ergiebt sich nach diesen Rücksichten kein dem Anmeldenden entgegenstehendes Hinderniß, so ist demselben über die erfolgte Anmeldung sofort ein Anmeldungsschein zu ertheilen, mit dessen Aushängung die Befugniß zur Ausübung des angemeldeten Gewerbes in Wirksamkeit tritt, andernfalls sind die entgegenstehenden Hindernisse oder die noch zu erledigenden Erfordernisse und beizubringenden Nachweise dem Anmeldenden bemerklich zu machen, und wenn es einer vorgängigen regiminnellen oder polizeilichen Genehmigung bedarf, so ist der Antrag an die competente Behörde einzusenden.

Ueber die ertheilten Anmeldungsscheine wird ein Register geführt.

Die von den Kreisdirectionen ausgestellten Concessionen und Gewerbescheine (§. 14 und §. 20) vertreten die Stelle der Anmeldungsscheine. — Dieselben sind von den Kreisdirectionen an die Gemeindevorstände zur Eintragung in das Gewerberegister zu übersenden und von den letzteren sodann den betreffenden Gewerbetreibenden forderksamst auszuhändigen.

Die Formulare zu den Anmeldungsscheinen und zu den Gewerberegistern werden den Gemeindevorständen von der Staatsbehörde verabfolgt.

§. 12.

Fortsetzung.

Gegen eine, den Anmeldungsschein versagende Verfügung, welche schriftlich erfolgen muß, steht Recurs an die competente Herzogliche Kreisdirection und weiterhin an Herzogliches Staats-Ministerium zu.

Anmeldungsscheine, welche den Vorschriften dieses Gesetzes zuwider ausgestellt sind, begründen keinerlei Rechte und können von den Herzoglichen Kreisdirectionen auf erhobene Beschwerden

oder von Amtswegen für ungültig mit der Wirkung erklärt werden, daß der Gewerbebetrieb sofort oder nach einer zu bestimmenden Frist aufhören muß.

Beabsichtigt ein Gewerbetreibender das angemeldete Gewerbe aufzugeben, so ist der ertheilte Anmeldungschein zurückzuliefern.

§. 13.

Fortsetzung.

Das gesammte Anmeldeverfahren, mit Einschluß der Ausstellung der Anmeldungscheine, ist kostenfrei.

§. 14.

Concessions-Gewerbe.

Eine Concession der zuständigen Herzoglichen Kreisdirection ist erforderlich:

- 1) zur gewerblichen Mahlwerksbereitung innerhalb des Bezirks der Stadt Braunschweig, insoweit dieselbe nicht nach §. 15 Absatz 2 des Gesetzes vom 6. Februar 1862 den Gewerbetreibenden freigegeben ist und für so lange, als in der Stadt Braunschweig Mahlaccise erhoben wird; die Concession darf nur nach vorgängiger Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums ertheilt werden.

Rücksichtlich der Mahlmühlen außerhalb der Stadt Braunschweig tritt an die Stelle der bisherigen Concession der §. 11 vorgeschriebene Anmeldungschein, im Uebrigen bleiben aber die Bestimmungen des Gesetzes vom 6. Februar 1862 Nr. 7 in Kraft, und wird namentlich die im §. 2 ausgesprochene Verpflichtung, von jeder Anlage, Erweiterung oder Veränderung der zur Bereitung von Mahlwerk dienenden feststehenden und nicht von Menschenhänden getriebenen Mühlenwerke bei der zuständigen Herzoglichen Kreisdirection Anzeige zu machen, ausdrücklich damit auf jede nach §. 4 desselben Gesetzes einen Entschädigungsanspruch begründende Vermehrung oder Erweiterung der bestehenden Mühlenanlagen ausgedehnt;

- 2) zum Betriebe der Hengsthalterei;

- 3) so lange und soweit die Bundesgesetzgebung solches erfordert, zum Betriebe von Buch- und Kunsthandlungen, Antiquariatsgeschäften, Buch- und Steindruckereien, Leihbibliotheken, Lesecabinetten, zum Verkaufe von Zeitungen, Flugschriften und bildlichen Darstellungen, sowie zum Sammeln von Subscribenten auf Preßerzeugnisse, sofern solches nicht von inländischen concessionirten Buchdruckern, oder Buch- und Kunsthändlern bezüglich der von ihnen selbst gedruckten, verlegten oder in Commission genommenen literarischen oder artistischen Erzeugnisse geschieht;
- 4) zum Betriebe von Gast-, Speise- und Schenkwirthschaften, zur Unterhaltung von Hôtel garnis, zum Halten von Tanzlokalen und öffentlichen Vergnügungs-Anstalten, sowie zum Branntweinshandel im Kleinen, d. h. unter 4 Quartier;
- 5) zum Betriebe des Schornsteinfeger- und Abdeckereigewerbes. Für beide bleiben die jetzt vorhandenen Gewerbezirke bestehen, in Bezug auf welche Herzogliches Staats-Ministerium jedoch zu zweckentsprechenden Abänderungen befugt bleibt;
- 6) zur Ausübung des Barbiergewerbes in denjenigen Orten, in welchen mit Realrechten (§. 48) verbundene Badstuben bestehen;
- 7) zum Geschäftsbetriebe der Feuer-Versicherungs- oder Auswanderungsagenten und Unteragenten, sowie der Lotterie-Collecteurs und Subcollecteurs;
- 8) zum Geschäftsbetriebe als Makler oder Commissionair, mit Ausnahme der eigentlichen Handelsmakler oder Commissionaire (Art. 66 und 360 des allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches), zum Geschäftsbetriebe als Pfandleiher, Trödler;
- 9) zum Handel mit Arzneiwaaren und Giften, sofern derselbe nicht von den zugelassenen Apothekern betrieben wird;
- 10) zum Betriebe der Cammerjägerei;
- 11) zur Anfertigung von künstlichen Mineralwässern, welche jedoch vom 1. Juli 1865 an allen Apothekern als solchen freisteht, desgleichen zur Errichtung von Trinkanstalten zu Heilzwecken;
- 12) zum Betriebe der Brauerei in denjenigen Orten, in welchen

mit Realrechten (§. 48) verbundene Brauberechtigungen bestehen, insofern und insoweit dieselben zugleich ein Verbotungsrecht Dritten gegenüber haben.

§. 15.

Fortsetzung.

Die allgemeinen Erfordernisse, an welche dieses Gesetz die Befugniß zum selbstständigen Gewerbebetriebe knüpft, gelten auch für die concessionspflichtigen Gewerbe. Die Ertheilung oder Versagung der Concession hängt von dem Ermessen der zuständigen Staatsbehörden ab, welche dabei nur die bürgerliche Unbescholtenheit des Bewerbers zu berücksichtigen, auch zu erwägen haben, ob eine Vermehrung der Gewerbetreibenden im öffentlichen Interesse zulässig oder rathlich sei, von denen aber in jedem Falle vorher die Gemeindebehörde zu hören ist.

Die für Ertheilung oder Versagung der Concession und deren Ausübung in Bezug auf das eine oder andere der concessionspflichtigen Gewerbe bestehenden speciellen Anordnungen bleiben in Kraft, insbesondere auch bis zur Aufhebung des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 die Verordnung vom 24. September 1854, Nr. 50, die Publication des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 betreffend, und das Gesetz vom 9. Februar 1855, Nr. 6.

Auch sind Concessionen, durch welche die Verbindlichkeit zur Zahlung der Entschädigung für ein aufgehobenes Verbotungsrecht herbeigeführt wird, — §. 48 — nicht ohne vorgängige Genehmigung der Herzogl. Landes-Regierung zu ertheilen.

§. 16.

Fortsetzung.

Die ertheilte Concession muß schriftlich ausgefertigt werden. Gegen deren Versagung steht Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu.

Zweifel über Umfang und Auslegung derselben entscheidet die ausstellende Behörde, in der Recursinstanz Herzogliches Staats-Ministerium. Diese Entscheidungen sind jedoch für die Gerichte

bei der Abgabe von Urtheilen über vorausgegangene Handlungen nicht verbindend.

Kosten werden für Concessionen nicht berechnet.

§. 17.

Fortsetzung.

Concessionen sind persönlich und gelten, wenn sie nicht selbst eine Beschränkung in dieser Hinsicht enthalten, für auf Lebenszeit ertheilt. Der Vorbehalt willkürlicher Widerruflichkeit derselben ist unstatthaft.

Nur für Gasthöfe können in besonders geeigneten Fällen mit Genehmigung der Herzogl. Landes-Regierung auch Realconcessionen ertheilt werden.

§. 18.

Fortsetzung.

Die besonderen Bedingungen, an deren Beobachtung der Betrieb eines Concessionsgewerbes gebunden sein soll, sind von der Concessionsbehörde, sofern nicht für das betreffende Gewerbe allgemeine Bedingungen durch Gesetze, Verordnungen, Regulative oder Ortsstatute aufgestellt sind, bei Ertheilung der Concession festzustellen.

Es dürfen jedoch keine andere Bedingungen gestellt werden, als welche durch die Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit und Wohlfahrt, sowie durch Interessen, deren Wahrung in §. 56 vorgeschrieben ist, geboten werden.

§. 19.

Fortsetzung. — Verlust der Concession.

Jede Concession kann

1) von der concessionirenden Behörde sofort oder nach einer zu bestimmenden Frist zurückgezogen werden,

a. wenn die letztere bei Ertheilung derselben über wesentliche thatsächliche Verhältnisse von dem Concessionar getäuscht worden ist;

b. wenn der Concessionar eine Concessionsbedingung, deren

Nichterfüllung bei Ertheilung der Concession mit dem Verluste ausdrücklich bedrohet war, nicht erfüllt;

- 2) die Concession wird verwirkt und ist dem Concessionirten abzuerkennen in den durch das Polizei-Straf-Gesetzbuch §. 122, 165, 166, 168, 170, 187, 214, 233, 234, 308 und durch §. 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1855, Nr. 6 bestimmten Fällen;
- 3) sie erlischt, wenn der Concessionirte Ketten- oder Zuchthausstrafe (§. 17 des Criminalgesetzbuches), oder wegen Verbrechen aus Gewinnsucht Zwangsarbeitsstrafe erlitten hat.

Gegen die Zurückziehung der Concession Seitens der concessionirenden Behörde steht binnen 10 Tagen, von Zeit der Eröffnung an, Recurs an Herzogl. Staats-Ministerium zu. Mit dem unbenutzten Ablaufe dieser Frist tritt die Zurückziehung der Concession in Kraft.

Wird den Besitzern eines Realrechts die Concession entzogen oder erlischt solche, so verliert derselbe das Recht der Ausübung seiner Gewerbebefugniß, jedoch bleibt ihm unbenommen, dieselbe zu veräußern, zu verpachten, oder durch einen qualificirten Stellvertreter ausüben zu lassen.

Wegen Vergehen der Stellvertreter, Geschäftsführer und Pächter (§. 9 und 50), welche, von dem Gewerbsinhaber begangen, den Verlust der Concession herbeiführen würden, ist dem letztern nur dann die Concession abzuerkennen, wenn er um die Vergehen gewußt und sie nicht verhindert, oder trotz der Verwarnung der Behörde den Geschäftsführer beibehalten hat.

§. 20.

Gewerbebetrieb im Umherziehen. Hausirhandel.

Einer, mittelst Gewerbescheins zu ertheilenden Erlaubniß der zuständigen Herzogl. Kreisdirection bedarf ferner jeder Gewerbebetrieb im Umherziehen, einschließlich des Hausirhandels. Nicht als ein solcher, vielmehr als ein Ausfluß der §. 1, Nr. 1, bezeichneten gewerblichen Thätigkeit wird jedoch betrachtet:

der Verkauf im Umherziehen von selbstgeernteten oder selbstgewonnenen Erzeugnissen der Landwirthschaft, des Waldbaues

(einschließlich der im Walde gesammelten wilden Früchte), des Gartenbaues, der Viehzucht, Jagd und Fischerei, sei es, daß sie von den Gewinnern selbst oder in deren Auftrage von anderen Personen umhergetragen werden.

Unternehmungen von nicht ständigen Theatern und ähnlichen zu öffentlichen Schaufstellungen und Belustigungen dienenden nicht ständigen Einrichtungen gelten für Gewerbebetrieb im Umherziehen.

§. 21.

Fortsetzung.

Gewerbefcheine sind persönlich und werden immer nur für ein Kalenderjahr ertheilt, weshalb auf deren Erneuerung zeitig vor Ablauf eines jeden Jahres angetragen werden muß.

Im Uebrigen finden die Bestimmungen des §. 16 Anwendung.

Die Gesuche um Ertheilung von Gewerbefcheinen sind bei der betreffenden Ortsbehörde anzubringen und von dieser mit Bericht bei der Herzoglichen Kreisdirection einzureichen, welche die ausgefertigten Gewerbefcheine den Gemeindevorständen zur Eintragung in die Gewerbesteuerlisten und Aushändigung an die Gewerbetreibenden übersendet.

§. 22.

Fortsetzung.

Gewerbefcheine sind unter Voraussetzung der allgemeinen Erfordernisse — §. 5 — und mit Rücksicht auf das Bedürfniß, nur an unbescholtene und zuverlässige, nicht mit ansteckenden oder widerlichen Krankheiten behaftete Personen zu ertheilen und können, wenn im Laufe des Kalenderjahres Rücksichten eintreten, welche, wie z. B. auch Bestrafungen wegen auf entehrender Gesinnung beruhender Eigenthumsverbrechen, wie Diebstahl, Betrug, Unterschlagung und Fälschung, von der Ertheilung abgehalten haben würden, den betreffenden Personen durch die ausstellende Behörde wieder abgenommen werden.

§. 23.

Fortsetzung.

Gewerbsgehilfen, einschließlich Familien-Angehörige, dürfen an dem hausfirenden Gewerbe nur Theil nehmen, wenn in dem Gewerbebescheine die Erlaubniß dazu ertheilt ist, und die betreffenden Personen darin bezeichnet sind.

Der Inhaber des Gewerbebescheins hat denselben bei seinem Gewerbebetriebe stets bei sich zu führen.

Getrennt von dem Inhaber — mit alleiniger Ausnahme vorübergehender, von der Ortspolizeibehörde des Wohnorts bescheinigter Behinderung desselben durch Krankheit, — dürfen die Gehilfen dem Gewerbe nicht nachgehen.

§. 24.

Fortsetzung.

Kein Hausfirer darf in Wohnungen eintreten, deren Besuch den hausfirenden Gewerbetreibenden durch eine am Eingange angebrachte, leicht sichtbare Warnungstafel verboten ist. Nach dem Eintritte der Dunkelheit ist den Hausfiren das Betreten jeder Wohnung zum Zwecke ihres Gewerbebetriebs verboten.

§. 25.

Fortsetzung.

Dem Herzoglichen Staats-Ministerio bleibt es überlassen, im Verordnungswege gewisse Arten von Gewerben entweder ganz von dem hausfirenden Betriebe auszuschließen, oder an bestimmte, in Voraus zu bezeichnende Beschränkungen zu knüpfen.

§. 26.

Befähigungs-Nachweis.

Von dem Nachweise besonderer Befähigung abhängig sind:

- 1) die selbstständige Ausführung und Leitung wichtigerer und schwierigerer Bauten, deren Begriff durch Verordnung zu bestimmen ist;
- 2) die Ausübung des Fußbeschlages;

3) der Gewerbebetrieb der Schweinefleischer;
nach den deshalb erlassenen oder im Verordnungswege noch zu erlassenden Bestimmungen.

Für diejenigen Personen, welche nur die Befugniß zu selbstständiger Herstellung von Feuerungsanlagen erlangen wollen, sollen besondere Prüfungen eingeführt werden. Technische Feuerungsanlagen, einschließlich der zugehörigen Essen, dürfen von den Maschinen- und Kessel-Fabrikanten durch selbst angenommene Arbeiter ausgeführt werden.

§. 27.

Von landespolizeilicher Genehmigung abhängige Gewerbsanlagen.

Die Herstellung und der Betrieb von Gewerbsanlagen, welche mit besonderer Gefahr von Brandausbrüchen, Explosionen oder sonstigen schädlichen Einwirkungen auf die Sicherheit oder Gesundheit der Nachbarschaft oder des Publikums überhaupt verbunden, oder welche durch Verunreinigung der Umgebung, namentlich des Wassers, durch Verbreitung übler Ausdünstungen oder durch ungewöhnlichen Lärm die Nachbarschaft oder das Publikum in erheblichem Maße zu belästigen geeignet sind, darf nicht eher erfolgen, oder hinsichtlich der Lage, Einrichtung und Betriebsart wesentlich verändert werden, als bis die zuständige Landespolizei-Behörde — in der Stadt Braunschweig unter Beobachtung der Vorschriften des §. 218 des Polizeistrafgesetzbuches — das Vorhaben für unbeanstandet erklärt, beziehungsweise die Bedingungen festgestellt hat, welche zur Verhütung von Gefahren, Nachtheilen und Belästigungen bei der Ausführung und dem Betriebe des Unternehmens zu erfüllen sind.

Solche Anlagen sind die in den §§. 216 und 217 des Polizeistrafgesetzbuches benannten, bei denen es auch, was die angedrohte Strafe betrifft, mit der ausdrücklichen Bestimmung sein Bewenden behält, daß zu den im §. 217 aufgeführten Gewerbsanlagen nicht nur die Fabriken, sondern auch die Niederlagen von Schießpulver, Schießbaumwolle, Zündhütchen, Zündwaaren, Feuerwerksgegenständen, Phosphor, Salpeter, Schwefel,

Alkohol, Aether, ätherischen Oelen, Naphtha, Phologèn und andern leicht brennbaren oder explosirenden Stoffen gehören, sofern es sich um die Aufbewahrung größerer Quantitäten handelt, als für den Kleinhandel zu führen erlaubt ist.

Außerdem ist die Herzogliche Landesregierung ermächtigt, nach Maßgabe des sich durch die Erfahrung ergebenden Bedürfnisses, durch Verordnung einzelne Gattungen von Gewerbsanlagen dem, im §. 217 des Polizeistrafbuchbuches aufgestellten Verzeichnisse hinzuzufügen, oder demselben zu entnehmen, auch, wo örtliche Verhältnisse eine Ausnahme rechtfertigen, in kleinem Maßstabe betriebene Gewerbe der bezeichneten Arten für den betreffenden Ort von den Vorschriften dieses Paragraphen zu entbinden.

§. 28.

Vorbehalt der allgemeinen Vorschriften.

Das Herzogliche Staats-Ministerium ist befugt, für einzelne Kategorien der im §. 27 erwähnten Anlagen allgemeine Vorschriften über die örtlichen Verhältnisse, unter denen sie unbedingt unzulässig, und über die Bedingungen, an welche die Ausführung der Anlage und der Betrieb im Allgemeinen zu knüpfen sind, zu erlassen; dabei auch besondere Organe für die Prüfung und Beaufsichtigung solcher Anlagen einzusetzen. Auch ist es zulässig, auf statutarischem Wege gewisse Ortstheile zu bestimmen, in denen alle oder einzelne der erwähnten Anlagen gar nicht oder nur unter geeigneten Beschränkungen errichtet werden dürfen.

Die bereits bestehenden Vorschriften dieser Art bleiben in Kraft.

§. 29.

Verfahren bei der Genehmigung.

Vor der Ausführung oder wesentlichen Umänderung einer der im §. 27 bezeichneten Anlagen, ist die Genehmigung bei der competenten Landespolizei-Behörde, unter Einreichung der nöthigen Situationspläne, Bauzeichnungen und Erläuterungen in doppelter Ausfertigung, nachzusuchen.

§. 30.

Fortsetzung.

Die Behörde hat ohne Zeitverlust unter Zuziehung Sachverständiger zu prüfen, ob die Anlage an dem beabsichtigten Orte und in der gegebenen Weise den etwa vorhandenen besonderen Vorschriften (§. 28) widerspreche, oder sonst Gefahren, Nachtheile und Belästigungen der in §. 27 bezeichneten Art herbeiführe. Ist dies mit Bestimmtheit zu bejahen, so ist die Genehmigung unter Angabe der Gründe zu versagen. Gegen diese Versagung steht dem Ansuchenden der Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu, welches darüber erforderlichenfalls nach Anhörung anderer Sachverständigen entscheidet.

§. 31.

Fortsetzung.

Erklärt der Unternehmer, um die Bedenken desto sicherer zu heben, welche seinem Vorhaben entgegenstehen, etwaigen nachträglichen, die Beseitigung eintretender Uebelstände, bezielenden Anforderungen der Behörde und selbst einer künftigen Anforderung auf gänzliche Einstellung des Gewerbebetriebes mit Verzicht auf jede Entschädigung, sich unterwerfen zu wollen, und erachtet die Behörde es für zulässig, mit Rücksicht auf eine solche Erklärung des Unternehmers die Anlage zu gestatten, so kann dies nur unter dem ausdrücklichen, jener Erklärung entsprechenden Vorbehalte geschehen. Die Verbindlichkeit des Unternehmers ist auf einen Zeitraum von 3 Jahren, vom Ende desjenigen Kalenderjahrs angerechnet, in welchem die Fabrik in vollständigen Betrieb gesetzt wird, zu beschränken, wird in das Hypothekenbuch unter den Beschränkungen des Eigenthums als dingliche Last eingetragen und es kann der Eigenthümer nach Ablauf der gedachten dreijährigen Frist die Löschung fordern, wenn er durch eine ihm von der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection zu ertheilende Bescheinigung darthut, daß die übernommene Verbindlichkeit keine Wirksamkeit erlangt habe.

Fortsetzung.

Ist aus der Prüfung nach §. 30 die Unzulässigkeit der Anlage nicht sofort erkennbar, und sind die etwaigen Bedenken nicht nach Maßgabe des §. 31 erledigt, so hat die Behörde in dem für ihre amtlichen Bekanntmachungen vorgeschriebenen Blatte die Absicht des Gesuchstellers bekannt zu machen und Jedermann aufzufordern, innerhalb einer für alle nicht auf Privatrechts-Titeln beruhenden Einsprüche präclusiven Frist von 14 Tagen bis 4 Wochen, etwaige Einwendungen einzubringen.

Die mit Ablauf der gesetzten Frist zu fassende Entschließung der Behörde, welche die Genehmigung der Anlage auch von der Ausführung derjenigen Vorkehrungen und Einrichtungen abhängig machen kann, welche drohenden Uebelständen vorzubeugen geeignet befunden werden, ist dem Unternehmer und dem Widersprechenden bekannt zu machen.

Beiden Theilen steht binnen 10tägiger Frist Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu, welches darüber nöthigenfalls nach Anhörung neuer Sachverständigen entscheidet.

§. 33.

K o s t e n .

Die baaren Auslagen, welche durch die Bekanntmachung und das weitere Verfahren entstehen, fallen, mit Einschluß der etwaigen Gebühren für Sachverständige, dem Unternehmer, diejenigen Kosten aber, welche durch Fortsetzung des Widerspruchs gegen die Zurückweisung der gemachten Einwendungen, falls dieser Widerspruch schließlich für unbegründet erachtet wird, erwachsen, dem Widersprechenden zur Last. Die Entscheidung ist zugleich auf den Kostenpunkt zu erstrecken.

§. 34.

Umfang und Erlöschen der Genehmigung.

Die nach diesem Verfahren ertheilte Genehmigung umfaßt zwar die allgemeine bau- und feuerpolizeiliche Genehmigung, sowie

die vorgeschriebene Prüfung der Dampfesselanlagen nicht mit, ist aber, wenn thöricht, auch darauf zu erstrecken, eben so wenig wird dadurch an den Vorschriften über Erwerbung von Privatgerichten oder Veränderungen an öffentlichen Flüssen — Gesetz vom 19. December 1851, No. 57 — etwas geändert.

Die Genehmigung erlischt, wenn nicht binnen einem Jahre nach Ertheilung derselben die Ausführung der Anlage begonnen oder der Betrieb fünf Jahre lang ununterbrochen ausgesetzt und in beiden Fällen nicht etwa eine Fristverlängerung ertheilt worden ist.

§. 35.

Folgen der ertheilten Genehmigung für spätere Einwendungen.

Ist eine Anlage nach Beobachtung des vorgeschriebenen Verfahrens von der zuständigen Landes-Polizeibehörde genehmigt, und unter Beachtung der dabei gestellten Bedingungen ausgeführt worden, so kann späterhin auf Anlaß eines, nur auf die einschlägigen allgemeinen Rechtsgrundsätze gestützten Widerspruchs von den Gerichten wegen Belästigung oder beeinträchtigter Nutzbarkeit fremden Eigenthums der Unternehmer nur alternativ zur Aenderung, beziehungsweise Beseitigung der Anlage, oder Zahlung einer bestimmten Entschädigung verurtheilt werden.

Die fortdauernde Wirksamkeit solcher Widerspruchsrechte und sonstigen Zuständigkeiten aber, welche auf speciellen Privatrechtstiteln beruhen, wird durch die landespolizeiliche Genehmigung der Anlage nicht beeinträchtigt.

§. 36.

Folgen der Zuwiderhandlung.

Ist von dem Unternehmer die vorgeschriebene Anzeige unterlassen, so kann die Gewerbsanlage auf seine Kosten durch die Landes-Polizeibehörde beseitigt oder der Betrieb eingestellt werden. Auf den Antrag des Unternehmers kann jedoch auch das im §. 29 fg. vorgeschriebene Verfahren nachgeholt werden und ist derselbe, falls sich danach die Anlage als unzulässig darstellt, verpflichtet, die ihm auferlegten Bedingungen zu erfüllen oder die Anlage selbst zu

beseitigen. Dasselbe tritt ein, wenn die Anlage zwar genehmigt, aber von dem Unternehmer den bei der Genehmigung gestellten Bedingungen für Ausführung der Anlage nicht nachgekommen ist.

§. 37.

Beurtheilung nach der Genehmigung sich zeigender Uebelstände.

Wenn von dem Unternehmer die Genehmigung der Landespolizeibehörde auf gesetzliche Weise erwirkt und bei der Ausführung eingehalten ist, später aber eine Gefährdung der im §. 27 gedachten Interessen zu Tage tritt, so kann der Unternehmer zwar von der Landespolizeibehörde nach erfolgter Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums zu Veränderungen und sogar zur gänzlichen Beseitigung der Anlage angehalten werden, jedoch — vorbehältlich der im folgenden Paragraphen bezeichneten Ausnahmefälle — nur gegen volle Entschädigung, unter Anwendung der Grundsätze über die Zwangseenteignung bei Wegebauten.

Die Entschädigung ist aus der Staatscasse zu gewähren mit Ausnahme der Fälle, wo die Nothwendigkeit zur Aenderung oder Beseitigung der Gewerbsanlage eine Folge spätern Hinzutritts neuer, von dem Betriebe der Anlage unabhängiger äußerer Umstände ist, in welchem Falle die Entschädigung aus der Staats- oder Gemeindecasse zu gewähren ist, je nachdem der Expropriationsantrag von der Landespolizei- oder Gemeindebehörde gestellt ist.

Von den zur Ermittlung der Entschädigung zu bestellenden Sachverständigen hat den einen der Eigenthümer der Gewerbsanlage, den zweiten die Ortspolizeibehörde oder bei vorliegendem Antrage der Gemeinde die Gemeindebehörde, den dritten die Herzogliche Kreisdirection zu ernennen.

§. 38.

Fortsetzung. Ausnahmen.

Die Entschädigung, mag dieselbe in dem Erfasse der aufgewandten Kosten oder in der Vergütung für sonstige Nachtheile bestehen, fällt weg

- 1) wenn dem Unternehmer nachgewiesen wird, daß er bei der Vorlegung der Unterlagen, auf welche hin die Genehmigung zur Anlage erfolgt ist, wesentliche Umstände verschwiegen oder die Behörde getäuscht hat;
- 2) wenn die Veränderungen eine nothwendige Folge von Einrichtungen sind, welche zur Beseitigung von Uebelständen für die Umgebung auf Grund später gemachter technischer Erfahrungen von der Herzogl. Landesregierung im Verordnungswege für Gewerbsanlagen im Allgemeinen oder für einzelne Gattungen derselben vorgeschrieben werden;
- 3) wenn es sich um Einrichtungen in den Arbeitsräumen und an den Maschinen, sowie in der Behandlungsweise der zu bearbeitenden Haupt- und Hilfsstoffe handelt, welche von der Landespolizeibehörde mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes zur Sicherung der Arbeiter gegen Gefahren für Gesundheit und Leben nothwendig erachtet werden;
- 4) wenn die Gesamtkosten der erforderlichen Veränderungen, einschließlich der durch etwaige Betriebsstörungen entstehenden Schäden, nach dem Urtheile dreier, in gleicher Weise wie §. 37 für Expropriationen vorgeschrieben ist, zu erwähnenden Sachverständigen nicht außer billigem Verhältnisse zu der Einträglichkeit des Gewerbes stehen.

§. 39.

Fortsetzung. Betriebseinstellung.

Bei dringenden Gefahren für die Umgebung oder das Gemeinwohl kann sowohl bis zur Herstellung der angeordneten Sicherheitsmaßregeln, als auch dann, wenn zur Abhülfe nur die Zwangsentziehung übrigbleibt, die einstweilige Einstellung des Betriebes durch die Landespolizeibehörde angeordnet werden. Es ist damit jedoch im letztern Falle gleichzeitig der Antrag auf Zwangsentziehung bei Herzogl. Staatsministerium zu verbinden, und findet das dafür vorgeschriebene Entschädigungsverfahren dann auch auf die Nachtheile der vorläufigen Betriebseinstellung Anwendung.

§. 40.

Fortsetzung. — Ausdehnung auf nicht im §. 27 erwähnte Gewerbsanlagen.

Die Bestimmungen der vorstehenden §§. 37, 38 und 39 gelten auch für solche Arten von Gewerbsanlagen, welche in dem im §. 27 erwähnten, beziehungsweise auf Grund desselben vervollständigten Verzeichnisse nicht aufgeführt sind, wenn sich bei ihnen eine Gefährdung der gedachten Interessen herausstellen sollte.

§. 41.

Fortsetzung.

Gegen die auf Grund der §§. 36, 37, 38, 39 und 40 von der Landes-Polizeibehörde getroffenen Verfügungen steht, mit Ausschluß des Rechtsweges, der Recurs an Herzogliches Staats-Ministerium zu; derselbe ist jedoch an eine Präklusivfrist von 10 Tagen gebunden und hat bei angeordneter Betriebseinstellung keine aufschiebende Wirkung.

Etwaige Streitigkeiten über den Wegfall der Entschädigung auf Grund des §. 38, Nr. 1, sind im Rechtswege zu erledigen.

§. 42.

Anwendung auf früher ausgeführte Anlagen.

Die im §. 35 ausgesprochenen rechtlichen Wirkungen, sowie die Bestimmungen der §§. 37, 38, 39, 40 und 41 gelten auch für alle unter §. 27 fallende, bei Erlaß dieses Gesetzes bereits bestehende Anlagen, insofern darüber nicht bereits ein Rechtsstreit anhängig ist.

Für dieselben entspringt aber aus der Untersagung oder Beschränkung des ferneren Gewerbebetriebes dann kein Anspruch auf Entschädigung, wenn die früher ausdrücklich oder stillschweigend ertheilte Erlaubniß zur Anlage nach den bisher geltenden Bestimmungen ohne Entschädigung hätte widerrufen werden können.

Dem Inhaber bleibt es jedoch überlassen, sich auch dieserhalb durch Nachholung des §. 29 ff. vorgeschriebenen Verfahrens sicher zu stellen.

§. 43.

Ortlich regulirte Gewerbe.

Wo die örtlichen Verhältnisse oder außergewöhnliche Ereignisse es erheischen, können solche Gewerbetreibende, welche sich mit der Zurichtung und dem Verkauf der nothwendigsten Lebensbedürfnisse befassen, oder öffentlich ihre Dienste anbieten (Kohndiener, Dienstleute u. s. w.), oder an öffentlichen Orten Wagen, Pferde, Fuhren u. dgl. zu Jedermanns Gebrauch bereit halten, denjenigen polizeilichen Vorschriften unterworfen werden, welche zur Herstellung eines dem öffentlichen Bedürfniß entsprechenden Betriebes erforderlich sind.

§. 44.

Fortsetzung.

Den im §. 43 aufgeführten Gewerbetreibenden kann von der Ortspolizeibehörde aufgegeben werden, ihre Preise periodenweise fest zu bestimmen, und jederzeit durch offenen Anschlag zur Kenntniß des Publikums zu bringen.

Desgleichen können sowohl diese Gewerbetreibenden, wie auch die im §. 14 unter Nr. 2, 5, 8 und im §. 26 unter Nr. 3 aufgeführten polizeilichen Taxen unterworfen werden, jedoch sofern nicht anderes gesetzlich feststeht, nur nach Anhörung der Gemeindebehörden und nur mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums, und soviel diejenigen anbetrifft, welche sich mit der Zurichtung und dem Verkaufe der nothwendigsten Lebensbedürfnisse befassen, nur an bestimmten Orten und auf bestimmte Zeit.

§. 45.

Fortsetzung.

Ortspolizeiliche Erlaubniß ist erforderlich:

- 1) zu öffentlichen Schaustellungen und ähnlichen Productionen und Belustigungen aller Art, insbesondere auch zum Halten von Scheibenständen und Caroussellen;
- 2) zum Musikmachen an öffentlichen Orten;

- 3) zur Errichtung und zum Betriebe von Turn-, Bade- und Schwimmanstalten;
- 4) zur Haltung von Regelsbahnen Seitens der Gast- und Schenkwirthe;
- 5) zur gewerbsweisen Vermiethung von Schlafstellen.

Außerdem bleiben die den verschiedenen Gewerbetreibenden in polizeilicher Beziehung durch das Polizeistrafgesetzbuch auferlegten Beschränkungen bestehen.

§. 46.

Steuer=Controle=Maßregeln.

In denjenigen Fällen, in denen zu dem Zwecke der Controlierung oder Erhebung der Steuer von dem Betriebe oder Erzeugnisse eines Gewerbes gewisse Einrichtungen oder Veranstaltungen erforderlich sind, müssen diese von dem betreffenden Gewerbetreibenden nach Vorschrift der Steuerbehörde noch vor Eröffnung des Betriebes hergestellt und bis zur Einstellung desselben unterhalten werden.

§. 47.

Ausländer.

Auf Ausländer finden die Bestimmungen dieses Gesetzes unter folgenden Modificationen ebenfalls Anwendung.

Ausländer haben, falls sie sich behuf eines ständigen Gewerbebetriebes dauernd oder vorübergehend im hiesigen Lande niederlassen wollen, den rücksichtlich ihrer in wohnortsrechtlicher Beziehung bestehenden gesetzlichen Erfordernissen zu genügen und zu jedem — auch den sonst freien — Gewerbebetriebe die nur nach vorgängiger Anhörung der Ortsbehörde zu ertheilende Erlaubniß der competenten Herzoglichen Kreisdirection zu erwirken. Das Recht zum Gewerbebetriebe erlischt mit ihrer Entfernung aus dem Orte, für welchen dasselbe ertheilt ist. Die Herzogliche Landesregierung ist übrigens befugt, diejenigen Ausländer rücksichtlich eines ständigen Gewerbebetriebes im hiesigen Herzogthume den Inländern gleich zu stellen, in deren Heimath in Beziehung auf den

Gewerbebetrieb und die Niederlassung von Ausländern gleiche Grundsätze zur Anwendung kommen.

Ueber die Berechtigung im Auslande wohnender ständiger Gewerbetreibender zum Geschäftsbetriebe im Inlande, entscheiden die mit den Nachbarstaaten bestehenden Verträge, in deren Ermangelung tritt das Ermessen der Regierung ein.

Das Einbringen und Abliefern im Auslande gefertigter Gewerksarbeiten, sowie der Handel über die Landesgrenze — ausschließlich jedoch des Hausirhandels — unterliegt bei gleicher Behandlung diesseitiger Staatsangehöriger im Auslande nur den durch die Zoll- und Abgaben-Verhältnisse und durch die sicherheitspolizeilichen Vorschriften bedingten Beschränkungen.

Diejenigen ausländischen Gewerbetreibenden, deren Handlungsdiener oder Agenten, welche blos für das von ihnen betriebene Geschäft Ankäufe machen, oder nur Muster, nicht Waaren selbst, bei sich führen, um Bestellungen zu suchen (§. 52, Absatz 3) — mit Ausnahme jedoch des Subscribentensammelns — diejenigen fremden reisenden Viehhändler, welche nur auf ihrer Durchreise, ohne sich zu dem Ende — Messen und Jahrmärkte ausgenommen — länger als 3 Tage an einem Orte aufzuhalten, Vieh verkaufen; endlich diejenigen Ausländer, welche nur auf Messen und Märkten Geschäfte betreiben wollen, haben sich in der Stadt Braunschweig direct beim Herzoglichen Steuer-Collegio, im übrigen Lande aber bei den Herzoglichen Kreisdirectionen, bezüglich Stadtmagistraten, in deren Bezirken sie mit dem Geschäftsbetriebe beginnen wollen, zu melden und dort, nach vorgängiger Legitimation und — erforderlichen Falls — Entrichtung der Gewerbesteuer, einen auf das Kalenderjahr gültigen Gewerbechein zu empfangen.

Der Landesregierung bleibt es vorbehalten, denjenigen ausländischen Gewerbetreibenden, welche nach den bestehenden Verträgen zu keinen Gewerbesteuern im hiesigen Lande verpflichtet sind, und deren Zulassung unbedenklich erscheint, noch weitergehende Erleichterungen wegen der inländischen Gewerbelegitimation zu bewilligen und dieselben unter Umständen gänzlich davon zu befreien.

Ausländer, welche außer auf Messen und Märkten ein Hau-

firgerwerbe im hiesigen Lande zu betreiben beabsichtigen, haben sich bei der Herzoglichen Kreissdirection, in deren Bezirke sie ihr Gewerbe beginnen wollen, zu melden. Diese prüft den Antrag und stellt eventuell, nach vorgängiger Entrichtung der Gewerbesteuer, den Gewerbeschein aus.

Der Verkauf im Umherziehen von selbst geernteten oder selbst gewonnenen Erzeugnissen der Landwirthschaft, des Waldbaues (einschließlich der wilden Waldfrüchte), des Gartenbaues, der Viehzucht, der Jagd und der Fischerei — cfr. §. 20 — wird auch bei Ausländern nicht als Hausrhandel angesehen, sondern ist ohne Gewerbelegitimation gestattet.

Dritter Abschnitt.

Umfang und Ausübung der Rechte selbstständiger Gewerbetreibender.

§. 48.

Aufhebung der Verbiethungsrechte und verschiedener anderer gewerblicher Berechtigungen.

Die, einzelnen Gewerbetreibenden, Genossenschaften, Corporationen, Gemeinden, Glitern oder Domanialbesitzungen (Herzoglicher Cammer) oder geistlichen Instituten u. s. w. annoch zustehenden Rechte, Andere von dem Betriebe eines bestimmten Gewerbes oder der Anfertigung oder dem Verkaufe gewisser Gegenstände in gewissen Ortschaften oder weiteren Bezirken auszuschließen (Verbiethungsrechte), hören ohne Unterschied ihres Ursprungs vom 1. Januar 1865 an auf.

Dies gilt auch von dem Verbiethungsrechte, welches mit dem Betriebe einer Apotheke verbunden ist.

Bei der geschehenen Aufhebung der Bann- und Zwangsrechte, insbesondere auch des Branntwein-, Bier- und Mahlzwanges behält es sein Bewenden.

Das Zwangsrecht der Abbeder auf alle oder einzelne Arten

des in einem gewissen Bezirke gefallenen oder tödtlich erkrankten Viehes, hört da, wo es noch besteht, mit dem 1. Januar 1865 auf.

Verbietungs-, Zwangs- und Bann-Rechte können künftig weder verliehen, noch durch Vertrag oder Verjährung erworben werden.

Die Rechte auf ausschließliche Vervielfältigung von Presseerzeugnissen, von Werken der Literatur und Kunst, sowie auf ausschließliche Benutzung von Erfindungen, Mustern und Fabrikzeichen und Anfertigung der patentirten Gegenstände werden durch die Bestimmungen dieses §. 48 nicht berührt.

Die zur Zeit bestehenden Berechtigungen in gewissen Fällen auf Anlaß der Zulassung eines Gewerbebetriebes Abgaben (z. B. f. g. Concessionsgebühren oder Recognitionsgelder vom Brauerei- und Brennereibetriebe) zu erheben, sind aufgehoben.

Die Reallasten und Gefälle, welche auf einem mit einer Realberechtigung oder mit einem Grundstücke verbundenen Gewerbebetriebe haften, (Erbenzins-, Zins- und sonstige Leistungen) bestehen fort.

In welchen Fällen und in welcher Weise für die im Vorstehenden aufgehobenen Verbiets- und Zwangsrechte, sowie für das Recht, in gewissen Fällen eine Abgabe bei Zulassung eines Gewerbebetriebes zu fordern, Entschädigung geleistet werden soll, —
und

inwieweit die auf einem Gewerbebetriebe ruhenden Reallasten und Gefälle der Ablösung unterliegen, wird durch ein besonderes, hieneben erlassenes Gesetz bestimmt.

§. 49.

Real-Rechte.

Die bei Erlaß dieses Gesetzes vorhandenen Realgewerbeberechtigungen bestehen fort; in Bezug auf ihre Ausübung kommen die Bestimmungen dieses Gesetzes über die persönliche Zulässigkeit zum Gewerbebetriebe in Anwendung. Mangelt es an der letzteren, so kann das Gewerbe nur durch einen qualificirten Stellvertreter oder Pächter ausgeübt werden.

Uebertragungen bestehender Realgewerbsberechtigungen von einem Grundstücke auf ein anderes sind ohne Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums unstatthaft.

Andere Realgewerbsrechte als nach den Bestimmungen dieses Gesetzes (§. 17) können in Zukunft weder durch Verleihung noch durch Verjährung begründet werden.

Die Verpflichtung der Landgemeinden, Gemeindebachhäuser zu halten, dauert fort, sofern nicht nach dem Ermessen der competenten Landespolizeibehörde dem Bedürfnisse der betreffenden Gemeinde in anderer Weise Genüge geleistet ist.

Den vorhandenen, im Eigenthume der Gemeinden befindlichen Gemeindebachhäusern wird eine Realgerechtigkeit zugestanden.

§. 50.

Stellvertreter und Pächter.

Jeder zum selbstständigen Gewerbebetriebe Berechtigte kann sein Gewerbe auch durch einen Stellvertreter oder Pächter ausüben lassen, auf welchen die Vorschriften wegen der Geschäftsführer in §. 9 Anwendung leiden.

§. 51.

Mehrere Werkstätten und Verkaufslöale. Zweiggeschäfte.

Die Ausübung eines freien, d. h. nur an die Anmeldepflicht geknüpften Gewerbes kann durch denselben Unternehmer an verschiedenen Orten des Landes, und an einem und demselben Orte in mehreren Werkstätten, auch in mehreren Verkaufslöalen erfolgen.

Es ist jedoch an denjenigen Orten, wo der Unternehmer nicht selbst wohnt, dem Zweiggeschäfte ein Stellvertreter (§. 9) vorzusetzen.

Zweiggeschäfte jeder Art sind übrigens bei dem Gemeindevorstande des Orts, an welchem sie sich befinden, stets anzumelden.

§. 52.

Wegfall räumlicher Beschränkungen.

Die Befugniß zur Ausübung eines Gewerbes erstreckt sich — vorbehältlich ausdrücklich in den Concessionen oder Gewerbescheinen zu bestimmender Beschränkungen für die Concessions- und Hausirgewerbe (§. 14, 18 und 20) — auf das ganze Land.

Wer an seinem Wohnorte zum Betriebe eines ständigen Gewerbes befugt ist, darf auf Grund dessen selbst oder durch seine Arbeiter und Beauftragte auch an jedem anderen Orte des Landes

- 1) seine Erzeugnisse abliefern und ausstellen,
- 2) Arbeiten auf Bestellung ausführen,
- 3) Bestellungen suchen,
- 4) Waaren behuf der Verarbeitung oder, wenn er zum Handel befugt ist, behuf des Wiederverkaufs ankaufen.

Er darf aber beim Umherziehen zu den Ziffer 3 und 4 bezeichneten Zwecken nur Muster, nicht Waaren selbst, mit sich führen, und die aufgekauften Waaren unterwegs nicht wieder verkaufen; auch dürfen Kaufleute und Fabrikanten, mit Ausnahme der Weinhändler, nicht bei Privaten, sondern nur bei solchen Gewerbetreibenden, welche die Handelsartikel kaufen, um dieselben wieder zu verkaufen, oder zu verarbeiten, Bestellungen im Umherziehen suchen.

Concessionirte inländische Buchdrucker, Buch- und Kunsthändler, dürfen außerdem selbstgedruckte, verlegte oder in Commission genommene literarische oder artistische Erzeugnisse zur Ansicht an ihrem Wohnorte sowohl wie nach auswärts, versenden.

Das Verbot des Ausbietens von Lotterielosen durch unaufgeforderte Zusendung oder mittelst Eintritts in die Häuser (Polizei-Strafgesetzbuch §. 234) bleibt bestehen.

§. 53.

Gleichzeitiger Betrieb mehrerer Gewerbe. —
Freie Association.

Die Vereinigung verschiedener Gewerbe in der Person eines und desselben Unternehmers unterliegt keiner Beschränkung, ebenso-

wenig die Vereinigung verschiedener Personen zu gemeinschaftlichem Gewerbebetriebe.

An den Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und des Einführungsgesetzes dazu über Handelsgesellschaften wird hierdurch nichts geändert.

Jeder Gewerbetreibende hat das Recht, alle zur vollkommenen Herstellung seiner Erzeugnisse nöthigen Arbeiten zu vereinigen, und die hierzu erforderlichen Hilfsarbeiter auch anderer Gewerbe zu halten. Inwiefern der Gebrauch, welchen ein Gewerbetreibender von diesem Rechte macht, durch die vorgängige Anmeldung des anderen Gewerbes bedingt ist (§. 10), wird durch Verordnung näher bestimmt werden.

Auch schließt die Berechtigung zur Erzeugung eines Artikels das Recht zum Handel mit den gleichen fremden Erzeugnissen in sich, jedoch vorbehältlich der besonderen Anmeldung eines solchen Handels (Werthhandels) nach §. 10.

Buchbinder dürfen ohne besondere Concession mit Bibeln, Gesangbüchern, dem Landeskatechismus und Kinderchriften, gewöhnlichen Kalendern und gebundenen Schreib- und Rechenbüchern von weißem Papier auch ferner handeln; desgleichen die Papierhändler mit gebundenen Schreib- und Rechenbüchern von weißem Papier.

Die im §. 14 unter Nr. 4 genannten Gewerbeberechtigungen können nie Ausfluß einer anderen Gewerbeberechtigung sein. Nur Bierbrauer dürfen als solche ihr eigenes Fabrikat auch auschenken. Den Branntweinbrennern steht eine gleiche Berechtigung nicht zu; und ebensowenig ist es den Weinhändlern als solchen gestattet, Weine u. zu verschenken.

Gast- und Schenkwirthe dürfen als solche Handel mit Getränken nicht treiben; nur den Krüggern auf dem Lande steht als solchen frei, mit Bier, Branntwein und Essig im Kleinen zu handeln.

§. 54.

Wegfall der Taxen.

Taxen für Preise von Gewerbsproducten, Waaren oder Dienst-

Leistungen, auch für Löhne sind außer bei den im §. 44 genannten Gewerben unzulässig.

Rücksichtlich der Regelung der Salzverkaufspreise bewendet es bei den deshalb bestehenden besonderen Bestimmungen.

§. 55.

Beschlüsse über Preise und Löhne.

Beschlüsse von Gewerbetreibenden oder gewerblichen Corporationen über festzuhaltende gleiche Preise und Löhne haben für die Theilnehmer derselben keine verbindliche Kraft. Daraus gerichtete Verträge begründen kein Klagrecht.

Sind zugleich Verabredungen über physische und moralische Zwangsmittel gegen Nichtbeitretende oder Zurücktretende getroffen, so verfallen die Theilnehmer in die Abschnitt 7 Nr. 12 bestimmte Strafe.

§. 56.

Vorbehalt der allgemeinen Polizei- und Steuervorschriften.

Jeder Gewerbetreibende unterliegt rücksichtlich der Wahl der Vertiklichkeit, der Beschaffenheit der Anlage, der Art des Betriebes, der Steuern und Abgaben, den durch die Landesgesetzgebung, sowie durch die allgemeinen oder örtlich geltenden sicherheits-, bau-, steuer- und wohlfahrtspolizeilichen Vorschriften begründeten Beschränkungen.

Ebenso wird an den nach der Gesetzgebung über Zoll- und Steuerwesen bestehenden Befugnissen, zeitweilige Betriebs-Einstellung oder gänzliche Entziehung der Berechtigung zu einem bestimmten Gewerbebetriebe zu erkennen, nichts geändert.

Vierter Abschnitt.

Vom Marktverkehre.

§. 57.

Messen und Jahrmärkte.

Messen und Jahrmärkte, d. h. Märkte, zu denen In- und Ausländer mit Waaren aller Art ohne Beschränkung zuzulassen sind, bedürfen zu ihrer Einführung der Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums und wird die Art und Weise des Verkehrs auf denselben im Verordnungswege regulirt.

Rücksichtlich des Kaufs und Verkaufs, namentlich rücksichtlich der Dauer des Feilhaltens während der Messe oder des Jahrmarktes darf zwischen Einheimischen und Auswärtigen, — oder zwischen Gewerbetreibenden verschiedener Gattung kein Unterschied gemacht werden.

Besondere Vormärkte für den Großverkehr oder einzelne Artikel sind dadurch nicht ausgeschlossen.

§. 58.

Wochenmärkte und Specialmärkte.

Die Gestattung und Ordnung von Wochenmärkten, zu denen alle Arten von Erzeugnissen der Landwirthschaft und Forstwirthschaft, der Viehzucht, des Gartenbaues, der Jagd und Fischerei, Brod, Fleisch, Mehl- und andere Mühlenfabrikate ohne Einschränkung, andere Artikel aber nach Maßgabe der festzustellenden Marktordnung zuzulassen sind, geschieht von den Gemeindebehörden auf statistarischem Wege.

Ebendies gilt von der Errichtung und Ordnung von Viehmärkten, Getreidemärkten, Wollmärkten, Garnmärkten und dergleichen Märkten für besondere Arten von Producten, sowie von den mit solchen Märkten etwa verbundenen Börsen-Einrichtungen.

Auch hier ist rücksichtlich des Kaufs und Verkaufs allen Marktbesuchern gleiche Berechtigung zu gewähren. — Dertliche

oder zeitliche Beschränkung rücksichtlich der Personen, an welche verkauft werden darf, sind unzulässig.

§. 59.

Weihnachtsmärkte und sonstige Märkte rein
lokaler Natur.

Weihnachtsmärkte, soweit sie nur für Einheimische und einen durch Ortschaften festgestellten Kreis von Auswärtigen bestimmt sind, desgleichen solche Märkte rein lokaler Natur, welche mit Freischießen und ähnlichen Volksfesten verbunden sind, können von den Gemeindebehörden unter Zustimmung der competenten Landes-Polizeibehörde errichtet und geordnet werden.

§. 60.

Auslegen von Waaren.

Das Auslegen von Waaren auf den Straßen und öffentlichen Plätzen bedarf der ortspolizeilichen Erlaubniß.

§. 61.

Stättegelber.

Von den auf Märkten Feilhaltenden dürfen als Entschädigung für die herzustellenden Einrichtungen und für Handhabung der Marktpolizei angemessene Stand- oder Stättegelber, sonst aber keine Abgaben erhoben werden.

Dabei darf ein Unterschied zwischen Ausländern und Inländern nicht gemacht werden, etwaige lokale Bestimmungen, nach denen von Ortsangehörigen weniger erhoben wird, sind jedoch nicht ausgeschlossen.

§. 62.

Vorhandene Mess- und Marktordnungen.

Die vorhandenen Mess- und Markt-Ordnungen, soweit sie den vorstehenden Bestimmungen nicht widersprechen, bleiben bestehen.

Fünfter Abschnitt.

Vom gewerblichen Hülfspersonal.

§. 63.

Freiheit der Wahl des Hülfspersonals und der
Vereinbarung mit demselben.

Jeder Gewerbetreibende ist in der Wahl seines Arbeits- und Hülfspersonals, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Gesetzes über das Lehrlingsverhältniß und die Verwendung von Kindern zu Gewerbsarbeiten, unbeschränkt. Die Rechtsverhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und ihrem Hülfspersonale unterliegen, soweit nicht im Folgenden ausdrückliche Beschränkungen angeordnet sind, der freien Vereinbarung und sind nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts zu beurtheilen.

Jeder Gewerbetreibende hat die Verpflichtung, der Staats- und Gemeindebehörde auf Verlangen regelmäßige Mittheilung über die Art und Zahl des beschäftigten Hülfspersonals zu machen.

§. 64.

Nähere Bezeichnung des gewerblichen Hülfspersonals.

Zu dem gewerblichen Hülfspersonale werden gerechnet Handlungsdiener, — Art. 57 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs — Gesellen und Fabrikarbeiter, einschließlich der in gleichen Dienstverhältnissen stehenden weiblichen Hülfсарbeiter, sowie diejenigen Personen, welche ohne eigene Annahme von Gehülfen nur gegen Lohn für einen Unternehmer arbeiten, und Lehrlinge; nicht dazu gehören

- a. diejenigen Personen, welche bei dem Betriebe eines Gewerbes bloß Hausgesindedienste verrichten, und daher der Gesindeordnung vom 15. October 1832 unterworfen sind;
- b. die nicht regelmäßig beim Gewerbe beschäftigten, sondern nur ausnahmsweise zu einzelnen Dienstleistungen herangezogenen gewöhnlichen Tagelöhner.

§. 65.

Aufhebung des Wander- und Herbergszwanges.

Das Wandern der Gesellen und Gewerbsgehilfen ist nicht mehr Gegenstand gesetzlicher und statutarischer Verpflichtung.

Der Herbergszwang ist aufgehoben.

§. 66.

Arbeitsbücher.

Für Gewerbsgehilfen werden Arbeitsbücher eingeführt, welche dazu bestimmt sind, die Nachweise darüber aufzunehmen, bei welchen Arbeitgebern und wie lange der Inhaber in Arbeit gestanden, und ob er seinen Verpflichtungen gegen die Arbeitgeber und gegen die Cassen, zu denen er beitragspflichtig war, genügt hat.

Die weiteren Bestimmungen über die Gattungen des Hilfspersonals, auf welche sich die Verpflichtung zur Führung eines Arbeitsbuches erstrecken soll, über die Ausstellung und Einrichtung der Arbeitsbücher, über deren etwaige gleichzeitige Benutzung als Reiselegitimationen, erfolgen im Verordnungswege.

§. 67.

Beschäftigung von Kindern.

Rücksichtlich der Beschäftigung von Kindern in den Fabriken, Berg-, Hütten- oder Pochwerken und Steinbrüchen, behält es bei den Bestimmungen des §. 211 des Polizei-Strafgesetzbuches sein Bewenden, diese Bestimmungen werden indessen auf alle die eben angeführten ähnlichen gewerblichen Etablissements ausgedehnt.

§. 68.

Von Hauskindern, Ehefrauen und Mündeln geschlossene Arbeitsverträge.

Hauskinder, Ehefrauen und Mündel bedürfen, dafern sie nicht etwa bereits mit ausdrücklicher oder stillschweigender Einwilligung ihrer Väter, Ehemänner oder Vormünder in der Lage sind, ihr Fortkommen selbst suchen zu müssen, zur Abschließung eines Ar-

beitsvertrages der Einwilligung des Vaters, Ehemannes oder Vormundes.

War die Einwilligung nicht auf bestimmte Zeit beschränkt, oder nicht auf einen bestimmten Arbeitgeber ausdrücklich gerichtet, so bedarf es zum Abschluß weiterer Arbeitsverträge keiner erneuerten Einwilligung, vielmehr haben die später abgeschlossenen Arbeitsverträge sammt allen daraus entspringenden Ansprüchen und Forderungen volle Gültigkeit.

Wird die Einwilligung des Vaters oder Vormundes ohne hinreichenden Grund verweigert, so kann dieselbe zum Besten des Hauskinder oder Mündels in dringenden Fällen nach sorgfältiger Sachuntersuchung von der Obrigkeit, und zwar in den Städten von dem Magistrate, auf dem Lande von der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection ergänzt werden.

In Streitigkeiten, welche über nach Vorstehendem durch Hauskinder oder Mündel gültig geschlossene Arbeitsverträge entstehen, können dieselben, falls sie das 14. Lebensjahr überschritten haben, und das Gericht nicht ausdrücklich die Zuziehung des Vaters oder Vormundes verlangt, auch ohne die Letzteren, gültig vor Gericht handeln.

§. 69.

Kündigung.

Wenn über die Kündigungszeit nichts anderes verabredet oder in Fabrikordnungen festgesetzt ist, so gilt bei Arbeitsverträgen die in dem betreffenden Gewerbe am Orte übliche Auslohnungsfrist auch als Kündigungsfrist dergestalt, daß beiderseits nur von Lohnstag zu Lohnstag gekündigt werden kann.

Der Gehülfe, welcher stückweise bezahlt wird, oder einen Vorschuß auf seinen Arbeitslohn empfangen hat, kann der in gehöriger Frist geschehenen Aufkündigung ungeachtet, nicht eher austreten, als bis er die übernommene Arbeit vollendet, oder den empfangenen Vorschuß abverdient oder ersetzt hat.

§. 70.

Entlassung der Gewerbsgehilfen ohne Kündigung.

Ohne Rücksicht auf Kündigungsfrist darf der Gewerbsgehilfe, soweit nicht der Arbeitsvertrag oder die Fabrikordnung abweichende Bestimmungen enthält, sofort entlassen werden

- a. wenn er einen Diebstahl, eine Unterschlagung oder sonst ein dem guten Rufe in ähnlicher Weise nachtheiliges Vergehen sich zu Schulden kommen läßt;
- b. wenn er ohne Einwilligung des Arbeitgebers ein Nebengeschäft betreibt, welches ihn in der Erfüllung seiner Verpflichtungen gegen den Arbeitgeber hindert;
- c. wenn er die ihm von dem Arbeitgeber mitgetheilten Gewerbsgeheimnisse ohne dessen Erlaubniß anderen Personen wieder mittheilt;
- d. wenn er an verbotenen Verabredungen von Gewerbsgehilfen zur Erzwingung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. s. w. Theil nimmt;
- e. wenn er den Arbeitsherrn oder ein Glied seiner Familie oder seines Hausstandes oder eine in der Werkstatt zur Aufsicht angestellte Person thätlich oder sonst schwer beleidigt, oder sich gegen die Kunden des Meisters grobe Ungebühr erlaubt;
- f. wenn er Glieder der Familie oder Dienstboten des Arbeitsherrn, Mitarbeiter oder Lehrlinge zu unordentlichem oder unsittlichem Lebenswandel oder zu unerlaubten Handlungen zu verleiten sucht;
- g. wenn er sich weigert, die ihm obliegenden Gewerbsarbeiten auszuführen, oder an den gewöhnlichen Arbeitstagen gegen den Willen seines Arbeitgebers feiert und deshalb schon einmal polizeilich bestraft ist;
- h. wenn er, der Verwarnung zuwider, unvorsichtig mit Feuer und Licht umgeht;
- i. wenn er arbeitsunfähig wird, oder in eine ansteckende oder ekelhafte Krankheit verfällt;
- k. wenn in Folge von Elementar- und ähnlichen außer der Willkür des Arbeitgebers liegenden Ereignissen oder auf

Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes durch Entscheidung der zuständigen Behörde ohne Verschulden des Arbeitgebers die Arbeit ganz oder zeitweilig eingestellt werden muß.

§. 71.

Verlassen der Arbeit ohne Kündigung.

Der Gewerbsgehilfe ist berechtigt, die Arbeit ohne Kündigung zu verlassen,

- a. wenn ihm von dem Arbeitgeber widerrechtliche oder unsittliche Handlungen zugemuthet werden;
- b. wenn er vom Arbeitgeber thätlich oder sonst schwer beleidigt, oder in einer nach diesem Gesetze unzulässigen Weise gestraft wird;
- c. wenn er am Lohntage seinen Lohn nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise erhält;
- d. wenn bei Gehingearbeit oder Stücklohn der Arbeitgeber nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt;
- e. wenn er zur Fortsetzung der Arbeit körperlich unfähig wird;
- f. wenn bei Fortsetzung der Arbeit sein Leben oder seine Gesundheit einer erweislichen besonderen Gefahr ausgesetzt sein würden.

Wegen Bestrafung und zwangsweiser Zurückführung der ohne gesetzlichen Grund aus der Arbeit zurückgebliebenen oder ausgetretenen Gewerbsgehilfen verbleibt es bei den Bestimmungen des §. 201 des Polizei-Strafgesetzbuches.

§. 72.

Strafbefugniß der Arbeitsherren.

Gegen schulpflichtige Gewerbsgehilfen hat der Arbeitsherr und dessen Stellvertreter das Recht der väterlichen Züchtigung innerhalb der zur Erhaltung von Zucht und Ordnung erforderlichen Grenzen.

Gegen anderes Hilfspersonal dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen wegen der Lehrlinge (§. 79) nur die Mittel der Entlassung und in der Fabrikordnung festgesetzten oder sonst vertragsmäßig vereinbarten Lohnabzüge als Strafe angewendet werden.

An Einem Lohntage darf als Strafe keinesfalls mehr als ein Fünftel des fälligen Lohnes abgezogen werden.

§. 73.

Lohnzahlung.

Die Zahlung des Lohnes muß an den festgesetzten Lohntagen oder nach vollendeter Stückarbeit in landesüblichen Münzen erfolgen. Wegen Lohnung der Arbeiter mit Waaren behält es bei den Bestimmungen in §. 212 des Polizei-Strafgesetzbuches sein Bewenden, und können die so gelohnten Arbeiter die baare Bezahlung des verdienten Lohnes jederzeit nachverlangen.

Verabredungen zwischen Arbeitgebern, deren Angehörigen und Beauftragten einerseits, und den Gewerbsgehilfen andererseits, über Entnehmung von Bedürfnissen aus gewissen Verkaufsstellen, sowie alle solche Verabredungen, welche dazu dienen sollen, das Verbot der Auslohnungen mit Waaren zu umgehen, sind nichtig.

§. 74.

Verbotene Verabredungen.

Verabredungen von Gewerbsgehilfen behuf Einstellung der Arbeit, oder zur Erzwingung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. s. w. oder behuf Ausübung einer Strafgewalt über Arbeitgeber oder Genossen sind für die Theilnehmer nicht verbindlich, und eintretenden Falls nach §. 123 des Criminalgesetzbuches beziehentlich §§. 189 und 203 des Polizeistrafgesetzbuches zu strafen.

§. 75.

Fabrik-Ordnungen.

Gewerbs-Unternehmer, die ein Hülfspersonal von mehr als 20 Personen in gemeinschaftlichen Werkstätten beschäftigen, sind gehalten, eine Fabrikordnung aufzustellen; diese ist den Arbeitern durch Anschlag, und in sonst geeigneter Weise bekannt zu machen, und muß das Nöthige enthalten

- über die Classen des Arbeitspersonals und ihre Verrichtungen;
- über die Kündigungsfristen und Entlassungsgründe;
- über die Arbeitszeit;

- über die Abrechnungs- und Lohnzeiten;
- über die Befugnisse des Aufsichtspersonals;
- über die Disciplin in den Werkstätten, einschließlich des Verhaltens mit Feuer und Licht;
- über die Behandlung im Falle des Erkrankens oder Verunglückens;
- über die Strafen durch Lohnabzüge oder Entlassung;
- über die Unterstützungs- und Krankencassen, insoweit solche bereits bestehen oder eingerichtet werden.

Jede Fabrikordnung ist der Landes-Polizeibehörde vorzulegen.

Diese hat dieselbe nach vorgängiger Anhörung der betreffenden Gemeindebehörde zu prüfen, die Abänderung darin etwa enthaltener, den Gesetzen und Verordnungen zuwiderlaufender Bestimmungen, insbesondere auch eines etwaigen Uebermaßes in den Strafbestimmungen, sowie die Ergänzung etwaiger Lücken anzuordnen, und sodann den Genehmigungsvermerk hinzuzufügen, auch der betreffenden Gemeindebehörde eine Abschrift der genehmigten Fabrikordnung mitzutheilen.

Die Landes-Polizeibehörde ist befugt, die Befolgung der Vorschriften dieses Paragraphen durch die zuständigen Zwangsmittel, und bei fortgesetztem Ungehorsame durch Einstellung des Fabrikbetriebes zu erzwingen.

§. 76.

Lehrlinge.

Als Lehrling wird angesehen, wer bei einem selbstständigen Gewerbetreibenden zur Erlernung des Gewerbes eintritt, ohne Unterschied, ob die Erlernung gegen Lehrgeld, oder unentgeltliche Hülfsleistung stattfindet, oder ob für die Arbeit Lohn gezahlt wird.

§. 77.

Annahme von Lehrlingen.

Eine Beschränkung der Annahme von Lehrlingen findet nicht Statt.

Vor Beendigung der gesetzlichen Schulzeit darf kein Lehrling angenommen werden.

Hauskinder und Mündel bedürfen zur Abschließung eines Lehrvertrages der Genehmigung des Vaters oder Vormundes.

In Betreff der etwaigen Ergänzung dieser Genehmigung, und wegen des Auftretens des Lehrlings vor Gericht gelten die Bestimmungen des §. 68.

Die Befugniß zur Annahme minderjähriger Lehrlinge kann denjenigen selbstständigen Gewerbetreibenden, welche zu Ketten- oder Zuchthausstrafe, oder wegen Verletzung fremden Eigenthums aus gewinnflüchtiger Absicht zu Zwangsarbeitsstrafe, oder wiederholt wegen der im §. 81 Ba und d bezeichneten Vergehen gegen Lehrlinge zu Strafen verurtheilt sind, vom betreffenden Gerichte für immer oder auf bestimmte Zeit aberkannt werden. Das Erkenntniß ist in solchem Falle öffentlich bekannt zu machen.

§. 78.

Lehrvertrag.

Die Annahme von Lehrlingen hat auf Grund eines die Bedingungen dieser Annahme und insbesondere die Dauer der Lehrzeit festsetzenden Vertrags zu geschehen, dessen schriftliche Errichtung nicht stempelpflichtig sein soll.

Der Lehrvertrag ist Sache der freien Vereinbarung, darf aber keine den Gesetzen und Verordnungen zuwiderlaufende Bestimmungen enthalten.

§. 79.

Gegenseitige Pflichten des Lehrlings und des Lehrherrn.

Lehrlinge sind ihrem Lehrherrn Achtung und Gehorsam schuldig und der häuslichen und väterlichen Zucht desselben unterworfen.

Der Lehrherr ist verpflichtet, den Lehrling nach Vermögen in allen Arbeiten desjenigen Gewerbes, zu dessen Erlernung er ihn angenommen hat, zu unterweisen, oder durch geeignete Gehülfen unterweisen zu lassen, und darf denselben, falls der Lehrvertrag nicht etwas Anderes bestimmt, zu häuslichen Verrichtungen sowie

zu anderen Dienstleistungen nur soweit benutzen, als dies ohne Beeinträchtigung des Hauptzweckes geschehen kann.

Er hat den Lehrling zu sittlichem Lebenswandel und zum Besuche der Kirche seiner Confession anzuhalten, demselben auch, wenn eine gewerbliche Fortbildungs- oder Sonntagschule am Orte sich befindet, Zeit zum Besuche einer derselben zu lassen.

§. 80.

Probezeit.

Ist in dem Lehrvertrage eine Probezeit bedungen, innerhalb deren beiden Theilen der Rücktritt freisteht, so wird, wenn nach Ablauf derselben die Lehre fortgesetzt wird, die Probezeit in die bedungene Lehrzeit eingerechnet.

§. 81.

Aufhebung des Lehrvertrages.

Vor Beendigung der bedungenen Lehrzeit kann, abgesehen von weitergehenden contractlichen Verabredungen, der Lehrvertrag einseitig aufgehoben werden:

A. von Seiten des Lehrherrn

- a. wenn der Lehrling einen Diebstahl, eine Unterschlagung oder sonst ein dem guten Rufe in ähnlicher Weise nachtheiliges Vergehen sich zu Schulden kommen läßt;
- b. wenn er die ihm von dem Arbeitgeber mitgetheilten Gewerbsgeheimnisse ohne dessen Erlaubniß anderen Personen wieder mittheilt;
- c. wenn er an verbotenen Verabredungen von Gewerbsgehilfen zur Erzwungung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit u. s. w. Theil nimmt;
- d. wenn er den Arbeitsherrn, oder ein Glied seiner Familie oder seines Hausstandes, oder eine in der Werkstatt zur Aufsicht angestellte Person thätlich oder sonst schwer beleidigt;
- e. wenn er Glieder der Familie oder Diensthoten des Arbeitsherrn, Mitarbeiter oder Lehrlinge zu unordentlichem oder

unsittlichem Lebenswandel oder zu unerlaubten Handlungen zu verleiten sucht;

- f. wenn der Lehrling länger als 6 Wochen durch eine nicht in Folge der Arbeit selbst entstandene Krankheit an der Arbeit verhindert wird;
 - g. wenn er wiederholt entläuft, ohne daß ihm oder seinem rechtlichen Vertreter nach den unter B. folgenden Bestimmungen des gegenwärtigen Paragraphen ein Recht auf einseitige Aufhebung des Lehrvertrages zusteht;
 - h. wenn er sich beharrlich ungehorsam oder zur Erlernung des Gewerbes unfähig zeigt;
 - i. wenn er länger als 4 Wochen in Haft gehalten wird;
 - k. wenn er, wissentlich an einem ansteckenden Uebel leidend, mit Verheimlichung desselben in die Lehre tritt, oder während derselben von einem solchen Uebel befallen, dasselbe dem Lehrherrn verheimlicht (§. 127 des Polizeistrafgesetzbuches);
 - l. wenn er ekelhafte Gewohnheiten an sich hat und davon, vorgängiger Warnung ungeachtet, nicht abläßt;
- B. von Seiten des Lehrlings oder seiner rechtlichen Vertreter:
- a. wenn dem Lehrlinge von dem Lehrherrn widerrechtliche oder unsittliche Handlungen zugemuthet werden;
 - b. wenn er zur Fortsetzung der Lehre körperlich unfähig wird;
 - c. wenn bei Fortsetzung der Lehre sein Leben oder seine Gesundheit einer erweislichen besonderen Gefahr ausgesetzt sein würde;
 - d. wenn er von dem Lehrherrn thätlich gemißhandelt oder in einer sonst nach den Gesetzen unzulässigen Weise bestraft wird;
 - e. wenn der Lehrherr seinen Wohnort verändert;
 - f. wenn der Lehrherr seinen Verpflichtungen nach §. 79 nicht nachkommt;
 - g. wenn der Lehrherr des Rechtes zur Annahme minderjähriger Lehrlinge verlustig erklärt wird;
 - h. wenn der Gewerbebetrieb des Lehrherrn eingestellt wird.

In den Fällen unter A., sowie in den Fällen unter B. b.,

c., e., ingleichen in dem Falle unter B. h., vorausgesetzt, daß die Einstellung des Gewerbes ohne sein Verschulden erfolgt, hat der Lehrherr Anspruch auf einen verhältnismäßigen Theil des Lehrgeldes.

In den Fällen unter B. a., d., f. und g., sowie in dem Falle unter B. h., wenn die Einstellung des Gewerbebetriebes durch die Schuld des Lehrherrn herbeigeführt wird, verliert dieser jeden Anspruch auf das Lehrgeld und hat von dem Empfangenen einen verhältnismäßigen Theil zurückzuzahlen.

In beiden Fällen wird rücksichtlich der Berechnung des Lehrgeldes für die einzelnen Lehrjahre, wenn nichts Besonderes ausgemacht ist, angenommen, daß von dem festgesetzten Lehrgelde die Hälfte für das erste Drittel, $\frac{1}{3}$ für das zweite Drittel und $\frac{1}{6}$ für das letzte Drittel der Lehrzeit bedungen sei.

§. 82.

Eigenmächtiges Verlassen der Lehre.

Der §. 201 des Polizeistrafbuches findet auch auf Lehrlinge, welche, ohne dazu nach §. 81 berechtigt zu sein, eigenmächtig die Lehre verlassen, Anwendung; die polizeiliche Rückführung kann jedoch durch vorgängige, vollständige Befriedigung oder Sicherstellung des Lehrherrn wegen der demselben aus der einseitigen Aufhebung des Lehrcontracts erwachsenden Schäden abgewandt werden.

§. 83.

Lehrzeugniß.

Bei Auflösung des Lehrverhältnisses kann der Lehrling über die Dauer der Lehrzeit und die während derselben erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten, sowie über sein Betragen ein Zeugniß vom Lehrherrn fordern.

§. 84.

Kaufmännisches Hilfspersonal.

Auf kaufmännisches Hilfspersonal (Artikel 65 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches) leiden nur die Bestimmungen der §§. 63, 64, 68—72, 76—83 und auch diese nur insoweit An-

wendung, als nicht durch das Handelsgesetzbuch etwas Anderes bestimmt ist.

§. 85.

Transitorische Bestimmung.

Auf die vor Erlass dieses Gesetzes bereits abgeschlossenen Lehrverträge finden die Bestimmungen desselben nur insoweit Anwendung, als es sich um die persönlichen Verhältnisse zwischen Lehrhern und Lehrling (§§. 79, 83) handelt, während die übrigen Verhältnisse (§§. 77, 78, 80, 81 und 82) nach den zur Zeit des Abschlusses des Lehrvertrags geltenden Gesetzen zu beurtheilen sind.

Sechster Abschnitt.

Von den Vereinigungen und Genossenschaften der Gewerbetreibenden, und von gemeinnützigen Anstalten.

§. 86.

Gewerbliche Vereine und Genossenschaften.

Die Vereinigungen der unter die Bestimmungen dieses Gesetzes fallenden Gewerbetreibenden sind:

entweder

A. freie Vereine, auf welche blos die Vorschriften der Gesetzgebung über das Vereins- und Versammlungsrecht Anwendung leiden,

oder

B. gewerbliche Genossenschaften im engern Sinne, (Innungen, Gilben).

§. 87.

Innungen.

Gewerbliche Genossenschaften im engern Sinne — Innungen — sind Vereinigungen selbstständiger Gewerbetreibender eines und

desselben oder mehrerer Gewerbe eines Ortes oder Bezirkes zur Förderung gemeinsamer Angelegenheiten, insbesondere der folgenden Zwecke:

- a. Regelung der Verhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und ihren Lehrlingen und Gehülfeu, innerhalb der Grenzen der über den Lehr- und Arbeitsvertrag in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen;
- b. Beilegung der zwischen den Genossen unter einander, zwischen ihnen und ihren Lehrlingen oder Gehülfeu über die in diesem Gesetze oder in den Genossenschaftsstatuten geordneten Verhältnisse entstehenden Streitigkeiten;
- c. Gründung, Förderung und Verwaltung von Fachschulen und ähnlichen gemeinnützigen Anstalten (für Handelscorporationen, namentlich auch Börsen und andere allgemeine Handelsinstitute);
- d. die Unterstützung der Mitglieder und ihrer Angehörigen, sowie der Gewerbsgehülfeu, und Gründung von Anstalten (Cassen) zu diesem Zwecke.

Nur die einer Innung angehörenden selbstständigen Gewerbetreibenden haben die Benennung „Meister“ zu beanspruchen.

Alle Innungssachen sind sportelfrei.

§. 88.

Innungs-Statut.

Jede Innung muß ein Statut (Artikel) besitzen und erlangt durch dessen Bestätigung Seitens der Landesregierung die Eigenschaft als juristische Person.

Dasselbe muß, vorbehaltlich der weiter gehenden Anordnungen behuf Erreichung der §. 87 a, b, c, d bezeichneten Zwecke, Bestimmung enthalten über Gewerbsart, Ort oder Bezirk, Sitz, Zweck, Aufnahme- und Austrittsbedingungen, Rechte und Pflichten, Versammlung, Verwaltung und Verwaltungs-Organe, Vermögen der Innung, Mitwirkung der Aufsichtsbehörden bei den Gilde-Angelegenheiten, namentlich auch in den §. 87 unter a—d bezeichneten Fällen, sowie über Bekanntmachung des Statuts.

Die auf das gewerbliche Hilfspersonal der Innungs-Mit-

glieder bezüglichlichen Bestimmungen des Statuts sind für dies Personal rechtsverbindlich, sobald dasselbe rechtzeitig damit bekannt gemacht worden ist. Veränderungen bestätigter Statuten bedürfen ebenfalls der Genehmigung der Landes-Regierung.

§. 89.

Fortsetzung. Bestimmungen wegen der Beiträge.

Nach erfolgter Bestätigung eines Gildestatuts sollen sowohl die Eintrittsgelder der Mitglieder, als deren regelmäßige und außerordentliche Beiträge zu der Innungscasse und den übrigen mit der Innung etwa verbundenen Cassen (Sterbecassen etc.) nöthigenfalls auf dieselbe Weise wie rückständige Gemeindeabgaben beigetrieben werden.

§. 90.

Fortsetzung. Freiheit des Ein- und Austritts.
Beitragspflicht von Nichtmitgliedern.

Ein Zwang zum Beitritt zu einer der im §. 86 erwähnten Innungen findet, vorbehältlich der besonderen Bestimmungen wegen des Kaufmannsvereins in Braunschweig, nicht statt. Andererseits darf keinem Gewerbsgenossen, welcher die statutarischen Bedingungen zu erfüllen vermag, die Aufnahme verweigert werden.

Die sich der Innung nicht anschließenden, demselben Gewerbe oder den mehreren vereinigten Gewerben angehörigen selbstständigen Gewerbetreibenden eines Ortes oder Bezirkes können nach Anhörung der Gemeindebehörde im Verordnungswege genöthigt werden, angemessene Beiträge zur Unterhaltung der §. 87 unter c. erwähnten Anstalten zu leisten.

§. 91.

Fortsetzung.

Das Statut darf keine, mit dem gegenwärtigen Gesetze oder sonstigen gesetzlichen Vorschriften im Widerspruch stehende Bestimmungen und insbesondere auch Nichts enthalten, wodurch die einzelnen Mitglieder in der beliebigen Ausübung der nach dem dritten Abschnitte dieses Gesetzes jedem selbstständigen Gewerbetreibenden zu-

stehenden Rechte beschränkt oder beeinträchtigt würden, — ebenso wenig den Austritt der Mitglieder an andere beschränkende Bestimmungen als solche knüpfen, welche durch die plinkliche Erfüllung der, der Genossenschaft gegen dritte Personen obliegenden rechtlichen Verbindlichkeiten bedingt sind.

§. 92.

Fortsetzung. Selbstverwaltung der Innungen.

Die Innungen verwalten ihre genossenschaftlichen Angelegenheiten, insoweit nicht die Statuten Beschränkungen dieserhalb enthalten, selbstständig. Ihre Vorstände vertreten die gemeinschaftlichen Interessen.

§. 93.

Fortsetzung. Auflösung und Vereinigung der Innungen.

Zu Beschlüssen einer Innung genügt im Allgemeinen die einfache Stimmenmehrheit der erschienenen Mitglieder. Dagegen erfordern Beschlüsse

- a. über die Vereinigung einer Innung mit einer oder mehreren anderen zu einer einzigen gemeinschaftlichen,
- b. über gänzliche Auflösung eines Innungsverbandes,
- c. über Statuten-Veränderungen,

eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen in einer statutenmäßig und unter Angabe des Gegenstandes der Beschlussfassung berufenen Generalversammlung.

§. 94.

Fortsetzung. Ordnung des Vermögens bei der Auflösung.

Der Ausführung eines nach §. 93 und b. gefassten Beschlusses hat die Ordnung der Vermögensverhältnisse der Innung mit besonderer Berücksichtigung der etwa vorhandenen Verbindlichkeiten voranzugehen.

Ueber den nach Erfüllung etwaiger Verbindlichkeiten verblei-

benden Ueberschuß des Innungsvermögens beschließt die Mehrheit der Innungsge nossen. Es kann dasselbe jedoch nur:

- a. einer andern Innung, insbesondere einer aus mehreren zu bildenden neuen gemeinschaftlichen Innung überwiesen, oder
- b. zu dauernden gewerblichen Zwecken bestimmt, insbesondere zu einer derartigen Verwendung einer gewerblichen Genossenschaft, oder einer öffentlichen Anstalt, oder einer Gemeinde überwiesen werden.

Kommt ein hiernach zulässiger Beschluß nicht zu Stande, so fällt das Vermögen der Gemeinde, in welcher die Innung ihren Sitz gehabt hat, zu, mit der Verpflichtung, dasselbe für allgemeine gewerbliche Zwecke zu verwenden.

Eine Vertheilung unter die Mitglieder der Innung ist unstatthaft.

§. 95.

Absterben der Innung.

Innungen, deren Mitgliederzahl bis unter 3 herabgesunken ist, sind aufzulösen.

Einsichtlich der Ordnung der Vermögensverhältnisse ist solchenfalls den Bestimmungen des §. 94 nachzugehen.

§. 96.

Verpflichtung zur Anzeige der Mitglieder.

Jede Innung hat durch ihren Vorstand bei der Gemeindebehörde des Innungssitzes alljährlich am Jahreschlusse ein vollständiges Verzeichniß ihrer Mitglieder einzureichen.

§. 97.

Fortbestehen der alten Innungen.

Die bei Publication dieses Gesetzes vorhandenen Innungen bestehen als gewerbliche Genossenschaften im Sinne des §. 86 B. fort.

Die wegen der letzteren in den §§. 87 bis 96 aufgestellten Grundsätze und getroffenen Bestimmungen leiden auf jene Innungen

gleichmäßige Anwendung und treten für dieselben ohne Weiteres in Wirksamkeit.

Die ihnen verliehenen Specialartikel bleiben bis zu einer von der Innung selbst zu beschließenden oder auch von Aufsichtswegen anzuordnenden Revision und Abänderung derselben als Innungsstatut (§. 88) in Gültigkeit, soweit sie mit den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht im Widerspruch stehen.

Etwaige Unvollständigkeiten derselben sind sofort den Bestimmungen im §. 88 gemäß zu ergänzen; bis dahin, daß solches geschehen, behalten die Vorschriften des zweiten Abschnittes des Gesetzes über den gildenmäßigen Gewerbebetrieb vom 24. Januar 1852 fortdauernde Gültigkeit.

Die Ordnung der mit den vorhandenen Gilden verbundenen Sterbecassen bleibt den zeitigen Mitgliedern derselben nach Maßgabe der bestehenden Rechtsverhältnisse überlassen, ein Zwang zum Beitritt darf aber ferner nur rücksichtlich der im Innungsverbande verbleibenden oder in denselben eintretenden Meister und auch nur dann gelibt werden, wenn das Innungsstatut dies ausdrücklich bestimmt.

Steht den Mitgliedern einer Gilde, Innung oder gewerblichen Genossenschaft ein aus dem Verbande herrührendes Servitutsrecht gegen ein fremdes Grundstück zu, so soll, auch wenn die Zahl der berechtigten Mitglieder nicht schon jetzt eine gemessene ist, festgestellt werden, wie groß die Anzahl derselben am 1. Januar 1865 ist, und stets nur diese Anzahl der Mitglieder als zur Ausübung der Servitut berechtigt angesehen werden.

Im Falle des Ausscheidens eines berechtigten Mitgliedes tritt das nach der Reihe des Eintritts in den Verein älteste der nach dem 1. Januar 1865 eingetretenen Mitglieder in das Recht der Servitutnutzung ein.

Die zur Ueberleitung der zeitherigen Innungsverfassung in die neue Ordnung der Dinge sonst erforderlichen Verfügungen und Bestimmungen erfolgen im Verordnungswege.

§. 98.

Verpflichtung zum Beitrage zu Arbeiter-Unterstützungs-Cassen.

Gewerbsgehilfen können von den Gemeindebehörden verpflichtet werden, Beiträge zu Cassen zu zahlen, deren Zweck die Unterstützung in Erkrankungsfällen und die Bestreitung von Begräbniskosten ist. — Die Arbeitgeber sind verpflichtet, dergleichen Beiträge bei Vermeidung eigener Haftverbindlichkeit vom Lohne der Gehilfen inne zu behalten und an die betreffenden Cassen abzuliefern.

Die Einrichtung solcher Cassen bleibt der statutarischen Ordnung der einzelnen Gemeinden, bezüglich Amtsräthe überlassen.

§. 99.

Ältere Cassen.

Die bereits bestehenden Cassen dieser Art, insbesondere die bei den Innungen auf den Grund des Gesetzes vom 24. Januar 1852 errichteten Gesellen-Krankencassen bleiben in ihrer zeitlichen Verfassung und Wirksamkeit, die letzteren auf so lange, als die Innung selbst, bei der sie errichtet sind, als solche fortbesteht, und keine anderweite Bestimmungen darüber mit Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums trifft.

Die Innungsmitglieder selbst, sowie andere Gesellen, als diejenigen, welche bei den betreffenden Innungsmitgliedern arbeiten — ohne Rücksicht darauf, ob sie in dem Gewerbe, welchem sie eigentlich angehören, beschäftigt werden, oder nicht — dürfen jedoch zu den Gesellen-Krankencassen ferner nicht herangezogen werden.

Bei Auflösung einer ältern auf Grund des Gesetzes vom 24. Januar 1852 eingerichteten Gesellen-Krankencasse ist der etwaige Bestand derselben derjenigen Casse oder Anstalt zu überweisen, welche künftig die Krankenverpflegung des frühern Mitgliederkreises zu übernehmen hat.

Wenn eine Gemeinde von der ihr im §. 98 verliehenen Befugniß, auf statutarischem Wege allgemeine Kranken- und Sterbe-

cassen zu errichten, Gebrauch macht, so kann die Auflösung der mit den Innungen verbundenen Gefellen=Krankencassen durch das Statut verfügt werden und fällt auch in diesem Falle das Vermögen derselben an die neue Casse.

§. 100.

Zulässigkeit von Krankenhaus=Beiträgen.

Es ist zulässig, für alle solche Gewerbsgehülfen, welche zu keiner Casse nach §§. 98 und 99 steuern, die Pflege in Erkrankungsfällen durch Verpflichtung zu regelmäßigen Beiträgen an ein für den Ort oder Bezirk bestehendes Krankenhaus zu sichern.

§. 101.

Aufsichtsrecht.

Die Innungen und die Unterstützungscassen der Gewerbsgehülfen (§§. 87, 98 und 99) stehen unter der allgemeinen Aufsicht des Staats und wird solche in den Städten von dem Stadtmagistrate, auf dem Lande von der competenten Staatsbehörde oder deren Delegirten geübt. Dieselben können von den auf die Angelegenheiten der Innungen bezüglichen Schriften und Rechnungen jederzeit Einsicht, auch an deren Verhandlungen nach ihrem Ermessen Theil nehmen. Alle von den Innungen zur Erreichung der §. 87 unter a, b, c, d genannten Zwecke aufgestellten Satzungen sind schriftlich abzufassen und der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Siebenter Abschnitt.

Strafbestimmungen.

§. 102.

Eine Strafe bis zu 10 Thlr. erleidet:

- 1) wer ein steuerfreies, aber anmeldungspflichtiges Gewerbe vor Empfang des Anmeldebescheins betreibt,

- 2) wer den Geboten und Verboten in den §§. 23, 24, 44, 60, §. 63 Schlußsatz zuwiderhandelt,
- 3) wer der Verpflichtung, ein Arbeitsbuch zu lösen — §. 66 — nicht nachkommt, wer das gelöste verloren zu haben behauptet, ohne den unverschuldeten Verlust nachweisen oder wenigstens wahrscheinlich machen zu können, wer das in seinem Besitze befindliche Arbeitsbuch den Polizeibeamten auf Anfordern vorenthält,
- 4) wer einen Gewerbsgehilfen in Arbeit nimmt, ohne sich das vorgeschriebene Arbeitsbuch vorzeigen zu lassen,
- 5) wer einen Gewerbsgehilfen beim Abgange aus der Arbeit die vorschriftsmäßige Bescheinigung im Arbeitsbuche verweigert,
- 6) wer einem Lehrlinge die Ausstellung des §. 83 vorgeschriebenen Lehrzeugnisses verweigert.
Eine Strafe von 1 — 25 Thlr. erleidet:
- 7) wer ein an die Erlaubniß der Ortspolizeibehörde — §. 45 — gebundenes Gewerbe betreibt, ohne solche vorher eingeholt zu haben. Den Polizeibehörden bleiben in diesem Falle, sowie wenn ein an die Erlaubniß der Staatsbehörde — §§. 14 und 20 — oder den Nachweis der Befähigung — §. 26 — gebundenes Gewerbe betrieben wird, ohne daß diesen Erfordernissen genügt worden, die erforderlichen Maßregeln behuf Einstellung des unbefugten Gewerbebetriebs vor-
behalten,
- 8) reisende Kaufleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende, oder deren Commis oder Agenten, sowohl ausländische, als inländische, welche bei anderen Personen, als solchen inländischen Kaufleuten, Fabrikanten und Gewerbetreibenden, welche die Handelsartikel kaufen, um dieselben wieder zu verkaufen, oder zu verarbeiten — §§. 47 und 52 —, ihre Waaren anbieten,
- 9) wer den auf Grund des §. 43 von der Ortspolizeibehörde getroffenen Anordnungen nicht nachkommt,
- 10) wer gegen die Vorschrift des §. 46 in Betreff der angeordneten Steuer-Controle-Maßregeln verstößt,

- 11) wer Lehrlinge annimmt, obgleich ihm die Befugniß dazu vom Gerichte aberkannt ist — §. 77 —.

Eine Strafe von 10 bis 300 Thlr. erleidet:

- 12) wer an im §. 55 Absatz 2 bezeichneten Verabredungen Theil nimmt, sofern nicht die Bestimmungen des Criminal-Gesetzbuches Anwendung finden.

§. 103.

Fortsetzung.

Die in diesem Gesetze angedrohten Strafen sind als Polizeistrafen im Sinne des Polizeistrafgesetzbuches anzusehen, dessen Bestimmungen auf dieselben Anwendung finden.

Achter Abschnitt.

Behörden und Verfahren in Gewerbesachen.

§. 104.

Competenz der Verwaltungsbehörden.

Die Durchführung der Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes erfolgt durch die Verwaltungsbehörden, nöthigenfalls mit Anwendung der ihnen gesetzlich zustehenden Zwangsmittel.

§. 105.

Competenz der Justizbehörden.

Die gerichtliche Verfolgung der mit Strafe bedrohten Uebertretungen dieses Gesetzes geschieht durch die Staatsanwälte und durch die im Eingange des §. 12 des Gesetzes vom 19. März 1850 über die gerichtliche Polizei bezeichneten öffentlichen Ankläger nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

Ueber die privatrechtlichen Forderungen und Ansprüche der Gewerbetreibenden unter einander, ferner der Unternehmer (Fabrikanten, Meister, Principale u.) gegen ihr Hilfspersonal —

§. 64 — und umgekehrt haben die competenten Justizbehörden zu entscheiden, auch wenn jene Forderungen und Ansprüche auf den durch dieses Gesetz geordneten Verhältnissen beruhen.

§. 106.

Errichtung von Gewerbekammern.

Die Regierung kann, wo sich das Bedürfniß zeigt, die Errichtung von Gewerbekammern veranlassen, welchen die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen aller oder einzelner Classen des Gewerbestandes eines Ortes oder Landestheiles zur Aufgabe gestellt ist (allgemeine oder besondere Gewerbekammern, Handelskammern 2c.).

Für jede einzelne Gewerbe- oder Handelskammer werden die näheren Bestimmungen über ihre Verfassung und Einrichtung, ihren Bezirk und Wirkungskreis und über die Art und Weise, wie die zu ihrem Bestande erforderlichen Mittel aufzubringen sind, durch Beschlußfassung derjenigen, welche an Einrichtung und Erhaltung derselben sich theilnehmen wollen, unter Genehmigung der Regierung festgestellt.

Schlußbestimmungen.

§. 107.

Aufhebung älterer Bestimmungen.

Alle mit diesem Gesetze in Widerspruch stehenden früheren Gesetze und Verordnungen, Statuten und Privilegien sind aufgehoben, insbesondere das Gesetz vom 24. Januar 1852, insofern dessen fernere Gültigkeit nicht in diesem Gesetze ausdrücklich vorbehalten ist.

§. 108.

Beginn der Wirksamkeit und rückwirkende Kraft.

Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1865 in Wirksamkeit.

Wer bereits vorher Concession zu einem Gewerbe bekommen

hat, bleibt im Genusse der dadurch erworbenen Rechte, ist aber dessen ungeachtet den wegen der Anmeldung in den §§. 10 und 11 gegebenen Vorschriften unterworfen.

Alle Behörden und jeder Einzelne, den es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. August 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

G e s e t z ,

die

Entschädigung für aufgehobene Verbiethungsrechte und
gewerbliche Berechtigungen betreffend,

d. d. Braunschweig, am 3. August 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braun-
schweig und Lüneburg u.

erlassen im Anschluß an das Gewerbegesetz vom heutigen Tage mit
Zustimmung der Landes-Versammlung das nachfolgende Gesetz:

§. 1.

A. Umfang des Gesetzes.

Für den Wegfall der nach §. 48 des Gewerbegesetzes vom
heutigen Tage aufgehobenen Verbiethungsrechte und gewerblichen
Berechtigungen wird eine Entschädigung nur dann geleistet, wenn

- I. das wegfallende Verbiethungsrecht ein solches ist, welches dem
Inhaber oder dessen Rechtsvorgänger ohne Vorbehalt der Ein-
schränkung, oder willkürlichen Aufhebung durch ein gültiges
und annoch wirksames Privilegium verliehen, oder ihm durch
gerichtliche Entscheidung oder durch ausdrückliche Anerken-
nung der Regierung zugesprochen ist oder zugesprochen werden
wird, —

und

es soll ein Entschädigungsanspruch für den Wegfall eines so qualificirten Verbotungsrechts beispielsweise stattfinden, wenn es verbunden ist

- 1) mit einer Apotheke;
- 2) mit einer Badstube- oder Barbierberechtigung;
- 3) mit einer Schenk- und Gastwirthschaft, der Kruggerechtigkeit, dem Weinschank;
- 4) mit einer Abdeckereiberechtigung;
- 5) mit einer Schmiedeberechtigung;
- 6) mit dem Weinhandel;

wenn

II. für eine Abdeckereiberechtigung in dem Bezirke derselben ein Zwangsrecht auf das in diesem Bezirke gefallene oder tödtlich erkrankte Vieh besteht,

und wenn

III. für das Herzogl. Domanium, eine Gemeinde oder Privatperson das Recht besteht, auf Anlaß der Zulassung eines neuen Gewerbebetriebes — namentlich des Brauerei- und Brennereibetriebes — eine Abgabe für die Zulassung (s. g. Recognitionsgelder oder Concessionsgebühren) zu erheben.

Die Entschädigung erfolgt nach Maßgabe der weiter folgenden Bestimmungen aus der Staatscasse.

§. 2.

B. Ausnahme für Innungsrechte.

Ohne Entschädigungsleistung werden aufgehoben solche zu Gunsten einer geschlossenen Zahl von Innungsmitgliedern bestehenden Verbotungsrechte, welche einer Innung als solcher, zustehen und insbesondere daher derartige Brauereigerechtigkeiten.

§. 3.

C. Reallasten und Gefälle.

Alle zu Gunsten eines Berechtigten auf einem mit einer Realberechtigung oder mit einem Grundstücke verbundenen Gewerbe haftenden Reallasten und Gefälle, insbesondere daher auch die Erbzins- und Zinsleistungen von Apotheken, die Badstube-, Krug-,

Abdeckerei- und Schmiedezinsen und die Erbenzinsen oder sonstigen Geldabgaben vom Weinhandel bestehen ungeachtet einer eintretenden Vermehrung der Concurrency unverändert fort, sollen jedoch künftig, auch wenn sie nur von dem Betriebe des Gewerbes erfolgen, (§. 3 der Ablösungsordnung vom 20. December 1834) der Ablösung nach den Bestimmungen der Ablösungsordnung unterworfen sein.

Soweit die Ablösungsordnung ausreichende Bestimmungen für die Ermittlung des Reinertrages der von dem Betriebe eines Gewerbes zu entrichtenden Abgaben und Leistungen nicht enthält, soll, wie z. B. bei den Krug- und Faßzinsen, der Reinertrag nach dem Durchschnitte der 10 Jahre vom 1. Januar 1854 bis 1. Januar 1864 ermittelt und bestimmt werden.

Haften Reallasten auf einem Gewerbe, welches mit einem zur Entschädigung gelangenden Verbietungsrechte verbunden ist, so sind dieselben jedenfalls vor der Zahlung der Entschädigungssumme für das Verbieterrecht und zwar so zeitig abzulösen, daß die Zahlung des Ablösungscapitals für die Reallast zugleich mit der Zahlung der Entschädigungssumme für das Verbieterrecht erfolgen kann.

Beträgt das Ablösungscapital für die Reallast mehr als die Entschädigungssumme für das Verbieterrecht, so erlischt der Mehrbetrag zu Gunsten des Verpflichteten, wenn die aus der Reallast entspringende Abgabe nur für die, durch das Verbieterrecht geschützte Gewerbeberechtigung und nicht für außerdem verliehene Rechte oder Sachen entrichtet wird.

Ohne Entschädigung des Berechtigten erlöschen mit dem Tage, an welchem dieses Gesetz in Kraft tritt:

- 1) feste Geldabgaben für Gewerbebetriebe, mit welchen ein Grundstück oder eine Realberechtigung nicht verbunden ist, (z. B. Schmiedezinsen für einen nicht erblich oder nicht in Verbindung mit einem Grundstücke verliehenen Schmiedebetrieb);
- 2) die Befugniß der Herzogl. Cammer, Direction der Domainen, oder sonstiger Berechtigten vermöge einer generellen Krugberechtigung in den Ortschaften, für welche die letztere besteht, neue Krüge und Gastwirthschaften zu etabliren oder zu verpachten;

- 3) die Befugniß der Herzogl. Cammer, Direction der Domainen, das Lumpensammeln im Amtsgerichtsbezirke Thebinghausen zu verpachten;
- 4) die von Brauer-Innungen, als solchen, erfolgenden Abgaben (Brauergulden, Brauzins, Brauergeld, Braupacht, Malzschrotmeße), vorbehältlich der Verpflichtung realberechtigter Innungsmitglieder und Dritter.

§. 4.

D. Verfahren.

Die rechtmäßigen Inhaber der im §. 1 Nr. I, II und III bezeichneten Rechte haben dieselben bei Verlust des Entschädigungsanspruchs mit Angabe des Erwerbstitels und Beibringung der Nachweise des Erwerbstitels und der den Entschädigungsanspruch begründenden Erfordernisse bis zum 1. Juli 1865 bei der Herzogl. Landes=Deconomie=Commission, zu deren Geschäftskreise die Ermittlung und Feststellung der Entschädigungssumme gehören soll, anzumelden.

Mit der Anmeldung ist thunlichst auch zugleich die Angabe der für die Werthermittelung erheblichen Thatfachen, insbesondere der Veräußerungen und Verpachtungen in den letzten 20 Jahren und der dabei bedungenen Kauf- und Pachtpreise resp. die Angabe des Einkommens an Recognitions- und Concessionsgeldern (§. 1 Nr. III) von den in den letzten 40 Jahren zugelassenen neuen Gewerbebetrieben zu verbinden.

Zu der Anmeldung sind auch diejenigen befugt, welche ein eingetragenes hypothekarisches oder ein sonstiges dingliches Recht an der Gewerbeberechtigung haben, — mit der Wirkung, daß der Anspruch des Berechtigten durch die von ihm versäumte Anmeldung nicht verloren geht.

§. 5.

Fortsetzung.

Bei der Ausmittlung des Entschädigungsanspruchs wird nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Ablösung der Reallasten, so

weit sie darauf anwendbar sind, und dieses Gesetz nicht Abweichungen davon enthält, verfahren.

§. 6.

Fortsetzung.

Ueber den angemeldeten und mit den erforderlichen Nachweisungen versehenen Anspruch ist das Herzogl. Finanz-Collegium zu hören. Können die Parteien sich nicht darüber einigen, ob und in wie weit das angemeldete Recht seiner Beschaffenheit nach einen Anspruch auf Entschädigung gewähre, so stellt die Herzogl. Landes-Deconomie-Commission die der gerichtlichen Entscheidung bedürftigen Streitfragen fest und verweist den Anmeldenden mit der Ausföhrung seiner vom Herzogl. Finanz-Collegio nicht anerkannten Behauptungen zum Wege Rechtsens.

(cf. §. 6, 7 und 15 des Gesetzes vom 20. December 1834, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission betreffend.)

§. 7.

Fortsetzung.

Die Ermittlung und Feststellung der Entschädigungssumme für den durch Erklärung des Herzogl. Finanz-Collegiums oder richterliche Entscheidung anerkannten Anspruch geschieht mit Ausschluß des Rechtsweges durch Herzogl. Landes-Deconomie-Commission. Diese und deren Commissarien sind dabei an die Angaben der Parteien nicht gebunden.

Die Ermittlung des Werthes geschieht für jede einzelne innerhalb eines Orts oder Bezirks vorkommende Gattung von Berechtigungen besonders.

§. 8.

Fortsetzung.

Die Herzogliche Landes-Deconomie-Commission hat von den angemeldeten Verbieterungsrechten, nach Eingang der Anmeldungen, die betreffende Herzogliche Kreisdirection, beziehungsweise rücksichtlich der Apotheken das Herzogliche Ober-Sanitäts-Collegium, in

Kenntniß zu setzen, diesen Behörden auch nach Beendigung des vorgeschriebenen Verfahrens eine Nachweisung der zur Entschädigung gelangenden Verbieterrechte, welche mit einem auch fernerhin concessionspflichtig bleibenden Gewerbebetriebe verbunden sind, zugehen zu lassen.

§. 9.

E. Nähere Bestimmungen bei Verbieterrechten.

a. Ermittlung.

Gegenstand der Entschädigung ist in den Fällen des §. 1 Nr. I. das Verbieterrecht und mithin der Schutz, welchen das Verbieterrecht der betreffenden Gewerbeberechtigung vor der Concurrenz eines gleichartigen Gewerbes an demselben Orte oder in demselben Bezirke gewährt.

Als Maßstab für die Entschädigung dient der Kaufwerth der mit dem Verbieterrechte verbundenen Gewerbeberechtigung zur Zeit des Wegfalls des Verbieterrechts.

Bei Ermittlung dieses Kaufwerths ist zunächst der Durchschnitt der Preise, welche während der letzten 20 Jahre für Gewerbeberechtigungen derselben Art und an demselben Orte bei Veräußerungen gezahlt, bei Erbtheilungen oder bei gerichtlichen Würdungen angenommen sind, als Anhalt zu benutzen, mit Abzug jedoch des Werthes der darunter etwa mit begriffen gewesenen Grundstücke, Geräthschaften, Inventarien und sonstigen Gegenstände.

In gleicher Weise sind auch die mit 25 zu capitalisirenden, für eine solche Gewerbeberechtigung gezahlten Pachtpreise zu benutzen. Hasten auf dem Verbieterrechte auf Anlaß der Verleihung desselben übernommene privatrechtliche Abgaben, z. B. Erbenzinsen der privilegierten Apotheken, so sind dieselben mit dem Betrage, welcher zu deren Ablösung erforderlich sein würde, zu berücksichtigen und bei Ermittlung der Kauf- und Pachtpreise, wenn sie von den Käufern oder Pächtern übernommen wurden, den Kauf- und capitalisirten Pachtpreisen hinzuzurechnen. Aus den für einzelne Gewerbeberechtigungen ermittelten Werthsummen ist die Durchschnittssumme als Grundlage für die wegen sämmtlicher in Betracht kom-

menden Verbiethungsrechte derselben Art und in demselben Orte zu gewährende Entschädigung anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, daß für einzelne Gewerbeberechtigungen deren Werth nicht hat festgestellt werden können. Ebenso ist, wenn der Werth nur einer Gewerbeberechtigung zu ermitteln gewesen ist, dieser für die sämmtlichen Verbiethungsrechte derselben Art und an demselben Orte maßgebend.

Wenn der ermittelte Werth einer Gewerbeberechtigung nach dem Ermessen der Herzoglichen Landes=Deconomie=Commission einen Maßstab auch für die gleichartige Berechtigung an einem anderen Orte oder in einem anderen Bezirke, für deren Werthermittelung es an den obigen Anhaltspunkten fehlt, darzubieten geeignet ist, so kann derselbe auch für die Werthbestimmung einer solchen gleichartigen Gewerbeberechtigung an einem anderen Orte oder in einem anderen Bezirke mit den durch die Ungleichheit der Seelenzahl und der sonstigen erheblichen Umstände etwa motivirten Modificationen benutzt werden. — Fehlt es an den vorgedachten Anhaltspunkten für die Werthermittlung, so ist der Verkaufswerth durch drei zu beeidigende und sachgemäß zu instruirende Sachverständige abzuschätzen, von denen der Eine durch den Inhaber des Verbiethungsrechtes, der Andere durch Herzogliches Finanz=Collegium und der Dritte durch Herzogliche Landes=Deconomie=Commission erwählt wird. Auf die letztere geht das Recht der Parteien zur Erwählung der Sachverständigen über, wenn die von Herzogl. Landes=Deconomie=Commission für die Wahl zu bestimmende Frist nicht eingehalten wird.

Als Würderungssumme gilt der aus den drei Taxen gezogene Durchschnittsbetrag, wenn die Sachverständigen über eine gemeinsame Taxe sich nicht haben einigen können.

Insoweit ein Verbiethungsrecht schon bisher vermöge Gesetzes, besonderen Vorbehalts, gegenüberstehenden Verbiethungsrechts eines Dritten, oder aus ähnlichen Gründen gewissen Beschränkungen unterworfen war, ist darauf bei der Werthermittlung die gebührende Rücksicht zu nehmen, insbesondere daher bei der Ermittlung des auf einem Personal=Privilegio beruhenden Verbiethungsrechts die Zeitdauer zu berücksichtigen, während welcher die Ausübung dem Inhaber annoch zustehen würde.

§. 10.

b. Ergebnis.

Ueber das Ergebnis der nach §. 9 vorgenommenen Werthermittelungen sind die Parteien zu hören. Wird dasselbe nicht anerkannt, auch eine Vereinbarung über die Höhe des Capitalwerths nicht erreicht, so ist der Capitalwerth durch Entscheidung der Herzoglichen Landes-Deconomie-Commission festzustellen. Diese Behörde ist in dem Falle einer durch Sachverständige vorgenommenen Werthschätzung (§. 9), wenn gegen dieselbe erhebliche Ausstellungen zu machen sind, befugt, eine Revision der Taxen zu verfügen und zugleich die damit zu beauftragenden Sachverständigen zu bestimmen.

Gegen die Entscheidung der Herzoglichen Landes-Deconomie-Commission steht den Parteien der Recurs an Herzogl. Staats-Ministerium zu, welcher bei Verlust desselben binnen 4 Wochen vom Tage der den Parteien geschehenen Eröffnung der Entscheidung der Herzoglichen Landes-Deconomie-Commission zu verfolgen ist.

Die Entscheidung des Herzoglichen Staats-Ministeriums über den Recurs ist eine endgültige.

§. 11.

c. Dritte Betheiligte.

Der Zustimmung etwaiger Hypothetgläubiger oder Realberechtigten zur Feststellung des Capitalwerths bedarf es auch dann nicht, wenn dieselbe durch Vereinbarung der Parteien erfolgt.

§. 12.

d. Betrag der Entschädigung.

Die dem Berechtigten gebührende Entschädigung soll in zwei Dritttheilen des festgestellten Capitalwerths bestehen; sie tritt als Surrogat an die Stelle des aufgehobenen Verbotungsrechts.

§. 13.

e. Zahlung.

Erfolgt die Entschädigungssumme für ein Verbotungsrecht, welches mit einem Gewerbebetriebe verbunden ist, der künftig, ohne an das Requisit einer Concession noch gebunden zu sein (§. 14 des Gew.=Ges.) der freien Concurrrenz unterliegt — §. 1 Nr. I., 5 und 6 — so wird die Entschädigungssumme innerhalb einer sechsmonatigen Frist vom Tage der Feststellung der Entschädigungssumme gezahlt, welcher zu diesem Zwecke dem Herzogl. Finanz-Collegium von Herzogl. Landes-Deconomie-Commission zu notificiren ist.

Sollten Fabriken und sonstige künftig der freien Concurrrenz unterliegende Gewerbebetriebe außer den im §. 1 Nr. I., 5 und 6 besonders genannten mit einem Verbotungsrechte verbunden sein, für welches in Gemäßheit dieses Gesetzes Entschädigung zu leisten ist, so wird die Zahlung der Entschädigungssumme erst mit dem Ablaufe von sechs Monaten nach dem Ablaufe desjenigen Monats fällig, in welchem eine gleichartige Fabrik oder ein gleichartiger Gewerbebetrieb dem früheren Verbotungsrechte zuwider eröffnet ist.

§. 14.

f. Fortsetzung.

Ist dagegen die Entschädigungssumme für ein Verbotungsrecht zu leisten, welches mit einem Gewerbebetriebe verbunden ist, der auch fernerhin concessionspflichtig bleibt, — §. 1 Nr. I., 1, 2, 3, 4, §. 2 und Gewerbegesetz §. 14 — so erfolgt die Zahlung der Entschädigungssumme erst binnen 6 Monaten von demjenigen Tage an gerechnet, an welchem ein gleichartiger Gewerbebetrieb an demselben Orte oder in demselben Bezirke dem daselbst bestandenen Verbotungsrechte zuwider concessionirt ist. Von einer solchen Concessionirung ist Herzogliches Finanz-Collegium durch die betreffende Herzogliche Preissdirection resp. in Betreff der Apotheken durch Herzogl. Ober-Sanitäts-Collegium unverzüglich in Kenntniß zu setzen.

§. 15.

g. Fortsetzung.

Bestehen in demselben Orte oder in demselben Bezirke mehrere Verbieterungsrechte gleicher Art, für welche Entschädigung erfolgt, so ist an den Inhaber einer jeden nur diejenige Quote des Entschädigungscapitals bei Concessionirung eines neuen gleichartigen Gewerbebetriebes zu zahlen, welche aus der Theilung des festgestellten Entschädigungscapitals mit der Zahl der entschädigungsberechtigten Verbieterungsrechte sich ergibt und die letzte Quote daher erst dann, wenn ebenso viele neue gleichartige Gewerbebetriebe an dem betreffenden Orte resp. in dem betreffenden Bezirke concessionirt sind, als entschädigungsberechtigte Verbieterungsrechte sich darin befinden, — so daß z. B. wenn an einem Orte vier entschädigungsberechtigte Apotheken sich befinden, mit der ferneren Zulassung einer ersten, zweiten und dritten Apotheke jedesmal ein Viertel der Entschädigungssumme und das letzte Viertel derselben mit Zulassung einer neuen vierten Apotheke fällig wird.

Mehre Verbieterungsberechtigte gleicher Art in demselben Orte oder Bezirke sind bei theilweise erfolgnder Entschädigung, soweit der Staat der Berechtigte der Reallast ist, nicht verpflichtet, ein Mehreres auf die Ablösung der auf ihren Verbieterungsrechten haftenden Reallasten (§. 3) zu verwenden, als die jedesmalige Entschädigungsrate. Der Rest des in das Hypothekenbuch einzutragenden Ablösungscapitals wird mit jährlich 4 Procent verzinst. Die in der Ablösungsordnung verliehene Befugniß, auf Ablösung zu provociren (Ablösungsordnung §. 7), wird hierdurch nicht abgeändert.

§. 16.

h. Erlöschen der Zahlungspflicht.

Die Verbindlichkeit zur Zahlung der Entschädigungssumme erlischt zum Nachtheile des Inhabers eines Verbieterungsrechts gänzlich, wenn demselben vermöge der Bestimmungen der Verleihungs-urkunde wegen Mißbrauchs oder sonstiger Veranlassungen das ertheilte privilegium exclusivum entzogen werden kann und solches

auf den Grund dieser Befugniß mittelst Zulassung einer Concurrency-Vermehrung geschieht.

Dem Verbiethungsberechtigten bleibt vorbehalten, die Frage: ob ihm das ertheilte privilegium exclusivum zu entziehen war, zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen.

§. 17.

i. Beiträge zu der Entschädigung.

Wird es bei der Concessionirung eines Gewerbebetriebes, welche die Zahlbarkeit der Entschädigungssumme für ein Verbiethungsrecht zur Folge hat, für angemessen erachtet, über Beiträge zu dieser Entschädigungssumme mit dem Acquirenten der Concession oder mit den bei dessen Concessionirung interessirten Ortschaften ein Abkommen zu treffen, so dürfen derartige Beiträge nur in Jahresleistungen innerhalb der Dauer der Ausübung der aus der ersten Concession und etwaigen ferneren Concessionen hervorgehenden Verbiethung bestehen, in ihrem Gesamtbetrage nicht die Hälfte der Entschädigungssumme für das betreffende Verbiethungsrecht überschreiten und auf keine Weise für den Concessionirten Rechte begründen, welche weiteren Concessionirungen hinderlich werden oder Entschädigungsansprüche für den Concessionirten bei ferneren Concessionirungen begründen könnten.

§. 18.

k. Pachtverhältnisse.

Der Pächter einer Gewerbeberechtigung, mit der zur Zeit des Pachtabschlusses ein der Entschädigung unterliegendes Verbiethungsrecht verbunden war, hat gegen den Verpächter nur einen Anspruch auf Gewährung vierprocentiger Zinsen des Entschädigungscapitals für das Verbiethungsrecht vom Zeitpunkte der Zahlung (§. 13 und 14) für die noch laufende Pachtdauer.

Es steht ihm jedoch auch die Befugniß zu, die Pacht zu kündigen und mit Ablauf des Pachtjahres, oder wenn nicht zwischen der Kündigung und dem Ende des Pachtjahres ein Zeitraum von wenigstens 3 Monaten liegt, nach 3 Monaten vom Tage der Kündigung angerechnet, zurückzugeben.

§. 19.

1. Zahlungsweise.

Die Zahlung der Entschädigungssumme geschieht nach der Wahl des Herzoglichen Finanz-Collegiums entweder baar oder durch Ueberweisung vierprocentiger Landesschuldverschreibungen zum Nennwerthe, wobei diejenigen Capitalbeträge, welche die Summe von 50 Thaler nicht erreichen, an die Empfangsberechtigten, baar zu zahlen sind.

§. 20.

m. Empfangsberechtigte.

Zur Empfangnahme der an die Stelle des aufgehobenen Verbotungsrechtes tretenden Entschädigung sind die rechtmäßigen Inhaber des letzteren vorbehältlich der Rechte etwaiger Hypothekengläubiger und Realberechtigten befugt.

Als rechtmäßige Inhaber des Entschädigungsanspruchs gelten bei Realprivilegien alle späteren rechtmäßigen Inhaber der Gewerbsanlage, des Grundstückes, oder der Realberechtigung, mit denen das Verbotungsrecht verbunden war.

Bei der Auszahlung ist in Gemäßheit der §§. 9, 15, 16 des Gesetzes vom 19. December 1834, die Ordnung der Cammer- und Landesschulden betreffend, zu verfahren.

§. 21.

F. Besondere Bestimmungen für Abbedereiberechtigungen.

Wenn und soweit

- 1) für eine Abbedereiberechtigung in dem Bezirke derselben ein Zwangsrecht auf das in diesem Bezirke gefallene oder tödtlich erkrankte Vieh besteht, (§. 1 Nr. II.) so soll die Entschädigung für die Aufhebung dieses Zwangsrechts nach der zusammen gerechneten Zahl des Pferde- und Rindviehbestandes des betreffenden Bezirks, wie solche von dem statistischen Bureau auf Grund der Viehzählung vom 30. April 1863 angegeben werden wird, berechnet werden und hundert Thaler für jedes

Tausend des Pferde- und Rindviehbestandes in dem betreffenden Abdeckereibezirke betragen, wobei die über volle Tausend hinausgehende Viehzahl, wenn sie 50 Stück und darüber beträgt für 100 zählt, wenn sie 50 nicht erreicht, außer Berechnung bleibt.

Die hiernach festzustellende Entschädigungssumme, für deren Ermittlung und Zahlung im Uebrigen die Bestimmungen dieses Gesetzes, so weit sie darauf anwendbar, gleichfalls gelten, tritt als Surrogat an die Stelle des aufgehobenen Zwangsrechts, unterliegt dritten Berechtigten gegenüber (§. 20) denselben Beschränkungen, wie das aufgehobene Zwangsrecht und ist binnen 6 Monaten nach erfolgter Feststellung zu zahlen. Auf etwa bestehende Pachtverhältnisse findet der §. 18 dieses Gesetzes Anwendung.

- 2) Auf die in Gemäßheit dieses Gesetzes erfolgende Ermittlung, Feststellung und Zahlung der Entschädigungssumme für das mit der Abdeckereiberechtigung verbundene Verbotungsrecht gegen gleiche Gewerbetreibende, so weit solches noch einen, die Entschädigungssumme für das aufgehobene Zwangsrecht auf gefallenes oder tödtlich erkranktes Vieh übersteigenden Werth hat, äußert die für das aufgehobene Zwangsrecht gewährte Entschädigung keinen weiteren Einfluß, als daß der Betrag der letzteren von der Entschädigungssumme für das Verbotungsrecht in Absatz gebracht wird.
- 3) Die Vorschriften der §§. 140 und 141 des Polizei-Strafgesetzbuches treten nur in so weit außer Kraft, als sie zur Schützung eines Zwangsrechts der Abdecker haben dienen sollen.

§. 22.

G. Nähere Bestimmungen für die Entschädigung wegen der Concessions-Gebühren oder Recognitionsgelder bei dem Brennerei- und Brauereibetriebe.

In den Fällen des §. 1 Nr. III. sind die Beträge zu ermitteln, welche für während des vierzigjährigen Zeitraums vom 1. Januar 1825 bis 1. Januar 1865 zugelassene Gewerbebetriebe an

die Berechtigten wirklich entrichtet wurden. Die Gesamtsumme der ermittelten Zahlungen bildet durch 40 getheilt, den jährlichen Ertrag, und dieser Ertrag soll, mit 20 multiplicirt, das Entschädigungscapital bilden, welches dem Berechtigten gebührt.

Dieses Entschädigungscapital, von dessen Feststellung das Herzogliche Finanz-Collegium durch Herzogliche Landes-Deconomie-Commission zu benachrichtigen ist, wird binnen 6 Monaten, vom Tage der Feststellung angerechnet, an die Empfangsberechtigten gezahlt.

Im Uebrigen sind die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Ermittlung, Feststellung und Zahlung der Entschädigungscapitale für Verbotungsrechte auch auf die Fälle des §. 1 Nr. III, soweit sie darauf anwendbar, in Anwendung zu bringen.

§. 23.

H. Vertretung des Staats.

Für die Verhandlungen über das Entschädigungs-Geschäft wird der Staat durch Herzogliches Finanz-Collegium vertreten.

§. 24.

I. Kosten.

Die Kosten des Verfahrens wegen der Entschädigung für Verbotungsrechte und gewerbliche Berechtigungen bei Herzoglicher Landes-Deconomie-Commission und bei den Verwaltungsbehörden sind, mit Ausnahme der durch Weiterungen oder Anmeldung unbegründeter Entschädigungs-Ansprüche veranlaßten und dem unterliegenden Theile zur Last fallenden, auf die Staatscasse zu übernehmen.

In Betreff der Kosten des Ablösungsverfahrens wegen der Realasten und Gefälle — §. 3 — kommen dagegen die für die Ablösung der Realasten überhaupt geltenden Bestimmungen zur Anwendung.

§. 25.

Durch die in Gemäßheit dieses Gesetzes für aufgehobene Verbotungsrechte und gewerbliche Berechtigungen erfolgende Entschädi-

gung wird jeder Anspruch der Inhaber derselben auf Anlaß deren Aufhebung dem Staate gegenüber dergestalt gestilgt, daß ihnen auch ein gegen die verschiedenen Behörden desselben, insbesondere z. B. gegen Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, aus Privatrechtstiteln auf Gewährleistung oder Entschädigung etwa herzuleitendes Klagrecht nicht weiter zusteht.

Dagegen hat es bei den, einzelnen Verbietungsberechtigten und Inhabern gewerblicher Berechtigungen, wie durch Gesetze und Verordnungen, so durch Verleihungs-Urkunden, auferlegten Verpflichtungen sowohl im öffentlichen Interesse, als zu Gunsten Dritter, der Aufhebung der Verbieterrechte ungeachtet, sein Verbleiben, auch wenn jene Verpflichtungen nicht zu den unlöslichen Reallasten und Gefällen (§. 3) gehören.

§. 26.

K. Besondere Bestimmungen in Betreff des Herzoglichen Cammerguts und in Betreff des Klostersguts.

In Betreff der Entschädigungen für Verbieterrechte und gewerbliche Berechtigungen, §. 1 Nr. I, II und III, welche Zubehörungen des Herzoglichen Cammerguts und des Kloster- und Studienfonds sind, hat die Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, mit dem Herzoglichen Finanz-Collegium unmittelbar ohne Dazwischentunst der Herzoglichen Landes-Deconomie-Commission, im Uebrigen jedoch auf Grund dieses Gesetzes Vereinbarung zu treffen, und solche Unserm Herzoglichen Staats-Ministerium zur Genehmigung vorzulegen, oder in Ermangelung der Uebereinstimmung in den Ansichten der beiden Landesbehörden dem Herzoglichen Staats-Ministerium die übrig gebliebenen Differenzpunkte zur Entscheidung einzuberichten. Herzogliches Staats-Ministerium wird vor Abgabe der Entscheidung das Gutachten der Herzoglichen Landes-Deconomie-Commission über die Sache einziehen. Nach erfolgter Genehmigung oder Entscheidung des Herzoglichen Staats-Ministeriums über die Höhe der Entschädigungscapitale sind dieselben dem Herzoglichen Cammergute oder dem Kloster- und Studienfonds in der Weise zu gewähren, daß die Zahlung aus Herzog-

licher Haupt-Finanz-Casse in den Cammer- oder Kloster-Capital-fonds erfolgt.

§. 27.

L. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1865 in Kraft.

Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen
Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. August 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

G e s e z,

den

Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des
Wohnortsrechts durch dauernden Aufenthalt
betreffend.

d. d. Braunschweig, den 3. August 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog u.

Da die freiere Gestaltung der Verkehrsverhältnisse eine Erweiterung der gesetzlichen Vorschriften über Aufenthalt und Gewinnung des Wohnortsrechts erforderlich macht, so erlassen Wir zur Ergänzung des Gesetzes vom 23. Januar 1852, Nr. 8, das Wohnortsrecht der Landeseinwohner in polizeilicher Hinsicht betreffend, mit Zustimmung der Landes-Versammlung das nachfolgende Gesetz:

§. 1.

Vom dauernden Aufenthalte.

Keinem Inländer darf der dauernde Aufenthalt an irgend einem Orte des Herzogthums für sich und seine Familie versagt oder durch lästige Bedingungen erschwert werden, ausgenommen in den durch dieses Gesetz bestimmten Fällen.

§. 2.

Fortsetzung.

Wer sich an einem Orte, wo er nicht wohnortsberechtigt ist, dauernd und in selbstständigen Verhältnissen, wohin auch die Bildung eines eigenen Haushaltes gehört, — aufzuhalten beabsichtigt, hat sich zeitig vorher in den Städten bei dem Magistrate, auf dem Lande bei dem Gemeindevorsteher unter Vorbringung einer Bescheinigung über sein Heimathsrecht (Gesetz vom 23. Januar 1852, Nr. 8, §. 19) zu melden.

Bei denjenigen in selbstständigen Verhältnissen lebenden Personen, welche ihren Aufenthalt an einem Orte zu irgend einem Broterwerbe benutzen, oder welche über sechs Monate an einem Orte sich aufhalten, wird ohne Weiteres die auf dauernden Aufenthalt gerichtete Absicht vorausgesetzt und es finden auf sie die Bestimmungen dieses Gesetzes über dauernden Aufenthalt Anwendung; dieselben trifft eine Strafe von 1 bis 10 Thlr. oder entsprechende Gefängnißstrafe, wenn sie die vorgeschriebene Anmeldung im ersten Falle nicht vor dem Beginne ihres Aufenthalts, im letzteren Falle nicht vor Ablauf des sechsten Monats ihres Aufenthalts gemacht haben.

§. 3.

Gründe zur Versagung des dauernden Aufenthalts.

Der dauernde Aufenthalt kann dem Ortsfremden von dem Stadtmagistrate, beziehungsweise dem Gemeinderathe, Recurs vorbehältlich, versagt werden:

- 1) wenn er sich über sein Heimathsrecht nicht auszuweisen vermag und eine daherhalb angebotene Caution für genügend nicht erachtet wird;
- 2) wenn er im Laufe der letzten drei Jahre vor seinem Anzuge wegen eines der in den §§. 72—74, 76—79, 82—84, 86 und 161—163 des Polizeistrafbuchbuchs aufgeführten Vergehen bestraft oder in der Besserungsanstalt zu Bern detinirt gewesen ist;
- 3) wenn er im Laufe der letzten fünf Jahre vor seinem Anzuge

wegen Diebstahls, Betrugs, oder wegen eines andern Verbrechens aus Gewinnsucht criminell bestraft ist, oder wegen anderer gemeiner Verbrechen Ketten- oder Zuchthausstrafe erlitten hat.

Auf Verlangen hat derselbe sich durch eine Bescheinigung seiner Heimathsbehörde darüüber auszuweisen, daß keiner der unter 2 und 3 angegebenen Gründe zur Versagung des dauernden Aufenthalts vorliege.

§. 4.

Gestattung des dauernden Aufenthalts.

Wird gegen den dauernden Aufenthalt vom Stadtmagistrate resp. auf dem Lande vom Gemeindevorsteher und dem darüber zu hörenden Gemeinderathe nichts zu erinnern gefunden, so ist darüber eine Bescheinigung zu ertheilen, welche in den Städten, wo die Polizei nicht von dem Magistrate verwaltet wird, nur nach vorgängiger Communication mit der Ortspolizeibehörde auszustellen und dieser von dem einziehenden Ortsfremden binnen 24 Stunden bei 1 Thlr. Strafe vorzulegen ist.

§. 5.

Zurückziehung der Gestattung des dauernden Aufenthalts und Ausweisung des Ortsfremden.

Der Ortsfremde, der seinen dauernden Aufenthalt an einem Orte mit Zustimmung des Stadtmagistrats resp. des Gemeinderaths genommen hat, kann von diesen Behörden ausgewiesen werden:

- 1) wenn derselbe seine öffentlichen oder Gemeindeabgaben oder das Schulgeld für seine, die Schule des Aufenthaltsorts besuchenden Kinder nach vorgängiger Annahmung nicht entrichtet,

oder

- 2) wegen mangelnder Unterhaltungsmittel der Aufenthaltsgemeinde oder deren Mitgliedern in irgend einer Weise zur Last fällt,
- 3) wenn derselbe in Concurß geräth, oder Executionen wegen ausgeklagter Forderungen erfolglos gegen ihn vollstreckt werden,

- 4) wenn er selbst oder ein in ungetrennter Gemeinschaft mit ihm lebendes Mitglied seiner Familie wegen eines der Vergehen unter 2 und 3 im §. 3 nach der Aufenthaltsgestattung bestraft oder zur Detention in der Besserungsanstalt zu BERN verurtheilt wird.

Soll der Ortsfremde aus einem der vorstehenden Gründe ausgewiesen werden, so muß dies in den Fällen unter Nr. 1, 2, 3, innerhalb sechs Monaten nach Eintritt des zur Ausweisung berechtigenden Grundes, — in den Fällen unter Nr. 4 binnen sechs Monaten, von dem Tage an gerechnet, an welchem die zur Ausweisung berechtigende Strafverbüßung beendet war, — in allen Fällen aber sofort durch den über das etwaige Aufnahmegesuch zu ertheilenden Bescheid geschehen.

§. 6.

Fortsetzung.

Der Recurs gegen den, den dauernden Aufenthalt versagenden, oder die Ausweisung verfügenden Beschluß der Gemeindebehörde kann nur dahin gehen, daß ein gesetzlicher Grund zu der getroffenen Verfügung nicht vorhanden sei. Von einem vorhandenen derartigen Grunde kann die Recursbehörde keine Dispensation ertheilen.

§. 7.

Fortsetzung.

Die Polizeibehörde ist vorbehältlich der Befugniß, einen fürsorglichen Aufenthalt bis zur Feststellung eines etwa streitigen oder ungewissen Heimathsrechts zu gestatten, — verpflichtet, denjenigen Ortsfremden, welchem der dauernde Aufenthalt endgültig versagt worden ist, auf Antrag der Gemeindebehörde, nöthigenfalls zwangsweise aus der Gemeinde zu entfernen.

§. 8.

Wirkung des dauernden Aufenthalts.

Der dauernde Aufenthalt gewährt dem Ortsfremden nicht die durch Wohnortsrecht bedingten bürgerlichen und politischen

Rechte, verpflichtet denselben aber zur Tragung aller öffentlichen und Gemeindelaften gleich den Ortseingesessenen.

Hat jedoch der Aufenthalt sechs Jahre ununterbrochen fortgedauert, und liegt kein Grund vor, aus welchem nach §. 5 die Gemeindebehörde die Ausweisung noch zu verfügen berechtigt ist, so gewährt ein solcher Aufenthalt nach Ablauf des sechsten Jahres resp. nach Ablauf der darüber hinausgehenden Frist, binnen welcher von dem, bei Ablauf des sechsten Jahres etwa noch wirksamen Ausweisungsgrunde — §. 5 — hätte Gebrauch gemacht werden müssen, einen gerichtlich verfolgbaren (cf. §§. 6 und 8 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nr. 8) Anspruch auf Verleihung des Wohnortsrechts gegen Entrichtung des Anzugs- oder Bürgergeldes.

Dieser Anspruch bleibt so lange wirksam, als nicht der Berechtigte aus der betreffenden Gemeinde wegzieht, ohne denselben zur Geltung gebracht zu haben und wird verwirkt, wenn nach Ablauf des sechsten Jahres bis zur Geltendmachung einer der Umstände eingetreten ist, welche nach §. 5 die Gemeinde zur Ausweisung berechtigen.

Andererseits kann die Gemeindebehörde verlangen, daß derjenige, welchem ein solcher Anspruch zusteht, sich auch wirklich als Gemeindegenußnehmer aufnehmen läßt, oder wenigstens das Anzugs- oder Bürgergeld bezahlt, — widrigenfalls sie berechtigt ist, seine Ausweisung zu verfügen.

In Betreff der Zeitpächter soll die, einen gerichtlich verfolgbaren Anspruch auf Einräumung des Wohnortsrechts gewährend, im §. 8 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nr. 8 bestimmte Aufenthaltsdauer unverändert fortbestehen.

§. 9.

**Aufhebung des §. 10 des Gesetzes vom
23. Januar 1852 Nr. 8.**

Der §. 10 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nr. 8 ist aufgehoben; die Gemeinden bleiben aber verpflichtet, einen Ortsfremden, der um Verleihung des Wohnortsrechts nachsucht, ohne nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen oder der §. 6 bis 9 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nr. 8 einen gerichtlich verfolg-

baren Anspruch darauf erworben zu haben, das Wohnortsrecht gegen Erlegung des Anzugs- oder Bürgergeldes zu verleihen, wenn derselbe

- 1) mit seinen noch nicht in selbstständigen Verhältnissen lebenden Familiengliedern sich bisher tadellos betragen hat, und
- 2) ein zu seinem und seiner Familie nachhaltigen Unterhalte hinreichendes Vermögen nachweist.

Ueber das Vorhandensein dieser Erfordernisse entscheidet das Ermessen der Gemeindebehörde vorbehältlich des bei der Staatsbehörde zu verfolgenden Recurses.

§. 10.

Ausländer.

Auch rücksichtlich der Ausländer, welche ihren dauernden Aufenthalt in dem Herzogthume zu nehmen beabsichtigen, gilt das in den §§. 2, 4 und 7 vorgeschriebene Verfahren; die Gestattung des Aufenthalts, vor welcher die im §. 19 Abs. 2 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nr. 8 vorgeschriebene Bescheinigung beigebracht sein muß, hängt indeß von der Entscheidung der betreffenden Behörden, letzter Instanz des Herzoglichen Staats-Ministeriums, ab und gewährt keinen Anspruch auf Verleihung des Wohnortsrechts.

Ist die Versagung des dauernden Aufenthalts von der Gemeindebehörde aus einem der in §. 3 bezeichneten Gründe ausgesprochen oder die Ausweisung aus einem der Gründe des §. 5 verfügt, so gilt rücksichtlich des Recurses die Bestimmung des §. 6.

An der Befugniß der Herzoglichen Landes-Regierung, Ausländer in den hiesigen Unterthanenverband aufzunehmen und Ausländer, welche dem hiesigen Staate in irgend einer Beziehung lästig werden, aus demselben zu verweisen, wird nichts geändert, auch ist Herzogliches Staats-Ministerium befugt, die Angehörigen fremder Staaten den Inländern bezüglich des Aufenthalts im Herzogthume dann gleich zu stellen, wenn in jenen Staaten den hiesigen wesentlich gleiche Grundsätze sowohl in wohnortsrechtlicher, wie in gewerblicher Beziehung gelten.

§. 11.

Schlußbestimmungen.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1865 in Kraft, von wo an alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen, imgleichen die an einigen Orten bestehende Vorschrift der Lösung sogenannter Aufenthaltskarten außer Wirksamkeit gesetzt sein sollen.

An den Vorschriften über Gestattung des nicht dauernden Aufenthalts und Beaufsichtigung des Fremdenverkehrs wird nichts geändert. Ebenso bleiben die Bestimmungen über die besondere Controle des Aufenthalts von Diensthoten, Gewerbsgehilfen und solchen Personen, welche ein Gewerbe im Umherziehen, oder eine sonstige, besondere polizeiliche Aufsicht erheischende Beschäftigung treiben, bis auf Weiteres in Kraft.

Wo jedoch lokale Polizeivorschriften für das Nichtmelden von Fremden andere Strafen, als die im Polizei-Strafgesetzbuche §. 68 bestimmten, androhen, treten statt derselben die letzteren ein.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf diejenigen Anwendung, welchen bereits vor Emanation desselben der dauernde Aufenthalt an einem Orte gestattet war, jedoch laufen die in den §§. 5 und 8 bestimmten Präklusivfristen rückichtlich solcher Ortsfremden erst von dem Tage an, mit welchem das Gesetz in Kraft tritt.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. August 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.
von Campe. W. Schulz. von Liebe.

G e s e z,

die

Modification des Gesetzes über die vor Eingehung
der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheini-
gungen vom 22. Januar 1852 betreffend.

d. d. Braunschweig, den 3. August 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braun-
schweig und Lüneburg u.

erlassen mit Zustimmung der Landes-Versammlung das nach-
folgende Gesetz:

§. 1.

An die Stelle des im §. 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Januar 1852 Nr. 7 vorgeschriebenen 27. Lebensjahres tritt das 25. Lebensjahr und bleibt übrigens die Berechtigung der Behörden, auch jüngeren Mannspersonen den Trauschein dann zu ertheilen, wenn die Verhältnisse der angehenden Eheleute von der Art sind, daß die Lage derselben oder ihrer Familien durch die Verheirathung verbessert wird oder eine Belastung der Gemeinde nicht zu befürchten ist, bestehen.

§. 2.

Die Bestimmung im §. 3 — Schlußsatz — des Gesetzes vom 22. Januar 1852 Nr. 7, nach welcher den nicht zu der Classe der Bauhandwerker gehörigen Handwerksgefelln das Heirathen in der Regel verboten und nur unter ganz besonderen Umständen gestattet sein soll, wird aufgehoben.

Dies Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1865 in Kraft.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. August 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

G e s e t z,
die
Gewerbsteuer betreffend.
d. d. Braunschweig, den 3. August 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braun-
schweig und Lüneburg ic.

erlassen mit Zustimmung der Landes-Versammlung nachstehendes
Gesetz:

I. Einführung der neuen Gewerbsteuer.

§. 1.

Das Gesetz vom 4. April 1837, Nro. 19, die Gewerbsteuer
betreffend, und der demselben angehängte Tarif der Gewerbsteuer
treten mit dem 1. Januar 1865 außer Kraft. Von dem näm-
lichen Tage an soll die Gewerbsteuer nach den Vorschriften dieses
Gesetzes erhoben werden.

II. Allgemeine Grundſätze.

§. 2.

Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbesteuer.

Der Gewerbesteuer ſind Inländer und Ausländer, ſowohl Einzelne, als Körperschaften und Geſellſchaften, welche eine gewerbsmäßige Beſchäftigung im Herzogthume betreiben, und nicht durch dieſes Geſetz befreiet ſind, (cfr. §. 4.) unterworfen.

§. 3.

Nicht gewerbesteuerpflichtige Beſchäftigungen.

Der Gewerbesteuer unterliegen nicht:

- 1) die Benutzung des Grund und Bodens durch Land- und Gartenbau, Viehzucht, Forſtwirthſchaft, Weinbau, Jagd, Fiſcherei, Sand-, Grand-, Thon-, Mergel-, Lehmgruben, Steinbrüche, inſofern die gebrochenen Steine roh verkauft werden, nutzbare Quellen u. ſ. w.
- 2) der Bergbau in Anſehung der Gewinnung und des Verkaufs roher Bergwerksproducte;
- 3) der Staats-, Gemeinde-, geiſtliche und Schul-Dienſt;
- 4) die advocatoriſche und Notariats-Praxis;
- 5) die Thätigkeit der Aerzte, Wundärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Hebammen, Thierärzte, die Unterhaltung von Privat-Heilanstalten;
- 6) der Privatunterricht und die Unterhaltung von Privatunterrichts- und Erziehungsanſtalten;
- 7) der Geſchäftsbetrieb der lediglich auf Gegenseitigkeit beruhenden Verſicherungsanſtalten,
- 8) literariſche Beſchäftigungen aller Art, die Ausübung der ſchönen Künſte, inſofern dieſelbe nicht handwerks- oder fabrikmäßig betrieben wird, die Beſchäftigung der nur Concerte gebenden Muſiker, der Militair-Muſikchöre in Uniform, der Architekten, Ingenieure, Geometer, Fecht- und Tanzlehrer;

- 9) das Taxatoren-Gewerbe,
 10) der GefindeDienst und die gewöhnliche Lohnarbeit.

§. 4.

Befreiungen.

Befreit von Entrichtung der Gewerbesteuer sind:

- 1) alle auf Rechnung der Herzoglichen Hofhaltung und der Regierung betriebenen Gewerbe;
- 2) alle von öffentlichen Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten betriebenen Gewerbe, sowie die von Gemeinden lediglich für Communalzwecke betriebenen Einrichtungen, z. B. Gasanstalten, Wasserleitungs-Anstalten;
- 3) Lotterie-Unternehmungen;
- 4) das Webergewerbe bei der Ausübung auf nicht mehr als 2 Stühlen;
- 5) die Ausübung des Gewerbes fremder nicht im Herzogthume wohnender Lohnkutscher, Frachtfahrer und Schiffer;
- 6) die Beschäftigung der Näherinnen, Stickerinnen, Putzmacherinnen, Wäscherinnen, Kochfrauen und ähnlicher Arbeiterinnen, insofern sie weder Gehülfsen oder Gehülfsinnen, noch einen offenen Laden halten;
- 7) Gemeindebäcker, welche Pächter des Gemeindebäckhauses sind, insofern dieselben weder Weißbrot zum Verkaufe backen, noch Roggenbrot nach auswärts versenden.

§. 5.

Tarif der Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer beträgt:

in	I. Claſſe	200	₤	jährlich.
"	II.	"	130	" "
"	III.	"	100	" "
"	IV.	"	72	" "
"	V.	"	50	" "
"	VI.	"	32	" "
"	VII.	"	20	" "
"	VIII.	"	15	" "
"	IX.	"	12	" "
"	X.	"	10	" "
"	XI.	"	8	" "
"	XII.	"	6	" "
"	XIII.	"	5	" "
"	XIV.	"	4	" "
"	XV.	"	3	" "
"	XVI.	"	2	" "
"	XVII.	"	1½	" "
"	XVIII.	"	1	" "

	Ohne Rücksicht auf den Wohnort	In Dörfschaften über 12,000 Einwohner	In Dörfschaften über 2000 bis 12,000 Einwohner	In Dörfschaften unter 2000 Einwohner
	in Classe	in Classe	in Classe	in Classe
I. Gewerbetreibende, welche nach der Anzahl der von ihnen beschäftigten Gehülfen zu besteuern sind:				
a. Bandmacher, Brunnenmacher, Cammerjäger, Deckenmacher, Federvosensbereiter, Glasschleifer, Gypsfigurenmacher, Handmüller, Haus- schlächter, Holzarbeiter, Kesselschneider, Nabler, Pergamentmacher, Porzellanfitter, Scheerenschleifer, Schuh- schneider, Tabackspinner, Topfbinder, Tuchbereiter,				
mit 10 oder mehr Gehülfen	—	IX.	X.	XI.
" 6 bis 9 "	—	XII.	XIII.	XIV.
" 3 bis 5 "	—	XIV.	XV.	XVI.
" 1 oder 2 "	—	XV.	XVI.	XVII.
ohne "	—	XVI.	XVII.	XVIII.
Russkanten				
mit 10 oder mehr Gehülfen		XI.	—	—
" 6 bis 9 "		XIII.	—	—
" 3 bis 5 "		XV.	—	—
" 1 oder 2 "		XVII.	—	—
ohne "		XVIII.	—	—
b. Bandagist, Barbierer, Bötticher, Buchbinder, Bürstenbinder, Chirurgische Instrumentenmacher, Drechsler aller Art, Färber, Feilenhauer, Friseur, Gelbgießer, Glaser, Gürtler, Handschuhmacher, Kammacher, Klempner, Korbmacher, Knopfmacher, Korbschneider, Lackirer, Maler, Nägenmacher, Ofenseßer, Posamentirer, Putzmacherin, Sattler, Schirmmacher, Schlosser, Plankschmied, Grob- schmied, Messerschmied, Nagelschmied, Sägenschmied, Zeugschmied, Schneider, Schriftgießer,				

	Ohne Rückſicht auf den Wohnort	In Ortschaften über 12,000 Einwohner	In Ortschaften über 2000 bis 12,000 Einwohner	In Ortschaften unter 2000 Einwohner
	in Claſſe	in Claſſe	in Claſſe	in Claſſe
Schuhmacher, Seiler, Spiegelmacher, Sporenmacher, Stellmacher, Sticker, Tischler, Töpfer, Uhrenreparature, Vergolder, Weißgerber, Zinngießer,				
mit 21 oder mehr Gehülſen	VI.	—	—	—
" 15 bis 20 "	VII.	—	—	—
" 10 bis 14 "	VIII.	—	—	—
" 7 bis 9 "	—	X.	XI.	XII.
" 4 bis 6 "	—	XII.	XIII.	XIV.
" 1 bis 3 "	—	XIV.	XV.	XVI.
ohne "	—	XVI.	XVI.	XVII.
c. Dachbeder, Maurer, Steinſetzer, Steinhauer, Zimmermann, Mühlenbauer,				
mit 61 oder mehr Gehülſen	V.	—	—	—
" 49 bis 60 "	VI.	—	—	—
" 37 bis 48 "	VII.	—	—	—
" 21 bis 36 "	VIII.	—	—	—
" 9 bis 20 "	X.	—	—	—
" 5 bis 8 "	XIII.	—	—	—
" 1 bis 4 "	XV.	—	—	—
ohne "	XVIII.	—	—	—
d. Bäcker, Bildhauer, Büchſenmacher, Conditor, Fleiſcher, Gold- und Silberarbeiter, Graveur, Gutmacher, Kupferſchmied, Kürſchner, Leimſieber, Lohgerber, Mechanicus, Opticus, Orgelbauer, Seifenſieder, Schornſteinſetzer, Tapezierer, Uhrmacher				
mit 16 oder mehr Gehülſen	V.	—	—	—
" 9 bis 15 "	VI.	—	—	—
" 7 bis 8 "	VII.	—	—	—
" 5 bis 6 "	VIII.	—	—	—
" 3 bis 4 "	—	X.	XI.	XII.
" 1 bis 2 "	—	XIII.	XIV.	XV.
ohne "	—	XV.	XVI.	XVII.

						Ohne Rückſicht auf den Wohnort in Claſſe
II. Gewerbetreibende, welche nach der Anzahl der von ihnen gehaltenen Pferde, Maulthiere und Eſel zu beſteuern ſind:						
1. Verleiher von Reitpferden, Maulthierern und Eſeln:						
	welche	11 oder mehr dergl. Thiere halten	.	.	.	VIII.
	"	7 bis 10	"	"	"	X.
	"	5 oder 6	"	"	"	XII.
	"	3 " 4	"	"	"	XIV.
	"	2	"	"	"	XVI.
	"	1	"	"	"	XVIII.
2. Lohnfuhrer, Droſchken- und Omnibuſhalter:						
	welche	7 oder mehr Pferde halten	.	.	.	X.
	"	5 " 6	"	"	"	XII.
	"	3 " 4	"	"	"	XIV.
	"	2 Pferde halten	.	.	.	XVI.
	"	1 Pferd	"	.	.	XVIII.
3. Gengſthalter:						
	welche	5 oder mehr Gengſte halten	.	.	.	IX.
	"	3 " 4	"	"	"	X.
	"	2 Gengſte halten	.	.	.	XII.
	"	1 Gengſt	"	.	.	XV.
4. Frachtfahrer:						
	welche	7 oder mehr Pferde halten	.	.	.	X.
	"	5 " 6	"	"	"	XII.
	"	3 " 4	"	"	"	XV.
	"	2 Pferde halten	.	.	.	XVII.
	"	1 Pferd	"	.	.	XVIII.
5. Fruchttrailer:						
	welche	8 oder mehr Laſtthiere halten	.	.	.	XIII.
	"	5 bis 7	"	"	"	XV.
	"	3 " 4	"	"	"	XVI.
	"	2 Laſtthiere halten	.	.	.	XVII.
	"	1 Laſthier	"	.	.	XVIII.

Ohne Rücksicht auf den
Wohnort
in Classe

III. Gewerbetreibende, welche nach der Anzahl der von ihnen gebrauchten Webstühle zu besteuern sind:

Weber, welche 7 oder 8 Webstühle haben . . .
" " 5 " 6 " " . . .
" " 3 " 4 " " . . .

XI.
XIV.
XVI.

Weber mit einem oder zwei Stühlen sind steuerfrei.

Weber mit mehr als 8 Stühlen werden als Fabrikanten besteuert.

IV. Gewerbetreibende, welche nach der Zahl der von ihnen gebrauchten Buchdrucker-, lithographischen oder Kupferdrucker-Pressen zu besteuern sind:

Buchdrucker, Lithographen, Notendrucker und Kupferdrucker,

welche 31 oder mehr Handpressen gebrauchen .

" 21 bis 30 " " .

" 13 " 20 " " .

" 8 " 12 " " .

" 5 " 7 " " .

" 3 " 4 " " .

" 2 Handpressen gebrauchen

" 1 Handpresse " " " "

IV.
V.
VI.
VII.
VIII.
XI.
XIV.
XVI.

Eine Schnellpresse ist 3 Handpressen gleich zu achten.

V. Gewerbetreibende, welche nach der von ihnen bezahlten Produktionssteuer zu besteuern sind:

1. Rübenzuckerfabrikanten, welche jährlich an Produktionssteuer entrichten:

von 30,000 ₰ bis 40,000 ₰

" 20,000 " 30,000 "

" 12,000 " 20,000 "

bis zu 12,000 "

II.
III.
IV.
V.

Ohne Rückſicht auf den
Wohnort
in Claſſ

Bei einer Entrihtung von mehr als 40,000 ₰ für jede 10,000 ₰ 30 ₰ Steuer mehr.

Sofern die Rübenzuckerfabrikanten noch gekauften Zucker raffiniren, tritt die Veranlagung nach Nr. VII. 7. hinzu.

2. Branntweinbrenner, Spiritusfabrikanten, welche jährlich an Produktionssteuer entrichten:

über 10,000 ₰	V.
" 5000 "	VI.
" 2000 "	VII.
" 1000 "	VIII.
" 500 "	IX.
" 250 "	XII.
bis zu 250 "	XIV.

3. Bierbrauer, welche an Produktionssteuer entrichten:

über 3000 ₰	IV.
" 2000 "	V.
" 1000 "	VI.
" 600 "	VII.
" 400 "	VIII.
" 200 "	IX.
" 100 "	XI.
bis zu 100 "	XIV.

Ohne Rückſicht auf den
Wohnort
in Claſſe

VI. Gewerbetreibende, welche nach der Anzahl der von ihnen betriebenen Mahlgänge zu beſteuern ſind: Mahlmüller:

- | | |
|--|------|
| 1. bei unterſchlächtigen und oberſchlächtigen (cf. jedoch Nr. 2) Waſſer- und bei Dampfmühlen:
für 7 und mehr Mahlgänge | V. |
| " 5 oder 6 " | VI. |
| " 4 " | VII. |
| " 3 " | IX. |
| " 2 " | XII. |
| " 1 " | XIV. |
| 2. die kleineren, nur mit einem Mahlgange arbeitenden oberſchlächtigen Mühlen | XVI. |
| 3. Wind- und Roß-Mühlen:
mit 4 oder mehr Mahlgängen | X. |
| " 3 " | XII. |
| " 2 " | XIV. |
| " 1 Mahlgänge | XVI. |
| 4. Beſitzer von Mühlen, die zu anderen Zwecken als zur Bereitung von Mahlwerk dienen, werden nach den ſonſtigen Beſtimmungen des Tarifs (Fabrikanten u.) beſteuert. | |
| 5. Wird außer einem Mahlgange noch eine Schneide-, Del-, Botte- oder ſonſtige Mühle betrieben, ſo gilt dieſer Betrieb als ein beſonderer Gang der Mühle. Iſt der Betrieb kein gleichzeitiger und regelmäßiger, ſo findet die Beſtimmung ſub 3 der Anmerkung Anwendung. | |

Anmerkung:

1. Wird auf einer Mahlmühle neben der ſonſtigen Triebkraft und zum Erſatz derſelben Dampfkraft benutzt, ſo wird die Mühle als Dampfmühle beſteuert.
2. Zwei Mahlſteine oder ein Graupenſtein bilden einen Mahlgang.
3. Wenn auf einer Mühle von zwei oder mehreren Gängen nur einer alternativ betrieben wird, ſo wird von dieſen alternativ betriebenen Gängen nur einer beſteuert.

	Ohne Rücksicht auf den Wohnort in Classe
VII. Gewerbetreibende, die mit Rücksicht auf den Umfang ihres Betriebes in eine der nebenstehenden Classen einzuordnen sind:	
1. Im Inlande begründete oder zugelassene Versicherungs- gesellschaften (Anstalten) die nicht auf Gegenseitigkeit beruhen	I. - VI.
2. Unternehmer von Anstalten und Einrichtungen, die zur Benutzung für das Publicum gegen Bezahlung be- stimmt sind, sofern sie nicht besonders in diesem Tarif benannt sind	II. - XII.
3. Kaufleute (cf. art. 4 und 10 des allgemeinen Handels- gesetzbuchs) insofern sie nicht anderweit in diesem Tarif besonders benannt sind	I. - XII. V. - XII.
4. Apotheker	I. - XII.
5. Buchhändler mit oder ohne Verlag, Antiquare, Kunst- händler und Musikalienhändler	I. - XII.
6. Hütten-, Hammer-, Walzwerks- und Metallgießerei- Besitzer	I. - X
7. Fabrikanten, sofern ihr Fabrikationszweig nicht ander- weit besonders in diesem Tarife benannt ist	I. - XII. V. - XII.
8. Fabrikanten musikalischer Instrumente	V. - XII.
9. Haupt- oder General-Agenten von Versicherungs-An- stalten	V. - X. V. - XI.
10. Haupt-Lotterie-Collecteure	V. - XI.
11. Agenten für auswärtige Handlungshäuser und Fabri- ken, reisende Weinhändler, sowie Reisende auswärtiger Kaufleute und Fabrikanten, sofern über die Besteuerung derselben nicht besondere Staatsverträge bestehen	V. - IX. V. - XIV.
12. Viehhändler	V. - XIV.
13. Gastwirthe, Unterhalter von Hôtel garnis, Restaura- teure, Schenkwirthe, Herbergirer	III. - XVI. III. - XII.
14. Schauspiel- (Theater) Unternehmer	VII. - XIV.
15. Bücherverleiher und Leihbibliotheken	XII. - XVIII
16. Journalhalter	

	Ohne Rücksicht auf den Wohnort in Classe
17. Schiffer	VI.-XII.
18. Photographen und Daguerreotypisten	VI.-XIV.
19. Handelsmafler (Sensale art. 66 — 84 des allgemeinen Handelsgesetzbuchs)	VI.-X.
20. Besitzer von Badeanstalten	VII.-XIV.
21. Unteragenten von Versicherungsanstalten	VIII.-XIV.
22. Lotterie-Sub-Collecteurs	VIII.-XI.
23. Händler von geringem Gewerbebetriebe (cfr. art. 10 des allgemeinen Handelsgesetzbuchs)	IX.-XVI.
24. Abdecker	IX.-XVI.
25. Besitzer von Dreschmaschinen, welche dieselben gegen Bezahlung oder einen Theil des ausgedroschenen Ge- treides verleihen	IX.-XIV.
26. Bleicher	IX.-XV.
27. Bettfedern-Reiniger	IX.-XVI.
28. Fährthalter	X.-XVI.
29. Lohnbediente	XIV.-XVII
30. Aussteller von Sehenswürdigkeiten	IX.-XIV.
31. Kunstreiter	IX.-XIV.
32. Karouffellhalter	X.-XV.
33. Seiltänzer	X.-XV.
34. Hausirer und Hausirhändler	X.-XV.
35. Makler, die nicht Handelsmafler (Sensale) sind, Com- missionäre	X.-XV.
36. Viehverfchneider	XII.-XVI.
37. Scheibenstallhalter (sogenannte Bolzenschützen)	XII.-XV.
38. Gaukler aller Art	XII.-XV.

§. 6.

Anfang und Ende der Steuerpflicht.

Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbesteuer tritt mit dem Anfange desjenigen Monats ein, in welchem der Steuerpflichtige sein Gewerbe begonnen hat, und hört mit Ablauf desjenigen Monats auf, in welchem das Gewerbe dauernd aufgegeben wird.

§. 7.

Entscheidung über die Steuerpflicht.

Darüber, ob eine Beschäftigung als ein steuerpflichtiges Gewerbe anzusehen sei, oder nicht, entscheidet für den einzelnen Fall das Herzogl. Steuer-Collegium nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, und, wenn ausdrückliche Bestimmungen darüber fehlen, nach der Analogie. Gegen diese Entscheidung ist ein Recurs an Herzogl. Staatsministerium zulässig. Insofern es sich um Aufstellung einer allgemeinen Regel handelt, erfolgt solche durch landesherrliche Verordnung.

Den Gerichten gebührt die Entscheidung der Frage, ob eine strafbare Gesetzesübertretung begangen sei; sie urtheilen dabei nach den Bestimmungen dieses Gesetzes, oder nach landesherrlichen Verordnungen.

III. Besondere Bestimmungen über die Anwendung des Gewerbesteuer-Tarifs.

§. 8.

Gesellschaftlicher Gewerbebetrieb.

Wird ein Gewerbe von mehreren Genossen (Compagnons) gemeinschaftlich betrieben, so ist gleichwohl für dasselbe die Steuer nur einmal zu entrichten.

Das nämliche ist der Fall, wenn ein Gewerbe von einer Commandit-, oder Actien- oder stillen Gesellschaft betrieben wird.

§. 9.

Gewerbebetrieb an verſchiedenen Plätzen
deſſelben Orts.

Wenn ein Gewerbetreibender ein und daſſelbe Gewerbe an verſchiedenen Verkaufs- oder Arbeitsplätzen derſelben Ortſchaft betreibt, ſo wird die Steuer für ein ſolches Geſchäft nur einmal entrichtet.

§. 10.

Gewerbebetrieb in verſchiedenen Ortſchaften.

Dagegen iſt für jedes neben dem eigentlichen Sitze des Geſchäftes in anderen Ortſchaften des Herzogthums errichtete Neben-Etabliſſement (Commandite) die Gewerbeſteuer beſonders zu entrichten.

Dient jedoch bei einem handwerkſmäßigen oder Fabrik-Gewerbe das Neben-Etabliſſement lediglich dazu, dem Hauptgeſchäfte die zu fabricirende Waare zu liefern und wird der Vertrieb der Waare lediglich vom Sitze des Hauptgeſchäfts aus beſorgt, ſo iſt das Neben-Etabliſſement als Theil des Hauptgeſchäfts zu betrachten und das letztere hiernach zu veranlagten.

§. 11.

Veranlagung nach der Anzahl der Gehülſen, Pferde,
Webſtühle, Preſſen oder Mahlgänge.

Bei der Veranlagung der im Tarife unter I., II., III., IV. und VI. benannten Gewerbetreibenden iſt diejenige Anzahl von Gehülſen, Pferden, Webſtühlen, Preſſen oder Mahlgängen zu Grunde zu legen, deren ſich dieſelben in den der Veranlagung vorhergegangenen 12 Monaten bedient haben.

Iſt dieſe Anzahl während dieſer Zeit nicht dieſelbe geblieben, ſo richtet ſich die Veranlagung nach der höchſten Anzahl, welche der Gewerbetreibende zu einer Zeit innerhalb des erwähnten Zeitraumes benutzt hat.

Beabſichtigt ein Gewerbetreibender jedoch den Betrieb für das folgende Jahr nur mit einer geringeren, beſtimmten Anzahl fortzu-

setzen, und erklärt solches bei der Gemeindebehörde, so ist nur diese geringere Anzahl bei der Veranlagung zu Grunde zu legen. Be-
dient sich der Gewerbetreibende dann im Laufe des folgenden Jahrs
dennoch einer größern, als der declarirten Anzahl, so ist er bei Ver-
meidung der Strafe der Gewerbsteuer-Defraude verbunden, die
Vermehrung binnen 4 Wochen bei der Gemeindebehörde anzuzeigen,
und ist derselbe alsdann durch die nächste Nachtragsrolle für das
ganze Kalenderjahr nach der erhöhten Anzahl zur Steuer heran-
zuziehen.

§. 12.

Gehülfen.

Behuf der Veranlagung zur Gewerbsteuer zählen alle Per-
sonen beiderlei Geschlechts, über 17 Jahre alt, welche bei dem Ge-
werbetriebe beschäftigt sind, ohne Unterschied der Art ihrer Lei-
stungen, als Werkführer, Buchführer, Aufseher, Verkäufer, Arbeiter
z., auch ohne Unterschied, ob sie zur Familie des Gewerbetreibenden
gehören, oder nicht, als Gehülfen (Ziffer I. a bis d des Tarifs).
Nur die Ehefrau des Gewerbetreibenden, sowie der Gehülfe, wel-
cher bei Frauenzimmern und Minderjährigen die Stelle des Werk-
oder Geschäftsführers vertritt, bleibt außer Ansaß.

§. 13.

Veranlagung nach dem Productions-Steuerbetrage.

Für die Veranlagung der im Tarife unter V benannten
Gewerbetreibenden dient der von denselben in den der Veranlagung
vorhergegangenen 12 Monaten zu erheben gewesene oder creditirte
Productionssteuerbetrag zum Maßstabe auf das folgende Jahr.

§. 14.

Veranlagung nach dem Umfange des Betriebes.

Bei der Veranlagung der Gewerbetreibenden, welche je nach
dem Umfange ihres Betriebes in einer von mehreren Classen zu be-
steuern sind, (Tarif Ziffer VII.) ist der Umfang, in welchem der
Gewerbetreibende sein Geschäft in den der Veranlagung vorher-
gegangenen 12 Monaten betrieben hat, zu Grunde zu legen.

§. 15.

Erste Veranlagung neu hinzugekommener Gewerbetreibender.

Bei denjenigen Gewerbetreibenden, die zur Zeit der Aufstellung der Gewerbsteuerbeschreibung noch nicht veranlagt gewesen, (neu hinzugekommen) sind, bei denen es deshalb aus der Vergangenheit an einem Maßstabe für ihre Veranlagung fehlt, richtet sich deren Beschreibung und Veranlagung in einer der tarifmäßigen Classen für das erste Jahr nach den eigenen Angaben der fraglichen Pflichtigen über den Umfang, welchen sie ihrem Gewerbe zu geben beabsichtigen.

§. 16.

Unveränderlichkeit des Steuerbetrages während des Kalenderjahrs.

Eine Erhöhung des veranlagten Steuerbetrages eines Gewerbetreibenden wegen der im Laufe des Kalenderjahrs im Betriebe des Geschäftes eingetretenen Aenderungen findet, außer dem im §. 11, Alinea 3, gedachten Falle nur dann Statt, wenn der Gewerbetreibende neben dem bisher betriebenen Gewerbe im Laufe des Jahrs noch ein anderes verschiedenartiges, besonders zu besteuern des Gewerbe (cf. §. 17) zu betreiben begonnen hat.

Eine Herabsetzung der veranlagten Steuer findet im Laufe des Kalenderjahrs aus dem Grunde eingetretener Aenderungen im Umfange des Betriebes überall nicht Statt.

§. 17.

Veranlagung mehrerer von einem Steuerpflichtigen zugleich betriebener Gewerbe.

- a. Falls ein Steuerpflichtiger mehr im Tarif genannte Gewerbe zugleich betreibt, soll derselbe den tarifmäßigen Steuersatz für jedes erlegen und damit besonders veranlagt werden, wenn sich das Gewerbe im Tarif

- 1) durch die vorgesezte römische Zahl, oder

- 2) unter den römischen Zahlen V., VI. und VII. durch die vorgesezte arabische Zahl von den anderen unterscheidet;
 - 3) auch soll die im Tarif Ziffer VII. 7. gebrauchte Collectiv-Bezeichnung: „Fabrikanten“ nicht ausschließen, daß ein Fabrikant, welcher mehrere Fabrikationszweige betreibt, für jeden Zweig und zwar auch dann besonders zur Gewerbesteuer zu veranlagten ist, wenn die dazu dienenden Etablissements sich nicht in verschiedenen Ortschaften befinden (§. 10).
- b. Dagegen soll ein Steuerpflichtiger, welcher mehrere im Tarif unter I. a. b. c. d. genannten Gewerbe zugleich betreibt, für kein einzelnes derselben besonders, sondern nach Maßgabe der Gesamtzahl seiner in diesen Gewerben benutzten Gehülfen, für alle zusammen in der höchsten Classe veranlagt werden, welche nach den Bestimmungen des Tarifs bei einem der von ihm betriebenen Gewerbe auf diese Gesamtzahl trifft. Ein gleiches Verfahren tritt ein, wenn die unter II., 1, 2, 4 und 5 aufgeführten Gewerbetreibenden ihre Thiere zu verschiedenen Zwecken benutzen.
- c. die im Tarif I. a. bis d. genannten Gewerbetreibenden sind wegen des Verkaufs der von ihnen angefertigten Gegenstände — er geschehe auf Bestellung oder im offenen Laden — nicht besonders zu besteuern. Wenn ein solcher Gewerbetreibender aber zugleich mit angekauften Waaren handelt — diese mögen gleicher Art mit seinen eigenen Fabrikaten sein (Werkhandel) oder nicht — so ist er deshalb als Kaufmann (Tarif VII. 3) oder als Händler (Tarif VII. 23) besonders zu veranlagten und zu besteuern.
- d. Wenn ein Gewerbetreibender neben dem Hauptgeschäfte, für welches er zur Gewerbesteuer herangezogen ist, noch Nebengewerbe betreibt, welche nur dazu dienen, das Hauptgewerbe schwinghafter betreiben zu können, so ist derselbe dafür zu der Gewerbesteuer nicht besonders zu veranlagten, auch wenn dasselbe nach den Bestimmungen unter a. bei dem Betriebe zweier gesonderter Geschäfte getrennt zu besteuern wäre.
- Wird das Nebengewerbe zum Theil für das Haupt-

geschäft, zum Theil selbstständig betrieben, so tritt eine verhältnißmäßige besondere Besteuerung desselben ein.

Darüber, ob und wie ein Steuerpflichtiger wegen mehrerer von ihm betriebener Gewerbe nach den vorstehenden Bestimmungen zur Gewerbesteuer zu veranlagten sei, entscheidet das Herzogliche Steuer-Collegium.

§. 18.

Ausnahme.

Werden von einem Gewerbetreibenden mehr verschiedeneartige Gewerbe, jedoch ohne Theilnahme fremder Personen oder Gehülfen, betrieben, so hat derselbe ausnahmsweise nur von einem, und zwar von dem am höchsten zu besteuernenden Gewerbe die Steuer zu entrichten.

§. 19.

Veranlagung der im Tarife nicht besonders genannten Gewerbetreibenden.

Alle im Tarife nicht besonders genannte steuerpflichtige Gewerbetreibende werden nach Analogie der benannten Gewerbetreibenden besteuert.

IV. Verfahren bei Veranlagung und Erhebung der Gewerbesteuer.

§. 20.

Alljährliche Beschreibung der Gewerbetreibenden.

Alljährlich im Monate October werden in jeder einzelnen Gemeinde sämtliche darin vorhandene, den Ziffern I. — VI. angehörende Gewerbetreibende durch die Gemeindebehörde zur Gewerbesteuer für das nächstfolgende Calendarjahr beschrieben. In diesen Beschreibungen ist:

- 1) bei den im Tarife unter den Ziffern I. a. b. c. und d., II. 1, 2, 3, 4 und 5, III., IV., 1, 2, 3 und VI., 1, 2 und 3 benannten Gewerbetreibenden die höchſte Anzahl der von denſelben binnen der der Veranlagung vorangegangenen 12 Monate zu einer Zeit benutzten Gehülſen, Pferde, Webeſtühle, Preſſen oder Mahlgänge,
- 2) bei den unter Ziffer V. des Tarifs genannten Gewerbetreibenden der Betrag der von denſelben in dem gleichen Zeitraume zu erlegen geweſenen Productionsſteuer anzugeben,
- 3) bei den unter Ziffer VII. des Tarifs genannten Gewerbetreibenden geſchieht die Einſchätzung in den Städten durch Orts-Commiſſionen, welche in Braunſchweig aus 9, in den Städten über 4000 Einwohner aus 7, und in denen unter dieſer Zahl aus 5 Mitgliedern zu beſtehen haben.

Den Vorſitz führt ein vom Stadtmagistrate zu ernennendes Mitglied, die Hälfte der übrigen Mitglieder wird von und aus den Stadtverordneten gewählt, und dieſe ernennen gemeinſchaftlich mit dem Deputirten des Magistrates die fehlenden Mitglieder.

Alle haben die gewiſſenhafte Erfüllung der ihnen obliegenden Pflichten dem Vorſitzenden durch Handgeſchloß zu verſprechen, und kommen wegen der Gründe zur Ablehnung die Beſtimmungen der revidirten Städteordnung §. 24 zur Anwendung.

In Flecken, welche eine ſtädtiſche Verwaltung nicht haben —, wie hiñſichtlich der Bewohner des platten Landes, nimmt der betreffende Amtrath die Einſchätzung vor, derſelbe hat das Recht, ſich geeignete Sachverſtändige beizuordnen.

Das Reſultat iſt den Pſlichtigen innerhalb 8 Tagen mitzutheilen, und ſieht dieſen dagegen ein binnen 14 Tagen zu verſolgender Recurs an die Reviſionsbehörde (§. 22) zu.

Die ſo aufgeſtellten Beſchreibungen resp. Einſchätzungen ſind bis zum 1. November eines jeden Jahres bei dem Herzoglichen Steuer-Collegium einzureichen.

§. 21.

Nachtragsbeſchreibungen.

In den Monaten April und October eines jeden Jahrs hat eine jede Gemeindebehörde eine Nachtragsbeſchreibung aufzuſtellen und bis zum 1. Mai und 1. November bei dem Herzoglichen Steuer-Collegium einzureichen.

Es ſind in dieſe Nachtragsbeſchreibungen

- 1) die ſeit der Aufſtellung der Hauptbeſchreibung oder der erſten Nachtragsbeſchreibung neu hinzugekommenen Gewerbetreibenden in derſelben Weiſe, wie dies bei der Hauptbeſchreibung geſchehen, aufzunehmen,
- 2) ſind darin diejenigen Gewerbetreibenden beſonders zu benennen, welche neben dem von ihnen ſchon früher betriebenen Gewerbe noch ein anderes ſteuerpflichtiges Gewerbe begonnen haben,
- 3) ſind etwaige Irrthümer in den früheren Beſchreibungen zu berichtigen und endlich
- 4) werden darin diejenigen Gewerbetreibenden abgeſetzt, welche inzwischen ihr Gewerbe dauernd aufgegeben haben.

Wenn in einer Gemeinde bis zum April oder October des Jahrs in der Beſchreibung der Pſlichtigen zur Gewerbeſteuer keine ſolche Veränderungen vorgekommen ſind, welche in die Nachtragsbeſchreibung aufzunehmen wären, ſo hat die Gemeindebehörde hiervon dem Herzogl. Steuer-Collegio bis zum 1. Mai oder 1. November Anzeige zu machen.

Im Uebrigen haben die Gemeindebehörden bei Aufſtellung der Beſchreibungen nach der Anweiſung des Herzoglichen Steuer-Collegiums zu verfahren, und die von dieſer Behörde erforderten ſpecielleren Nachrichten über den Umfang des Betriebes der im Tarif Ziffer VII., 1 — 38 erwähnten Gewerbetreibenden nach Anhörung der Leſtern zu ertheilen.

§. 22.

Einführung einer Revisionsbehörde und Feststellung der Gewerbesteuer durch dieselbe.

Behuf Prüfung und Feststellung der von den Ortseinschätzungscommissionen und Amtsräthen ermittelten Steuerbeträge der unter Ziffer VII. des Tarifs sub Nris. 1 — 13 begriffenen, sowie aller solcher Gewerbetreibenden, hinsichtlich deren Herzogliches Steuercollegium die Ansätze beanstandet, wird eine Revisionsbehörde gebildet. Dieselbe besteht aus einem Mitgliede des Steuer-Collegiums als Vorsitzenden und 10 vom Herzogl. Staatsministerium aus den Gewerbetreibenden der verschiedenen Landestheile für jedes Jahr zu berufenden Mitgliedern, deren Namen veröffentlicht werden. Dieselben erhalten außer Vergütung der Reisekosten angemessene Diäten.

Die Revisionsbehörde hat zugleich über eingegangene Reclamationen der der Classe VII angehörigen Gewerbetreibenden zu entscheiden. Der Vorsitzende der Revisionsbehörde kann, wenn er mit einem Beschlusse der letzteren nicht einverstanden ist, durch eine in der betreffenden Sitzung der Revisionsbehörde sofort abzugebende Erklärung dem Herzoglichen Steuer-Collegium das Recht vorbehalten, gegen diesen Beschluß den Recurs an Herzogliches Staatsministerium zu verfolgen. Ein gleicher Recurs kann auch von den theilhaftigen Steuerpflichtigen verfolgt werden. Bei der Entscheidung des Herzogl. Staatsministeriums hat es alsdann sein Bewenden. Das Nähere wird im Verordnungswege festgestellt.

Nach vorgängiger Prüfung der eingereichten Beschreibungen durch das Herzogl. Steuer-Collegium, beziehungsweise der Einschätzungen der Localcommissionen und Amtsräthe durch die Revisionsbehörde wird von dem Steuer-Collegium der von jedem Gewerbetreibenden zu entrichtende Steuerbetrag ausgeschrieben und ist jeder Gemeindebehörde die sie betreffende Gewerbesteuer-Haupt- resp. Nachtrags-Rolle zur Erhebung der Steuer 4 Wochen vor dem Fälligkeitstermine derselben zuzusenden.

Die erforderlichen Formulare jeder Art werden kostenfrei geliefert.

§. 23.

Bekanntmachung des festgestellten Gewerbesteuerbetrages an die Pflichtigen.

Innerhalb der nächsten 14 Tage nach Eingang der Gewerbesteuer-Haupt- oder Nachtragsrollen bei der Gemeindebehörde hat letztere die einzelnen Gewerbetreibenden durch besondere Steuerzetteln von dem Betrage der auf sie veranlagten Steuer in Kenntniß zu setzen.

§. 24.

Fälligkeitstermin der Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer wird vierteljährlich postnumerando entrichtet und muß bis zum 15. des auf die Vollendung des Quartals folgenden Monats von den Gemeinde-Erhebern an die betreffende Kreis-Casse abgeliefert werden.

§. 25.

Reclamation.

Reclamationen gegen die Veranlagung zur Gewerbesteuer müssen binnen 4 Wochen nach Zustellung des Gewerbesteuerzettels entweder direct oder durch Vermittelung der Gemeindebehörde schriftlich bei dem Herzoglichen Steuer-Collegio angebracht werden und hat letzteres über dieselben zu entscheiden, beziehungsweise solche an die Revisions-Commission abzugeben, welche über diese Gattung von Reclamationen endgiltig entscheidet. Gegen die Veranlagung der Steuerpflichtigen in den Classen I — IV steht diesen innerhalb einer gleichen Frist der Recurs an Herzogliches Staatsministerium zu.

Reclamationen oder Recurse, welche erst nach Ablauf der bestimmten Frist erhoben werden, können schon aus diesem Grunde als unzulässig zurückgewiesen werden.

§. 26.

Ermäßigungen.

Herzogliches Steuer-Collegium ist ermächtigt, in einzelnen

Fällen Steuerpflichtige wegen deren Bedürftigkeit, oder wegen Mangels an Verdienst, auf Antrag der Gemeindebehörde, um eine oder zwei Classen niedriger, als nach den Vorschriften des Tarifs zu veranlagern, oder wenn der Steuerpflichtige nach dem Tarif in der Classe XVII oder XVIII zu besteuern ist, die Steuer auf die Hälfte des Satzes der Classe XVIII herabzusetzen oder ganz zu erlassen. Hält Herzogl. Steuer-Collegium die von der Gemeindebehörde für die Ermäßigung eines Steuersatzes angeführten Gründe nicht für genügend, so hat dasselbe dieselbe mit der zuständigen Herzogl. Kreisdirection zu communiciren, die Steuer aber einseitigen nach dem Tarife festzustellen.

§. 27.

Einziehung rückständiger Gewerbesteuer.

Etwa rückständige Gewerbesteuerbeträge werden gleich den übrigen rückständigen öffentlichen Abgaben im Wege administrativer Execution eingezogen.

V. Sonstige Vorschriften.

§. 28.

Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Declaration und Auskunftsertheilung.

Sämmtliche Gewerbetreibende sind verpflichtet, ihrer Gemeindebehörde und dem Herzogl. Steuer-Collegium über alle Verhältnisse, welche zur richtigen Beschreibung und Veranlagung der Gewerbesteuer geeignet erscheinen, genaue Declarationen in der Form und zu der Zeit anzugeben, welche durch das Herzogl. Steuer-Collegium oder die Gemeindebehörde vorgeschrieben werden wird. Ebenso sind die Gewerbetreibenden verbunden, auf Erfordern weitere Erläuterungen über jene Verhältnisse zu ertheilen, auch vor ihren Gemeindebehörden und den Einschätzungs-Commis-

sionen behuf Auskunftsertheilung zu erscheinen. Die Vorladung geschieht durch die Ortsbehörde, beziehungsweise die Herzogliche Kreisdirection.

Im Falle der Weigerung verfallen die Kenitenten in eine vorher anzudrohende Strafe von 1 bis 10 Thlr., durch die übrigens die etwa verwirkte Strafe der Defraude nicht ausgeschlossen wird.

§. 29.

Verpflichtung zum Vorzeigen der Gewerbe- Legitimation.

Jeder Gewerbetreibende ist verpflichtet, sowohl seiner Gemeindebehörde, als den Polizei-Officianten und Amtsvoigten auf Erfordern den ihm über den Betrieb seines Gewerbes ertheilten Anmeldebeschein und bei den concessionspflichtigen Gewerben die ihm ertheilte Concession oder Gewerbebeschein, desgleichen seinen Gewerbe-Steuer-Zettel vom laufenden und dem vorhergegangenen Jahre vorzuzeigen und zwar bei Vermeidung einer Strafe von 15 Gr. bis 5 Thlr.

§. 30.

Strafe der Gewerbesteuer-Defraude.

Diejenigen steuerpflichtigen Gewerbetreibenden, welche vor Empfangnahme des ihnen über den Betrieb des Gewerbes auszustellenden Anmeldebescheins, beziehungsweise bei den concessionspflichtigen Gewerben vor Erlangung der Concession oder des Gewerbebescheins ein steuerpflichtiges Gewerbe betrieben oder ihren Gemeindebehörden oder Herzoglichem Steuer-Collegium unrichtige Angaben über die Verhältnisse ihres Gewerbebetriebes machen (§. 28), begehen eine Steuerdefraude und werden mit einer Geldstrafe zum vierfachen Betrage der von ihnen für ein Jahr zu erlegenden Gewerbesteuer, um welche der Staat dadurch verkürzt ist, oder hätte verkürzt werden können, bestraft.

Im Rückfalle wird die Strafe verdoppelt; eine höhere als die doppelte Strafe findet jedoch bei ferneren Rückfällen nicht Statt.

Im Falle des Zahlungsunvermögens des Bestraften wird die erkannte Geldbuße in Gefängnißstrafe verwandelt und ist hierbei das Gesetz vom 18. März 1850 Nr. 16, die Verwandlung der Geldstrafen in verhältnißmäßige Freiheitsstrafen betreffend, maßgebend.

Nach Befinden der Umstände ist nach den Bestimmungen des Criminal- und resp. Polizeistrafgesetzbuches auf Confiscation der geführten Waaren zu erkennen.

§. 31.

Erkennende Behörden.

Die Untersuchung und Bestrafung der durch dieses Gesetz mit Strafe bedrohten Handlungen und Unterlassungen gehört, insofern es sich nicht lediglich um Ordnungsstrafen handelt, zur Competenz der Gerichte.

§. 32.

Verjährungsfristen.

Die gerichtliche Verfolgung aller in diesem Gesetze mit Strafe bedrohten Handlungen und Unterlassungen durch Erhebung der Anklage ist nicht mehr zulässig nach dem Ablaufe des auf die Begehung der strafbaren Handlung oder Unterlassung folgenden Kalenderjahrs.

§. 33.

Bevorzugung der Gewerbesteuer-Rückstände im Concurse.

Bei eintretenden Concursen der Gewerbetreibenden sollen die rückständigen Gewerbesteuerbeträge dasselbe Vorrecht haben, wie solches den übrigen an den Staat zu entrichtenden öffentlichen Abgaben zusteht.

§. 34.

Die zur Zeit der Publikation dieses Gesetzes vorhandenen Mitglieder der bisherigen Gilden in der Stadt Braunschweig bleiben für ihre Person und so lange sie nur ihr bisheriges Gilde-

mäßiges Gewerbe betreiben, von der Gewerbesteuer frei, und erstreckt sich diese Befreiung auch auf den sogenannten Werthandel, wenn derselbe herkömmlich mit dem Geschäfte verbunden ist.

Beginnt ein Gildegenosse neben seinem bisherigen gildemäßigen Gewerbe einen anderen Gewerbebetrieb, so hat derselbe dafür die Gewerbesteuer zu entrichten. Es soll jedoch, falls mit dem bisherigen gildemäßigen Gewerbe ein anderes der im Tarife unter I., a, b, c, und d genannten Gewerbe verbunden wird, nicht die im §. 17 unter b getroffene Bestimmung zur Anwendung kommen, sondern festgestellt werden, welcher Steuerbetrag für das zukommende Gewerbe nach dessen muthmaßlichem Umfange zu entrichten ist. Wird dagegen der Werthandel auf andere Artikel ausgedehnt, so ist der Gewerbetreibende nach §. 17 unter c voll zu veranlagern. Bei entstehenden Differenzen über die hiernach eintretende Besteuerung entscheidet Herzogl. Steuer-Collegium.

§. 35.

Um die Stadt Braunschweig wegen der in der künftigen Heranziehung gildemäßiger Gewerbetreibender zur Gewerbesteuer liegenden größeren Steuerlast zu entschädigen, wird derselben ein Capital von 30,000 Thlr. am 2. Januar 1865 entweder baar oder in 4procentigen Landesschuldverschreibungen nach Wahl des Herzoglichen Staatsministeriums gezahlt.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3. August 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

V e r o r d n u n g

über die

Ausführung des Gesetzes, die Gewerbesteuer betreffend
vom 3. August d. J. Nr. 46.

d. d. Braunschweig, den 21. September 1864.

Von Gottes Gnaden Wir, Wilhelm, Herzog zu Braun-
schweig und Lüneburg &c.

erlassen zur Ausführung des Gesetzes, die Gewerbesteuer betreffend
vom 3. August d. J. Nr. 46, die nachfolgende Verordnung.

§. 1.

Sämmtliche der Gewerbesteuer unterworfenen Gewerbetreibende des Landes haben in der zweiten Hälfte des Monats September jeden Jahrs über die Art und beziehungsweise den Umfang des von ihnen im folgenden Jahre zu betreibenden Gewerbes eine Anmeldung bei ihrer Gemeindebehörde einzureichen (cfr. §. 28 des Gewerbesteuergesetzes.)

Die zu diesen Anmeldungen erforderlichen Formulare haben die Gewerbetreibenden bei ihrer Gemeindebehörde abzufordern.

§. 2.

Die Stadtmagistrate in den Städten und Flecken mit städtischer Verwaltung haben im Monat September jeden Jahres die Bildung der im §. 20 Ziffer 3 des Gewerbesteuer-Gesetzes vorgeschriebenen Orts-Commissionen vorzunehmen und dem Herzoglichen Steuer-Collegium das zum Vorsitzenden der Commission ernannte Mitglied zu bezeichnen.

§. 3.

Diejenigen Anmeldungen zum Gewerbebetriebe, welche ein Gewerbe, das unter der Abtheilung VII. des Tarifs bezeichnet ist, betreffen, sind, nachdem sie von den Gewerbetreibenden eingereicht worden,

- 1) in den Städten und Flecken von den Stadt-Magistraten sogleich an die Orts-Commission,
- 2) in den Land-Gemeinden von den Gemeindevorstehern an die Herzogliche Kreisdirection für den Amtsrath abzugeben.

Die Orts-Commission beziehungsweise der Amtsrath nimmt die Einschätzung vor, bemerkt das Resultat auf der Anmeldung und giebt solche sogleich an die Gemeindebehörde zurück, welcher letzteren obliegt, das Resultat den Pflichtigen innerhalb 8 Tagen mitzutheilen, auch in die Beschreibungen einzutragen und diese bis zum 1. November jeden Jahrs bei dem Herzoglichen Steuer-Collegium einzureichen. (§. 20 des Gewerbe-Steuer-Gesetzes.)

§. 4.

Die Revisionsbehörde (§. 22 des Gewerbesteuer-Gesetzes), deren Zusammensetzung für die Veranlagung auf das Jahr 1865 öffentlich bekannt gemacht werden soll, wird Behuf ihrer Geschäfte von dem Vorsitzenden im Monat November oder December jeden Jahrs zusammenberufen werden, welcher ihr die Einschätzungen der Gewerbetreibenden aus der Abtheilung VII. 1—13 des Tarifs und die etwaigen Ausstellungen des Herzoglichen Steuer-Collegiums gegen die Einschätzungen zur Prüfung und Feststellung, desgleichen die Reclamationen der Gewerbetreibenden selbst zur Entscheidung vorzulegen hat. (§. 22 des Gewerbesteuer-Gesetzes.)

§. 4.

Die aus den Gewerbetreibenden erwählten Mitglieder der Reviſionsbehörde erhalten für den Tag 3 Thlr. Diäten und für jede Meile Eiſenbahn 10 Gr., für jede Meile Landweg 1 Thlr. 10 Gr. Reiſekoften aus der Bureaucaſſe des Herzogl. Steuer-Collegiums vergütet.

Alle, die es angeht, haben ſich hiernach zu achten.

Urkundlich Unſerer Unterſchrift und beigebrudrten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunſchweig, am 21. September 1864.

(L. S.)

Auf Höchſten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

V e r o r d n u n g

die

Arbeitsbücher des gewerblichen Hülfspersonals
betreffend.

d. d. Braunschweig, den 11. November 1864.

Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog zu Braun-
schweig und Lüneburg etc.

erlassen zur Ausführung des §. 66 des Gewerbegesetzes vom 3.
August d. J. Nr. 40 die nachfolgende Verordnung:

§. 1.

Jeder Gewerbsgehilfe (vergl. §. 64 des Gewerbegesetzes) eines
dem Gewerbegeetze (vergl. §§. 1—3 desselben) unterworfenen selbst-
ständigen Gewerbetreibenden hat, insoweit nicht eine der nachstehend
in den §§. 2, 3, 6 und 24 erwähnten Ausnahmen Platz greift,
ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, ein Arbeitsbuch zu führen.

§. 2.

Der Verpflichtung, ein Arbeitsbuch zu führen, sind nicht
unterworfen:

- 1) die beim Gewerbe nur mit gewöhnlichen Tagelöhnerarbeiten beschäftigten Personen,
- 2) alle ohne Rücksicht auf eigene Arbeitsleistung mit festem Gehalte zur Leitung und Beaufsichtigung der Arbeiter angestellten Personen,
- 3) die Zeichner der Fabrikanten und Fabrikkaufleute,
- 4) das kaufmännische Comtoir- und Hülfspersonal, einschließlich des kaufmännischen Bureaupersonals in Fabriken,
- 5) die als Volontairs behuf ihrer Ausbildung in einem Fabrik- oder Handelsgeschäfte arbeitenden Personen,
- 6) die Lehrlinge. (vergl. §. 76 des Gewerbegesetzes.)

§. 3.

Ausländische Arbeiter und Gehülfen haben zwar ebenfalls ein von einer inländischen Behörde ausgestelltes Arbeitsbuch zu führen, jedoch erst dann, wenn sie in ein zweites Arbeitsverhältniß innerhalb Landes treten, wogegen es eines solchen zum Eintritt in das erste Arbeitsverhältniß nicht bedarf.

Führt der ausländische Gewerbsgehülfe ein Arbeitsbuch seiner Heimathsbehörde, welches im wesentlichen den Anforderungen der diesseitigen Arbeitsbücher entspricht, so kann dasselbe von der betreffenden Polizeibehörde an Stelle des hiesigen Arbeitsbuches zugelassen werden.

§. 4.

Die Ausstellung des ersten Arbeitsbuches erfolgt für Inländer bei der Passpolizeibehörde ihres Wohnorts (auf dem Lande die Herzogliche Kreisdirection, in den Städten die Ortspolizeibehörde), wenn sie zum ersten Male innerhalb Landes in Arbeit treten, für Ausländer aber bei der Passpolizeibehörde des Orts, wo sie innerhalb Landes in ein zweites Arbeitsverhältniß treten.

§. 5.

Zu diesem Behufe haben Inländer und Ausländer eine Arbeitszusicherung des Gewerbetreibenden, bei dem sie in Arbeit treten wollen, überdies aber Inländer, insofern sie Hauskinder, Ehefrauen

oder Mündel sind, die Genehmigung ihrer Väter, Ehemänner oder Vormünder, (vergl. §. 68 des Gewerbegesetzes) Ausländer dagegen eine Bescheinigung ihres ersten Arbeitsherrn über ihr erstes Arbeitsverhältniß (vergl. §. 3 und 4) und sonstige genügende Legitimation beizubringen.

Mit Aufbewahrung und Wiederaushändigung der letztern ist von den Polizeibehörden ebenso, wie rücksichtlich der Reiselegitimationen anderer Ausländer zu verfahren, wie denn auch in Betreff der Verlängerung oder Erneuerung ausländischer Legitimationen die jederzeit bestehenden allgemeinen Bestimmungen in Anwendung kommen.

§. 6.

Wenn es an einem der im vorstehenden Paragraphen zur Erlangung des ersten Arbeitsbuchs vorgeschriebenen Erfordernisse fehlt, namentlich die von dem Ausländer beigebrachte Legitimation für ungenügend zu fernerer Gestattung des Aufenthalts erachtet wird, so ist die Ausstellung des Arbeitsbuchs von der Passpolizeibehörde zu verweigern.

Schulpflichtigen Kindern darf überhaupt kein Arbeitsbuch ausgestellt werden.

§. 7.

Die Arbeitsbücher gelten, sofern dieselben an Inländer ausgestellt sind, innerhalb Landes zugleich als genügende Reiselegitimation. Nicht minder können dieselben von Inländern auch im Auslande, und zwar sowohl innerhalb als außerhalb der deutschen Bundesstaaten, als gültige Reiselegitimationen, insoweit sie von den dortigen Behörden als solche zugelassen werden, benutzt werden; dieselben bedürfen jedoch zu diesem Behufe der, in der §. 16 angegebenen Weise erfolgten Visirung.

Wünscht ein inländischer Arbeiter oder Gehülfe behuf einer Reise in's Ausland eine besondere Reiselegitimation zu erhalten, oder bedarf er einer solchen aus dem Grunde, weil das Arbeitsbuch von dem betreffenden auswärtigen Staate als genügende Legitimation nicht angesehen wird, so ist demselben, dafern er nicht bereits eine

für das Ausland gültige Reiselegitimation besitzt, ein gewöhnlicher Reisepaß von der Paßpolizeibehörde seines letzten Arbeits- oder Wohnorts, unter Verlassung seines Arbeitsbuches zu erteilen; es ist jedoch solchenfalls das letztere mit einem Reisevisa (vergl. §. 16) nicht zu versehen.

Das an Ausländer erteilte Arbeitsbuch gilt in keinem Falle als Reiselegitimation und ist hierüber von der ausstellenden Behörde ein Vermerk auf dem ersten Blatte des Buches einzutragen.

§. 8.

Die Arbeitsbücher sind nach dem beigefügten Schema einzurichten und mit einem Abdrucke gegenwärtiger Verordnung, imgleichen behuf der darin zu bewirkenden Einträge mit 32 Blatt leeren Papiers, sowie durchgängig mit gedruckten Seitenzahlen zu versehen, in Pappe einzubinden und mit einer seidenen Schnur, deren beide Enden auf der letzten Seite mit dem Siegel der ausstellenden Polizeibehörde anzufiegeln sind, zu durchziehen.

Auf dem ersten Blatte des Arbeitsbuches sind die daselbst angegebenen Rubriken gehörig auszufüllen und außer den §§. 7 und 24 vorgeschriebenen Bemerkungen auch alle sonst erforderlichen auf den Inhaber bezüglichen Nachrichten, insbesondere darüber, ob derselbe ein Gewerbe ordnungsmäßig (vergl. §. 83 des Gewerbegesetzes) erlernt und sich bisher tadellos geführt habe, einzutragen.

Bei Ausländern bedarf es außerdem auch noch der Angabe der ausländischen Legitimation, auf Grund deren die Ausstellung des Arbeitsbuches erfolgt, sowie der Benennung des Arbeitsherrn, bei welchem derselbe zuerst in Arbeit gestanden hat, — vergl. §. 5 — und der Dauer dieses Arbeitsverhältnisses.

§. 9.

Die folgenden leeren Seiten des Arbeitsbuches sind unter I (S. 1—48) zu den Einträgen der Arbeitgeber und der Verwalter der Unterstützungscassen, zu welchen das gewerbliche Hilfspersonal zu steuern hat — vergl. §. 98—100 des Gewerbegesetzes — sowie zu den Beglaubigungen dieser Einträge durch die Ortspolizei-

behörde, unter II (S. 49—64) aber zu den Reisevisa's der Passpolizeibehörden bestimmt. (vergl. §. 16.)

§. 10.

Die Einträge der Arbeitsgeber haben sich auf Bescheinigung des Zeitpunkts des Antritts der Arbeit (Antrittsbescheinigung) und des Zeitpunkts des Austritts aus derselben (Austrittsbescheinigung) zu beschränken, dagegen ein Zeugniß über Qualifikation, Leistungen und Betragen des Arbeiters nicht zu enthalten.

§. 11.

Von den Cassenverwaltern (vergl. §. 9) ist zu bescheinigen, daß der Inhaber des Arbeitsbuchs seiner Verbindlichkeit, gegen die Arbeiter-Unterstützungscassen nachgekommen oder in wie weit dies nicht geschehen sei.

§. 12.

Kein selbstständiger Gewerbetreibender darf einen zur Lösung eines Arbeitsbuchs verpflichteten Gewerbsgehilfen in Arbeit nehmen, welcher nicht ein in Ordnung befindliches Arbeitsbuch vorzeigen kann, (vergl. §. 102. 4. des Gewerbegesetzes) und soll insbesondere dasjenige Arbeitsbuch als nicht in Ordnung befindlich angesehen werden, in welcher die letzte Austrittsbescheinigung fehlt, ohne polizeilich ergänzt zu sein. (vergl. §. 15.)

Die im §. 3 rücksichtlich der ausländischen Gewerbsgehilfen getroffene Ausnahmbestimmung erleidet hierdurch keine Abänderung.

§. 13.

Das Arbeitsbuch ist nach erfolgter Eintragung und, soweit nöthig, Beglaubigung (vergl. §. 16) der Antrittsbescheinigung während der Dauer des Arbeitsverhältnisses von dem Inhaber selbst aufzubewahren, jedoch auf Verlangen dem Polizeibeamten jederzeit vorzuzeigen. (vergl. §. 102. 3. des Gewerbegesetzes.)

§. 14.

Die Ausstellung der Austrittsbescheinigung darf dem Gewerbsgehilfen von dem Arbeitgeber nur dann verweigert werden,

wenn von Ersterem die vertragsmäßige oder die in der betreffenden Fabrikordnung festgesetzte oder die ortsübliche Kündigungsfrist (vergl. §. 69 in Verbindung mit §. 75 des Gewerbegesetzes) nicht innegehalten ist, ohne daß ein Fall, in welchem der Arbeitnehmer nach §. 71 des Gewerbegesetzes zum Verlassen der Arbeit ohne Kündigung berechtigt ist, vorliegt, imgleichen, wenn von dem Arbeitnehmer eine im Ge-
bäude übernommene Arbeit nicht beendet, sowie wenn die Befriedigung der Unterstützungscassen nicht erfolgt, oder ein Vorschuß des Arbeitsgebers von dem Arbeitnehmer nicht getilgt und doch in allen diesen Fällen keine der, den Letztern zum sofortigen Verlassen der Arbeit berechtigenden Ursachen vorhanden ist.

Dagegen ist die Austrittsbescheinigung von dem Arbeitgeber auch dann einzutragen, wenn ein nach §. 70 des Gewerbegesetzes zu beurtheilender Fall der Entlassung des Gewerbsgehilfen ohne Kündigung, oder umgekehrt der Fall vorliegt, wo der Letztere die übernommene Arbeit ohne Kündigung zu verlassen nach §. 71 des gedachten Gesetzes berechtigt ist.

§. 15.

Verweigert der Arbeitgeber einem Gewerbsgehilfen die Ausstellung der Austrittsbescheinigung, ohne die zwangsweise Zurückführung des Gewerbsgehilfen zu bewirken, so kann der Letztere zum Zwecke der Vermittelung und Beseitigung der obwaltenden Differenz an die Passpolizeibehörde des Aufenthaltsorts sich wenden, deren Ermessen es überlassen bleibt, nöthigenfalls und nach Beschaffenheit der Umstände, sowie unbeschadet des gerichtlichen Verfahrens den Mangel der Austrittsbescheinigung durch einen Vermerk im Arbeitsbuche zu ergänzen, auf dessen Grund der Gewerbsgehilfe von anderen Gewerbetreibenden wieder in Arbeit genommen werden kann.

Hat wegen Verweigerung der Austrittsbescheinigung ein gerichtliches Verfahren gegen den Arbeitsgeber Statt gefunden, so kann ein weiterer dem Ergebnisse dieses Verfahrens entsprechender Vermerk in das Arbeitsbuch aufgenommen werden.

§. 16.

Die §. 9 erwähnten Einträge der Polizeibehörden bestehen

außer dem im vorstehenden §. 15 Bemerkten, theils in der Beglaubigung der Antritts- und Austrittsbefcheinigungen (vergl. §. 10), theils in der Ertheilung von Aufenthaltsbefcheinigungen, theils endlich in der Ausstellung von Reise-Visas.

Die Beglaubigung der Antritts- und Austrittsbefcheinigungen ist von der Ortspolizeibehörde in kürzester Weise unter den betreffenden Einträgen der Arbeitsgeber zu beschaffen. Erst durch diese Beglaubigung erlangen die Austrittsbefcheinigungen die nöthige formelle Glaubwürdigkeit.

Wechset jedoch ein Gewerbsgehilfe nur an demselben Orte den Arbeitsgeber, so bedarf es der jedesmaligen Beglaubigung der Austritts- und Antrittsbefcheinigungen nicht, sondern es ist die Beglaubigung außer bei der ersten Antrittsbefcheinigung nur erst rückfichtlich der letzten Austrittsbefcheinigung an dem betreffenden Orte, unbeschadet übrigens der Innehaltung der an letzterem in Betreff der An- und Abmeldung von Gewerbsgehilfen bei der Polizeibehörde bestehenden Vorschriften, erforderlich.

Der Eintrag von Aufenthaltsbefcheinigungen geschieht in dem Falle, wenn ein Gewerbsgehilfe nach Beendigung eines Arbeitsverhältnisses nicht sofort wieder neue Arbeit findet oder annehmen will, vielmehr kürzere oder längere Zeit an einem Orte arbeitslos oder doch mindestens ohne solche Arbeit, welche die Führung eines ordnungsmäßigen Arbeitsbuches bedingt, sich aufhält, durch die Ortspolizeibehörde des Aufenthaltsorts des Arbeiters, jedoch nur auf Ansuchen des Letzteren und stets unter Innehaltung der wegen Mitwirkung der Gemeindebehörden etwa bestehenden Vorschriften.

Diese Aufenthaltsbefcheinigungen sind in der Reihenfolge der An- und Austrittsbefcheinigungen in dem Arbeitsbuche einzutragen und haben nur den Zweck, glaubhaft nachzuweisen, wo und wie lange der Inhaber außer festem Arbeitsverhältnisse sich befunden hat.

Eines besondern Reisevisa's bedarf es zu Reisen des Inhabers eines Arbeitsbuches im Inlande nicht. Dagegen hat der inländische Inhaber eines solchen, wenn er in das Ausland reisen und sein Arbeitsbuch als Legitimation benutzen, von Gewinnung einer andern Reiselegitimation aber absehen will, (vergl. §. 7) sein Arbeitsbuch zu diesem Behufe von der Passpolizeibehörde seines

letzten inländischen Arbeits- oder Aufenthaltsorts mit einem Reisevisa versehen zu lassen.

Dieses letztere ist jedoch nicht in der Reihenfolge der in Obigen gedachten Einträge, sondern in einem besondern, die letzten acht Blatt umfassenden Theile des Arbeitsbuchs, welcher für derartige Visa's der inländischen sowohl, wie der ausländischen Polizeibehörden bestimmt ist, einzutragen.

Ein vollgeschriebenes Arbeitsbuch (vergl. §. 19) darf mit einem weitem Reisevisa nicht versehen werden.

§. 17.

Neue Arbeitsbücher dürfen von den Passpolizeibehörden nur dann ausgemacht werden, wenn

- a. die alten vollgeschrieben, oder
- b. sonst unbrauchbar geworden oder
- c. verloren gegangen sind.

§. 18.

Wenn ein Arbeitsbuch vollgeschrieben ist, so hat sich der Inhaber desselben, welcher ein neues Arbeitsbuch zu erlangen wünscht, ein solches von der Passpolizeibehörde des Orts ausstellen zu lassen, wo er zuletzt in Arbeit gestanden hat.

Das Anheften an vollgeschriebene Arbeitsbücher ist unstatthaft.

Bei Ausfertigung des neuen Buches ist sowohl in diesem Falle, als auch wenn solche aus einem anderen Grunde nöthig wird, ganz so, wie bei der Ausstellung des ersten Arbeitsbuchs (vergl. §. 8) zu verfahren; es ist jedoch des Grundes der Ausfertigung des neuen Arbeitsbuchs ausdrücklich zu gedenken und soweit möglich auf den letzten Eintrag des alten Arbeitsbuchs hinzuweisen.

§. 19.

Das unbrauchbar gewordene Arbeitsbuch, an dessen Stelle ein neues ausgemacht worden, ist dem Inhaber zwar zurückzugeben, jedoch an geeigneter Stelle ausdrücklich als ein solches zu bezeichnen, welches nicht weiter geführt werden darf.

§. 20.

Wenn einem Gewerbsgehilfen sein Arbeitsbuch abhanden kommt, so hat er den Verlust ohne Verzögerung der Passpolizeibehörde seines jeweiligen Aufenthaltsorts anzuzeigen, welche nach Erörterung der Umstände entweder ein neues Arbeitsbuch ausstellt, oder im Falle Bedenkens den Antragsteller mit seinem Gesuche an diejenige Behörde verweist, von welcher die Ausfertigung des ersten Arbeitsbuchs erfolgt ist.

Von dem pflichtmäßigen Ermeßen der Passpolizeibehörde hängt es ab, ob sie in dem einzelnen Falle den Verlust eines Arbeitsbuchs zur Vermeidung einer mißbräuchlichen Benutzung öffentlich bekannt zu machen für nöthig erachtet.

§. 21.

Wenn der Inhaber eines Arbeitsbuchs dasselbe durch eigene Schuld verloren oder unbrauchbar gemacht hat, so ist ihm zwar die Ausstellung eines neuen nicht zu versagen, gleichzeitig jedoch die Einleitung des Strafverfahrens nach §. 102 Nr. 3 des Gewerbegesetzes gegen ihn zu veranlassen.

§. 22.

Ueber die Ausfertigung von Arbeitsbüchern und die Ausstellung von Reisevisa's haben die Passpolizeibehörden ein genaues Register zu führen, aus welchem Vor- und Zunamen, Alter, Statur, Farbe der Haare und Augen, etwaige besondere Kennzeichen, Heimathsort und Gewerbe des Inhabers, sowie Nummer und Datum des Buches zu ersehen sind.

Ob und inwieweit auch von den Localpolizeibehörden über die Beglaubigung der Antritts- und Austrittsbescheinigungen, sowie über die Einträge von Aufenthaltsbescheinigungen besondere Register geführt werden sollen, bestimmt die competente Herzogliche Kreisdirection.

§. 23.

Für die Ausstellung eines Arbeitsbuchs sind an die Passpolizeibehörde 5 Silbergroschen, wovon die Hälfte als Verlag für das

Buch und die andere Hälfte als Gebühr für die Ausfertigung zu rechnen ist, zu entrichten.

Für die Beglaubigung einer Antritts- und Austrittsbescheinigung, sowie für Eintragung einer Aufenthaltsbescheinigung wird nichts berechnet; dagegen sind für Ertheilung einer Reise-Visa je 2¹/₂ Groschen zu entrichten.

In allen sonstigen Beziehungen, wohin auch die Bekanntmachungen wegen verloren gegangener Arbeitsbücher (vergl. §. 20) gehören, ist von den Polizeibehörden in Betreff der Arbeitsbücher kostenfrei zu expediren.

§. 24.

An junge Männer, welche ihrer Militairpflicht noch nicht genügt haben, dürfen Arbeitsbücher nur bis zum Eintritte der Militairpflichtigkeit ausgestellt werden und ist hierüber ein Vermerk auf dem ersten Blatte des Arbeitsbuches einzutragen.

Dem activen Truppencorps oder der Landwehr ersten Aufgebots angehörige Militairpersonen bedürfen zur Erlangung eines Arbeitsbuches eines militairischen Urlaubspasses und ist das Arbeitsbuch dem letztern entsprechend auszufertigen, unter Eintragung der danach etwa erforderlichen Beschränkungen auf dem ersten Blatte desselben. Uebrigens sind die beurlaubten Militairpersonen, auch hiervon abgesehen, verpflichtet, zunächst allenthalben ihren dienstlichen Obliegenheiten Folge zu leisten und dürfen sich insbesondere durch den Besitz des Arbeitsbuches zur willkürlichen Veränderung des ihnen angewiesenen Urlaubsorts nicht für ermächtigt halten.

§. 25.

Die Polizeibehörden haben ihren Bedarf an Arbeitsbüchern gegen Erstattung des baaren Verlags vom Herzogl. Intelligenz-Comtoir in Braunschweig zu beziehen.

§. 26.

Die Vorschriften der gegenwärtigen Verordnung treten mit dem 1. Januar 1865 in Kraft. Gleichzeitig verlieren die sämt-

lichen, das Wanderbuchwesen betreffenden dermaligen gesetzlichen Vorschriften ihre Gültigkeit.

Die bis zum 1. Januar 1865 ausgestellten Wanderbücher können von deren Inhabern nur noch bis zum Eintritte in ein festes, die Führung eines Arbeitsbuches nach den Vorschriften gegenwärtiger Verordnung bedingendes Arbeitsverhältniß, beziehentlich auf die Dauer des Arbeitsverhältnisses, in welchem sie sich zu dem Zeitpunkte des Inkrafttretens gegenwärtiger Verordnung befinden, benutzt werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 11. November 1864.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Campe. W. Schulz. von Liebe.

(Schema zu einem Arbeitsbuche.)

(Dieses Arbeitsbuch enthält vierundsechzig paginirte Seiten.)

N^o.

A r b e i t s b u c h

für

(Vor- und Zunamen)

Gewerbe:

Heimathsort:

Alter:

Statur:

Haare:

Augen:

Besondere Kennzeichen:

Eigenhändige Namensunterschrift des Inhabers.

Motive und Bemerkungen

zu den

Gesetzen über das Gewerbewesen.

I. Das Gewerbegesetz.

A. Frühere Gesetzgebung.

Die Gesetzgebung des Herzogthums Braunschweig über das Gewerbewesen, namentlich über Gilden und Zünfte, und die damit im engsten Zusammenhange stehende Gesetzgebung über das Wohnortsrecht und über die obrigkeitliche Beaufsichtigung der Verheirathungen hat im Laufe dieses Jahrhunderts in Folge der großen Regsamkeit auf dem Gebiete des Handels und der Gewerbsthätigkeit mehrfache wesentliche Veränderungen erlitten, bis, nachdem bisher das Zunftwesen, wenn auch in etwas modificirter Gestalt Geltung gehabt hatte, nunmehr durch eine Reihe von Gesetzen d. d. 3. August 1864, welche mit dem 1. Januar 1865 in Kraft treten, das entgegengesetzte System der Gewerbefreiheit für die Landeseinwohner Anerkennung und gesetzliche Geltung erlangt hat.

Zünfte und Innungen sind rein germanische Institute, und waren früher in Deutschland allgemein, und auch in unserm Herzogthume, die Grundlage des Gewerbewesens, bis dieselben durch die westphälische Usurpation über den Haufen geworfen wurden und an deren Statt völlige Gewerbefreiheit trat. Nach der Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Landesregierung erhoben die Handwerker laute Klagen über die nach ihrer Ansicht nachtheiligen Folgen des gänzlich freien Gewerbebetriebes; diese Klagen führten zu der Erlassung der Gewerbe- und Gilde-Ordnung vom 29. October 1821, durch welche die vor dem Jahre 1808 bestandenen Gilden wieder hergestellt, die mit dem Zunftwesen verbundenen, für die Consumenten nachtheiligen Einrichtungen und Mißbräuche

theilweise beseitigt wurden, namentlich der frühere Zunftzwang aufgehoben ward, nicht allein auf dem Lande durch Zulassung der Landmeister, welche keine Gildemitglieder sind, sondern auch dadurch, daß die Landesregierung sich die Befugniß vorbehielt, auch Gewerbetreibende außer dem Gildeverbande auf Concessionen zuzulassen. Von der Gewerbefreiheit unterschied sich der Zustand im hiesigen Herzogthume insofern, daß von allen denjenigen Personen, welche ein kaufmännisches Geschäft oder ein zunftmäßiges Gewerbe treiben wollten, neben einigen allgemeinen Erfordernissen (ein gewisses Vermögen, Lebensalter 2c.) die Erlernung des zu betreibenden Geschäfts und bei den Handwerkern die Ablegung einer Geschicklichkeitsprobe gefordert ward, besonders aber dadurch, daß den Behörden die Befugniß vorbehalten blieb, Gewerbetreibende, auch wenn dieselben allen diesen Erfordernissen genügten, lediglich wegen Ueberfüllung des Gewerbes an einem Orte zurückweisen zu können. In den vierziger Jahren kamen die Gewerbetreibenden zu der Ueberzeugung, daß die bestehenden gewerblichen Verhältnisse den Anforderungen der Zeit nicht mehr entsprächen, und daß eine neue Ordnung derselben wünschenswerth sei; der Sinn für Associationen wurde geweckt, und es traten im Jahre 1848 in verschiedenen Ländern und Orten Abgeordnete der Gewerbetreibenden zusammen, um sich über eine Verbesserung ihrer Lage zu berathen; in Hamburg und Frankfurt am Main fanden Versammlungen von Deputirten aus allen deutschen Ländern Statt, um sich über Grundzüge zu verständigen, welche einer allgemeinen deutschen Gewerbeordnung unterzulegen seien, und von der letztgedachten Versammlung wurde dem deutschen Reichsparlamente unterm 15. August 1848 der Entwurf einer allgemeinen Handwerker- und Gewerbeordnung für Deutschland überreicht, welcher sich indessen ungeachtet seines mehr versprechenden Titels nur auf die eigentlichen sogenannten zünftigen Gewerbe bezog und nur deren Interesse vor Augen hatte. Auch im hiesigen Herzogthume trat vom 5. bis 9. November 1848 zu Wolfenbüttel eine Versammlung von Deputirten der Handwerksinnungen aus dem ganzen Lande zusammen, prüfte den in Frankfurt abgefaßten Entwurf, schloß sich demselben mit wenigen unerheblichen Modificationen an

und überreichte selbigen im December 1848 dem Herzogl. Staatsministerium mit dem Ersuchen, auf Grundlage desselben der Versammlung der Abgeordneten des Landes eine neue Gewerbeordnung vorzulegen und wenigstens provisorisch einzuführen. Die Landesregierung mußte von einer solchen Vorlage absehen, so lange man noch die Hoffnung hegen konnte, daß die in Frage stehenden Verhältnisse von einem Centralpunkte aus für ganz Deutschland regulirt werden würden. Als jedoch diese Hoffnung für die nächste Zukunft verschwand, und am 17. December 1850 die Landesversammlung in der Erwägung, daß die Gesetze über das Gilde- und Gewerbewesen den Forderungen der Zeit und der neuen Gesetzgebung über andere organische Einrichtungen des Staats nicht mehr völlig entsprächen, das Herzogl. Staatsministerium um Vornahme einer Revision der Gesetzgebung über das Gewerbewesen ersuchte, unterzog sich die Regierung der Prüfung der Wünsche und Bedürfnisse der Gewerbetreibenden, und legte alsbald einen Gesetzentwurf, verschiedene Abänderungen und Ergänzungen der Gewerbe- und Gildeordnung vom 29. October 1821 enthaltend, zur ständischen Mitwirkung vor, welcher Entwurf in Folge der stattfindenden Berathungen, um nicht bei der Anwendung des Gesetzes das geltende Recht theilweise in der alten Gildeordnung, theilweise in dem neuen Gesetze suchen zu müssen, und dadurch das Verständniß und die Anwendung des Gesetzes äußerst zu erschweren, zu einer völligen Umarbeitung der Gildeordnung und endlich zur Publication des **Gesetzes über den gildemäßigen Gewerbebetrieb vom 24. Januar 1852** führte. Dieses Gesetz beschränkt sich lediglich auf die Ordnung der Verhältnisse des zunftmäßigen Gewerbebetriebes, ohne irgend etwas über die Verhältnisse des Handels- und des übrigen nicht zunftmäßigen Gewerbebetriebes zu bestimmen. In letzterer Beziehung verblieb es bei den in der Gildeordnung vom Jahre 1821 enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen, welche als Anhang des neuen Gesetzes wiederholt publicirt wurden; und ersuchten die Stände die Regierung, dieserhalb, sobald es die erforderlichen Vorarbeiten gestatteten, einen besonderen Gesetzentwurf vorzulegen, — was indessen bis zum Erlasse der neuesten Gewerbegesetze nicht zur Ausführung gekommen.

men ist. Es blieb also namentlich bis auf die jüngste Zeit bei der Vorschrift, daß, wer sich als Kaufmann besetzen will, 5 Jahre in einem ähnlichen Geschäfte gedient haben und ein unabhängiges Vermögen von 4000 Thlr. in der Stadt Braunschweig, und 2000 Thlr. in den übrigen Städten nachweisen muß.

Da man derzeit von der Gewerbefreiheit erhebliche Nachtheile fürchtete, auch dieselbe so lange für unausführbar hielt, als dieselbe nicht in den Nachbarstaaten gleichfalls eingeführt sei, so hielt man in dem erwähnten Gesetze vom 24. Januar 1852 an dem Gilden- und Zunftsysteme fest, stellte an die Spitze des Gesetzes den Satz, daß jeder Handwerker, der ein gildemäßiges Gewerbe betreibe und Lehrlinge halten wolle, sich einer Gilde seines Gewerbes anschließen müsse, und gab der Regierung das Recht, auch solche Handwerke, für welche bisher noch kein Gildverband bestanden, für gildemäßige Gewerbe zu erklären. Das Gesetz enthielt insofern einen Fortschritt, als den Behörden das Recht genommen wurde, Personen, welche allen gesetzlichen Erfordernissen genügten, von der selbstständigen Betreibung ihres Gewerbes lediglich wegen Ueberfüllung desselben auszuschließen *); als ferner den Gilden eine größere Selbstständigkeit gegeben wurde, sie von der bisherigen steten Controle des obrigkeitlichen Deputirten bei allen ihren Handlungen und Beschlüssen befreiet und nur der für unentbehrlich gehaltenen allgemeinen Aufsicht der Gildbehörde unterworfen wurden; ihnen auch die Befugniß ertheilt ward, ihre inneren Angelegenheiten durch Statute selbstständig zu ordnen; und endlich ihnen in dem in Braunschweig eingesetzten Gewerberathe ein Organ gegeben wurde, ihre Wünsche und Bedürfnisse zu prüfen und zur Sprache zu bringen. Beibehalten wurden die üblichen Zunftvorschriften: 3 bis 5jährige Lehrzeit, 5jährige Gesellenzeit mit 3 Wanderjahren, Gesellen- und Meisterprüfungen, das 30ste Lebensjahr als Erforderniß zur Besetzung als Meister, höchst beschränkte Zulassung einiger weniger Gewerbe auf dem Lande.

*) Das Recht der Behörden, einen Handwerker wegen Ueberfüllung des Gewerbes zurückzuweisen, ist bei allen nicht zünftigen Gewerben nach §. 21 des Gesetzes vom 4. April 1837 bisher in Wirksamkeit geblieben.

B. Das neue Gewerbegesetz.

Auf dem 10. ordentlichen Landtage am 16. März 1861 er-
suchte die Landesversammlung die Herzogl. Landesregierung, die
Frage einer nähern Prüfung unterziehen zu wollen, ob nicht die
bestehende Gewerbegesetzgebung vom Grundsatz der Gewerbefrei-
heit aus umzugestalten sei. In Folge dessen legte die Landesregierung
am 9. December 1863 dem 11. Landtage vier Gesekzentwürfe,
Gewerbetrieb, Entschädigung für aufgehobene Verbieterungsrechte,
Wohnortsrecht und Trauscheine betreffend, später auch einen fün-
ften Gesekzentwurf über Gewerbesteuer zur verfassungsmäßigen Mit-
wirkung vor. Ueber alle diese Vorlagen ist eine Vereinbarung zu
Stande gekommen und die betreffenden Gesetze sind am 3. August
1864 publicirt.

Was zunächst das Gewerbegesetz betrifft, so hat das alte
Zunftwesen, gewiß vollberechtigt in einer Zeit der ursprünglichen
Entwicklung der Gewerbe, welche der Geschichte angehört, bereits
in den meisten Beziehungen der freieren Bewegung der Neuzeit
weichen müssen, da das Streben nach Verbesserung mit Hülfe der
freien Concurrrenz auf allen Gebieten des Wissens und Schaffens
kraft innerer Naturnothwendigkeit die menschliche Gesellschaft fort-
treibt. Wenn wir unter Einwirkung dieses Gesetzes nicht nur in
den außereuropäischen Ländern, sondern auch in den Ländern
Europas, in welchen sich die Gewerbegesetzgebung fast unter gleichen
Verhältnissen, wie in unserm deutschen Vaterlande entwickelt hat,
den Grundsatz einer vollen Gewerbefreiheit jetzt anerkannt sehen,
und dabei Zeugen sind von dem außerordentlichen Aufschwunge
aller Gewerbsthätigkeit in diesen Ländern, wie England, Belgien,
Frankreich u. s. w., wenn wir ferner sehen, daß auch Oesterreich,
Raffau, Bayern, Württemberg, Oldenburg, Weimar, Bremen, Sach-
sen, Baden den Weg der Gewerbefreiheit betreten haben und sich
wohl dabei befinden, so muß sich uns die Ueberzeugung aufdrän-
gen, daß auch die übrigen deutschen Staaten, wenn sie mit der Ge-
werbsthätigkeit der benachbarten Länder die Concurrrenz bestehen
wollen, sich den Grundsätzen größerer Freiheit auf dem Gebiete der

Gewerbsthätigkeit für die Folge nicht werden verschließen können. Wenngleich andererseits die Vorgänge in dem Königreiche Preußen, — welches in der freisinnigen Handels- und Gewerbegesetzgebung seit einer Reihe von Jahren allen deutschen Staaten vorangegangen war und zum Vorbilde gedient hatte, dessen Regierung aber sich veranlaßt fand, durch ein Gesetz vom 9. Februar 1849 bei dem handwerksmäßigen Gewerbebetriebe Beschränkungen einzuführen, welche viel weiter gehen, als bei uns, nachdem durch die Gesetze vom 2. November 1810 und 7. September 1811 volle Gewerbefreiheit begründet und die allgemeine Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, welche die Gewerbeverhältnisse regelt, auf das Princip der Gewerbefreiheit basirt war, — zur größten Vorsicht mahnten, so sind nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse Regierung und Stände dennoch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die bestehende Gesetzgebung nicht beibehalten werden könne, daß die Befreiung der Gewerbe von einem großen Theile der noch darauf ruhenden Schranken und Fesseln ein dringendes Bedürfniß, und daß es zweckmäßig und volkswirthschaftlich richtig sei, sofort zu dem Grundsatz der Gewerbefreiheit überzugehen, weil augenscheinlich alle deutschen Staaten ihren Vereinigungspunkt in der Gewerbefreiheit zu finden bemüht sind und sich deshalb mit Sicherheit voraussehen läßt, daß einzelne beibehaltene Beschränkungen binnen Kurzem auch würden fallen müssen, dann aber der Gewerbestand schnell hinter einander zwei störenden Uebergangsperioden ausgesetzt, ihm auch die Concurrenz mit dem in der Gewerbefreiheit bereits erstarkten Auslande erschwert werden würde.

Hiernach ist in dem Gewerbegesetze Gewerbefreiheit für alle Landeseinwohner, d. h. die Beseitigung aller Schranken, welche den Gewerben vom Standpunkte der volkswirthschaftlichen Anschauungen nicht auferlegt werden müssen, und die Befreiung der Gewerbe von allen Beschränkungen, deren Auferlegung nicht die Wohlfahrtspolizei gebietet, als Grundlage der neuen Gewerbeverfassung ausgesprochen, und somit namentlich das bisherige drückende Concessionswesen, welches an die Stelle freier Selbstbestimmung das nicht immer das Richtige treffende Wohlmeinen der Staatsbehörde stellte, abgeschafft. Demgemäß ist mit Aufhebung der bisher geltend ge-

wesenen Bestimmungen und Grundsätze bezüglich der Personen, welche, und der Erfordernisse und Bedingungen, unter welchen sie Gewerbe treiben können, bezüglich der sachlichen und räumlichen Ausübung und Ausdehnung des Gewerbebetriebes, sowie bezüglich des Corporationswesens verfahren. Andererseits sind die durch Rücksichten auf das Recht und die Freiheit dritter Personen, sowie auf das Staatswohl gebotenen Ausnahmen nach Umfang und Inhalt genau festgestellt, die Verhältnisse der selbstständigen zu den unselbstständigen Gewerbetreibenden, soweit solches nothwendig oder zweckmäßig erscheinen musste, geregelt, und endlich in Betreff der gewerblichen Corporationen Bestimmungen getroffen, welche, ohne das Recht der freien Selbstbestimmung zu verletzen, geeignet erscheinen, den Gewerbetreibenden die mit dergleichen auf staatlicher Anerkennung beruhenden Corporationen unzweifelhaft verbundenen Vortheile zu sichern.

Die bisherigen Schranken für die Thätigkeit der Gildegenossen und deren Abgrenzung gegen den fabrikmäßigen Gewerbebetrieb, die Unterscheidungen zwischen Groß- und Kleinhandel, sowie zwischen den verschiedenen Zweigen des Handels entsprechen den Anforderungen der so außerordentlich gesteigerten Industrie und den Handelsverhältnissen der Jetztzeit nicht mehr. Die Nothwendigkeit, diesen Anforderungen Rechnung zu tragen, hat die Behörden bisher fortwährend gezwungen, von den gesetzlichen Vorschriften abzuweichen, oder durch künstliche Interpretationen zwischen denselben und jenen Anforderungen eine Vermittelung eintreten zu lassen, wodurch die Handlungen und Entscheidungen der Behörden etwas Unsicheres und Schwankendes erhielten. Solchen Uebelständen, welche den Behörden selbst ihre Thätigkeit in diesem Zweige der Verwaltung zu einer höchst unerfreulichen machen, im Publikum aber Mißtrauen und Unzufriedenheit erregen mussten, konnte durch zeitgemäße Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen ohne deren gänzliche Aufhebung nicht dauernd abgeholfen werden; jeder in dieser Richtung gemachte Versuch hätte vielmehr voraussichtlich nur für kurze Zeit ausgereicht, da die Großartigkeit und Vielseitigkeit des Handels sowie der gewerblichen Thätigkeit täglich neue Bedürfnisse hervorgerufen und zu neuen Anforderungen geführt ha-

ben würde, denen gründlich nur durch Beseitigung Alles dessen, was die Wirksamkeit des Fleißes, der Arbeitskraft, der Intelligenz und des Capitals lähmt, genügt werden konnte.

In gleicher Weise verhält es sich mit den übrigen, in der bisherigen Gesetzgebung liegenden Schranken für die gewerbliche Thätigkeit.

Durch den §. 14 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 wurde die beschränkte Zulassung von Handwerkern auf dem Lande neuerdings bestätigt; es sollten dort in der Regel nur Grob- und Hufschmiede, Böttcher, Rademacher, Dachdecker, Maurer, Zimmerleute, Bäcker, Schuhmacher, Schneider, Tischler, Weber, Papiermacher und Töpfer, und in den Landgemeinden des Harzes Nagelschmiede zugelassen werden; — und der §. 107 bestimmte, daß nur bei diesen Handwerkern die Gesellen, welche allen Erfordernissen Genüge geleistet, wegen Ueberfüllung von der Erwerbung des Meisterrechts nicht zurückgehalten werden dürften. Die Zulassung aller anderen Handwerke auf dem Lande hing von der besonderen Genehmigung der Landesregierung ab, welche dabei natürlich auch die Ueberfüllung in Erwägung ziehen konnte. In Beziehung auf die nicht zünftigen Gewerbe fanden besondere Bestimmungen wegen deren Zulassung auf dem Lande nicht Statt; jedoch läßt die Bestimmung im §. 16 des Anhanges zu dem Gildesetze schließen, daß der Handelsbetrieb auf dem Lande nur ausnahmsweise und in geringem Umfange zugelassen werden sollte, und es sind Concessionen dazu in den Dörfern auch nur in seltenen besonderen Fällen ertheilt. Diese Beschränkungen des Gewerbebetriebs auf dem Lande schreiben sich noch aus den Zeiten des Mittelalters her, und sind hervorgerufen durch den Gedanken, daß sonst die Gewerbe sich sämmtlich nach und nach auf das Land ziehen, die Städte somit ihre Subsistenzmittel verlieren würden, weil das Leben dort wohlfeiler, die Arbeitslöhne und Abgaben geringer seien, als in den Städten. Solche Beschränkung war ohne Ungerechtigkeit nicht mehr zu halten, da die Bedürfnisse der Landbewohner, welche dabei doch billigerweise zunächst in das Auge gefaßt werden müssen, sich keineswegs so bestimmt beurtheilen und begrenzen lassen,

besonders in der jetzigen Zeit, wo die Anlegung großer Fabriken auf dem Lande die Anforderungen täglich verändert und vermehrt. Es ist daher z. B. völlig unmöglich, dem §. 16 des Anhangs der Gildeordnung gemäß richtig zu bestimmen, mit welchen Waaren-Artikeln zu handeln dem Dorfkrämer im Interesse der ländlichen Bevölkerung gestattet werden muß. Das Motiv jener Beschränkung ist aber auch längst als unrichtig erkannt, da man sich überzeugt hat, daß die Vortheile, welche das flache Land bietet, dadurch vollständig ausgeglichen werden, daß der Gewerbetreibende in der Stadt seine Waaren und Rohmaterialien leichter beziehen, seine Fabrikate besser absetzen und verwenden kann, als auf dem Lande, daß ihm dort die nöthige gewerbliche Hülfe und der erforderliche Credit weit eher zu Gebote stehen, als hier, daß der Gewerbetreibende in der Stadt alle Fortschritte im Gewerbe eher erfährt und sich leichter zugänglich machen kann, als auf dem Lande, und daß deshalb die Städte stets der eigentliche Mittelpunkt des gewerblichen Lebens sein und bleiben, auf dem Lande aber nur solche Gewerbetreibende sich besetzen werden, welche Producte des Ackerbaues, der Forstwirtschaft und des Bergbaues verarbeiten, also dort das nöthige Rohmaterial leichter erhalten können, oder welche für die Landbewohner ein wirkliches Bedürfniß sind, also auf dem Lande fortwährend auf Arbeit und Absatz rechnen können. Die ersteren zwangsweise in die Städte zu bannen, würde gegen die ersten volkswirtschaftlichen Grundsätze verstoßen, während die Entfernung der letzteren vom Lande eine ungerechte Begünstigung der Städte zum Nachtheile des flachen Landes enthielte, die noch dazu in der Nähe der Grenze ihres Zweckes verfehlte.

Sollte es noch eines Beweises für die Richtigkeit dieser Ansichten bedürfen, so sei darauf hingewiesen, daß erfahrungsmäßig auch diejenigen vom Lande gebürtigen Handwerker, welche nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sich dort ungehindert hätten besetzen können, sofern sie sich nur einige Befähigung zutrauten, fortwährend nach den Städten drängten, während der Fall äußerst selten war, daß Handwerker aus den Städten auf das Land gingen.

Eine richtige Einsicht in die Verhältnisse hat auch schon

längst zur Aufhebung vieler älteren Beschränkungen geführt, ohne daß dadurch die Städte zu Grunde gerichtet wären. So werden Brauereien und Brennereien, welche früher als besonderes Vorrecht der Städte betrachtet wurden, schon längere Zeit auf dem Lande unbedenklich, ja fast vorzugsweise betrieben, und ist es daher eine Forderung der Gerechtigkeit und Nothwendigkeit, den bisher noch festgehaltenen Unterschied zwischen Stadt und Land rücksichtlich der Zulassung von Gewerbetreibenden ganz aufzuheben. Zwar ist nicht zu verkennen, daß besonders die kleineren Städte durch Besetzung von Handwerkern auf dem Lande verloren haben; allein dieses sind solche Handwerker, welche auch schon bisher vom Lande nicht entfernt gehalten werden konnten, und es wird sich durch die Gestattung der unbeschränktesten Freiheit in den bestehenden Verhältnissen wenig ändern, besonders da die Einführung der Freizügigkeit den auf dem Lande geborenen Gewerbetreibenden die Besetzung in den Städten möglich macht.

Die für den selbstständigen gildemäßigen Gewerbebetrieb bisher gesetzlich vorgeschriebene Vorbildung: eine Lehrzeit von 3 bis 5 Jahren, eine Gesellenzeit von 5 Jahren und unter diesen eine Wanderzeit von 3 Jahren, erscheinen gleichfalls als Zwangsvorschriften nicht mehr zeitgemäß. Von allen diesen Erfordernissen konnte schon bisher dispensirt werden. Für die Handelsgeschäfte, welche vormalig einer Handelszunft angehörten, war nur vorgeschrieben, daß derjenige, welcher eine eigene Handlung errichten wollte, 5 Jahre lang in einem gleichen oder ähnlichen Geschäfte conditionirt haben mußte, gleichviel ob als Lehrling oder Commis, während für Großhändler, Expediture, Fabrikhaber und Banquiers solche Bedingungen überall nicht gestellt waren. Allerdings kann man wohl nicht darüber zweifelhaft sein, daß ein Jeder, welcher ein Handwerk mit Erfolg betreiben will, dasselbe erlernt haben muß, und um so tüchtiger, je größer und freier die Concurrenz ist, je mehr dem Talente und der Erwerbslust, dem Fleiße und der Geschicklichkeit Gelegenheit gegeben wird, sich zu entfalten; daß die längere Ausübung eines Gewerbes als Gehilfe vor der selbstständigen Besetzung eines Gewerbetreibenden nur zum Vortheile gereichen kann, und daß es demselben sehr nützlich sein

wird, wenn er durch den Besuch größerer, in seinem Gewerbszweige sich auszeichnender Orte die Gelegenheit bekommt und benützt, sich in seinem Gewerbsbetriebe auszubilden. Eine andere Frage aber ist es, ob jene Bildungswege dem angehenden Gewerbetreibenden zwangsweise vorgeschrieben werden sollen; und dagegen sprechen folgende Gründe.

Die Festsetzung einer bestimmten Lehrzeit hat den Nachtheil, daß dabei die Persönlichkeit des Lehrlings gar nicht berücksichtigt wird, daß es gleich ist, ob derselbe besser oder weniger gut vorgebildet in die Lehre tritt, ob er größere oder geringere Geschicklichkeit oder Begriffsfähigkeit besitzt, größeren oder geringeren Fleiß zeigt. Höchstens wirkt die Bezahlung eines guten Lehrgeldes auf die Abkürzung der Lehrzeit ein, welche doch für die tüchtige Ausbildung des Lehrlings gerade die wenigste Gewähr leistet. Während die gesetzliche Bestimmung der Lehrzeit dem Meister jeden Antrieb zur baldigsten Ausbildung des Lehrlings nimmt, auf den Lehrling aber depressirend und nachtheilig einwirken muß, und die gebildeten, intelligenten und wohlhabenden jungen Leute von der Erlernung eines Handwerks zurückschreckt, wird die Regelung des Lehrverhältnisses, welches immer bleiben wird, durch freie, die Anforderungen des Handwerks und die persönlichen Eigenschaften des Lernenden gehörig berücksichtigende Uebereinkunft nur vortheilhaft einwirken können. Es ist daher durchaus richtig, daß das Gesetz von diesem Grundsatz ausgeht und sich darauf beschränkt, Entscheidungsnormen festzustellen, welche zwischen dem Lehrherrn und dem Lehrlinge zur Anwendung kommen, wenn es an Vertragsbestimmungen fehlt, oder welche solche Verhältnisse zum Gegenstande haben, die durch die Verträge nicht wohl geordnet werden können.

Der Ablauf einer gewissen Gesellenzeit vor der selbstständigen Besetzung wird der Regel nach schon dadurch herbeigeführt, daß zum selbstständigen Gewerbebetriebe die Volljährigkeit in dem Gesetze gefordert wird und gefordert werden muß. Eine zwangsweise Vorschrift hat aber keinen genügenden Grund, da durch die Abhaltung einer bestimmten Gesellenzeit, wenn dieselbe nicht wirklich zur Ausbildung benützt wird, nichts gewonnen wird, dieselbe oft selbst nachtheilig wirkt, während sie in einzelnen Fällen zu

großer Belästigung und zur unerseßlichen Beeinträchtigung eines angehenden Gewerbetreibenden Veranlassung geben kann.

Ebenso verhält es sich mit der Vorschrift einer bestimmten Wanderzeit. Ohnstreitig ist es, wie schon bemerkt, sowohl für den angehenden Handwerker, wie für den künftigen Kaufmann von großem Nutzen, vor seinem selbstständigen Etablissement sich an verschiedenen Orten mit dem Betriebe seines Gewerbes oder mit den großartigen Verkehrsverhältnissen bekannt zu machen, und es wird ihm dieses nicht bloß für seinen künftigen Gewerbsbetrieb, sondern auch für seine Ausbildung als Mensch, als Gemeinde- und Staatsbürger vortheilhaft sein. Diese Vortheile sind aber nur dann zu erwarten, wenn der Aufenthalt an fremden Orten wirklich ernstlich zur Ausbildung benützt wird, nicht aber lediglich durch Ablauf gewisser Jahre. Diejenigen Personen, welchen ihre Bildung wirklich am Herzen liegt, werden, auch ohne gesetzlichen Zwang, fernerhin eine längere oder kürzere Zeit an Orten, welche ihnen Nutzen für ihre Zukunft in Aussicht stellen, sich aufhalten, während für die übrigen die Wanderzeit doch wenig vortheilhaft sein, ja sie zu nachtheiliger Gewohnheit führen wird. Wollte man das Wandern derjenigen jungen Handwerker, welche sich des Zweckes ihrer Reisen klar bewußt sind und denselben mit allen Kräften anstreben, deshalb aber auch ihr Ziel um so sicherer erreichen werden, als man in ihnen regelmäßig die geistig befähigtesten Personen antreffen wird, befördern, so mußten die bisherigen Vorschriften über die wandernden Handwerksgefelln nothwendig geändert werden, da sie gerade die gebildetsten jungen Leute vom Wandern abhielten. Das Wanderleben in seiner bisherigen, mit dem Zunftwesen nahe zusammenhängenden Gestalt ist eine Kette herber Entbehrungen und bitterer Täuschungen; der polizeiliche Druck, der auf den wandernden Gesellen lastet, wirkt auf jeden empfindenden Menschen äußerst niederdrückend; der Herbergszwang, in früheren Zeiten durch den Mangel guter Gasthäuser und die nothwendige, durch das Zusammenleben der Gesellen leichter mögliche Aufsicht hervorgerufen, ist jetzt überflüssig und für gebildete junge Leute unerträglich; das Verbot der Abweichung von dem einmal vorgeschriebenen Wege hindert den wandernden Gesellen, sich unbeschränkt die besten Ar-

beitsstellen zu suchen, während die Vertheilung der einwandernden Gesellen an die Meister nach der Reihe der Anforderung und ohne Rücksicht auf die Befähigung der Gesellen auf die möglichst vollständige Ausbildung derselben höchst nachtheilig wirkt. Daneben ist nicht unberücksichtigt zu lassen, daß, wenn lediglich die Ausbildung für den künftigen Gewerbebetrieb ins Auge gefaßt wird, eine dreijährige Wanderzeit bei den jetzt so sehr erleichterten Verbindungen nicht mehr erforderlich erscheint; daß es unrichtig ist, alle Gewerbe gleichmäßig zu behandeln und daß endlich eine solche gesetzliche Vorschrift in Ermangelung eigenen guten Willens schon deshalb ihren Zweck verfehlen muß, weil dem Wandernden die Orte, welche er besuchen soll, nicht vorgeschrieben werden können, man also durchaus keine Sicherheit hat, daß er nach Orten geht, welche ihm für seine weitere Ausbildung wirklich nützlich sein können.

Die Nachweisung eines bestimmten Vermögens, welche in der Gesetzgebung vom Jahre 1852 für den angehenden Handwerker, Kaufmann, Höker und Victualienhändler gefordert wurde, gewährt erfahrungsmäßig auch nur geringen Nutzen.

Es verlangte nämlich §. 107 Nr. 7 der Gildeordnung, daß derjenige, welcher sich als Meister besetzen will, das zu dem zu betreibenden Gewerbe unumgänglich erforderliche Vermögen, dessen Betrag statutarisch festzusetzen, besitzen sollte; der §. 14 des Anhanges forderte für die Kaufleute in Braunschweig 4000 Thlr., in den übrigen Städten 2000 Thlr., für den Victualienhändler und Höker 100 bis 500 Thlr. Für alle übrigen Gewerbe und selbst für den größten Fabrikanten wurde kein bestimmtes Vermögen gefordert.

Abgesehen davon, daß es nicht wohl möglich ist, für die einzelnen Gewerbe ein bestimmtes Vermögen festzusetzen, da der Betrag desselben von dem Umfange des Gewerbetriebs und der Art desselben, von der persönlichen Intelligenz und der Befähigung, sowie dem Credite des sich Besetzenden abhängt, ist es für die Behörden ganz unmöglich, sich von dem wirklichen Vorhandensein des angegebenen Vermögens zu überzeugen und Täuschungen zu vermeiden. Allerdings führt die Aufhebung jener Bestimmung die Gefahr mit sich,

daß Jemand ein seine Mittel übersteigendes Unternehmen beginnt, dabei zu Grunde geht und das Publikum betrügt; allein dieses ist auch jetzt schon vorgekommen, und kann nur durch eigene Sorgsamkeit des Publikums verhütet werden, welche dasselbe um so mehr anwenden wird, wenn es in der Prüfung der Behörden keine Sicherheit mehr finden zu können glauben darf. Auf der andern Seite giebt die Aufhebung jener Vorschrift auch intelligenten und thätigen, aber unbemittelten jungen Leuten, welche, weil sie zur Täuschung der Behörden zu ehrlich sind, jetzt in kleinen Geschäften verkümmern, die Gelegenheit, sich emporzuarbeiten, und dieser Vortheil möchte die obigen Nachtheile vollkommen ausgleichen.

Hiernächst verlangte die Gildeordnung vom Jahre 1852, um Meister werden zu können, eine Ausweisung über einen seither geführten guten Lebenswandel, während das Gesetz vom 4. April 1837 Nr. 19 denselben zur Erlangung einer Concession nicht forderte, sondern nur den Verlust der erteilten Concession als Folge gewisser Verbrechen hinstellte, wie nach §. 117 der Gildeordnung durch solche Verbrechen auch das Meisterrecht verloren ging.

Benngleich es im Allgemeinen jedem Menschen, auch dem Verbrecher gestattet sein muß, auf irgend eine rechtliche Weise sein Brot zu verdienen, so kann es doch Fälle geben, wo es im öffentlichen Interesse unthunlich erscheint, einem verbrecherischen Menschen die Wahl seines Erwerbs frei zu lassen. Indessen müssen die Fälle der Beschränkung der natürlichen persönlichen Freiheit streng präcisirt werden, wie durch das neue Gesetz geschehen ist; nicht aber, wie solches bisher durch Aufstellung des so unbestimmten Begriffes: »des geführten guten Lebenswandels« der Fall war, in die Willkür der Behörden gestellt werden. cf. Nassauisches Gewerbegesetz §. 5 u. 9. Badensches Gewerbegesetz Art. 5 u. 7.

Das fernere bisher gesetzliche Erforderniß der Erwerbung des Wohnortsrechts an dem Orte des beabsichtigten Gewerbebetriebes wird bei dem Gesetze über das Wohnortsrecht besprochen werden.

Hier sei nur soviel bemerkt, daß dieses Erforderniß mit der Gewerbefreiheit völlig unvereinbar ist, daß einem Jeden auch die

Wahl des Ortes, wo er ſeinen Erwerb ſuchen will, freistehen, also Gewerbefreiheit mit Freizügigkeit jedenfalls verbunden ſein muß. Von dieſer Anſicht ſind denn auch alle neueren Geſetzgebungen, welche ſich für die Gewerbefreiheit entſchieden haben, — mit Ausnahme der Stadt Bremen, welche nach dem Statute vom 4. April 1861 zum Betriebe eines Handwerks die Erwerbung des Bürgerrechts ebenſo fordert, wie ſolches ſchon durch ältere Geſetze rückſichtlich jedes Handelsgeschäfts vorgeschrieben iſt, — ausgegangen, entweder nur für die Landeseinwohner, wie das Königl. Sächſiſche Gewerbegeſetz vom 15. October 1861 §. 3 u. 17, verbunden mit §. 5 der Ausführungsverordnung von demſelben Tage, §. 17 des Heimathgeſetzes vom 26. November 1834 und dem Geſetze vom 2. Juli 1852; das Weimariſche Gewerbegeſetz §. 3 u. 19, das Nassauische Gewerbegeſetz §. 1. 2. 7, womit auch die Preußiſche und Deſterreichiſche Geſetzgebung übereinstimmen; — oder auch für Angehörige anderer Staaten, wenn dort Reciprocität ſtattfindet, z. B. das Oldenburgiſche Gewerbegeſetz, Art. 13 u. 14; das Württembergiſche Gewerbegeſetz vom 12. Februar 1862, Art. 5 u. 6, das Badeniſche Geſetz, Art. 1 u. 3; der ſtändiſche emendirte Entwurf für Coburg, Art. 2 u. 5, und der Regierungsentwurf, Art. 3 u. 17. Vergl. übrigens Bemerk. zu §. 5.

Auch für die Beibehaltung einer zwangsweiſen Geſchicklichkeitsprobe der angehenden Geſellen und Meiſter liegen hinreichende Gründe nicht vor, obgleich gerade hierauf von dem Handwerkerſtande der größte Werth gelegt wird. Zwar iſt dieſen Prüfungen inſofern ein Werth beizulegen, als die Geſellenprüfungen den Lehrmeiſtern immer ein Anſporn ſein werden und ſein müſſen, ſich der Ausbildung ihrer Lehrlinge mit größerem Eifer zu unterziehen, durch alle Prüfungen aber die zu Prüfenden ſelbſt zur Erwerbung größerer Geſchicklichkeit veranlaßt werden, und daß anderſeits durch angemessene Einrichtungen der Prüfungen und zweckmäßige Controle darauf hingewirkt werden kann, daß dadurch den zu Prüfenden weder ein zu großes Opfer an Zeit oder Geld auferlegt, noch dieſelben zu Chicanen benützt werden können. Allein überwiegende Gründe ſprechen doch gegen die Beibehaltung der zwangsweiſen Prüfungen für alle Gewerbe. Zunächst die allge-

meine Erwägung, daß jedenfalls die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die einzige richtige Grenze für die hemmende Thätigkeit der Regierungen im Gewerbebetriebe, sie nicht fordert. Ferner müssen die Prüfungen für die zu Prüfenden, trotz aller gesetzlichen beschränkenden Vorschriften, immer Opfer an Geld und Zeit zur Folge haben, welche um so bedeutender werden können, als erfahrungsmäßig die zur Vereinfachung der Probestücke erlassenen Vorschriften, der Opposition der schon angefessenen Gewerbsgenossen gegenüber, meistens ohne Erfolg geblieben sind und auch künftig häufig bleiben würden. Die Geschicklichkeitsprobe erbringt die Nachweise, welche sie liefern soll, nur sehr theilweise, indem sie kaum im Stande ist, die äußere (mechanische) Tüchtigkeit darzuthun, die innere Tüchtigkeit, die Intelligenz, die Fähigkeit des Auffassens und Einarbeitens in fremde Aufgaben aber ganz außer Acht bleiben, ebenso wie sie für die fernere Ausbildung und den guten Willen dazu nicht die geringste Garantie bietet. Sodann würde es bei dem jetzigen Stande auch des Handwerksbetriebes, namentlich bei der eingetretenen Theilung der Arbeit, ungerecht und unbillig sein, von allen angehenden Meistern gleiche Geschicklichkeitsproben, ja selbst eine gleiche Geschicklichkeit zu fordern, da es von wesentlichem Unterschiede ist, wie der Meister sich künftig beschäftigen will, und nicht alle Meister gleiche Geschicklichkeit zu besitzen brauchen, weil sehr verschiedenartige Arbeiten gefordert werden. Auch können die Meisterproben als ein Mittel gegen Ueberfüllung keineswegs betrachtet werden, weil sie selbstverständlich nie so eingerichtet werden dürfen, um als Abschreckungsmittel zu dienen, ebensowenig aber dadurch das Publikum gegen schlechte Arbeit gesichert wird, oder ungenügend ausgebildete junge Leute von vorzeitiger Besehung und schwindelhaftem Gewerbebetriebe abgehalten werden, indem erfahrungsmäßig auch die besteingerichteten Prüfungen solches nicht verhüten. Andererseits widerspricht die allgemeine Forderung einer Geschicklichkeitsprobe dem Grundsatz der Gewerbefreiheit, nach welcher Jeder ein Gewerbe nach Belieben muß ergreifen, von einem Gewerbe zum andern übergehen, oder mehrere Gewerbe neben einander betreiben können; und es hat keinen rechten Sinn, von dem Handwerker eine Geschicklichkeitsprobe zu fordern, während

man die weit größeren Fabrikunternehmungen ohne alle Geschicklichkeitsprobe zulässt. Die Besorgniß, es werde sich durch die Aufhebung der Prüfungen die Tüchtigkeit der Handwerker vermindern, erscheint keineswegs begründet, wie nicht allein ein Vergleich mit denjenigen Ländern lehrt, in denen schon Gewerbefreiheit besteht und wo die Handwerker an Geschicklichkeit, Eleganz und Billigkeit gegen die unsrigen nicht zurückstehen, sondern auch bei uns selbst ein Vergleich mit solchen Gewerben, zu deren Beginne eine Geschicklichkeitsprobe nicht nöthig ist. Endlich ist es nicht begründet, wenn die Handwerker glauben, es werde durch die Geschicklichkeitsprobe das Eindringen der Capitalisten in den handwerksmäßigen Gewerbebetrieb gehindert, indem sich jene, wie die Erfahrung lehrt, jetzt mit heruntergekommenen Meistern verbinden und so das Gesetz umgehen.

Dagegen hat die Gesetzgebung freiwillige Prüfungen für wünschenswerth und zweckmäßig gehalten. Die Aussicht auf eine Prüfung ist immer ein Ansporn zur Erwerbung tüchtiger Kenntnisse und Geschicklichkeiten, die überstandene Prüfung kräftigt das Selbstvertrauen und giebt dem Publikum den Beweis, daß das Handwerk tüchtig erlernt sei, während, sobald sie freiwillig ist, die oben erwähnten Bedenken wegfallen.

Die Königl. Preussische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845 und das Königl. Sächsische Gesetz vom 15. October 1861, §. 88, verbinden mit dem Bestehen einer Prüfung gewisse Vorrechte; doch überschreitet erstere das Maß, wenn sie nur den geprüften Handwerker zur Haltung von Lehrlingen für berechtigt erklärt, einerseits, weil die Wahl eines Lehrmeisters Sache des persönlichen Vertrauens ist, die Prüfung auch keine Garantie für die Befähigung zur tüchtigen Unterweisung von Lehrlingen liefert, andererseits aber, weil eine solche Bestimmung einen indirecten Zwang enthält. Die Rassauiße Ständeversammlung hat sich bei Verathung des Gewerbegesetzes ausdrücklich für Beförderung der Einführung facultativer Prüfungen durch die Landesregierung ausgesprochen, und die Stadt Wiesbaden ist diesem beigetreten, will sogar die Einrichtung gewisser Vorrechte für die Geprüften. Für die Beibehaltung der Prüfungen hat sich auch bei der im Königreiche

Preußen vom Handelsministerium durch Verfügung vom 16. Juni 1860 geforderten Begutachtung der Folgen der Gewerbegesetzgebung vom Jahre 1849 der größere Theil der Behörden, namentlich der Stadtmagistrat zu Berlin, ausgesprochen. S. Monatschrift für Deutsches Städte- und Gemeindewesen, Bd. VI. b. S. 917; Bd. VII. a. S. 295. 361. 469.

Selbstverständlich dürfen solche Gewerbetreibende, deren Thätigkeit auch auf das öffentliche Interesse und die öffentliche Sicherheit von wesentlichem Einflusse ist, deren ungeschickter, nur von Sachverständigen als solcher erkennbarer Gewerbebetrieb Leben und Gesundheit der Staatsbürger oder doch erhebliche Theile ihres Vermögens gefährden kann, nicht ohne strenge Prüfung zugelassen werden. Vergl. §. 26.

Die Nassauische Gewerbeordnung vom 9. Januar 1850 bestimmt nichts über eine Geschicklichkeitsprobe, ebenso der Coburgische ständische Entwurf. Das Württembergische Gesetz, Art. 14, fordert sie nur für Apotheker und Laboranten, das Weimarische Gesetz für Hufschmiede und Bauausführer, ebenso der Coburgische Regierungsentwurf Art. 16 und das Sächsische Gesetz §. 16.

Die Zurückweisung eines Handwerkers wegen Ueberfüllung des Gewerbes war bei denjenigen, welche allen gesetzlichen Erfordernissen genügt haben, schon durch §. 107 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 für unzulässig erklärt; jedoch blieb dieselbe nach §. 21 des Gesetzes vom 4. April 1837 bei allen nicht zünftigen Gewerben noch in Wirksamkeit. Auch diese Beschränkung musste beseitigt werden, da die Frage, ob ein Gewerbe überfüllt sei, ob also ein neuer Gewerbetreibender durch dasselbe sein Brot noch finden werde oder nicht, von den Behörden mit Sicherheit gar nicht beurtheilt und entschieden werden kann, indem dabei auf die Persönlichkeit des Gewerbetreibenden, dessen Intelligenz, Betriebsamkeit und Fleiß außerordentlich viel ankommt, für diese aber die Behörden gar keinen Maßstab haben. Nur diejenigen Gewerbe, welche aus polizeilichen Gründen einer besondern Controle unterworfen werden müssen, machen hiervon eine Ausnahme. Dieser Grundsatz ist bei der Gewerbefreiheit überdies

weniger gefährlich als sonst, weil dann Jeder, der durch einen begonnenen Gewerbebetrieb seine Existenz nicht gesichert sieht, leichter zu einem andern Gewerbe übergehen kann.

Es drängte sich ferner die Frage auf: ob schon jetzt der richtige Zeitpunkt sei, mit der Einführung der vollen Gewerbefreiheit vorzugehen, oder ob dieselbe so lange hinauszusetzen sei, bis in anderen deutschen Staaten noch mehr Erfahrungen darüber gesammelt seien, oder wenigstens, bis unsere größeren Nachbarstaaten, namentlich Hannover, die Gewerbefreiheit einführen würden? Die Factoren der Gesetzgebung haben sich für die sofortige Einführung entschieden, weil das Warten auf jene Erfahrungen die Entscheidung zu lange hinauschieben würde, wenn man dadurch zu richtigen Schlüssen befähigt sein will; da eine solche durchgreifende Veränderung sehr wohl im Anfange manche Nachtheile mit sich führen, später aber doch überwiegend vortheilhaft wirken kann; der Wunsch nach einer gleichmäßigen Gesetzgebung mit unseren beiden größeren Nachbarstaaten sich aber gleichfalls in einer längeren Reihe von Jahren schwerlich realisiren dürfte, da der eine dem alten Zunftzwange noch ziemlich eben so nahe steht, als der andere der vollen Gewerbefreiheit. Es müsste also, da eine unveränderte Beibehaltung der jetzigen Gesetzgebung allseitig als unthunlich erkannt ist, das Warten auf jene Staaten einen höchst nachtheiligen Uebergangszustand herbeiführen. Dagegen liegt die Nothwendigkeit einer Gleichheit der Gesetzgebung im Gewerbewesen mit den Nachbarstaaten keineswegs vor; ja es läßt sich selbst behaupten, daß es vortheilhaft sein wird, denselben voranzuschreiten, weil dann die momentanen Nachtheile der Veränderung hier schon überwunden und ruhige Zustände eingetreten sind, wenn in den Nachbarstaaten die Bewegung beginnt.

Gewerbefreiheit ist nicht gleichbedeutend mit Gewerbeanarchie; auch bei der Gewerbefreiheit müssen daher gewisse Beschränkungen bestehen bleiben, welche die Ordnung im Staatsleben nothwendig macht. Als solche sind beibehalten: Die Nichtanwendung der ausgesprochenen Grundsätze auf Ausländer, das Erforderniß der vollständigen Volljährigkeit, der Vorbehalt der obrigkeitlichen Genehmigung zum Betriebe gewisser Gewerbe, der Nach-

weis einer besonderen Befähigung bei einigen Gewerben, endlich die landespolizeiliche Genehmigung zu gewissen Gewerbsanlagen.

Da auch die ausgedehnteste Gewerbefreiheit immer nur in dem Sinne aufzufassen ist, daß Jeder berechtigt ist mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln und in der Weise, welche er für die angemessenste hält, seinen Lebensunterhalt frei von allen hemmenden Einwirkungen und Vorschriften sich zu erwerben, insoweit er dadurch andere Staatsbürger nicht in unerlaubter Weise beeinträchtigt, oder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht gefährlich wird, so versteht es sich von selbst, daß die Landesregierung auch bei Einführung der Gewerbefreiheit so berechtigt als verpflichtet war, dergleichen Collisionen durch Vorschriften, welche die Willkür des Einzelnen beschränken, vorzubeugen, und es kann nur die Frage entstehen: ob nicht die festgesetzten beschränkenden Bestimmungen über jenen Zweck hinausgehen. Daß Solches durchaus nicht der Fall ist, ergiebt das Gesetz theils von selbst, theils werden wir darüber später bei den einzelnen Abschnitten die nöthigen Erläuterungen beifügen.

Ueber polizeiliche Beschränkungen der Gewerbefreiheit in anderen neueren Gesetzgebungen vergleiche das Nassauische Gesetz §. 3. 4. 5. 6; Weimarische Gesetz §. 1. 2. 6. 8. 18. 24 bis 40; Württembergische Gesetz Art. 7. 8. 11. 12. 16. Art. 50 bis 55 (letztere wegen des Hausirhandels); Oldenburgische Gesetz Art. 2. 6. 7. 17 bis 38. 47 bis 58 (wegen des Hausirhandels); Baden'sche Gesetz Art. 5 bis 7, wo übrigens die Beschränkung in der Person des Gewerbetreibenden gefunden wird, nicht aber, wie in anderen Gesetzen in der Art des Gewerbes, Art. 10 bis 17, wegen Genehmigung gefährlicher Anlagen, wozu Vollzugsverordnung vom 24. Septbr. 1862. Art. 13 bis 37. — Gesetz Art. 18 u. 19. Art. 31 (stellt mehrere Gewerbe unter polizeiliche Controle). — Coburgischer Regierungsentwurf Art. 8 bis 15, 22 bis 38, Art. 39 bis 42 (beschränkter der ständische Entwurf Art 7. 8. 12 bis 26). Sächsisches Gesetz §. 8—15. 22—38. 39—42.

Endlich war noch die wichtige Frage einer Erörterung zu unterziehen: ob nach Einführung der Gewerbefreiheit die Innun-

gen oder Gilden noch als Zwangseinrichtung oder überhaupt noch beizubehalten seien?

Diese Frage ist sehr bestritten und selbst von den Gesetzgebungen sehr verschieden geordnet. Die Preussische Gewerbeordnung vom 17. Januar 1845, obgleich auf dem Grundprincipe der Gewerbefreiheit beruhend, behält doch die Innungen bei und giebt denselben wiederum eine bestimmte Organisation, nachdem dieselben seit dem Jahre 1810 nur als freiwillige Vereine bestanden hatten; und das Gesetz vom 9. Februar 1849 ist noch weiter gegangen, indem es zwar keine Zwangsverbindlichkeit zum Beitritte zu der Innung ausgesprochen, den Mitgliedern derselben aber gewisse Vorrechte beigelegt hat, welche zum Anschlusse auffordern. Das Kaiserlich Oesterreichische Gesetz vom 20. December 1859 führt zwar vollständige Gewerbefreiheit ein, hält aber den Beitritt zu der Gilde als Zwangsverbindlichkeit fest; während das Königlich Sächsische Gesetz vom 15. October 1861 (§. 88) zwar eine solche Verpflichtung nicht kennt, aber doch die Gilden erhält und ebenfalls durch gewisse Vortheile zum Beitritte aufmuntert; viele andere neuere Gewerbegesetze aber die Gilden aufheben und deren Wirksamkeit von freien Vereinen erwarten. Diese letztere Meinung wird auch von der Wissenschaft und der Theorie getheilt, während die praktische Erfahrung sich mehrfach auf die entgegengesetzte Seite stellt, wie z. B. der oben erwähnte Bericht des Magistrats zu Berlin (Monatsschrift für deutsches Städte- und Gemeindewesen Bd. VI. h. S. 921.) und die Eingabe des Stadtmagistrats zu Wien an die österreichischen Stände, veranlaßt durch einen hier gestellten Antrag auf Aufhebung des Zwanges zum Beitritte, in welcher ausgeführt ist, daß die freiwilligen Vereine nur einseitig, als Creditvereine zur Leistung von Vorschüssen, gemeinschaftlicher Anschaffung von Rohmaterialien und zum Verkaufe der Fabrikate wirkten, die Erziehungs- und Wohlthätigkeitszwecke der Gilden aber nicht berücksichtigten, in welcher Beziehung besonders noch hervorgehoben wird, daß die Beiträge zur Erhaltung der Gewerbeschulen fast aufgehört hätten, seit deren Zahlung nicht mehr als Zwangsverbindlichkeit betrachtet würde und z. B. in Wien selbst von 5000 Fl. auf 200 Fl. halbjährlich herabgegangen

wären; Deutsche Gemeindezeitung des 1862, Nr. 20; endlich auch der Bericht der Handelskammer in Wien; ebendasselbst Nr. 36.

Das Braunschweigische Gesetz ist im Ganzen dem von dem Königreiche Sachsen eingeschlagenen Wege gefolgt. Die charakteristischen Merkmale der gewerblichen Genossenschaften im engeren Sinne (Innungen, Gilden) haben bisher darin bestanden:

1) daß der Zweck der Vereinigung auf Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten beschränkt gewesen ist,

2) daß die Mitglieder nur aus selbstständigen Gewerbetreibenden eines und desselben oder mehrerer verwandten Gewerbe bestanden haben,

3) daß staatliche Anerkennung auf Grund bestätigter Innungsartikel nothwendig gewesen, und endlich

4) ein Zwang zum Beitritte geübt ist.

Das Gewerbegesetz geht von der Ansicht aus, daß es nicht räthlich sei, bei Gelegenheit der Einführung der Gewerbefreiheit an den alten, mit dem ganzen Gewerbewesen tief verwachsenen und den Mitgliedern von Alters her lieb gewordenen Innungen etwas Weiteres zu ändern, als was eben mit dem Principe der Gewerbefreiheit unvereinbar ist. Dieses ist aber nur der sub 4 erwähnte und deshalb aufgehobene Zwang zum Beitritte.

Wenngleich die Verhältnisse, welche ursprünglich zur Einrichtung der Gilden Veranlassung gaben, nicht mehr fort dauern, wenn gleich es nicht zu bestreiten ist, daß manche Vortheile, welche man von den Gilden hofft, z. B. die Sicherung des Nahrungserwerbes der Gildegenossen, die Abwehr schlechter Arbeiten, nur auf irrigen Voraussetzungen beruhen; daß andere Vortheile, welche man von den Gilden mit Recht erwarten konnte, wie z. B. die Errichtung von Anstalten zur Fortbildung der Lehrlinge und Gehülfen, Fortbildung des Handwerks selbst u. s. w. gar nicht oder nur in sehr geringem Maße eingetreten sind, und wenngleich endlich in den Gilden die Vertretung eines politisch-conservativen Princips nicht zu erblicken sein möchte, da dieses nur insoweit und solange der Fall ist, als ihre Privatinteressen gepflegt werden, während jede nothwendige oder auch nur scheinbare Beeinträchtigung derselben sie zu heftigen und wegen ihrer corporativen Einrichtungen um so

gefährlicheren Opponenten macht, so läßt sich doch ebensowenig in Abrede stellen, daß der corporative Verband der Gewerbsgenossen in anderer Hinsicht von großem vortheilhaften Einflusse ist. Hierhin gehört die Controle des Lehrmeisters in seinem Verhältnisse zu dem Lehrlinge durch die Gildevorsteher, die Beaufsichtigung der Gesellen in der Herberge und in der Werkstatt, die Furcht des Meisters, sich durch sein Betragen vor den Mitmeistern herabzuwürdigen, die Beilegung der zwischen den Meistern, deren Gehülfen und Lehrlingen und zwischen den Gildegenossen selbst entstehenden Streitigkeiten durch die Gildevorsteher, die nähere Verbindung der Gildegenossen unter einander durch die gemeinschaftlichen Berathungen, welche ihr Interesse für das Ganze und ihre Mitmeister lebendig erhält und zur Gründung der verschiedenartigsten gemeinnützigen Anstalten Veranlassung giebt, die von freien Vereinen, welche nur pecuniäre Interessen zu verfolgen pflegen, keineswegs in gleicher Weise zu erwarten sind; — endlich ist auch nicht zu läugnen, daß die Gilden als organische Einrichtungen der Gemeinde und dem Staate nützlich werden können und die Verbindung der Behörden mit den Handwerkern in allen gemeinschaftlichen Angelegenheiten wesentlich erleichtern.

Bedenklich gegen die Beibehaltung der Gilden machte das oben sub 2 aufgeführte charakteristische Merkmal aller Gilden, die Erwägung, daß, da das Gildewesen auf dem Grundsätze beruht, daß jede Gilde allein zur Vornahme gewisser Arbeiten berechtigt sei, die Erhaltung der Innungen zugleich zur Erhaltung der Arbeitsgrenzen führen oder doch benutzt werden könne, was für den Gewerbebetrieb von wesentlichem Nachtheile sein, ja die Vortheile der Gewerbefreiheit zum größten Theile wieder aufheben würde. Allein, wenn sich auch künftig die Gewerbe keineswegs mehr in dem Sinne und so scharf wie seither gegen einander abgrenzen werden, so wird andererseits doch auch nicht eine so totale Verschmelzung derselben eintreten, daß der Begriff gleichartiger und ähnlicher Gewerbe gar nicht mehr festzuhalten wäre. Diese Gleichartigkeit oder Aehnlichkeit ist aber und muß die eigentliche Existenzbasis der Innungen gegenüber den freien Vereinen um so mehr sein und bleiben, als beide Arten von Vereinen ihrem

Zwecke nach dasselbe verfolgen oder doch verfolgen können, und mithin eben nur die verschiedene Zusammensetzung beider das hauptsächlichste Unterscheidungsmerkmal bildet.

Das Prädicat »Meister« ist nur den einer Innung angehörenden selbstständigen Gewerbetreibenden zugestanden, einestheils weil dadurch der wünschenswerthe Eintritt in eine Gilde gefördert werden wird, und andernteils, weil die Statuten der Innungen sowohl hinsichtlich der Geschicklichkeit, wie des unbescholtenen Lebenswandels die nöthigen Garantien bieten werden, daß das Prädicat keinem Unwürdigen zu Theil wird. Den einer Gilde nicht beitretenden Professionisten entsteht hieraus kein eigentlicher Nachtheil, und man kann es nicht für unangemessen halten, die Gründung von gewerblichen Genossenschaften in einer solchen an sich unschuldigen Weise zu befördern. Man müßte den Gründen, auf denen die Gewerbefreiheit beruht, einen sehr geringen Werth beilegen, wenn man die Befürchtung hegen wollte, daß solche Vereinigungen von Gewerbetreibenden immer wieder bestrebt sein würden, die aufgehobenen Schranken der freien Gewerbetätigkeit zurückzuführen.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes ist Folgendes zu bemerken:

Zum ersten Abschnitte.

Zu §. 1. Der Ausdruck: »gewerbmäßig betriebene Beschäftigungen« ist gewählt, weil er jede unter den Gattungsbegriff der Arbeit fallende Thätigkeitsäußerung des Geistes oder Körpers umfaßt, und zugleich die beiden charakteristischen Merkmale des Gewerbes bezeichnet, nämlich das Geschäftliche im Gegensatze von Amt, Stand, Würde, und das Gewerbmäßige im Gegensatze von der nur vorübergehenden, oder nicht auf Erwerbung von Unterhalt und Vermögen gerichteten Thätigkeit. Eine genauere Begriffsbestimmung des Ausdrucks Gewerbe erschien, wenn überhaupt thunlich, nicht rathlich, weil dadurch leicht zu Lücken im Gesetze Veranlassung gegeben werden konnte, und die etwa nöthigen Einschränkungen des zu allgemeinen Begriffs zweckmäßiger durch

Ausnahmebestimmungen, wie im Gesetze geschehen ist, zu erreichen sind.

Die Ausnahmebestimmungen motiviren sich dadurch, daß ein Theil der darunter fallenden gewerblichen Beschäftigungen schon zeitlich gänzlich frei war und an dieser Freiheit durch das Gewerbegesetz keine Einbuße erleiden sollte; ein zweiter Theil aus Gründen des öffentlichen Interesses gewisser anderer, zum Theil weiter gehenden Beschränkungen, als solche das Gewerbegesetz aufstellt, also einer speciellen gesetzlichen Regulirung bedurfte; ein dritter Theil endlich wohl seiner äußern Erscheinung, nicht aber seinem Wesen nach unter den Begriff der gewerbsmäßigen Beschäftigungen subsumirt werden konnte. Die Wirkung des zuerst bezeichneten Ausnahmegrundes soll jedoch nicht über das bisherige Maß der Befreiung hinausreichen, und es sind deshalb die in den §§. 2 und 3 benannten gewerbsmäßigen Beschäftigungen in den dort speciell bezeichneten Beziehungen dem Gewerbegesetze unterworfen.

Zu §. 4. Obgleich die Ausnahmebestimmungen in den §§. 1 bis 3 thunlichst präcisirt sind, bleiben Zweifel darüber, ob eine gewerbsmäßige Beschäftigung darunter falle oder nicht, keineswegs ausgeschlossen. Die Entscheidung über dergleichen Zweifel kann zweckmäßig nur im Verwaltungswege erfolgen, und ist deshalb in erster Instanz den Herzogl. Kreisdirectionen übertragen. Indessen kann eine solche Entscheidung immer nur für den einzelnen speciellen Fall wirksam werden, auch die Gerichte bei den abzugebenden Erkenntnissen nicht binden; vielmehr bedarf es zu allgemeineren Bestimmungen immer eines Gesetzes oder einer landesherrlichen Verordnung. Dagegen ist die Frage, ob eine Beschäftigung gewerbsmäßig betrieben werde, allein von den Gerichten zu entscheiden, weil dieselbe nicht a priori, sondern nur nach den durch eine vorgängige Untersuchung zu ermittelnden Ergebnissen des einzelnen Falls beurtheilt werden kann.

Um zu verhüten, daß eine der im Schluffsatze des §. 4 bezeichneten, vom Gewerbegesetze ausgenommenen Unternehmungen sich der staatlichen Controle ganz entziehe, was bei der Fassung mancher darauf bezüglichen gesetzlichen Bestimmungen nicht ausge-

schlossen bleibt, sind dieselben hier noch ausdrücklich der staatlichen Genehmigung unterworfen.

Zum zweiten Abschnitte.

In diesem Abschnitte sind die Bedingungen, unter welchen der Gewerbebetrieb frei sein soll, in der Weise zusammengestellt, daß zunächst die für alle Gewerbe gemeinschaftlichen (§§. 5 bis 13), sodann aber die für gewisse Arten von Gewerben noch besonders verlangten Voraussetzungen aufgeführt, schließlich aber im §. 47 Bestimmungen wegen der Ausländer getroffen sind.

Zu §. 5. Zwei Fragen sind im §. 5 zur Entscheidung gebracht, nachdem sie in der Landesversammlung zu lebhaften und eingehenden Debatten Veranlassung gegeben hatten, nämlich:

ob die Freiheit des Gewerbebetriebes im hiesigen Staate auf die Inländer zu beschränken sei, oder auch Ausländern unbedenklich eingeräumt werden könne, und

ob zum selbstständigen Gewerbebetriebe das 25. Lebensjahr, also der Eintritt der vollkommenen Volljährigkeit, der Regel nach zu fordern, oder ob das 21. Lebensjahr, die unvollkommene Volljährigkeit, genügend sei.

Die mit der Begutachtung des Gesetzentwurfs von der Landesversammlung beauftragte Commission hatte sich in Uebereinstimmung mit der Regierung für die Beschränkung auf Inländer und auf das 25. Lebensjahr ausgesprochen, und die Landesversammlung trat schließlich diesen Ansichten bei. Zunächst ist, was den ersten Punkt betrifft, zu berücksichtigen, daß keine Gesetzgebung in den deutschen Staaten die Ausländer den Inländern ohne alle Bedingung rücksichtlich des Gewerbebetriebes gleichstellt. Der größere Theil hat die Gewerbefreiheit nur für Inländer allgemein ausgesprochen, die Zulassung von Ausländern aber von besonderer Genehmigung abhängig gemacht, wie namentlich Oesterreich, Preußen, Sachsen, Weimar und Nassau, während andere Staaten, wie Oldenburg, Würtemberg und Baden auch Ausländer zulassen, wenn in ihrer Heimath Reciprocität beobachtet wird. Für die Zulassung der Ausländer gleich den Inländern, vorbehaltlich

der Bestimmungen über den Erwerb des Wohnrechts, wurde von einer Seite u. A. geltend gemacht, daß eine Gesetzesbestimmung, durch welche jeder deutsche Nicht-Braunschweiger als Ausländer gekennzeichnet werde, für ein Land, welches wiederholt und freudig seine Theilnahme den deutsch-nationalen Angelegenheiten zugewandt habe, ein höchst unberechtigter Particularismus sei; daß der Gewinn vieler tüchtiger Gewerbetreibender nur ein Gewinn für den Staat und die Gemeinden sei; daß eine Uebersfluthung unseres Landes nicht zu befürchten sei, da ja thatsächlich die Abzugscanäle für eine etwa bei uns eintretende Ueberfülle der Bevölkerung im ganzen Deutschland geboten seien, eine Uebersfluthung viel eher auch dann zu befürchten sei, wenn alle jungen Kaufleute und Gewerbetreibenden, welche in Braunschweig geboren und gebildet würden, sich in Braunschweig auch besetzen wollten. Die Ausführbarkeit dieser an sich richtigen Ideen wurde jedoch anderer Seits unter den gegebenen Verhältnissen in unserem kleinen Staate, der mitten zwischen anderen größeren Staaten liege, welche nicht von denselben Grundsätzen ausgingen, für bedenklich gehalten, weil dadurch immerhin leicht eine Uebersfluthung an Gewerbetreibenden veranlaßt werden könne, welche nicht immer den tüchtigen zugezählt werden und, wenn sie auch schließlich wieder ausgewiesen werden könnten, doch dem Staate und den Gemeinden manche Last verursachen und manche Nachtheile bereiten könnten, endlich auch zu berücksichtigen sei, daß die Aufnahme tüchtiger Personen immer freistehet.

Ueber die Bedingungen der Zulassung von Ausländern zum Gewerbebetriebe enthält §. 47 des Gesetzes die näheren Bestimmungen.

Was die zweite Frage betrifft, so muß ein gewisses Lebensalter zweckmäßiger Weise gefordert werden, damit Jemand zum selbstständigen Gewerbebetriebe zugelassen werde, und kann nur die Frage entstehen, welches Lebensjahr festzusetzen ist. Der §. 107 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 erforderte zur Erlangung des Meisterrechts ein Alter von 30 Jahren, welches indessen durch das Gesetz vom 19. Febr. 1855 Nr. 11 auf 27 Jahre ermäßigt wurde, während §. 14 des Anhangs zu dem ersteren Ge-

setze das für Etablirung von Handelsgeschäften erforderliche Alter auf 25 Jahre festsetzte. Für die Etablirung der Handwerker das 27. Lebensjahr zu fordern, scheint nun keineswegs nothwendig, im Gegentheil nachtheilig zu sein, weil dadurch dem Handwerker zwei der kräftigsten Lebensjahre für die Gründung des eigenen Haushalts entzogen werden. Für das vollendete 21. Lebensjahr wurde in der Landesversammlung geltend gemacht, daß, da dasselbe zur Vermögensverwaltung berechtige, es auch zum selbstständigen Gewerbebetriebe für genügend zu crachten sei; allein es überwog doch die Rücksicht, daß durch die Zulassung mit dem vollendeten 21. Lebensjahre immer eine Rechtsunsicherheit entstehen werde, weil dann rechtsverbindlich über Capitalien und Grundstücke noch nicht verfügt werden kann, abgesehen davon, daß es in jenem Lebensalter den meisten Menschen noch an der nöthigen Charakterfestigkeit und der klaren Einsicht in die ihnen als Staatsbürger und Familienväter obliegenden Pflichten fehlt, in der Regel auch der Militairpflicht noch nicht genügt ist, während für außerordentliche Fälle die folgenden Paragraphen Aushülfe gewähren.

Das Nassauische Gewerbegesetz §. 1 fordert Dispositionsfähigkeit; das Weimarische §. 3 das vollendete 24. Lebensjahr; das Bremer Gesetz §. 2 Volljährigkeit; ebenso das Würtembergische Gesetz Art. 2 und das Oldenburgische Gesetz Art. 13 und 14; der Coburgische Regierungsentwurf Art. 3 24 Jahre; dagegen der sächsische Entwurf Art. 1 und 3 21 Jahre als das gewöhnliche Alter der Volljährigkeit; das Sächsische Gesetz §. 3 und 4 das vollendete 24. Lebensjahr; nur das Badensche Gesetz sagt über das Alter nichts, so daß danach auch Minderjährige zum Gewerbebetriebe berechtigt sein werden, wenngleich deren durch das bürgerliche Recht beschränkte Dispositionsfähigkeit nicht aufgehoben ist.

In Beziehung auf die Militairpflicht hat es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden behalten müssen, wenngleich davon die Folge ist, daß derjenige, welcher bei der Militairaushebung für dienstfähig erklärt ist, insofern er nicht Dispensation erhält, zwei Jahre länger von seiner selbstständigen Besezung und

der Begründung einer Familie abgehalten wird, als der nicht dienstfähige Militairpflichtige.

Ueber den Gewerbebetrieb durch Frauenzimmer bestimmte §. 48 des Gesetzes vom 4. April 1837, daß Frauenpersonen zum selbstständigen Betriebe eines Gewerbes nur ausnahmsweise zugelassen werden sollten, mit Ausnahme der Wittwen jüngerer Handwerker, welche nach jenem Paragraph, sowienach §. 125 des Gesetzes vom 24. Januar 1852, zur Fortsetzung des Gewerbes ihres verstorbenen Ehemannes theils ohne, theils mit Concession berechtigt waren. Wittwen von Bauhandwerkern, denen auch die Schornsteinfeger hinzugerechnet wurden, durften aber den Gewerbebetrieb ihrer verstorbenen Ehemänner nicht fortsetzen. Außerdem bestimmte §. 16 *leg. cit.*, daß Frauenzimmern gestattet sein sollte, gegen Lösung einer Concession Frauenpuß und Frauenkleidung, auch mit Zugiehung von Gehülffinnen, anzufertigen und solches andere Frauenzimmer zu lehren, während §. 16 Nr. 9 des Gesetzes vom 4. April 1837 Kleidermacherinnen und Pußmacherinnen, welche ohne Gehülffinnen arbeiteten, steuerfrei ließ. — Mit der Einführung der Gewerbefreiheit sind hier, wie in allen neueren Gesetzen — *Rassauisches Gesetz vom 9. Juni 1860 §. 1; Weimarisches Gesetz §. 3; Würtembergisches Gesetz Art. 2; Oldenburgisches Gesetz Art. 13; Badensches Gesetz Art. 1; Sächsisches Gesetz §. 3* — auch die Frauenzimmer der Regel nach zu jedem Gewerbebetriebe gleich den Mannspersonen zugelassen. Dieses erforderte auf der einen Seite die Gerechtigkeit gegen die Frauenzimmer, welche die nöthigen Eigenschaften und Mittel zum Betriebe eines Gewerbes haben, während auf der andern Seite ein großer Nachtheil davon nicht zu fürchten ist, da Frauenzimmer sich gewiß selten oder nie zur Betreibung von Geschäften verstehen werden, welche nur für Männer geeignet sind.

Rücksichtlich der gewerbetreibenden Ehefrauen ist bezüglich der Zustimmung des Ehemannes auf die allgemeinen Rechtsgrundsätze verwiesen. Eine hier zu beobachtende nothwendige Analogie bietet Art. 7 des *Allg. Deutschen Handelsgesetzbuchs*, welcher vorschreibt, daß eine Ehefrau ohne Einwilligung ihres Ehemannes nicht Handelsfrau sein kann. Eine Abweichung von dieser Ana-

logie würde bei den vielfach ineinandergreifenden Gebieten des Handels- und Gewerbe-Lebens zu vielfältigen Störungen Veranlassung geben. In der Landesversammlung wurde diese Gesetzes-Bestimmung von mehren Seiten angefochten und die Nothwendigkeit der Einwilligung des Ehemanns bestritten, indem in neuerer Zeit, gegenüber der gegentheiligen älteren Ansicht Glück's, durch die Autorität von Buchta und Sinten is der Grundsatz zur Anerkennung gekommen sei, daß die Ehefrau ihre Arbeit dem Manne nicht schuldet. Die Landesversammlung entschied sich jedoch für die von der Regierung proponirte Fassung des Gesetzes.

Zu §. 6. Die für den Fall eines durch Erbgang erfolgenden Eintritts in einen bereits bestehenden Gewerbebetrieb zu Gunsten des 21jährigen Lebensalters gemachte Ausnahme erscheint dadurch motivirt, daß die Fortsetzung eines Geschäfts weniger Schwierigkeiten als dessen Begründung bietet, und der mit einer Unterbrechung des Geschäfts nothwendig verbundene Verlust der gesammten Kundschaft ein unverhältnißmäßig hartes Opfer für die Erben sein würde.

Zu §. 10. Daß ein Jeder, der ein Gewerbe betreiben will, davon der Behörde (Ortsobrigkeit) Anzeige machen muß, theils der Besteuerung wegen, theils damit die Behörden und die Regierung von den gewerblichen Verhältnissen im Staate immer Kenntniß haben, ist in allen neueren Gesetzgebungen vorgeschrieben. Vgl. Weimarisches Gesetz vom 30. April 1862 §. 5 und 41; Nassauisches Gesetz vom 9. Juni 1861 §. 1; Württembergisches Gesetz vom 12. Februar 1862 Art. 4; Badensches Gesetz vom 20. September 1862 Art. 8 und Vollzugsverordnung vom 24. ejds. §. 1 fg.; Sächsisches Gesetz vom 15. October 1861 §. 5 und Ausführungsverordnung §. 3.

Speciellere Bestimmungen über die Anmeldepflicht sind in das Gesetz nicht aufgenommen, vielmehr dem Verordnungswege vorbehalten, weil dergleichen Bestimmungen, abgesehen davon, daß sie dem Zwecke des Gewerbegesetzes eigentlich fremd sind, im Laufe der Zeit voraussichtlich manchen Abänderungen und Ergänzungen unterworfen sein werden, und durch die Bestimmungen des §. 10 der Regierung nur die Möglichkeit gewährt sein soll, sich die ihrer

Ansicht nach wesentlichen Nachrichten sowohl über den Gewerbebetrieb im Allgemeinen, wie auch namentlich über die einzelnen Modificationen desselben zu sichern.

Zu §. 14. Wie schon in den einleitenden Bemerkungen ausgeführt ist, muß auch bei der ausgedehntesten Gewerbefreiheit dem Staate stets das Recht bleiben, im öffentlichen allgemeinen Interesse Beschränkungen eintreten zu lassen, sofern die unbedingte allgemeine Zulassung für das allgemeine Wohl Nachtheile befürchten läßt. Eine solche Beschränkung besteht u. A. darin, daß zum Betriebe gewisser Gewerbe eine besondere Qualifikation gefordert wird, über deren Vorhandensein die Behörden zu entscheiden haben, wie auch darin, daß die Behörden gegen die übermäßige Vermehrung solcher Gewerbe einschreiten können, welche aus Rücksichten des öffentlichen Wohls in gewissen Grenzen zu halten für angemessen erachtet werden muß.

Die ausdrückliche staatliche Erlaubniß erschien nothwendig:

ad 1. wegen steuerlicher Interessen,

ad 2. aus Rücksicht auf die Pferdezuucht, und die deshalb im Gesetze vom 4. Juni 1834, das Halten von Zuchthengsten betreffend, getroffenen Anordnungen, in welchem Gesetze namentlich die Untersuchung der Zuchthengste durch dazu besonders bestellte Thierärzte vorgeschrieben ist;

ad 3. aus Rücksicht auf die Deutsche Bundes- und die dadurch bedingte Braunschweigische Specialgesetzgebung;

ad 4. und 5. aus Sicherheits- und wohlfahrtspolizeilichen Rücksichten;

ad 6. und 12. aus Rücksicht auf den Staatschatz, welchem pecuniäre Opfer für Beeinträchtigung der bestehenden Realbarbier- und Realbrauerei-Gerechtigkeiten nur im Falle eines wirklich vorhandenen Bedürfnisses zugemuthet werden können;

Vergl. Bemerkungen zu dem Entschädigungsgesetze sub Nr. 9 Brauereien und Brennereien.

ad 7. und 8. wegen Sicherung des allgemeinen Rechtszustandes;

ad 9., 10. und 11. zur Verhütung der Gefahren, welche

ein freier Verkehr mit Arzneiwaaren und Giften herbeizuführen geeignet ist.

Bei den längeren Debatten über Nr. 3 des §. 14 sprach sich die Landesversammlung dahin aus, daß man die Beschränkung des Buchhandels und ähnlicher Unternehmungen nur wegen der that- sächlich in Kraft stehenden Bundespressgesetzgebung vom Jahre 1854 aufgenommen und deshalb die im Gesetze enthaltene Fassung ge- wählt habe. Von 1848 bis 1854 habe die Pressfreiheit bei uns in vollständiger, ungeschmälerter Wirksamkeit bestanden und eine Aenderung des Principis habe sich bei uns in keiner Weise als nothwendig herausgestellt. Mit dem Aufhören der Bundespress- gesetzgebung würde also das Princip der Pressfreiheit und des freien Buchhandels sofort und ohne weitere gesetzgeberische Maß- regeln wiederum in seine volle Wirksamkeit treten.

In Beziehung auf das Barbiergewerbe und die Brauereien kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß diese Gewerbe im Interesse der öffentlichen Ordnung eine besondere Ueberwachung nöthig machen. Nur deshalb sind dieselben unter die concessions- pflichtigen aufgenommen, um dem Staatsschatze, welcher nach dem gleichzeitig publicirten Gesetze die Entschädigungen für aufgehobene Verbotungsrechte zu zahlen hat, unnöthige Ausgaben zu ersparen; und aus diesem Grunde bezieht sich diese Beschränkung auch nur auf diejenigen Orte, in welchen mit Realrechten verbundene Bad- stuben oder Brauereien bestehen.

Zu §. 19. Da die Concessionsgewerbe, abweichend von dem bei den übrigen Gewerben festgehaltenen Grundsatz, nur unter be- sonderen Voraussetzungen zugelassen werden, so erscheint es noth- wendig, daß dieselben beim Wegfall dieser Bedingungen auch wie- der entzogen werden können. Die im §. 19 darüber gegebenen Bestimmungen haben den Zweck, dies zu erreichen, ohne die Ge- werbetreibenden der Gefahr willkürlicher Concessionsentziehung aus- zusetzen.

Bei der Berathung dieses Paragraphen in der Landesversamm- lung wurde von einer Seite auf das höchst Bedenkliche der Bestimmung aufmerksam gemacht, daß in den Fällen der Concessionsentziehung nicht eine andere Behörde, als die concessionsertheilende — also

die getäuschte Behörde selbst über die ihr gespielte Täuschung — zu entscheiden habe. Wo es sich um Auslegung von Concessionsbedingungen frage, könne ein Mangel des Verständnisses ebenso wohl in dem Ausdrucke und Ausspruche der concessionirenden Behörde, als in den Angaben und Annahmen des Concessionars liegen, so daß es sich hier um wesentlich für eine richterliche Entscheidung geeignete Punkte handle. Besäßen wir eine angemessene Organisation der Administrations-Justiz, wie sie z. B. in Baden bestehe, so dürfte es unzweifelhaft sein, diesem Ressort die Entscheidung darüber anheim zu stellen, welche Fragen aus dem in Rede stehenden Gebiete den Gerichten, und welche den Verwaltungsstellen zuzuweisen seien. Bei uns sei die Gefahr für die Privaten um so größer, da die Entscheidungen der Kreisdirectionen bürokratisch von Einzelnen, ebenso in der Recursinstanz vom Ressortminister ausgingen. Da indessen von keiner Seite passende Aenderungsvorschläge gemacht werden konnten, so blieb es bei den ins Gesetz aufgenommenen Bestimmungen.

Die citirten Paragraphen des Polizeistrafgesetzbuchs bestimmen die Fälle, in welchen Kammerjägern, Gast- und Schenkwirthen, welche Hazardspiele dulden, Lotterie-Collecteuren, Gefinde-, Geld- und Wechselmaklern, Leihbibliothekaren und Gewerbetreibenden, welche verdächtige Sachen kaufen; imgleichen §. 1 des Gesetzes vom 9. Februar 1855 die Fälle, in welchen wegen Pressvergehen Concessionsentziehung eintritt.

Zu §. 20. Die in den §§. 20 fg. rücksichtlich der Hausgewerbe ausgesprochenen Beschränkungen finden ihre genügende Erklärung einmal in der mit diesen Gewerben verbundenen Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und dann in dem häufigen Wechsel, welchem das Bedürfniß und die sonst darauf influirenden Verhältnisse unterworfen sind.

Zu §. 26. Wenngleich nach den einleitenden Bemerkungen die Zwangsprüfungen bei den Handwerkern im Allgemeinen nicht für zweckmäßig und gerechtfertigt zu halten sind, so schließt dies doch nicht aus, daß von solchen Gewerbetreibenden, deren Thätigkeit für das allgemeine Interesse und die öffentliche Sicherheit von wesentlicher Bedeutung ist, deren ungeschickter, nur von Sachver-

ständigen als solcher erkennbarer Gewerbebetrieb Leben und Gesundheit der Staatsbürger oder doch erhebliche Theile ihres Vermögens sehr beschädigen kann, der Beweis der Tüchtigkeit gefordert wird. Dieses ist bei den Bauhandwerkern, dem Hufbeschlage und den Schweineschneidern in derselben Weise der Fall, wie bei Apothekern, Aerzten, Advocaten u. dergl.

Um den angehenden Hufschmieden die Erlangung der nöthigen theoretischen und praktischen Kenntnisse thunlichst zu erleichtern, hat die Landesversammlung bei der Regierung beantragt, für die Einrichtung von Anstalten zur ordnungsmäßigen Erlernung des Hufbeschlages im hiesigen Lande Sorge zu tragen.

Vergl. übrigens die allgemeinen Bemerkungen bei Meisterprüfungen.

Zu §. 27. Auch die §§. 27 fg. enthalten gewisse Beschränkungen der persönlichen Freiheit und Willkür. Sie sind indessen eine nothwendige Folge davon, daß der Mensch nicht allein steht, sondern ein Glied eines Gemeinwesens ist und sich Beschränkungen seines Willens und seiner Thätigkeit insofern gefallen lassen muß, als dieselben mit den Rechten dritter Personen und dem über allem Andern stehenden öffentlichen Wohle in Collision gerathen. Diese Collisionen zu verhüten oder auszugleichen, ist der Zweck der folgenden Paragraphen.

Zu §§. 29 bis 42. Das Erforderniß der landespolizeilichen Genehmigung zu den im §. 27 bezeichneten Gewerbsanlagen ist bereits in den §§. 216 und 217 des Polizeistrafgesetzbuchs ausgesprochen. Als nothwendige Ergänzung dazu dienen die in den §§. 29 fg. enthaltenen Bestimmungen über das bei Zulassung von dergleichen Anlagen zu beobachtende Verfahren und die rechtlichen Wirkungen des letzteren. Die Schwierigkeiten, welche es hat, auf der einen Seite den nöthigen Rücksichten auf die öffentliche Wohlfahrt und die Rechte dritter Betheiligter gebührende Rechnung zu tragen, ohne auf der andern Seite den zur Existenz der gewerblichen Anlagen nothwendigen Bedingungen zu nahe zu treten, hat das Braunschweigische Gesetz in ähnlicher Weise wie das Königlich Sächsische Gewerbegesetz durch die Bestimmung zu lösen gesucht, daß, wenn einmal die vorbehaltlose Zulassung einer Ge-

werbsanlage unter Beobachtung des gesetzlichen Verfahrens ausgesprochen ist, deren Beseitigung nur noch entweder aus Rücksichten auf die öffentliche Wohlfahrt, — dann aber gegen Entschädigung, — oder auf Grund specieller Privatrechtstitel soll erfolgen, wegen etwaiger, auf die einschlägigen allgemeinen Rechtsgrundsätze über Belästigung oder beeinträchtigte Nutzbarkeit von Grundstücken gestützte Privatanprüche aber nur noch alternativ auf Wegnahme oder auf Entschädigung soll erkannt werden können. Es können nämlich Fälle vorkommen, wo der Unternehmer durch die Verpflichtung zur Zahlung einer Entschädigung — namentlich wenn auf eine jährlich zu zahlende Entschädigung erkannt würde — in eine viel ungünstigere Lage kommen könnte, als wenn auf Wegnahme der Anlage erkannt wäre. Es ist daher dem Unternehmer die Wahl zu lassen, ob er die Entschädigung bezahlen oder die Anlage wegnehmen, beziehungsweise die Uebelstände beseitigen will. Die in der letzteren Bestimmung liegende Beschränkung der bisher giltigen Privatrechtsbefugnisse erscheint insofern unbedenklich, als eine Gewerbsanlage, von welcher irgend erhebliche Belästigungen benachbarter Privatgrundstücke mit Grunde befürchtet werden müssen, überhaupt nicht zugelassen werden wird, und gegen kleinere Uebelstände der §. 37 ausreichenden Schutz gewährt; insofern aber unvermeidlich, als ohne dieselbe der Gewerbetreibende niemals in den ruhigen Besitz seiner Gewerbsanlagen gelangen und die für erhebliche Capitalaufwendungen durchaus nothwendigen Garantien erhalten würde. Das Mittel, den Unternehmer einer Gewerbsanlage vor Widerspruchrechten dritter Personen durch ein Provocationsverfahren, wie es §. 272 der Civilprocessordnung für Bauten vorschreibt, zu schützen, erschien um deswillen hier nicht ausreichend, weil auf der einen Seite die theiligten Dritten sowohl, wie das Gericht selten in der Lage sein werden, sich über die Wirkungen einer noch nicht vorhandenen Gewerbsanlage ein zuverlässiges Urtheil zu bilden, manche Nachtheile auch erst später in Folge geringer, kaum merklicher Betriebsveränderungen und ohne daß dieselben beim Provocationsverfahren vorherzusehen waren, hervortreten können; — auf der andern Seite aber ein zu weit gehender Schutz der

beim Provocationsverfahren etwa angemeldeten Widerspruchsrechte mit dem Gedeihen der industriellen Unternehmungen nicht zu vereinigen sein würde.

Die in dem Gesetze ausgesprochene Verpflichtung des Staates zur Entschädigung des Unternehmers für den Fall, daß dessen staatlich genehmigte Gewerbsanlage hernach sich als dem gemeinen Besten nachtheilig herausstelle und deshalb beseitigt werden müsse, veranlasse bei der Berathung des Gesetzes Bedenken in der Landesversammlung. Es wurde hervorgehoben, daß der Staat sich durch Uebernahme dieser Entschädigungspflicht äußerst lästigen, ohne zureichenden Grund zu erhebenden Ansprüchen aussetzen scheine. Es sei zunächst nur Sache des industriellen Unternehmers, der mit seinen Anlagen nur seinen besondern gewerblichen Vortheil herbeigeführt sehen wolle, alle möglichen bedenklichen und schadenbringenden Folgen seines Unternehmens im Voraus selbst zu erwägen. Wenn also trotz der hinzutretenden Bemühungen der Staatsbehörden ein Nachtheil anfänglich nicht zu ersehen gewesen wäre, aber später gleichwohl sich herausgestellt habe, so könne daraus kein Grund hergeleitet werden, den Staat, dessen Behörden das Ihrige gethan hätten, aber doch nicht allwissend seien, zu Opfern heranzuziehen; vielmehr sei nach Recht und Billigkeit der Unternehmer anzuhalten, die Veranlassung zu solchen Nachtheilen zu beseitigen. Obgleich diese Ansicht gerechte Würdigung fand, so entschied man sich doch schließlich dafür, die Entschädigungsverbindlichkeit der Regel nach dem Staate, in gewissen Fällen (§. 37 Abs. 2) der Gemeindecasse aufzulegen. Um jedoch den Staat möglichst sicher zu stellen, wurde dem Staatsministerium die Befugniß zur Einsetzung besonderer Organe für die Prüfung und Beaufsichtigung solcher Anlagen im §. 28 ertheilt.

Zu §. 47. Nachdem die völlige Gleichstellung der Inländer und Ausländer in Bezug auf den freien Gewerbebetrieb noch nicht für zulässig gehalten war (Bem. zu §. 5), mußte die Stellung der Ausländer besonders regulirt werden. In der Landesversammlung wurde von einer Seite eindringlich befürwortet, das Reciprocitätsprincip unumwunden auszusprechen und dessen Anwendung den ausführenden Behörden schlechthin zu überlassen. Die

Regierung hielt es dagegen für bedenklich, unbedingt von dem Grundsatz der Reciprocität auszugehen und eine Verpflichtung zur Aufnahme ausländischer Gewerbetreibenden unter gewissen Voraussetzungen zu übernehmen; vielmehr sei es nothwendig, daß die Regierung selbst, nicht untergeordnete Behörden, von der Aufnahme der Ausländer Kenntniß erhalte und über deren Zulässigkeit entscheide. Demgemäß ist in das Gesetz die Bestimmung aufgenommen, daß der Regierung die Befugniß zur Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern unter Voraussetzung der Reciprocität ertheilt ist.

Zu §. 47 Abs. 5. Damit kein Zweifel darüber entsteht, daß fremde Handlungsdiener und Agenten, welche Bestellungen suchen, keine weitergehenden Rechte haben sollen als die Inländer, diesen aber auch ganz gleichgestellt werden, ist ausdrücklich auf §. 52 Abs. 3 Bezug genommen.

Die ausländischen reisenden Viehhändler sind von der Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbesteuer befreit, wenn sie sich nicht länger als drei Tage an einem Orte aufhalten, was der völligen Befreiung dieser Gewerbetreibenden gleichsteht, da sie einer längern Zeit zur Erledigung ihrer Geschäfte an einem und demselben Orte nicht bedürfen. Da eine gleiche Befreiung den einheimischen Viehhändlern in den Königreichen Preußen und Hannover nicht zu Theil werden soll, so hat die Landesversammlung das Staatsministerium gebeten, dahin zu wirken, daß in Bezug auf reisende Viehhändler Reciprocität mit den Nachbarstaaten eintrete.

Durch diese neuen gesetzlichen Bestimmungen hat das Gesetz vom 15. October 1832 Nr. 32, die Heranziehung ausländischer reisender Kaufleute zur Gewerbesteuer betreffend, namentlich auch was die im §. 8 desselben enthaltenen Strafbestimmungen betrifft, seine Erledigung gefunden. Der citirte §. 8 des gedachten Gesetzes bedroht sub Nr. 1 ganz im Allgemeinen bei einer Strafe von 50 Thlr. das Ausbieten von Waaren durch reisende Kaufleute und Fabrikanten oder deren Commis bei anderen als zum Handel mit den ausgetobenen Waaren berechtigten Personen, mit Ausnahme des Ausbietens von Wein, Rum, Arrak und Vieh durch fremde, mit hiesigen Gewerbescheinen versehene Handelsleute.

Es ist nun von jeher bei den Gerichten des Landes in Zweifel gezogen, ob nicht diese Bestimmung, abgesehen von den besonderen Bestimmungen wegen der Wein- und Viehhändler u. s. w., auch auf die inländischen reisenden Kaufleute bezogen werden müsse, und sie ist auch regelmäßig thatsächlich in dieser Ausdehnung angewandt. Jetzt hat sich nun das Verhältniß insofern geändert, als die genaueren Bestimmungen darüber, wie es bei den im hiesigen Lande Geschäfte treibenden ausländischen Gewerbetreibenden, ihren Handlungsdienern, Agenten u. s. w. in Betreff ihrer Verpflichtung zur Anmeldung und etwaiger Heranziehung zur Gewerbesteuer zu halten sei, im §. 47 dieses Gesetzes enthalten sind, dessen weiterer §. 52 die Befugniß zum Betriebe eines ständigen Gewerbes am Wohnsitz des Berechtigten auf den ganzen Umkreis des Herzogthums ausdehnt, während die Begehung irgend welcher Defraude in Bezug auf die in diesen Verhältnissen zu erhebende Gewerbesteuer in dem §. 30 des Gewerbesteuergesetzes mit den nöthigen Strafen bedroht ist. Damit ist §. 8 Nr. 1 des citirten Gesetzes vom 15. October 1832 erledigt. Was den Punkt unter Nr. 2 des fraglichen Gesetzes anlangt, wonach der Aufkauf von Asche, Lumpen, rohen Häuten bei Geldstrafe und Confiscation verboten worden, so erledigt sich dieser einfach durch die Bestimmungen der Zollvereinsverträge und über den Hausrathhandel.

Zum dritten Abschnitte.

Zu §. 48. Da Verbiethungs-, Zwangs- und Bannrechte mit dem Principe der Gewerbefreiheit unvereinbar sind, so ist deren Aufhebung im §. 48 ausgesprochen, und zwar auch rücksichtlich der sonst vom Gesetze ausgeschlossenen Apotheker, weil gerade mit dieser häufig Verbiethungsrechte, deren Beseitigung erforderlich werden kann, verbunden sind.

Rücksichtlich der mit Concessionsgewerben verbundenen Verbiethungsrechte konnte es des Kostenpunktes wegen zweifelhaft sein, ob nicht die Aufhebung derselben zweckmäßiger bis dahin verschoben werde, daß wirklich Concessionirungen dem Verbiethungsrechte zuwider erfolgen würden. Dies Bedenken ist indessen durch die

im Entschädigungsgesetze über die Art und Weise der für dergleichen Verbotungsrechte zu zahlenden Entschädigungen beseitigt.

Zu §. 48 Abs. 7. Von gewissen Gewerben werden an verschiedenen Orten des Landes außer der gesetzlichen Gewerbesteuer noch Abgaben persönlicher Natur (Concessionsgebühren, Recognitionsgelder, Zinsen) erhoben, deren Fortbestehen eine Ungleichheit zwischen den davon betroffenen und nicht betroffenen Gewerbetreibenden erzeugen und mit dem Principe der Gewerbefreiheit ebenfalls nicht harmoniren würde. Es ist also auch deren Aufhebung verfügt.

Zu §. 48 Abs. 8. Diejenigen Reallasten und Gefälle, welche auf einem mit einer Realberechtigung oder einem Grundstücke verbundenen Gewerbebetriebe haften (Erbenzins-, Zins- und sonstige Leistungen), widersprechen zwar, sofern sie weniger vom Gewerbe wie von den damit verbundenen Grundstücken oder Realberechtigungen erfolgen, dem Grundsätze der Gewerbefreiheit nicht; indessen erscheint auch deren Beseitigung behuf thunlichster Gleichstellung der Gewerbe wünschenswerth, und es ist deshalb auf eine solche im Wege der Ablösung Bedacht genommen *).

Zu §. 49. Unter einer Realgewerbsberechtigung versteht man das Recht zum Betriebe eines Gewerbes, ohne daß damit ein Verbotungsrecht gegen andere Gewerbetreibende gleicher Art verbunden ist, mag dieses Recht nun, wie es in der Regel der Fall ist, auf dem Besitze eines Grundstücks beruhen, oder für sich die Natur eines dinglichen Rechtes angenommen haben.

Die neueren Gesetze, welche die Gewerbefreiheit einführen, z. B. das Königl. Sächsishe Gesetz vom 15. October 1861 Art. 44; das Oldenburgische Gesetz vom 11/23. Juli 1861 Art. 10 und 11; das Weimarische Gesetz vom 30. April 1862 Art. 62 und das Coburgische Gesetz Art. 29 und 30, haben gleichfalls keineswegs die Aufhebung der Realgerechtigkeiten unbedingt ausgesprochen, sondern nur bestimmt, daß die Besitzer von Realrechten den Vorschriften des neuen Gewerbegesetzes unterworfen seien, eine

*) Uebrigens vergleiche die Bemerkungen zu dem Gesetze, die Entschädigung für aufgehobene Verbotungsrechte betreffend.

Bestimmung, welche bei uns schon im §. 19 des Gesetzes vom 4. April 1837 Nr. 19 enthalten und hier wieder aufgenommen ist.

Aus dem in der Bemerkung zu §. 48 angegebenen Grunde ist die Entstehung neuer Realgewerberechte mit Ausnahme der in besonders geeigneten Fällen aus Rücksicht auf die Kostspieligkeit der Anlage zugelassenen Realconcessionen für Gasthöfe untersagt. Den Gemeindebackhäusern ist eine Realgerechtigkeit zugestanden, weil dieselben einer gesetzlichen Vorschrift ihre Entstehung verdanken und eine reale Beschäftigung derselben in der Natur der Sache begründet ist.

Zu §. 51. Der §. 120 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 bestimmte, daß, abgesehen von Messen und Märkten, kein Meister ohne Erlaubniß der Herzogl. Kreisdirection seine Waaren an zwei verschiedenen Plätzen seines Wohnorts zum Verkaufe auslegen dürfe, und der §. 5 des Gesetzes vom 4. April 1837 überließ es zugleich der Entscheidung der Herzogl. Kreisdirection, ob und welcher Steuerbetrag für das zweite Verkaufslocal entrichtet werden sollte. Auch diese Beschränkung der Unterhaltung eines zweiten Verkaufslocal's mußte natürlich bei Einführung der Gewerbefreiheit hinwegfallen, während die Frage von der doppelten Besteuerung in dem Gewerbesteuergeetze regulirt ist. Vergl. Weimarisches Gesetz §. 46; Württembergisches Gesetz Art. 3.

Zu §. 52. Nach dem Entwurfe des dritten Absages sollten Kaufleute und Fabrikanten nur bei Kauf- und Handelsleuten Bestellungen im Umherziehen suchen. Wenngleich nun den Gewerbetreibenden durchaus kein allgemeines Hausirrecht zugesprochen werden soll, so schien doch jene Bestimmung zu beschränkt, weil danach auch das Angebot bei solchen Gewerbetreibenden verboten sein würde, welche die angebotenen Gegenstände weiter verarbeiten, was nicht nöthig, aber auch mit einer gesunden Industrie im Widerspruche sein würde. Es ist deshalb die in das Gesetz aufgenommene Fassung gewählt.

Uebrigens vergl. Bem. zu §. 47 Abs. 5.

Zu §. 53 Abs. 4. Neben der Befugniß, Arbeiten ihres Gewerbes auf Bestellung anzufertigen, welche natürlich allen Hand-

werkern zusteht, haben einzelne Gilden das Recht zu einem sog. Werkhandel hergebracht, welcher, ursprünglich auf den Handel mit den eigenen Fabrikaten beschränkt, bei verschiedenen Gilden sich selbst auf das Recht zum Handel mit anderweit bezogenen Fabrikaten ihres Gewerbes ausgedehnt hat. Diejenigen Gewerbetreibenden, welche einen Werkhandel hergebracht haben, brauchten dafür nach §. 16 Nr. 6 des Gesetzes vom 4. April 1837 keine besondere Gewerbesteuer zu entrichten, während diese bei allen denjenigen eintrat, welche dazu einer besondern Concession bedurften. Es versteht sich von selbst, daß nach Einführung der Gewerbebefreiheit auch jeder Handwerker nach Belieben Handel treiben kann. Vergl. Württembergisches Gesetz Art. 10; Badensches Gesetz Art. 2; Coburgischer Regierungsentwurf Art. 48 und 49; dagegen Sächsisches Gesetz §. 48.

Rücksichtlich der Anmeldung und Besteuerung des neben dem Handwerke betriebenen Handels kommen die gewerbesteuerlichen Vorschriften zur Anwendung.

Zu §. 53 Abs. 7. Da nach §. 38 des Gewerbesteuergesetzes vom 4. April 1837, den Krüggern auf dem Lande der Handel mit Bier, Branntwein und Essig im Kleinen freisteht, es aber mit mancherlei Inconvenienzen verbunden sein würde, diese Befugniß aufzuheben, während davon des geringen Umfanges des Geschäfts wegen eine besondere Steuer nicht wohl gefordert werden kann, so ist der Schlusssatz dieses Paragraphen verfügt. Damit hat aber nicht gesagt sein sollen, daß den städtischen Schenkwirthen dergleichen Handelsbetrieb nicht zu gestatten sei. Es handelt sich hier nur um die Befugnisse, welche einem Gewerbetreibenden als solchen zustehen, und schien nur das Bedürfniß der ländlichen Bevölkerung solche Bestimmung zu erfordern.

Zum vierten Abschnitte.

Die in diesem Abschnitte über den Marktverkehr getroffenen Bestimmungen entsprechen meistens den bisher bestandenen Vorschriften und haben hauptsächlich den Zweck, die letzteren zusammenzustellen und in eine geordnete Form zu bringen.

Nur die im §. 57 Abs. 2 ausgesprochene völlige Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern beim Mess- und Jahrmärkteverkehre, sowie die im letzten Absätze des §. 58 verfügte Unzulässigkeit der Beschränkung des Verkaufsrechts bei Wochen- und Specialmärkten —

es durften z. B. bisher auf den Braunschweiger Wochenmärkten Wiederverkäufer erst von einer gewissen Stunde des Tages an kaufen —

enthalten Abweichungen vom bisherigen Verfahren und erscheinen dadurch motivirt, daß die hier und da bestehenden Beschränkungen mit dem Principe der Gewerbefreiheit nicht vereinbar sind, sich praktisch auch nicht einmal bewährt haben, die unbeschränkte Zulassung von Ausländern auf den Messen aber nur zum Vortheil der letzteren gereichen kann, ganz abgesehen davon, daß zu den Braunschweiger Messen fast nur Händler aus den Zollvereinsstaaten und Oesterreich, welche schon auf Grund der bestehenden Verträge zugelassen werden müssen, zu kommen pflegen, und es daher nicht motivirt sein würde, rücksichtlich Einzelner, die auch aus anderen Ländern kommen könnten, besondere Bestimmungen in das Gesetz aufzunehmen.

Zum fünften Abschnitte.

Da die Uebereinstimmung der Deutschen Gewerbegesetzgebungen bezüglich der Bestimmungen über das gewerbliche Hülfspersonal und dessen Verhältniß zu den Gewerbetreibenden selbst insofern von besonderer Wichtigkeit ist, als nicht erwartet werden kann, daß das häufig wechselnde und vielfach vom Auslande her einwandernde Hülfspersonal die auf dasselbe bezüglichen Bestimmungen der verschiedenen Deutschen Gewerbegesetzgebungen kennen soll, so sind in diesem Abschnitte Abweichungen von den einschlägigen Bestimmungen anderer vom Principe der Gewerbefreiheit ausgehender Gewerbegesetze soviel thunlich vermieden.

Die Vorschriften des Polizeistrafbuches über die Beschäftigung der Kinder in den Fabriken (§. 67), über Bestrafung und zwangsweise Rückführung der ohne gesetzlichen Grund aus der

Arbeit zurückgebliebenen oder ausgetretenen Gewerbsgehülfen (§. 71 und 82), über verbotene Verabredungen der Gewerbsgehülfen (§. 74) sind unverändert beibehalten, weil sie sich als praktisch bewährt haben und deren Abänderung lediglich aus der vorgedachten Rücksicht nicht genügend motivirt erschien.

Zu §§. 63 fg. Gleichartige Bestimmungen enthalten das Königl. Sächsische Gewerbegesetz vom 15. October 1861 §. 62 bis 76 und die Ausführungsverordnung von demselben Tage §. 48 bis 59; die Weimarische Gewerbeordnung vom 30. April 1862 §. 52 bis 64; das Württembergische Gewerbegesetz vom 12. Februar 1862 Art. 30 bis 44, 46 bis 48; das Oldenburgische Gewerbegesetz vom 11/23. Juli 1861 Art. 44, 46; der Coburgische Regierungsentwurf eines Gewerbegesetzes Art. 62 bis 76 und der ständische Entwurf Art. 36 bis 41; während andere neuere Gesetzgebungen über dieses Verhältniß nichts bestimmen, z. B. das Nassauische Gesetz vom 9. Juni 1860, das Bremer Gesetz vom 4. April 1861.

Zu §. 65. Vergl. Coburgischer Regierungsentwurf Art. 60; Königl. Sächsisches Gesetz §. 60 und Ausführungsverordnung §. 47.

Zu §. 67. Der §. 211 des Polizeistrafgesetzbuches lautet:

Beschäftigung von Kindern in den Fabriken.

Inhaber von Fabriken, Berg-, Hütten- oder Pochwerken und Steinbrüchen, welche

- 1) Kinder unter 10 Jahren zu regelmäßiger Arbeit in denselben annehmen,
- 2) noch schulpflichtige Kinder über 10 Jahren
 - a) täglich länger als 6 Stunden,
 - b) oder vor 6 Uhr Morgens, oder nach 8 Uhr Abends,
 - c) oder ohne ihnen am Vor- und Nachmittage je $\frac{1}{2}$ Stunde Ruhe, unter Gestattung der Bewegung in freier Luft, zu geben,
 - in der Fabrik u. beschäftigen,
 - d) oder dieselben vom regelmäßigen Schulbesuche oder

von dem Confirmanden- oder Catechumenen-Unterrichte zurückhalten,

- e) oder dieselben in der Fabrik 2c. nicht unter die Aufsicht eines anerkannt rechtlichen Aufsehers stellen:

Geldbuße von 20 Gr. bis 5 Thlr. für jeden vorschriftswidrig beschäftigten Arbeiter,

und kann außerdem das Gericht Demjenigen, welcher wiederholt wegen Uebertretung vorstehender Bestimmungen bestraft worden ist, bei fernerer Uebertretung die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ganz oder auf bestimmte Zeit untersagen. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldbuße von 20 Gr. bis 5 Thlr. für jedes Kind und jeden Contraventionsfall bestraft.

Das Herzogl. Staatsministerium ist ermächtigt, für einzelne, besonders angreifende, oder irgendwie nachtheilige Art der Gewerbsverrichtungen noch weiter gehende Beschränkungen anzuordnen, deren Uebertretung alsdann gleicher Strafe unterliegt.

- 3) Diejenigen Inhaber von Fabriken, Berg-, Hütten- und Hochwerken, welche es unterlassen, über die von ihnen regelmäßig beschäftigten Kinder vollständige Listen, deren Namen, Alter, Wohnort, Eintritt in die Fabrik und Arbeitszeit enthaltend, zu führen und solche in dem Arbeitslocale aufzubewahren; sowie diejenigen, welche den Polizeiofficianten die Einsicht dieser Listen, oder aber zum Zwecke der Controle den Zutritt in die Arbeitsräume verweigern:

Geldbuße von 1 bis 25 Thlr.

Die controlirenden Polizeiofficianten können den Zutritt in die Arbeitsräume nur auf Grund eines ihnen erteilten schriftlichen Auftrags der Polizeibehörde in Anspruch nehmen und sind solchen auf Erfordern dem Fabrikherrn oder dessen Vertreter vorzuzeigen verpflichtet.

Zu §. 68. Die in Abs. 1 geforderte Einwilligung des Ehemanns veranlasste auch hier (vergl. Bemerkungen zu §. 5) Debatten in der Landesversammlung, indem man einerseits der Ehefrau, da dieselbe nach dem Grundsatz der neueren Rechtswissenschaft

ihre geschäftlichen Arbeiten dem Ehemanne nicht schulde, da das eheliche Verhältniß rechtlich frei und nur der Herrschaft der Sitte unterworfen sein müsse, das Recht vindiciren wollte, auch rücksichtlich ihrer Arbeitsverträge eine dem entsprechende bestimmte Entscheidung zu treffen, während man andererseits im geraden Gegensatze hierzu davon ausging, daß nach richtiger Auffassung des ehelichen Verhältnisses der Mann das Recht habe, über die Beschäftigung seiner Ehefrau zu bestimmen, wobei allerdings der Veruf der Behörden eintrete, darüber zu wachen, daß der Mann diese Gewalt nicht missbrauche. Auch wurde hervorgehoben, daß es jedenfalls nicht mit dem ehelichen Verhältnisse harmoniren würde, wenn ohne Rücksicht auf die Einwilligung des Ehemannes die Frau in das Verhältniß als Gewerbsgehilfin sollte eintreten können, womit sie nach den Bestimmungen des §. 71 unter Umständen einer zwangsweisen Zurückführung zu dem Arbeitgeber unterworfen wäre. Demgemäß entschied sich die Landesversammlung für die Ansicht der Regierung. In Betreff etwaiger Consens-Ergänzungen bei Arbeitsverträgen der Ehefrauen ist absichtlich von einer besonderen Bestimmung Abstand genommen, um nicht ein Moment in das Gesetz hineinzubringen, welches die Veranlassung zu Störungen des ehelichen Verhältnisses werden könnte.

Rücksichtlich der Arbeitsverträge der Hauskinder und Mündel wurde in Erwägung gezogen, ob bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Diesen und den Vätern resp. Vormündern, — solche Differenzen werden ohne Zweifel öfters eintreten, indem der eine Theil z. B. Beschäftigung als Fabrikarbeiter, der andere als Handwerkslehrling vorzieht —, die Herzoglichen Kreisdirectionen die richtigen Behörden zur Supplirung des Consenses seien, oder ob diese Supplirung nicht den Gerichten als obervormundschaftlichen Behörden zu überlassen sei. Letzteres wurde für unpraktisch gehalten, weil die nöthige Raschheit der Erledigung solcher Differenzen nicht zu erzielen sein würde, auch den Gerichten die erforderliche Kenntniß der in Betracht kommenden gewerblichen Beziehungen abgehe.

Zu §. 70 litt. g. Der §. 204 des Polizeistrafgesetzbuches bedroht Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche den blauen Montag

feiern, mit Geldbuße von 1 Thaler. Diese Strafbestimmung ist indessen nicht im Stande gewesen, diesem Unfuge gründlich abzu-
helfen, und deshalb die sub litt. g bezeichnete Verschärfung in
das Gesetz aufgenommen.

Zu §. 75. Auch der Gemeindebehörde soll eine Abschrift
der genehmigten Fabrikordnung mitgetheilt werden, damit dieselbe
insbesondere ermessen könne, ob für die erkrankenden Arbeiter ge-
nügen- gesorgt oder dieselben zu allgemeinen Krankencassen her-
anzuziehen seien.

Zu §§. 76 fg. Gleichartige Bestimmungen enthalten das
Königl. Sächsische Gewerbegesetz vom 15. October 1861 §. 77
bis 85 und die Ausführungsverordnung von demselben Tage §.
61 und 62; die Weimarische Gewerbeordnung vom 30. April
1862 §. 65 bis 72; das Württembergische Gewerbegesetz vom
12. Februar 1862 Art. 17 bis 29; das Oldenburgische
Gewerbegesetz vom 11/23. Juli 1861 Art. 43, 45, 46; die
Bayerische Vollzugsverordnung vom 24. September 1862 §.
43 bis 45; der Coburgische Regierungsentwurf Art. 78 bis 85
und der sändische Entwurf Art. 34, 35; — während andere neuere
Gesetzgebungen über dieses Verhältniß gar nichts bestimmen, z. B.
das Nassauische Gesetz vom 9. Juni 1860, das Bremer Ge-
setz vom 4. April 1861.

Zu §. 82. Der citirte §. 201 des Polizeistrafgesetzbuches
lautet:

Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche ohne gesetzlichen Grund
die Arbeit bei ihrem Meister oder Fabrikherrn nicht antre-
ten, oder die Fortsetzung der Arbeit verweigern, oder aber vor
Ablauf der durch Vertrag, Gildestatut oder Gesetz (Gesetz vom
24. Januar 1852, Nr. 11, §. 92) festgestellten Dienstzeit eigen-
mächtig verlassen;

auf Antrag des Meisters oder Fabrikherrn, insofern der-
selbe binnen 14 Tagen nach der Uebertretung bei dem
öffentlichen Ankläger gestellt wird:

Geldbuße bis 10 Thlr. oder Gefängniß bis zu 14
Tagen.

Unabhängig von der Strafverfolgung ist die Polizeibehörde

berechtigt, Gesellen oder Fabrikarbeiter, welche unbefugt aus der Arbeit treten, dem betreffenden Meister oder Fabrikherrn auf dessen Antrag wieder zuzuführen.

Zum sechsten Abschnitte.

Zu §. 86. Schon in den allgemeinen Bemerkungen ist hervorgehoben, daß das Gesetz an die bestehenden alten Gilden und Innungen anknüpft und diese mit dem neuen Principe der Gewerbefreiheit in Einklang zu bringen sucht. In der Landesversammlung wurden zwar weitergehende Anträge gestellt, welche durch Vereinigung nicht verwandter Gewerbe in einer Gilde und Zulassung von Gehülfen nach dem Vorbilde des Sachsen-Weimariſchen Gewerbegeſetzes eine größere Lockerung resp., wie in Württemberg, Baden und Oldenburg, eine Beseitigung des ganzen Gildewesens bezweckten; jedoch wurden von der Versammlung die Regierungsvorschläge angenommen.

Ausdrücklich sei hervorgehoben, daß den gewerblichen Genossenschaften im engeren Sinne (Gilden, Innungen) der nicht unwesentliche Vorzug zur Seite steht, daß sie den Beschränkungen durch die gesetzlichen Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts nicht unterworfen sind, z. B. also die Regierung der Befugniß, zu den Versammlungen der Genossenschaftsmitglieder einen Polizeibeamten zur Ueberwachung zu entsenden, sich begeben hat.

Zu §. 87. d., 89, 98 bis 100. Es bestehen jetzt bei den meisten Gilden zur Unterstützung der Meister und deren Angehörigen sogenannte Todtencassen, hin und wieder auch Krankencassen, und zwar nach den zu Grunde liegenden statutarischen Bestimmungen fast ohne Ausnahme mit Beitrittsverbindlichkeit für alle Mitglieder und deren Ehefrauen. Auch sollen nach §§. 99 und 100 des Gesetzes vom 24. Januar 1852 bei jeder Gilde Gesellen-Krankencassen und Gesellen-Wandercassen bestehen, von denen die letzteren übrigens dem Vernehmen nach noch nirgends zur Existenz gelangt sind, so daß es, in Ermangelung der erforderlichen statutarischen Bestimmungen, noch immer bei den hergebrachten Ge-

schenken an die wandernden Gesellen geblieben ist. Die Erhaltung der Krankencassen und insbesondere der Todtencassen für die Gildemitglieder und deren Angehörigen ist ohne Zweifel sehr wünschenswerth, weil die bei dem Tode eines Meisters oder dessen Ehefrau erfolgenden Begräbnißgelder den Ueberlebenden oft aus großer Verlegenheit reißen und die Gemeinden vor der Nothwendigkeit des Einschreitens bewahren. Die Beibehaltung dieser Cassen ist durch §. 87. d. für die bestehen bleibenden Innungen angebahnt.

Was die Gesellen-Krankencassen betrifft, so sind bei deren Erhaltung die Gemeinden und selbst der Staat weit unmittelbarer interessirt, und würde deren Wegfall den Gemeinden eine große Last bereiten können, besonders solchen Gemeinden, in denen, wie z. B. in der Stadt Braunschweig, öffentliche Krankenhäuser bestehen, weil erfahrungsmäßig auch solche Gesellen, welche auswärts erkranken, dorthin zu gelangen suchen, da sie dort auf gehörige Verpflegung und sorgsame Cur weit sicherer rechnen können, als in kleineren Städten und auf dem Lande. Da nun kranke Gesellen nach den Gesetzen nicht ohne Hülfe bleiben können, so würden, wenn dieselben arm sind, immer die Gemeinden eintreten müssen. Rücksichtlich der zu einer Innung gehörenden Gewerbegehülfsen hat gleichfalls das Gesetz im §. 87. d. die Möglichkeit einer statutarischen Regulirung dieser Verhältnisse durch Beibehaltung der Kranken- u. Cassen, als besonderer Institute der Innungsgenossen, gegeben, und es den einzelnen Gilden überlassen, zu bestimmen, ob auch die Meister zu der Unterstützung kranker oder wandernder Gesellen Beiträge zahlen sollen. In den Fällen, welche von solchen Innungsstatuten nicht getroffen werden, also bei allen unzüngigen Gewerbegehülfsen, ist den Gemeinden in den §§. 98 fg. die Befugniß gegeben, Kranken- und Todtencassen für Gewerbegehülfsen einzurichten, zu welchen die Letzteren Beiträge zu leisten haben, während die Arbeitgeber zur Innehaltung dieser Beiträge vom Lohne der Gehülfsen gesetzlich verpflichtet sind.

Die neueren Gesetzgebungen haben gleichfalls diese Verhältnisse ins Auge gefaßt. Das Oldenburgische Gesetz vom 11/23. Juli 1861 Art. 42 überläßt die Gründung von Unterstützungs-

und Krankencassen und deren Einrichtung lediglich dem Beschlusse der Gemeindebehörden. Das Weimarische Gesetz vom 30. April 1862 §. 77 behält die Begründung von Kranken- und Beerdigungscassen dem Entschlusse der Verwaltungsbehörden vor, und legt den Gewerbegehülfen und Fabrikarbeitern durch das Gesetz nur die Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen auf, giebt aber durch §. 79 auch den Gemeindebehörden das Recht, von den Gesellen u. s. w., welche nicht zu einer solchen Casse beitragen, regelmäßige Beiträge an ein Krankenhaus zu fordern. Das Sächsishe Gesetz vom 15. October 1861 enthält im Art. 97 und 99 dieselben Bestimmungen, erhält aber zugleich im Art. 98 die bestehenden Gesellen-Krankencassen, und giebt in den §§. 73 bis 83 des Ausführungsgesetzes speciellere Vorschriften über die Einrichtung solcher Cassen, die Beaufsichtigung u. s. w. Das Württembergische Gesetz vom 12. Februar 1862 verpflichtet im Art. 45 die Unternehmer von Fabriken zur Sorge für ihre Arbeiter, giebt aber zugleich im Art. 49 den Gemeindebehörden das Recht, für einzeln stehende Arbeiter Unterstützungscassen mit Beitragsverbindlichkeit zu gründen, und legt den Gewerbeinhabern die Verpflichtung auf, die Beiträge von ihren Arbeitern inne zu behalten.

Zu §. 101. In dem Entwurfe war dem Staatsministerium das Recht vorbehalten, für die zu führende Aufsicht über die Innungen besondere obrigkeitliche Deputirte zu ernennen. Da jedoch auf diese Weise den dazu durch das Gesetz bestimmten Behörden, Magistraten in den Städten und Kreisdirectionen auf dem Lande, ihre Einwirkung leicht ganz hätte entzogen werden können, so ist dieser Vorbehalt aus dem Gesetze weggelassen.

Zum siebenten Abschnitte.

Zu §. 102. Die hier angedrohten Strafen lassen zwar dem richterlichen Ermessen einen weiten Spielraum, lassen sich aber nicht wohl genauer präcisiren, da die Strafzumessung hauptsächlich von den Verhältnissen des einzelnen Falles abhängen wird.

Zum achten Abschnitte.

Zu §. 105. Die Landesversammlung hat sich dahin aus-

gesprochen, daß sie es für bedenklich halte, die Streitigkeiten über privatrechtliche Forderungen der Unternehmer gegen ihr Hülfspersonal, der Lehrherren gegen ihre Lehrlinge und umgekehrt den Gerichten zur Entscheidung nach gewöhnlichen processualischen und rechtlichen Normen zu überweisen, und hat deshalb bei der Regierung beantragt, in Erwägung zu nehmen, ob es nicht angemessen sei, die Entscheidung solcher und ähnlicher Streitigkeiten, z. B. zwischen Herrschaften und Diensthoten, einem rechtsverständigen Richter unter Zugiehung einiger anderer geeigneten Personen, sogenannten Schöffengerichten, zu übertragen.

Zu §. 106. Der durch das Gesetz vom 24. Januar 1852 §§. 126 bis 130 eingeführte Gewerberath ist im Ganzen für das Gewerwesen nur wenig thätig gewesen, was wohl wesentlich darin gelegen haben mag, daß bei der Vertretung der Gilden durch ihre Vorsteher im Ganzen nur selten Veranlassung war, den Gewerberath zuzuziehen.

Das Königl. Sächsische Gewerbegesetz vom 15. October 1861 hat in den §§. 112 bis 125 über zu bildende Handels- und Gewerbekammern sogleich bestimmte Vorschriften erlassen. Es ist indessen nicht zu verkennen, daß dieses nach den gemachten Erfahrungen nicht ohne Bedenken ist und man leicht ein nicht lebensfähiges Institut schaffen kann, wie denn selbst der Magistrat in Berlin, welcher sonst sehr für die Erhaltung der bestehenden Einrichtungen kämpft, sich in seinem oben erwähnten Berichte für die Aufhebung der Gewerberäthe ausgesprochen hat. Deshalb ist es richtiger, über das Bedürfniß solcher Organe für die Gewerbetreibenden, denen die Förderung der gemeinsamen Interessen aller oder einzelner Classen des Gewerbestandes eines Ortes oder eines Landestheils zur Aufgabe zu stellen ist, erst Erfahrungen zu sammeln, und danach zu bemessen, ob und inwieweit dieselben erforderlich, und eventuell, wie sie am zweckmäßigsten einzurichten sein werden. Es genügt daher, daß für dieselben durch die Bestimmungen dieses Paragraphen eine rechtliche Basis gewonnen ist, wie solches auch in dem Badenschen Gewerbegesetz vom 20. September 1862 Art. 29 geschehen ist.

II. Das Gesetz über Entschädigung für aufgehobene Verbiethungsrechte ic. *).

Wenn durch neue Gesetze die bisherige Rechtsordnung abgeändert wird, so ist damit, während das Gemeinwohl gefördert werden soll, nicht selten Verlust für Einzelne verbunden. Auf dergleichen Verluste muß Jeder gefaßt sein, weil den voranschreitenden Neugestaltungen im Leben und Verkehr der Menschen und ihren wechselnden Bedürfnissen die Gesetzgebung zu folgen hat, ein Anspruch auf eine unveränderliche Rechtsordnung also nicht besteht. Wo aber das neue Gesetz zu Gunsten der Gesellschaft in erworbene Privatrechte eingreift, da muß nach sittlichen Begriffen und im Geiste des hiesigen Landesrechts (Neue Landschaftsordnung §§. 33, 197) angemessene Entschädigung gewährt werden, wie eine solche bereits in zahlreichen Fällen auch gewährt ist. So schließt sich denn dem Gewerbegeetze, wodurch (§. 48) die gewerblichen Verbiethungsrechte und verschiedene andere gewerbliche Berechtigungen aufgehoben werden, ein anderes Gesetz,

die Entschädigung für aufgehobene Verbiethungsrechte und gewerbliche Berechtigungen betreffend,
an, wonach für die aufzuhebenden Rechte Vergütung gewährt werden soll.

Die Bestimmung im §. 48 des Gewerbegesetzes, wonach die Verbiethungsrechte vom 1. Januar 1865 an aufhören sollen, ist rücksichtlich derjenigen Verbiethungsrechte, welchen künftig freie Concurrenz entgegentritt und welche daher ohne Weiteres zu entschädigen sind, selbstverständlich; sie ist aber auch rücksichtlich der künf-

*) Siehe die Bemerkungen zu §§. 48 und 49 des Gewerbegesetzes.

tigen Concessionsgewerbe die richtige, weil die Befugniß, den jetzigen Zustand und den Werth des Verbotungsrechts behuf Feststellung der Entschädigung zu fixiren, nur aus der gegenwärtigen Aufhebung des Verbotungsrechts erwächst; rechtlich besteht dasselbe in der festgestellten Entschädigungssumme als Surrogat fort, während die bestehende Gewerbeausübung bis zu neuen Concessionirungen ohne Beeinträchtigung durch vermehrte Concurrenz fort dauert; der Inhaber des Verbotungsrechts auch durch die Strafbestimmungen im §. 102 Nr. 7 des Gewerbegesetzes gegen unbefugte Concurrenz einstweilen geschützt wird und erst bei einer neuen Concessionirung das Recht auf Zahlung der Entschädigungssumme zur Wirksamkeit gelangt (§. 13). Es ist zwar nicht zu verkennen, daß hierdurch die nicht concessionspflichtigen Gewerbe besser gestellt sind als die concessionspflichtigen, und es wäre daher vielleicht zulässig gewesen, das Gesetz in der Richtung anders zu fassen, daß auch die nicht concessionspflichtigen Gewerbe erst bei eintretender Concurrenz die Entschädigung in Anspruch zu nehmen haben. Allein auch in seiner jetzigen Fassung beruht das Gesetz auf anerkannten Rechtsgrundsätzen und entspricht denselben, indem es die ganze Entschädigungssumme zur Disposition stellt und, jenachdem durch die eröffnete Concurrenz Schaden entsteht, die Entschädigungszahlung anordnet. Die sofortige Festsetzung der eventuellen Entschädigungssumme stellt sich auch als zweckmäßig dar, indem eine künftige Concurrenzvermehrung praktisch erleichtert wird, wenn jene bereits liquide ist.

In dem §. 1 des Gesetzes ist der Entschädigungsanspruch nicht auf die verbietenden Real-Privilegien beschränkt, sondern bezieht sich auch auf Personal-Privilegien, — wenn dergleichen im hiesigen Lande vorkommen sollten.

Daß der Staatsschatz die Entschädigung leistet und nicht Gemeinden, Bezirke, Gewerbetreibende in Anspruch genommen werden, ist bei dem geringen Umfange des Landes, dem gleichen und untrennbaren Interesse aller Landestheile und der Nothwendigkeit, die Vortheile der Gewerbefreiheit nicht durch Belastung der Gewerbetreibenden zu vereiteln, gerechtfertigt.

Es folgt diese Verpflichtung des Staatsschatzes zur Zahlung

der Entschädigung aus dem Umstande, daß der Staat die Privilegien ertheilt hat, folglich auch jetzt, wo deren Aufhebung nothwendig wird, die aus der Aufhebung entstehenden Folgen, die Zahlung der Entschädigung, tragen muß. Schon die Gildeordnung vom 29. October 1821 §. 3 erkennt ausdrücklich an, daß rechtsgültig erlassene Privilegien bis dahin, daß sie im gesetzlichen Wege aufgehoben werden, für fortwährend wirksam erachtet werden müssen, mithin unter dem Schutze der Gesetze stehen, und die Neue Landschaftsordnung vom Jahre 1832 schreibt §. 33 vor, daß Privateigenthum und Privatgerechtsame für wesentliche Zwecke des Staats oder einer Gemeinde nur in den gesetzlich bestimmten oder durch dringende Nothwendigkeit gebotenen Fällen gegen vorgängige volle Entschädigung in Anspruch genommen werden dürfen. Solchen Eingriff in Privateigenthum enthält auch die Verletzung oder Aufhebung von Verbotungsrechten, wie bereits von den Obergerichten des Landes erkannt ist. Matthiae in seinem *Contraversen-Lexikon des römischen Civilrechts* II, S. 202 theilt einen derartigen Fall mit. Dem Krüger und Kaufmann Sontag in Fürstenberg war ein *privilegium exclusivum* verliehen; im Jahre 1837 hielt jedoch die Verwaltungsbehörde im Interesse der Gemeinde die Zulassung eines zweiten Krügers für nothwendig, und wurde in einem von Sontag gegen die Regierung erhobenen Proceß die Entschädigungsverbindlichkeit des Staates in den Bescheiden des Oberlandesgerichts vom 11. Januar 1838 und des Oberappellationsgerichts zu Wolfenbüttel vom 20. November 1838 ausgesprochen. Ebenso liegt rechtlich die Sache, wenn die Gesetzgebung aus politischen Gründen die Aufhebung aller Verbotungsrechte für nothwendig erklärt; auch dann muß der Staat die Verletzten entschädigen. Indessen ist zu berücksichtigen, daß, wie in manchen Fällen die Ertheilung des Privilegiums für die betreffenden Communen oder Landestheile eine Wohlthat, eine nach den Bedürfnissen und Ansichten der damaligen Zeit vollberechtigte Maßregel war, so auch jetzt sich Verhältnisse denken lassen, in welchen eine neue Concessionirung neben dem früher Privilegirten und die dadurch herbeigeführte Concurrenz ein gleicher Segen für einzelne Communen oder Landestheile sein wird. Es schien daher

zweckmäßig, für solche Fälle dem Ministerium die Befugniß zu ertheilen, einen Beitrag zu der Entschädigung zu erheben, — wie im §. 17 des Gesetzes vorgesehen und wie auch in Preußen und Sachsen gesetzlich zugelassen ist. Daß die von dem Bewerber oder den Communen geforderten Beiträge nicht drückend werden, ist durch die gleichfalls im §. 17 vorgeschriebene Ratenzahlung vorgesehen. Gleichermassen war nothwendig, um die Maßregel zu einer wirklich praktischen zu machen, daß dieselbe nicht an gewisse, in dem Gesetze zu bezeichnende Vorbedingungen geknüpft, sondern dem Ermessen der Regierungsbehörde, von welcher erwartet werden kann, daß dieselbe dabei nach Erwägung aller Verhältnisse und der Billigkeit gemäß verfahren werde, anheimgestellt wurde.

Die Frage, ob auch die Apotheken den gesetzlichen Bestimmungen über die Aufhebung der Verbotungsrechte zu unterstellen seien, hat zu sorgfältigen Erwägungen geführt. Man hat sich indessen für die Aufnahme der die Apotheken betreffenden Bestimmungen in das Gesetz entschieden, in der Rücksicht, daß, wenn etwa die Nothwendigkeit sich ergebe, in den Städten neben den mit dem Verbotungsrechte ausgestatteten Apotheken neue zuzulassen, dafür keine gesetzliche Basis, als das dem Staate zustehende Expropriationsrecht gegeben sein würde, für welches dann aber die in dem vorliegenden Gesetze gegebenen festen Haltpunkte für die Ermittlung der Entschädigung fehlen würden. Auch würde die Uebergehung der Apotheken dem Interesse deren Besitzer nicht entsprechen, weil, wenn jetzt in Betreff der exclusiven Gewerbeberechtigungen ausgeräumt ist und nur eine derselben übriggeblieben wäre, ohne daß der Anspruch der Inhaber auf die gebührende Entschädigung gesetzlich geregelt worden, nicht mit Gewißheit darauf gerechnet werden kann, daß später bei eintretender Aufhebung die Entschädigungsleistung von einem der Gerechtigkeit und Billigkeit in gleichem Maße entsprechenden Standpunkte aus als jetzt werde geregelt werden. Endlich ist nicht zu verkennen, daß der Werth der Apotheken überhaupt in letzter Zeit allmählig gesunken ist, und daß bei einem ferneren Sinken dieses Werthes den Besitzern nur erwünscht sein kann, daß für den Fall der späteren Zulassung von Concurrenten bei der Festsetzung der Entschädigungssumme der

jetzige Werth als Maßstab der dereinst etwa zu zahlenden Entschädigungssumme festgestellt werde (§. 4. 8. 14).

Wenn in einem Orte Einem eine Berechtigung exclusiv eingeräumt worden und in der Folge ein zweiter Berechtigter zugelassen wird, so gebührt dem Ersten für das ihm entzogene Arbeitsfeld natürlich die volle Entschädigung. Wenn neben zwei zugelassenen Berechtigten ein Dritter eintritt, so wird zwar intellectuell auch das Recht eines Jeden in seinem ganzen Umfange verletzt. Allein insofern den einzelnen Berechtigten ihre Befugniß nur gewissermaßen correalisch zugestanden, so kann ihr Entschädigungsanspruch vermöge der dagegen begründeten Einrede der Theilung nur zur Hälfte statuirt werden, da ihnen in der That nur die Hälfte des Arbeitsfeldes entzogen worden (§. 15).

Wenn ferner in einem Orte mehrere gleichartige Verbiethungsberechtigte vorhanden sind, z. B. mehrere Apotheken, so ist es zwar denkbar, daß durch Zulassung eines neuen gleichartigen Gewerbebetriebs den vorhandenen Berechtigten sehr verschiedene, größere oder geringere Nachtheile zugesügt werden, und es kam zur Erwägung, ob nicht in einem solchen Falle das gemeinschaftliche Theilungsobject, die Entschädigungssumme, unter die Interessenten im Verhältnisse der für Jeden derselben zu erwartenden Nachtheile vertheilt werden müsse. Allein man überzeugte sich doch, daß eine solche Vertheilung, jenachdem z. B. eine neue Apotheke in dem einen oder andern Stadttheile angelegt würde, in Betreff der bestehenden Apotheken Zweifel und Bedenken erregen würde, welche Niemand in befriedigender Weise zu lösen vermöge, und daß daher die einfache Vertheilung des zur Zahlung kommenden Entschädigungsbetrages, wie im §. 15 vorgeschrieben, den einzig möglichen Ausweg bilde.

Den Bedenken wegen der Sicherung der Rechte der Hypothetgläubiger an den Grundstücken der Verbiethungsberechtigten konnte durch das Gesetz nicht abgeholfen werden; vielmehr mußte es den Hypothetgläubigern überlassen werden, für die Wahrung ihrer Interessen selbst zu sorgen.

Daß zur Empfangnahme des Entschädigungscapitals für ein verbiethungsberechtigtes concessionspflichtiges Gewerbe nicht der In-

haber zur Zeit der Aufhebung des Verbotungsrechts, beziehungsweise dessen Erben und Rechtsnachfolger, sondern der Inhaber zu der Zeit, da der Anspruch auf die Entschädigung erwächst, berechtigt ist, ist im §. 20 ausdrücklich ausgesprochen.

Daß im §. 2 des Gesetzes die den Innungen als solchen zustehenden Verbotungsrechte ohne Entschädigung aufgehoben sind, rechtfertigt sich durch folgende Gründe:

Der Anspruch unserer Innungen auf ein gewisses Erwerbsgebiet ist — zunächst von ertheilten Privilegien abgesehen — weder ein ausschließender, noch ein privatrechtlicher; kein ausschließender, so wenig extensiv, als intensiv: nicht extensiv, weil der Landesregierung vorbehalten ist, die Gildebezirke durch Verordnungen festzustellen, weil keine Gilde auf eine gewisse Anzahl von Mitgliedern beschränkt sein soll, die Aufnahme neuer Mitglieder nicht von der Gilde, sondern von der Staatsbehörde abhängt, sogar Freimeister zugelassen werden können, Gildeordnung vom 29. October 1821, §. 6, 10, 11, 118, 119; Gesetz vom 24. Januar 1852, den gildemäßigen Gewerbebetrieb betreffend, §. 1, 6, 8, 107, 108; nicht intensiv, weil der Umfang der Befugnisse der einzelnen Gewerbe von der Landesregierung bestimmt wird und, ohne daß darüber ein Rechtsstreit zulässig, jederzeit geändert werden kann, Gesetz vom 24. Januar 1852 Nr. 10; — Bestimmungen, aus denen zugleich hervorgeht, daß jener Anspruch unserer Gilden auf ein gewisses Thätigkeitsfeld, weil nicht wie in anderen Staaten gerichtlich verfolgbar, auch kein privatrechtlicher, mithin bei gesetzlicher Aufhebung auch kein zu einer Entschädigung berechtigender ist.

Sodann die den Gilden etwa ertheilten *privilegia exclusiva* betreffend, so sind dergleichen durch die Gildeordnung §. 23, bestätigt durch das Gesetz vom 24. Januar 1852 Nr. 133, mit Ausnahme der *titulo oneroso* erworbenen aufgehoben. Letztere schützen aber auch nicht mehr gegen Vermehrung der Concurrenz, sobald mit dem Ende der Gilden selbst auch die ihnen gewährten Privilegien ablaufen; denn mit dem neuen Gewerbegeetze hören die Gilden auf, die Quelle der Gewerbebefugnisse ihrer Mitglieder zu sein, also diejenige wesentliche Bestimmung zu haben, für welche

ihnen ein Gewerbe-Privilegium ertheilt worden. Dagegen ist nur scheinbar einzuwenden, daß das Gewerbegesetz die vorhandenen Innungen als gewerbliche Genossenschaften fortbestehen läßt, weil sie nicht als Trägerinnen der Gewerbebefugniß, sondern nur als Förderinnen des Gewerbebetriebes bestehen bleiben.

Wollte man endlich das Privilegium als einen Bestandtheil des von den Gilden nachzulassenden Vermögens betrachten, so kann es, weil von den neuen Gilden oder sonstigen Rechtsnachfolgern der alten nicht benutzbar, auch nicht verletzt werden, mithin keinen Anspruch auf Entschädigung erzeugen.

Diese Bemerkungen müssen auch von den im §. 2 besonders erwähnten Brauer-Innungen gelten, weil auf sie die Gildegesetze vom 29. October 1821 und 24. Januar 1852, wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfange, doch in ihren allgemeinen Bestimmungen über Gilden und Privilegien Anwendung finden.

Vergl. übrigens die Bem. sub Nr. 9 nachstehend: Brauereien und Brennereien im Lande.

Als Maßstab für die Ermittlung des Entschädigungscapitals für aufgehobene Verbotungsrechte sollen vorzugsweise die gezahlten Kauf- und Pachtpreise dienen (§. 9). Es kommt nicht selten vor, daß der Käufer oder Pächter außer dem Kauf- und Pachtpreise noch die Entrichtung einmaliger oder wiederkehrender Abgaben (z. B. Reservate, Laudemien, Erbenzinsen) übernommen hat, und da nun in dem Regierungsentwurfe des §. 9 Abs. 4 der Satz:

»Haften auf dem Verbotungsrechte auf Anlaß der Verleihung desselben übernommene privatrechtliche Abgaben, z. B. Erbenzinsen der privilegierten Apotheken, so sind dieselben mit dem Betrage, welcher zu deren Ablösung erforderlich sein würde, zu berücksichtigen und bei Ermittlung der Kauf- und Pachtpreise, wenn sie von den Käufern oder Pächtern übernommen wurden, den Kauf- und capitalisirten Pachtpreisen hinzuzurechnen.«

fehlte, so entstand zwischen Regierung und Ständen eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob eine solche Bestimmung aufzunehmen sei oder nicht, indem die Regierung behauptete, daß der Käufer

einer belasteten Sache, wenn er den Kaufpreis ganz oder theilweise erstattet bekomme, immer noch das Aequivalent der Last in Händen behalte, resp. die derselben entsprechende Rente beziehe, also wegen der übernommenen Last keine Einbuße erleide, weil er die belastete Sache um den Betrag der Last billiger gekauft habe. Diese Deduction ist indessen, von anderen Gründen abgesehen, schon deshalb unanwendbar, weil der Verbotungsberechtigte, bevor er die Entschädigung empfängt, die Reallast ablösen muß (§. 3), dann also den vollen wirtschaftlichen Werth der Sache, als wäre sie unbelastet gewesen, durch die Kauf- und die Ablösungssumme bezahlt hat. Es ist daher die Aufnahme des obigen Satzes beschlossen. Gleichartige Bestimmungen enthalten das Königl. Sächsische Entschädigungsgesetz vom 15. October 1861 und das Königl. Preussische Entschädigungsgesetz vom 17. Januar 1845.

Die Ordnung der Angelegenheit der Abdeckereibesitzer (§. 21) hat große Schwierigkeiten dargeboten. Nach reiflicher Ueberlegung hat die Regierung für angemessen gehalten, das Gesetz auf die Aufhebung des Zwangsrechts der Abdeckerei-Berechtigungen auf gefallenes und todtkrankes Vieh zu beschränken und in Betreff der Entschädigung für Aufhebung dieses Zwangsrechts bei den im §. 21 des Gesetzes enthaltenen, dem allgemeinen Interesse am besten entsprechenden Bestimmungen stehen zu bleiben. Es wurde in jeder Beziehung für wünschenswerth erkannt, bei Einführung der Gewerbefreiheit die Privilegien der Abdecker (wie in Preußen geschehen) nicht unberührt zu lassen, zumal da dieses in den verschiedenen Abdeckereibezirken wesentlich verschiedene Zwangsrecht zu vielen Differenzen und Processen Veranlassung giebt. Die Befugnisse der Abdecker in dem hiesigen Lande sind manchen Zweifeln unterworfen, z. B. ob tödtlich erkranktes Vieh, wenn vom Eigenthümer getödtet, noch von diesem genutzt werden könne, ob es sich auch auf kleinere Vieharten erstrecke, ob vom Abdecker herkömmlich eine geringe Vergütung zu entrichten sei u. s. w. In diese, möglicherweise nur gerichtlich zu erledigenden Zweifel konnte nicht eingedrungen und auf etwaige Rechtsungleichheiten nicht weiter Rücksicht genommen werden. Die Durchführung der Ermittlung der gebührenden Entschädigung durch Herzogliche

Landes-Oekonomie-Commission, wie von einer Seite proponirt wurde, würde auf unüberwindliche oder doch unverhältnißmäßige Schwierigkeiten gestoßen sein, weil die Abdeckerei-Inhaber ordentliche Register nicht geführt haben und die Entscheidung der voraussichtlich sich ergebenden Streitfragen eine große Zahl von Processen herbeigeführt haben würde. Es ist daher für zweckmäßig gehalten, gewissermaßen vergleichsweise ein Abkommen zu treffen, und die Entschädigung nach dem in den einzelnen Abdeckereibezirken am 30. April 1863 gezählten Großvieh (im ganzen Lande 26,626 Pferde und Füllen und 90,894 Stücke Rindvieh incl. Jungvieh) zu berechnen. Auch der gewährte Betrag der Entschädigung (100 Thlr. für jedes Tausend des Pferde- und Rindviehbestandes) wird wohl für angemessen zu halten sein, obwohl die Aufstellung einer zuverlässigen Berechnung unmöglich gewesen ist. Denn man kann die Besorgniß nicht theilen, daß in Folge der Aufhebung des Zwangsrechts das Abdeckereigewerbe in seiner bisherigen Gestalt zu existiren aufhören werde, indem im Allgemeinen die Viehhalter zu einer unmittelbaren Verwerthung des gesunkenen Viehes wohl nur geringe Neigung haben werden und die Macht der Verhältnisse den Abdeckern noch eine ansehnliche Zahl gesunkenen Viehes zuführen wird. — Für die Leistung der gesetzlichen Entschädigungen an die Abdeckereibesitzer wird die Regierung voraussichtlich etwa 8000 Thlr. zu verwenden haben. Die Frage, ob die Zahlung dieser Entschädigung aus der Staatscasse zu leisten oder den einzelnen Abdeckereibezirken aufzulegen sei, wurde zu Gunsten der letzteren entschieden, weil die Zahlung der Entschädigung aus der Staatscasse die Regel bildet und bei diesem einzelnen Gewerbe nicht füglich eine Ausnahme gemacht werden konnte.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes enthalten specielle Bestimmungen über die Größe der Entschädigungen, deren Ermittlung, das dabei zu beobachtende Verfahren u. s. w., und betreffen Verhältnisse, deren Regulirung schon für die Factoren der Gesetzgebung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden gewesen ist, und

deren praktische Anwendung und Ausführung auch für die damit betrauten Behörden, namentlich die Herzogl. Landes-Oekonomie-Commission, keine leichte Aufgabe werden wird. Bei der theilweise höchst subtilen und verwickelten Natur dieser Verhältnisse würde ein näheres Eingehen auf dieselben hier viel zu weit führen, weshalb wir für den vorliegenden Zweck davon abstrahiren müssen; indessen wird es von allgemeinerem Interesse sein, über einzelne hier in Betracht kommende Berechtigungen und deren Ursprung und historische Entwicklung noch einige Notizen folgen zu lassen:

1. Die Recognitionsgelder von Brauern und Branntweinbrennern in der Stadt Braunschweig.

Nach §. 2 der Brauordnung vom 23. Juli 1680 soll derjenige, welcher die Brauergilde hier gewinnen will, sich bei Bürgermeister und Rath melden, um Ertheilung des Brauergildderechts nachsuchen und dafür, neben 50 Thlr. Gebühren an die Gilde, 250 Thlr. an die Stadtcasse entrichten; nach §. 6 hat aber derjenige, welcher eines Brauers eheliche Tochter heirathet, sich mit 150 Thlr. einkaufen können. In dem landesherrlichen Rescripte vom 4. September 1702 ist unter Nr. 4 bestimmt, daß die zur Gewinnung der Brauergilde an die Gemeinde-Stadt-Casse zu zahlenden Gelder für Mann und Frau auf 500 Thlr. erhöht, davon aber einer Brauerstöchter 150 Thlr. erlassen werden sollen.

Die Recognitionsgelder von den neuen Brennern betrug vor dem Jahre 1671 und in der ersten Zeit nach der Uebergabe der Stadt 10 Thlr. Nachdem im Jahre 1699 auf Veranlassung einer Korntheuerung ein Verbot der Brennereien beabsichtigt, aber nicht zur Ausführung gekommen war, ward unter'm 28. October 1700 verfügt, daß die früher berechtigten Brenner sich mit 10 Thlr. *de novo* legitimiren, die neu angehenden aber die Gerechtigkeit mit 50 Thlr., welche Summe noch vor Juni 1705 auf 100 Thlr. erhöht und nur für die Wittwen, Söhne oder Töchter eines Brenners, wenn dieselben die Nahrung im väterlichen Hause fortsetzten, zu 50 Thlr. beibehalten ward, erwerben sollten. Im Jahre 1746 wurde dann, nachdem das Brennen wegen Korntheuerung ver-

schiedentlich ganz verboten war, die Recognitionengebühr auf 150 Thlr. erhöht, wovon jedoch für die Wittwen, Söhne und Töchter eines verstorbenen Brenners 50 Thlr. erlassen wurden, und wurde zugleich durch das landesherrliche Rescript vom 6. Juli 1769 bestimmt, daß die Zahl der Brennereien hier nicht über 30 steigen solle, diese Bestimmung auch, da die Zahl doch auf 36 gestiegen war, durch das landesherrliche Rescript vom 29. September 1778 erneuert, zugleich aber festgesetzt, daß diejenigen Brenner, welche ihr Gewerbe 4 bis 5 Jahre nicht betrieben hätten oder nicht betreiben würden, ihre Concession verlieren sollten.

Jene Recognitionsgelder wurden noch bis Michaelis 1688 für die Gemeine-Stadt-Casse erhoben, nach deren Trennung in das große und kleine Stadtkäsar aber für das erstere, und sind seit dem Jahre 1731, als die Verwaltung des großen Stadtkäsar der Fürstl. Cammer übertragen ward, unter den Fürstl. Cammer-Gefällen genutzt.

Während der Westphälischen Usurpations-Periode hatte die Erhebung der Recognitionsgelder aufgehört; nach dem Wiedereintritte der rechtmäßigen Landesregierung wurden dieselben indeß wieder in Anspruch genommen, jedoch auf die Einziehung derselben so lange nicht mit Strenge gehalten, als die Westphälische Gewerbesteuer entrichtet ward.

Inzwischen war schon in Folge eines Ministerials-Rescripts vom 7. September 1815 allen neu angehenden Brauern und Branntweinbrennern der erbetene Gewerbeschein nur gegen die Verpflichtung ertheilt, bei etwaiger Wiederherstellung der früheren Verfassung die ehemals üblichen Recognitionsgelder wieder zu entrichten, und eine gleiche Verpflichtung ward den in der Westphälischen Zeit zugekommenen Brauern und Brennern bei Erneuerung ihrer Gewerbescheine auferlegt. Auf Grund eines Höchsten Rescripts vom 4. April 1822 wurde durch das Cammer-Rescript vom 3. September ej. a. die Einziehung der rückständigen Recognitionsgelder verfügt, da durch die Gesetzgebung vom Jahre 1821 die früher rücksichtlich des Gewerbebetriebes bestandenen Einrichtungen wieder eingeführt seien.

Durch die von den Brennern und Brauern erhobenen Remon-

strationen verzögerte sich indeß die Ausführung dieses Auftrags viele Jahre hindurch. Die Verpflichteten bestritten ihre Zahlungsverbindlichkeit, weil sie nach der neuern Gesetzgebung Gewerbesteuer entrichten mußten, während Fürstl. Cammer die Ansicht vertrat, daß jene Abgabe mit der Gewerbesteuer gar nichts zu thun habe, sondern eine gutherrliche Abgabe sei, wie solche auch von den Fürstl. Aemtern, Kloster- und Patrimonial-Gerichten, von Städten und Privaten von verschiedenen Gewerben erhoben würden und durch Art. 14 des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823 als fortdauernd gültig anerkannt seien, und diese Ansicht, welche in einem Berichte der Herzogl. Domainen-Direction vom 15. November 1833 umständlich ausgeführt ward, ist auch durch das Ministerial-Rescript vom 25. ej. m. et a. ausdrücklich als richtig anerkannt und die Abgabe demgemäß der Herzogl. Cammer-casse zur Verrechnung überwiesen.

Nach Erlaß des Gesetzes vom 4. April 1837 Nr. 19, die Gewerbesteuer betreffend, wurde die Frage wegen Zulässigkeit der fernern Erhebung jener Recognitionsgelder in einem Berichte der Herzogl. Kreis-Direction hieselbst vom 8. August 1837 nochmals erörtert und dagegen angeführt, daß der Art. 14 cit. wohl nur auf die Fischegebühren sich bezogen habe, die Entrichtung von Recognitionsgeldern in dem Gesetze vom 4. April 1837 nicht zur Bedingung der Concessions-Ertheilung gemacht und es bedenklich sei, die Bezahlung anderer als der gesetzlichen Gebühren zu fordern, noch dazu, da gegen die Behauptung, daß an die Stelle der Recognitionsgelder die Gewerbesteuer getreten sei, nichts Wesentliches einzuwenden stehe; allein Herzogl. Landesregierung erklärte in einem Rescripte vom 12. Juni 1839, daß die auf Art. 14 des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823 sich gründenden Recognitionsgelder nicht aufgegeben werden könnten, und so wurden dieselben denn bis jetzt auch noch fortwährend erhoben und sind auch im Art. 1 des über die Vermögensverhältnisse der Stadt Braunschweig unter'm 1/10. August 1858 abgeschlossenen Vertrags der Herzogl. Landesregierung von der Stadt definitiv abgetreten.

Diese Recognitionsgelder konnten bei der Einführung der

Gewerbefreiheit nicht fort dauern, weil darin eine Erschwerung des selbstständigen Gewerbebetriebes liegen würde, welche den Grund- sätzen, auf denen die Gewerbefreiheit beruht, entschieden wider- spricht (§. 1, Nr. III, §. 22 des Entschädigungs-Gesetzes). Da diese Abgabe früher die Stadt bezog und die Herzogl. Cammer durch Cession an die Stelle der Stadt getreten ist, das Cammer- vermögen aber von dem Staatsvermögen getrennt verwaltet wird, so muß die Entschädigung aus der Staatscasse an den Cammer- Capitalfonds gezahlt werden.

2. Die Berechtigung zum Weinhandel in der Stadt Braunschweig.

Zur Zeit der Uebergabe der Stadt im Jahre 1671 wurde von Seiten des Raths allein das Recht des Weinhandels und Weinschanks ausgeübt, und ist es für die hier vorliegende Frage gleichgültig, ob dieses Recht in sämmtlichen Kellern der verschiede- nen Rathhäuser geübt ward, oder, wie auch mehrfach angenommen wird, nur in den Kellern unter dem Alt- und Neustädter Rath- hause und dem Hägerer Rathhause, während die Keller des Alten- wieser und Sacker Rathhauses und der Keller unter dem Gewand- hause nur den Bierschank gehabt haben sollen; es ist hinreichend, daß unzweifelhaft die Stadt allein jenen Handel betrieb, und nicht in Folge einer Annäherung des landesherrlichen Prerogativs der Ertheilung und Versagung von Concessionen, sondern als ein her- gebrachtes Privatrecht, wie daraus erhellt, daß in dem Art. 6 des Unterwerfungs-Vertrags vom 10. Juni 1671 und der Declara- tion vom 16. Juni ej. a., welche der Stadt die Fortdauer aller hergebrachten und erweislich erlassenen Rechte zusichert, auch des Weinhandels ausdrücklich gedacht ist.

Nach der Unterwerfung der Stadt nahm die eingesetzte Com- mission zunächst auch die sämmtlichen städtischen Rathhäuser mit ihren Kellern in Besitz; als aber im Jahre 1688 das sogenannte kleine Stadtlarar zur Unterhaltung des Stadtmagistrats gegründet ward, erhielt die Stadt das Neustädter- und Sacker-Rathhaus mit ihren Kellern, sowie den Keller unter dem Gewandhause zu eigener Benutzung zurück; statt des Hägerer Rathhauses, welches

inzwischen eingegangen war, ward auf Kosten des großen Stadtärars das Haus »Zum Engel« angekauft, demselben das Recht zum Weinhandel beigelegt und solches der Stadt überwiesen, während für das gleichfalls abgebrochene Rathhaus in der Altenwief, welches die Regierung nebst dem Altstadtrathhause behielt, der Stadt die Summe von 80 Thlrn. unter den Aequivalentgeldern aus der Cammercasse vergütet ward. Der Keller des Altemwiefer Rathhauses, anfänglich für Rechnung der Herzogl. Cammer administriert oder verpachtet, ist aber im Jahre 1788 für einen jährlichen Canon von 250 Thlrn. in Golde in Erbenzins gegeben und dabei der Wirthschaftsbetrieb und der Handel mit Wein und Bier, wenn auch ohne Zusicherung des Ausschlusses weiterer Concurrenz, ausdrücklich mit verliehen, — auch bei dem Verkaufe des Kellers im Sacke, welcher im Jahre 1837 Seitens der Stadt geschehen ist, ist das Recht zum Weinhandel und Wein- und Bier- schank mit verkauft, gleichfalls jedoch ohne Zusicherung der Exklusivität; und ebenso ist in Art. 1 und 2 des über die städtischen Vermögensverhältnisse unterm 1/10. August 1858 abgeschlossenen Vertrages der Herzogl. Landesregierung die mit dem vormaligen Rathhause in der Altenwief verbundene Gerechtigkeit zum Weinhandel und Weinschank und der Weinkeller unter dem Gewandhause nebst der gleichen Gerechtigkeit von der Stadt, dagegen der Stadt von der Herzogl. Landesregierung der unter dem Altstadtrathhause befindliche Weinkeller mit der gleichen Gerechtigkeit abgetreten.

3. Die Apotheken- Gerechtigkeiten in der Stadt Braunschweig.

Zur Zeit der Uebergabe der Stadt im Jahre 1671 fand sich hier eine der Stadt zugehörige Apotheke, die sogenannte Rathsapotheke am Eiermarkte, welche für Rechnung der Stadt administriert ward und nach den Bestimmungen des Vertrages vom 10. Juni 1671, »daß die Stadt in ihren hergebrachten Rechten gelassen werden solle«, der Stadt verblieb. Neben jener Rathsapotheke fanden sich hier noch 7 Privatapotheken, in welchen neben einem Schank- und Materialgeschäfte auch officinelle Stoffe verkauft

und selbst *medicamenta composita* nach Recepten angefertigt wurden.

Die Rathsapothek wurde von Ostern 1688 bis dahin 1694 für 650 Thlr. jährlich verpachtet und zu diesem Betrage zu Michaelis 1688 dem damals gebildeten Senats-Aerare beigelegt, während die Intraden von der Hagenmarkts-Apothek, welche der Hofapotheker Hoppe im Jahre 1675 angelegt hatte, in das Fürstl. Aerar flossen. Bei der Erneuerung des Privilegii dieser Apothek, im Jahre 1691, wurden die zu erlegenden Recognitionsgelder auf 100 Thlr., im Jahre 1699 auf 125 Thlr. jährlich festgesetzt und im Jahre 1751 das Haus und die Gerechtigkeit von der Herzogl. Landesregierung angekauft.

Außerdem war im Jahre 1720 eine neue Apothek in der Schuhstraße gegründet und in der Concession vom 6. Juni bestimmt, daß der Eigenthümer gleich der andern Fürstl. Apothek am Hagenmarkte jährlich 125 Thlr. an das Fürstl. Aerarium zahlen solle, wegen Nichtberichtigung der Recognitionsgelder jedoch im Jahre 1737 das Privilegium für erloschen erklärt und in dem Concurse des damaligen Eigenthümers am 18. September 1745 das Apothekershaus von Herzogl. Landesregierung für 2550 Thlr. angekauft und die Apothek von der Fürstl. Apotheken-Commission für herrschaftliche Rechnung administriert.

Obgleich nun aber die Fürstl. Medicinalordnung vom 21. Februar 1721 der Hof-Apothek auf dem Hagenmarkte, der Rathsapothek in der Altstadt und der neuen Apothek in der Schuhstraße die ausschließliche Befugniß zur Annahme von Recepten und zur Anfertigung von *medicamentis compositis* erteilt und die kleinern Apotheken nicht mehr geduldet haben will, blieben diese, deren Zahl sich im Jahre 1728 auf 12 belief, doch bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts und wurden erst aufgehoben, nachdem sie in einem gegen die drei großen Apotheken geführten Prozesse vergeblich ihre Rechte aufrecht zu erhalten gesucht hatten. Man beobachtete jedoch gegen die Eigenthümer auch dann noch die Schonung, daß man sie zu Hofapothekern oder zu Apothekern in kleinen Städten bestellte.

Das unterm 14. Januar 1747 niedergesetzte Fürstliche Me-

dicinalcollegium hielt eine specielle Beaufsichtigung der Apotheken im Herzogthume für nothwendig und solche nur bei einer Administration für möglich. Dieses veranlaßte, daß die Landesregierung sämmtliche Privatapotheken im Lande erwarb und dem Fürstl. Domanium einverleibte und sich auch die Rathsapothek im Jahre 1750 gegen Uebnahme des damaligen Pachtgeldes von 500 Thlr. jährlich übergeben ließ. Wegen zunehmenden Bedürfnisses wurde dann auch im Jahre 1752 an der Stelle des Altenwießer Rathshauses auf dem Egidienmarke von der Herzogl. Landesregierung ein neues Haus erbaut und in demselben eine Apotheke angelegt.

Inzwischen machte man bei der Administration der Apotheken nur Schaden, und deshalb wurden dieselben zu Anfang der 1770er Jahre verkauft. Die Apotheke am Hagenmarke erwarb der Apotheker Krohne laut Vertrages vom 30. August 1771 mit dem Hause für 11,000 Thlr. und einen jährlichen Erbenzins von 300 Thlrn., die Apotheke in der Schuhstraße der Apotheker Wabst, laut Vertrag vom 29. August ej. a. mit dem Hause für 10,000 Thlr. und einen gleichen Erbenzins, die Rathsapothek am 31. October 1771 der Fürstl. Ober-Apotheker Reichmann mit dem Hause für 13,000 Thlr. und einen gleichen Erbenzins, endlich die Apothekergerechtigkeit für die Egidienapotheke, jedoch ohne das Haus, der Apotheker Apfel zufolge Vertrages vom 22. August 1771 für 4000 Thlr. und einen gleichen Erbenzins.

Den Käufern der vier Apotheken ist unterm 20. April 1772 ein *privilegium exclusivum* ertheilt, wodurch ein Versprechen gegeben ist, daß eine Vermehrung der Apotheken nicht eintreten, den Aerzten und Wundärzten das Dispensiren nicht gestattet und den Krämern und Materialisten der Verkauf von *medicamentis compositis* nicht erlaubt werden solle. Dieses Verhältniß dauert nun noch gegenwärtig fort.

4. Die Nachrichterei-Gerechtigkeit in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel.

Die Nachrichterei- und Abdeckerei-Gerechtigkeit innerhalb der

Stadt und der Feldmark von Braunschweig, in den Pfahldörfern, dem Gerichte Eich und Amte Neubrück wurde von jeher als ein Gewerbe behandelt, welches von dem Stadtmagistrate re-levirte und zum Besten der Stadt genutzt ward, und dieses Verhältniß dauerte auch nach der Unterwerfung der Stadt fort, indem die Erträge in das sogenannte kleine Stadttarar flossen.

Die Gerechtigkeit wurde bis zum Jahre 1782 durch Verpachtung genutzt, damals aber dem Pächter Funcke in Erbenzins gegeben, theils weil es an geeigneten Pächtern stets fehlte, theils und hauptsächlich aber, weil die zu der Nachrichterei gehörenden Gebäude sehr baufällig waren und der Magistrat sich von dem Neubau befreien wollte. Die Erbenzinsverleihung ward durch das Höchste Rescript vom 25. März 1782 genehmigt und in dem Erbenzinsbriefe, nach welchem der Beliehene jährlich einen Canon von 5 Thlrn. und außerdem bei jeder Veränderung in der Person desselben oder des Bürgermeisters 60 Thlr. Laudemiengelder entrichten muß, demselben Schutz in der Gerechtigkeit, wie dieselbe bisher von dem Pächter ausgeübt worden, zugesichert, d. h. alleinige Ausübung der Gerechtigkeit innerhalb der hiesigen Stadt, den dazu gehörigen Pfahldörfern und Landwehrthürmen, nicht aber in den Dörfern des Gerichts Eich und des Amtes Neubrück, worüber schon damals die Herzogliche Cammer die Disposition hatte und die Gerechtigkeit durch Verpachtung nuzte.

Laut Rescripts vom 25. Juni 1841 ist nun die Erbenzinsverbindlichkeit gegen Zahlung eines Capitals von 211 Thlr. 8 Ggr. 2 Pf. abgelöst, allein die Realgerechtigkeit ist noch immer anerkannt und durch Ministerialrescript vom 13. Juli 1860 von dem auf der Mauernstraße belegenen Grundstücke auf ein anderes, dem jetzigen Inhaber zugehöriges Grundstück vor dem Wenden-thore übertragen.

Der erste Besitzer des Abdeckerei-Privilegiums in der Stadt Wolfenbüttel hat dasselbe und ein Areal von $3\frac{1}{2}$ Morgen für die Zahlung eines Capitals von 1000 Thlrn. und gegen die Verpflichtung, alljährlich an einige umliegende Ämter Erbenzins im Gesamtbetrage von 19 Thlrn. zu entrichten, im Jahre 1643 von der Landesherrschaft erworben. Der jetzige Besitzer, Kaufmann

Bode zu Danzig, hat die Abdeckerei mit 18 Morgen Landes und dem bebaueten Gehöfte für 14,000 Thlr. gekauft. Nach Bode's Berechnung hat derselbe im Jahre 1860 lebendes Vieh gekauft 30 Stück für 104 Thlr. 5 Gr. 5 Pf., also durchschnittlich das Stück zu $3\frac{1}{2}$ Thlr., und todte Stücke sind abgeliefert 140, für welche 26 Thlr. 25 Gr. 1 Pf. gezahlt worden. Hierfür sind eingenommen brutto 2009 Thlr. 1 Gr. 1 Pf. Rechnet man davon die Ausgabe an Betriebskosten zu 420 Thlr. 9 Gr. 3 Pf., so bleibt ein Reingewinn von 1588 Thlr. 21 Gr. 8 Pf.; und wenn man ferner für den Lebensunterhalt des Besitzers 500 Thlr., für eine Magd, für Abgang an Inventar und Nebenkosten 200 Thlr. in Rechnung stellt, so bleibt noch ein Gewinn von 888 Thlr.

5. Die Barbier- oder Badstuben-Gerechtigkeiten in der Stadt Braunschweig.

Dieselben stammen eigentlich schon aus dem Mittelalter her. Bereits im 13. Jahrhundert befanden sich hier eine große Anzahl von Badstuben — (balnea, Stoven), in welchen warme Bäder, besonders zur Verhütung der damals grassirenden Hautkrankheiten, genommen wurden, zugleich auch rasirt ward und kleine chirurgische, ja wohl selbst ärztliche Curen geschahen. Zur Bequemlichkeit des Publikums waren dieselben in allen Theilen der Stadt, in der Regel vom Magistrate, eingerichtet und wurden dann in Erbzins gegeben, wurden aber nach und nach volles Eigenthum der Besitzer.

In späterer Zeit fiel nun freilich das öffentliche Baden weg, die Nebenverrichtungen, das Barbieren und Schröpfen u. s. w., wurden die Hauptsache, und da dazu ein bestimmtes Grundstück nicht nöthig war, so wurde die Ausübung jener Nebenbeschäftigungen als ein besonderes Recht, die Folge einer Gerechtsame, betrachtet, welche jetzt selbstständig ebensowohl erworben werden konnte oder mußte, wie dieses früher der Fall war, so lange dieselbe auf dem Besitze eines Grundstücks beruhte, die aber auch ebenso wie das Grundstück als eine Realberechtigung betrachtet ward, welche verpfändet und worauf selbst eine Hypothek eingetragen werden konnte.

Die Besitzer der Badstubengerechtigkeiten bildeten schon früh eine Vereinigung gleich den Gilden, mit Meistern, Gesellen und Lehrlingen, mit Oberältesten, Quartalsversammlungen u. s. w., unter dem Namen Barbier- und Chirurgenamt, dessen Verhältnisse durch einen Gildebrieff geordnet waren. Da der ältere Gildebrieff im Verlaufe der Zeit nicht mehr ganz passend war, so wurde unterm 7. Febr. 1716 ein neuer Gildebrieff erlassen. Nach Tit. 1 Art. 1 sollen nur 11 Meister vorhanden sein, nach Art. 2 kann eine Amtsstelle ererbt, erheirathet oder erkauft werden; nach Art. 4 ist ein Examen durch den Stadtphysicus erforderlich. Nach Tit. 7 gab es neben den Mitgliedern jener Vereinigung noch Bader, welche kein Examen bestanden hatten und zur Betreibung der chirurgischen Praxis nicht befugt waren, übrigens auch eine Vereinigung bildeten. — Das Amt der Barbierer und Chirurgen stand übrigens seit der Einrichtung des Ober-Sanitätscollegiums nicht unter dem Stadtmagistrate, wie die übrigen Gilden, sondern unter einem Deputirten jenes Collegiums. Als man in der Mitte des vorigen Jahrhunderts anfang, die Chirurgie als Wissenschaft zu betrachten und als einen gesonderten Zweig der Medicin auf Universitäten und besonderen Akademien zu lehren, sah man bald ein, wie sehr dieselbe durch Verbindung mit der Baderlei und dem Barbieren herabgewürdigt sei, und suchte einzulenken. Die Verordnung vom 30. Januar 1775 (Frederic. I. 62) verlangte von Jedem, der zur Ausübung einer Barbier- und Baderamts-Gerechtigkeit zugelassen werden wollte, daßer durch ein strenges Examen vor Herzogl. Ober-Sanitätscollegium seine Fähigkeiten als Chirurg zunächst darthue, machte also gewissermaßen die Chirurgie zur Hauptsache, obgleich ursprünglich dieselbe überall nicht oder doch nur als unbeachtetes Nebengeschäft in der Badstubenbefugniß begriffen war.

Die Gerechtsame kamen nun unter der Bezeichnung Badstuben und chirurgische Gerechtsame vor und blieben von den eigentlichen Badern noch immer getrennt. Im Jahre 1801 vereinigten sich aber beide Genossenschaften, um den steten Differenzen über die gegenseitigen Befugnisse ein Ende zu machen, unter der Bezeichnung der „Gesellschaft der Wundärzte zu Braunschweig“.

Die Bader unterwarfen sich allen für die Chirurgen gegebenen Vorschriften, also auch der Prüfung, und da bis dahin elf Badstuben und fünf Bader-Gerechtigkeiten bestanden hatten, so wurde die Zahl der Gerechtigkeiten auf überhaupt 16 festgesetzt, wozu noch eine 17te kam, welche dem Prosector der anatomisch-chirurgischen Lehranstalt von dem Landesherrn verliehen zu werden pflegte. Durch das landesherrliche Rescript vom 1. October 1801 wurde die Vereinigung genehmigt.

Durch das landesherrliche Rescript vom 7. Februar 1802 wurde nun aber von den früheren strengen Bestimmungen abgewichen. Dasselbe gestattete einem Barbier, welcher noch nicht als Stadtwundarzt examinirt und angenommen war, die Acquisition einer Barbiergerechtigkeit, wenn derselbe sich eidlich reverfirte, vor bestandnem Examen keine chirurgische Operationen vorzunehmen, und leitete so die Trennung der Chirurgie von dem Geschäfte des Barbierens ein. Die Gestattung des Ankaufs der Berechtigungen von Seiten nicht examinirter Chirurgen, während zugleich die Ausübung der Chirurgie von dem Besitze einer Badstuben-Gerechtigkeit abhängig blieb, machte die Zahl der Stadtwundärzte von der Zufälligkeit abhängig, ob gerade qualifisirte Chirurgen jene Gerechtigkeiten erwarben. Dieses mußte man bald als bedenklich für das allgemeine Wohl erkennen und deshalb ließen die Gerichte, unter stillschweigender Zustimmung des Ober-Sanitätscollegiums, seit dem Jahre 1802 den Erwerb einer von der Chirurgie getrennten Barbiergerechtigkeit zu; man trennte also die eine Gerechtigkeit in zwei und machte dadurch auch aus der Ausübung der Chirurgie eine Realberechtigung, was dieselbe eigentlich für sich betrachtet nie gewesen war und wegen der dazu erforderlichen besonderen Qualification auch nicht wohl sein konnte.

Während der Westphälischen Usurpationsperiode hörte das Privilegium der Barbieri und Chirurgen, wie alle dergleichen Berechtigungen, ganz auf und die Barbieri wurden auf Patente zugelassen.

Nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Landesregierung suchten die Besitzer der früheren Berechtigungen das alte Verhältniß wieder herzustellen; von den betreffenden Behörden wurde hierauf

auch bereitwillig eingegangen, indem bis zum Jahre 1831 mehrere Chirurgen erst zugelassen wurden, nachdem sie den Erwerb einer Badstubengerechtigkeit nachgewiesen, während andererseits Barbieren der Erwerb solcher Badstuben gestattet ward, unter der Bedingung, daß sie sich aller chirurgischen Geschäfte enthielten. Seitdem haben die chirurgischen Gerechtigkeiten ihren Kaufwerth gänzlich verloren, indem auch Chirurgen ohne Besiz einer Gerechtigkeit zugelassen sind, während das *privilegium exclusivum* der Barbiergerechtigkeiten anzuerkennen sein wird.

6. Die Kruggerechtigkeiten auf dem Lande.

Die Herzogl. Cammer bezieht von

8 Pachtkrügen mit Gebäuden . .	1115	Thlr.	5	Gr.	6	Pf.
3 dergleichen in der Hauptpacht,						
275 ohne Gebäude an Pacht . .	3604	»	17	»	5	»
1 dergleichen in der Hauptpacht,						
65 erblichen Zinskrügereien . .	736	»	—	»	—	»
352	<hr/>					
	5455	Thlr.	23	Gr.	1	Pf.

Daneben bestehen Krug- und Gastwirthschaftsberechtigungen der Städte, Rittergüter und Dorfgemeinden. Mit Verbiethungsrechten werden nur wenige verbunden sein; unter den 352 Kruggerechtigkeiten der Herzogl. Cammer werden nur 7 als mit Verbiethungsrechten versehen bezeichnet. Die Kruggerechtigkeit besteht als Realgerechtigkeit mit den davon erfolgenden Gefällen fort; ebenso daneben die staatliche Concessionirungsbefugniß bei eintretendem Bedürfniß. Bei der anscheinend geringen Zahl der Verbiethungsrechte wird daher hier keine bedeutende Belastung der Staatscasse zu besorgen sein.

7. Abbedereiberechtigungen auf dem Lande.

Die Herzogl. Cammer bezieht von 25 Abbedereien, welche theils als erblich verliehen, theils als verpachtet bezeichnet werden, jährlich 284 Thlr. 24 Gr. 8 Pf. Außerdem besitzen einige Städte Abbedereiberechtigungen. Jede derselben hat einen bestimmten Bezirk und scheint daher als *privilegium exclusivum* angesehen

zu werden. Die Verhältnisse bleiben vorerst unverändert und ob und wann das Bedürfnis neue Concessionirungen erheischt, steht dahin. Nur das in vorgekommenen Streitfällen durch Entscheidungen der Gerichte schon sehr zweifelhaft gewordene Zwangsrecht der Abdeckereien auf das todtkranke und gefallene Vieh konnte nicht beibehalten werden.

8. Schmiedegerechtigkeiten.

Die Herzogl. Cammer bezieht von 306 Schmieden 405 Thlr. 5 Gr. 1 Pf.; der Schmiedezins beträgt regelmäßig 1 Thlr. 4 Gr. 3 Pf.

Nach §§. 1 und 3 des Gesetzes haben sich, da das Schmiedegewerbe nicht concessionspflichtig geblieben und hinsichtlich desselben am 1. Januar 1865 freie Concurrrenz eingetreten ist, die Verhältnisse so gestaltet, daß

1) für eine mit dem Verbotungsrecht verbundene Schmiedeberechtigung ohne Weiteres (§. 13) Entschädigung zu leisten und die etwa darauf haftende Abgabe abzulösen ist,

2) die für Schmiedeberechtigungen, welche als Realberechtigungen erblich verliehen wurden, zu entrichtenden Schmiedezinsen fortbestehen,

3) die Schmiedezinsen für Schmiedeberechtigungen, welche nur auf persönlicher Concession beruhen, hinwegfallen, ohne daß der Berechtigte dafür aus der Staatscasse entschädigt wird, und zwar

ad 2) mit Rücksicht darauf, daß das Realrecht als solches durch das Gewerbegesetz nicht aufgehoben ist und gegen Concurrrenz auch bisher nicht gesichert war, die nur factische Möglichkeit aber, daß der realberechtigte Schmied vom 1. Januar 1865 an sein Gewerbe ebenso gut ohne Realberechtigung vermöge bloßer Anmeldung betreiben kann, rechtlich nicht in Betracht zu ziehen ist,

ad 3) mit Rücksicht darauf, daß, wenn auch das Recht auf die Schmiedezinsen im Art. 14 des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823 zu Gunsten der Herzogl. Cammer und der berechtigten Gutsherren Anerkennung gefunden hat, doch ursprünglich die Grundlage nur eine gewerbepolizeiliche gewesen zu sein scheint

(Landesfürstl. Rescript vom 14. August 1745 und 14. März 1755), und diese, für nur persönliche Concessionirungen anscheinend wirksam gebliebene Grundlage kein Hinderniß darbietet, derartige Schmiedezinsen aufzuheben, selbst so, daß Herzogl. Cammer — Schmiedezinsen der ad 3 gedachten Art an berechnigte Gutsherren möchten kaum vorkommen — keine Entschädigung dafür aus der Staatscasse erhält.

9. Brauereien und Brennereien im Lande.

In Königsutter existiren 71 Reihebrauereien, welche nach einem gewissen Turnus brauen; in Calvörde 27, die von zwei Brauern erpachtet sind; in Schöppenstedt 41, die als von drei Brauern angekauft und erpachtet bezeichnet sind; in Schöningen 36, von denen 3 activ zu sein scheinen. Soweit es sich dabei um ein der Innung zustehendes Verbiethungsrecht handelt, konnte dasselbe unbedenklich ohne Entschädigung aufgehoben werden (§. 2). Es ist nun aber immerhin möglich, daß Grundstücke von Innungsmitgliedern zu dem Gewerbe der Innung nicht nur realberechtigt, sondern zugleich verbiethungsberechtigt sein können, und daß ein solches Verbiethungsrecht, wenngleich aus dem Privilegium der Innung herrührend, sich doch als ein Privatrecht ausgebildet haben könnte, für dessen Aufhebung also eine Entschädigung gegeben werden mußte. Da man aber die Reihebrauereien für nachtheilig und wenig ergiebig, folglich eines Geldopfers nicht werth hielt, so ist zur Vermeidung unverdienter und nutzloser Opfer bei der Aufhebung eines solchen etwaigen Verbiethungsrechtes der Reihebrauereien der Ausweg getroffen, dieselben unter die concessionspflichtigen Gewerbe aufzunehmen (cf. Gewerbegesetz §. 14 Nr. 12). Hierdurch gestaltet sich die Sache so: Wenn beispielsweise die Eigenthümer der 71 Reihebrauhäuser in Königsutter ein Verbiethungsrecht (§. 1) beanspruchen, rechtzeitig anmelden (§. 4), die Anerkennung der Regierung oder nachgeführtem Processe eine günstige Entscheidung (§. 1) erwirken, wenn ferner von Herzogl. Landes-Oekonomiecommission die Entschädigungssumme festgesetzt ist (§. 5 bis 12), so kommt solche nicht sofort zur Zahlung, sondern (nach §. 14) erst binnen 6 Monaten von dem Tage an, wo ein

gleichartiger Gewerbebetrieb dort concessionirt ist, und (nach §. 15) bei der ersten und jeder folgenden Concession nur so, daß die Entschädigungssumme für ein einzelnes Verbiethungsrecht jedesmal unter den sämmtlichen verbiethungsberechtigten Brauhäusern vertheilt wird. Die bisherigen Brauhäuser bleiben realberechtigt (Gewerbegesetz §. 49); ob einem Nicht-Brauhausbesitzer eine Concession zu ertheilen sei, hängt von dem Ermessen der Behörden nach §. 15 des Gewerbegesetzes und §. 17 des Entschädigungsgesetzes ab. Etwaige Hindernisse oder Schwierigkeiten würden dadurch erledigt, daß der Unternehmer, statt den Concessionsweg einzuschlagen, ein realberechtigtes Brauhaus acquirirte. Bei dieser Sachlage wird den Reihebrauhäusern immerhin noch ein gewisser mäßiger Mehrwerth gesichert bleiben und Verlust von ihnen abgewendet werden, ohne nothwendige oder erhebliche Opfer von Seiten des Staates.

Mit den vorerwähnten Privilegien der Brauerei-Innungen müssen auch die sogenannte Braupacht, Brauergulden, Brauzinsen und zwar ohne Entschädigung der Herzogl. Cammer (§. 3 Nr. 4), hinwegfallen, insofern sie nur in dem vor Concurrnz geschützten Innungsbetriebe ihren Grund haben; — mit Vorbehalt jedoch der Verpflichtung realberechtigter Innungsmitglieder und Dritter.

Was die Brauergulden und den Brauzins aus Calvörde betrifft, so ist schon in dem vom Herzoge Julius den Brauern zu Calvörde ertheilten und im Jahre 1637 bestätigten Gildebrieve vom 1. März 1585 die Bestimmung enthalten, daß die sämmtliche Gilde auf Michaelis einen Gulden Gildegeld neben dem gebührliehen Brauergelde, als von jedem Gebräu, so 4 Faß Bier sein soll, eine halbe Heinrichstädtische Mark, nämlich einen vollwichtigen Rheinischen Goldgulden, an das Amt Calvörde entrichten solle. — Der Brauergulden wird bis jetzt mit 13 Ggr. 4 Pf. Conventionsmünze = 13 Ggr. 8 Pf. Courant = 17 Gr. 1 Pf. pro anno bezahlt; das jährliche Brauergeld ist dagegen in Gemäßheit Ministerialrescripts vom 28. April 1836, vom Jahre 1830 an gerechnet, auf 70 Thlr. pro anno fixirt, dieses Fixum jedoch durch Ministerialrescript vom 13. August 1846 für die nächsten 5 Jahre auf 35 Thlr. mit der Bestimmung herabgesetzt,

daß bei einer Brauconsumtion von wenigstens 800 Centnern Malz jährlich die Erhöhung auf 50 Thlr., und bei einer Consumtion von mehr als 1000 Centnern Malz eine Erhöhung auf 70 Thlr. jährlich vorbehalten bleibe. Diese Ermäßigung ist unter Beibehaltung der ebengedachten Bestimmungen durch die ferneren Ministerialrescripte vom 10. December 1851, 26. Januar 1856 und vom 29. August 1860 bis Trinitatis 1866 verlängert.

Was endlich die Braupacht aus Gandersheim betrifft, so lag der brauenden Bürgerschaft (Brau-Interessentschaft) daselbst die Verpflichtung ob, von jedem $\frac{3}{4}$ Gebräu zu 30 Himpten Gerste die Mahlmeße zu $1\frac{7}{8}$ Himpten an das Amt Gandersheim zu entrichten. Entstanden ist diese Verbindlichkeit dadurch, daß Fürstliche Cammer im Erbzinscontracte des Müllers Ewig zu Gandersheim vom 14. Mai 1782 die von der dortigen brauenden Bürgerschaft zu gebende Mahlmeße sich reservirt hat, wogegen der Müller von dem zu schrotenden Malze keine Meße, sondern nur von jedem $\frac{3}{4}$ Gebräu einen Lohn von 18 Mariengroschen und 2 Stübchen Bier nehmen darf. Die Mahlmeße ist seit langen Jahren stets in Gelde entrichtet, und zwar unter der Bedingung, daß statt $\frac{3}{4}$ nicht wieder volle Gebräue geschehen:

bis zum Jahre 1819 mit 1 Thlr. 2 Sgr. Conventionsmünze,
 bis zum Jahre 1833 mit 1 Thlr. 8 Sgr. Conventionsmünze
 und seit dem Jahre 1834 mit 1 Thlr. = 1 Thlr. 8 Pf
 Courant.

Die Erhöhung im Jahre 1820 ist durch die gestiegenen, die Herabsetzung seit dem Jahre 1834 durch die gesunkenen Gerstenpreise veranlaßt. Der jährliche Durchschnittsertrag der Mahlmeße beträgt etwa 20 Thlr.

Es geht aus Vorstehendem hervor, daß der Brauergulden und das Brauergeld zu Calvörde und die Malzschrotmeße zu Gandersheim als Domanialabgabe vom Gewerbebetriebe zu betrachten sind. Sofern diese Abgaben von der Innung erfolgen, fallen sie mit deren Aufhören von selbst hinweg. Sind die Innungsmitglieder zugleich realberechtigt, vielleicht gar verbietungs- berechtigt, so gehören jene Abgaben zu den im §. 8 Abs. 1 des

Gesetzes gedachten Reallasten und Gefällen, welche fortbestehen, aber ablösbar sind.

Was dagegen die sogenannten Concessionsgebühren resp. Recognitionsgelder bei Zulassung eines neuen Brauers und Brenners betrifft (§ 1 Nr. III. und §. 22), welche in der Stadt Braunschweig die Herzogl. Cammer (s. oben Nr. 1), in anderen Städten theils die Stadtcasse, theils die Innung selbst bezieht, so konnte bei dem Hinwegfallen dieser Bezüge den Berechtigten — jedoch mit Ausnahme der Innung selbst — eine Entschädigung nicht versagt werden. Man ist gewohnt, diese im Art. 14 des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823 anerkannten und in vorgekommenen Processen den Berechtigten zugesprochenen Gefälle als privatrechtliche Zuständigkeiten anzusehen, und da sie im staatlichen Interesse beseitigt wurden, so konnte der Staat sich der Entschädigungspflicht nicht füglich entziehen.

III. Das Gesetz über den dauernden Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohnortsrechts.

A. Frühere Gesetzgebung.

In Folge der zunehmenden Bevölkerung des Herzogthums wurde zuerst im Jahre 1830 eine gesetzliche Regulirung der Wohnortsverhältnisse der Landeseinwohner für nothwendig erachtet und am 4. Mai 1830 die „Verordnung, das Wohnortsrecht der Unterthanen in polizeilicher Hinsicht betreffend“, erlassen. In derselben wurde zunächst das Wohnortsrecht der Kinder, Ehefrauen und Wittwen an dem Wohnsitze des Vaters resp. Ehemanns, der herrschaftlichen Officianten, Geistlichen und Gemeindediener, ferner der Advocaten, Apotheker, Aerzte 2c. bestimmt und rücksichtlich der übrigen Personen als Erforderniß zum Erwerbe des Wohnortsrechts die bestimmt erklärte und obrigkeitlich genehmigte Absicht, den fortwährenden Wohnsitz an einem Orte zu wählen, aufgestellt, also im Allgemeinen in jedem einzelnen Falle die Genehmigung der staatlichen Verwaltungsbehörden, ohne wesentliche Mitwirkung der Gemeinde-Organen, erfordert. Diese Genehmigung sollte in der Regel ertheilt werden, wenn der Aufzunehmende sich durch obrigkeitliche Bescheinigung über seine untadelhafte Aufführung an seinem bisherigen Wohnorte und ein hinreichendes Vermögen oder sonst genügende Existenzmittel ausgewiesen. Bei Häuslingen in den Landgemeinden sollte die Ortsbehörde gutachtlich gehört und in Erwägung gezogen werden, ob sich der Häusling an dem betreffenden Orte überhaupt und ohne Beeinträchtigung des Fortkommens der übrigen daselbst befindlichen Arbeiter werde ernähren können, auch derselbe

eine Wohnung nachgewiesen habe. Zeitpächter sollten, wenn die Pacht über einen Zeitraum von 12 Jahren und wenigstens über die Dauer des ursprünglichen Pachtcontractes hinaus ununterbrochen fortgesetzt ist, — Handwerksgesellen, wenn sie bei einem Meister 10 Jahre lang treu gearbeitet, — Diensthboten, wenn sie bei einer Herrschaft 10 Jahre lang treu gedient, — das Wohnortsrecht erworben haben. — Zur Aufnahme von Ausländern wurde die Genehmigung der obersten Regierungsbehörde erfordert.

Die in Folge der Ereignisse des Jahres 1848 eingetretenen Aenderungen unserer Staats- und Gemeinde-Versaffung, insonderheit die im §. 3 der revidirten Städteordnung und §. 5 der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 den Gemeinden ertheilte Zusage, daß sie bei der Aufnahme Fremder in den Gemeindeverband mitzuwirken haben und hierüber in besonderen Gesetzen weitere Verfügungen erfolgen sollten, machten Modificationen obiger Verordnung vom 4. Mai 1830 nothwendig und führten, nachdem die Hoffnung auf Erlaß eines allgemeinen Deutschen Heimathsgesetzes verschwunden war, nach vorgängigen Berathungen mit der Landesversammlung zum Erlaß des Gesetzes vom 23. Januar 1852, „das Wohnortsrecht der Landeseinwohner in polizeilicher Hinsicht betreffend“. Dieses Gesetz ändert die Grundlagen des bestehenden materiellen Rechts, wie sie in der Verordnung vom 4. Mai 1830 enthalten sind, nicht ab, geht namentlich nicht bis zu der Einführung unbeschränkter Freizügigkeit vor, sondern bleibt bei einer Mitwirkung der Gemeinden bei der Aufnahme Fremder stehen, den Staatsbehörden die alleinige Autonomie in dieser Richtung entziehend.

Nach der Versaffung der hiesigen Lande bilden die Gemeinden die Grundlage des Staatsverbandes; die Gemeinden aber bestehen aus denjenigen Landeseinwohnern, welche durch das an einem Orte gemeinsame Wohnortsrecht vereinigt sind. Nach §. 42 des Landesgrundgesetzes vom 12. October 1832 muß jeder Landeseinwohner einer bestimmten Gemeinde, und zwar derjenigen angehören, in welcher er den gesetzlichen Bestimmungen zufolge seinen Wohnsitz hat; diese Wohnortsberechtigung ist Grundbedingung staatsbürgerlicher, politischer Rechte; sie gewährt nach §. 10 der

revidirten Städteordnung und §. 12 der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 die Rechte eines Gemeindegensossen, also in der Regel die Theilnahme an allen aus dem Gemeindeverbande hervorgehenden Rechten und Lasten, stets aber die Befugniß, sich in der Gemeinde häuslich niederzulassen, in derselben unter den gesetzlichen Bedingungen jeden erlaubten Nahrungszweig zu betreiben, die öffentlichen Anstalten zu benutzen und im Falle der Verarmung den Anspruch auf Unterstützung aus den örtlichen Cassen. In der Erwägung, wie wichtig hiernach die Folgen, wie groß insbesondere die Nachtheile sein können, welche aus der Wohnortsberechtigung Einzelner vorzugsweise für die Gemeinde zu erwachsen im Stande sind, hielten sich die gesetzgebenden Gewalten für verpflichtet, gewisse beschränkende Normen festzustellen, unter welchen allein eine solche Berechtigung erworben werden könne; waren sich jedoch andererseits auch des Principis bewußt, daß, da Niemand in seiner Freiheit, auch bezüglich der Wahl seines Wohnortes, weiter zu beschränken sei, als die Rücksichten auf das allgemeine Wohl solches nothwendig fordern, jene beschränkenden Normen auf das diesem Grundsatz entsprechende Maß zurückgeführt werden mußten, also im Wesentlichen darauf, daß in der Regel Jedermann Aufnahme in einer Gemeinde finden müsse, welcher durch sein tadelloses Verhalten und den Nachweis, daß er durch irgend eine Quelle des Einkommens eine Familie nachhaltig zu ernähren im Stande sei, Gewähr dafür leiste, daß er nach dem regelmäßigen Verlaufe der Dinge der Gemeinde in keiner Weise zur Last fallen werde. Rücksichtlich der Frage, welchen Organen die Entscheidung darüber anheimzustellen sei, ob Jemand auf sein Ansuchen in den Gemeindeverband aufgenommen werden müsse, wurde als Norm aufgestellt, daß, da die Folgen der Uebersiedelung eines Landeseinwohners in eine andere Gemeinde zunächst nicht den Staat, sondern nur die um Aufnahme angegangene Gemeinde berühren, der Letzteren die Bescheidung auf das Aufnahmegesuch zu überlassen sei. Entstände aber, wenn die Entscheidung gegen den Nachsuchenden ausfalle, in der Wirklichkeit zwischen diesem und der Gemeinde eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob den gesetzlichen Aufnahmebedingungen im Einzelfalle genügt worden, so

habe die Staatsbehörde als Wächterin des Gesetzes und als allein völlig unbetheilt bei jenem Streite die höhere Entscheidung um so mehr zu treffen, als sich nicht verkennen lasse, daß die Gemeinde-Organe, weil sie ungern volkswirthschaftlichen Rücksichten zu Liebe auch nur das geringste Wagniß übernehmen würden, zur Versagung der Aufnahme-Erlaubniß sehr geneigt sein würden, und deshalb das Individuum des Schutzes und Beistandes der staatlichen Organe bedürfe.

In Gemäßheit der vorstehenden Principien wurden im §. 10 des citirten Gesetzes insonderheit die Gemeinden zur Aufnahme eines die Niederlassung suchenden Landeseinwohners verpflichtet:

- 1) wenn derselbe mit seinen noch nicht in selbstständigen Verhältnissen lebenden Familiengliedern sich bisher tadellos betragen hat;
- 2) ein zu seinem und seiner Familie nachhaltigem Unterhalte hinreichendes Vermögen oder sonst dazu genügende Mittel nachweist, im Besondern,
 - a) wenn derselbe Grundbesitz in der Gemeinde erwirbt, dessen Ertrag oder Bewirthschaftung mit Berücksichtigung der darauf ruhenden Lasten zu seinem und seiner Familie Unterhalte ausreicht;
 - b) wenn ein Kaufmann, Handwerker oder anderer Gewerbetreibender darthut, daß er so viel Vermögen besitzt, um sein Gewerbe anfangen zu können, derselbe auch den übrigen, zum selbstständigen Betriebe des Gewerbes vorgeschriebenen Erfordernissen genügt hat, und endlich eine Uebersfüllung des Geschäfts, durch welches der Aufzunehmende seinen Lebensunterhalt zu erwerben beabsichtigt, noch nicht vorhanden ist;
 - c) wenn ein Fabrikarbeiter, Bauhandwerker oder Handarbeiter wahrscheinlich macht, daß er seinen Unterhalt auf längere Zeit finden könne;
- 3) wenn in allen diesen Fällen der Aufzunehmende nachweist, daß er eine Wohnung gefunden habe.

Ueber das Vorhandensein dieser Erfordernisse entscheidet das Ermessen der Gemeindebehörde, vorbehältlich des bei der Staatsbehörde zu verfolgenden Recurses.

Rücksichtlich der Ausländer wurde die lediglich dem Ermessen der Gemeindebehörden überlassene Aufnahme in eine Gemeinde außerdem noch abhängig gemacht von dem Erwerbe des Landeseinwohnerrechts, über welchen das Herzogl. Staatsministerium zu entscheiden habe.

Wir werden später sehen, daß, so wenig an und für sich gegen diese Grundsätze, — wenn man sich nicht auf den Standpunkt der Freizügigkeit stellt, — sich einwenden läßt, dieselben doch in ihrer Anwendung zu mannigfachen Unzuträglichkeiten und größeren Beschränkungen der persönlichen Freiheit geführt haben, als solche aus Rücksichten des Gemeinwohls gerechtfertigt werden können.

In Bezug auf die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes, welche zwar noch in Gültigkeit sind, aber mit den gewerblichen Verhältnissen nicht im näheren Zusammenhange stehen, können wir uns auf einige allgemeine Andeutungen beschränken. Die ersten Paragraphen enthalten Vorschriften über den Erwerb des Wohnortsrechts durch Geburt — (eheliche, legitimirte, adoptirte und arrogirte Kinder erwerben das Wohnortsrecht des Vaters, uneheliche das der Mutter; Kinder heimathloser und unbekannter Aeltern da, wo sie geboren, Findelkinder, wo sie gefunden sind) —, der Frauen durch Verheirathung, — und überhaupt durch ausdrückliche Aufnahme in eine Gemeinde, welche nicht stillschweigend, sondern nur durch ausdrückliche beiderseitige Erklärung erfolgen kann (§. 1—5). Einen gerichtlich verfolgbaren Anspruch auf die Aufnahme als Gemeindegengenossen haben inländische Handwerksgehlen und Dienstboten an dem Orte, wo sie 10 Jahre bei einem Meister, resp. einer Herrschaft ununterbrochen treu gearbeitet, resp. gedient haben, und Zeitpächter nach zwölfjähriger Pacht, wenn die Pacht über die Dauer des ursprünglichen Contracts hinaus fortgesetzt ist (§. 6—9). Anzugsgeld darf gefordert werden (§. 11). Das Wohnortsrecht wird ferner erworben durch Erlangung einer Anstellung, resp. Zulassung als Staatsdiener, Offizier,

Geistlicher, Kirchen-, Schul- und Gemeindediener (mit Ausschluß der Gemeinde-Dienstboten), Anwalt, Notar, Arzt, Wundarzt, Thierarzt, Apotheker, Hebamme (§§. 12 bis 15), sowie durch Verfügung der Landesregierung bei Heimathlosen (§. 16). Verloren geht das Wohnortsrecht durch den Verlust des Landeseinwohnerrechts und durch Wahl und Erwerb eines andern bleibenden Wohnorts (jedoch nicht das auf §. 10 Nr. 2. a. gestützte Wohnortsrecht). Durch Nichtgebrauch allein geht das Wohnortsrecht nicht verloren (§. 17). Eigenmächtige Aufnahme Fremder wird bestraft (§. 18). Fremde müssen der Ortsbehörde einen Heimathschein produciren, welcher bei Ausländern die Anerkennung der Wiederaufnahme-Verpflichtung enthalten muß (§. 19). Verweigerter Aufnahme eines Wohnortsberechtigten wird bestraft (§. 20). Ueber Anträge auf Aufnahme als Gemeindegengenossen entscheiden die Gemeindebehörden, in zweiter Instanz die Staats-Verwaltungsbehörden (§§. 21, 22); über Beschwerden wegen eines als bereits erworben beanspruchten Wohnortsrechts die Gerichte (§. 23). Wohnortsbescheinigungen kann jeder Landeseinwohner von seiner Heimathsbehörde verlangen (§. 24), Heimaths-Reverse, d. h. solche Bescheinigungen, daß ein Wohnortsrecht des gesetzlichen Verlustes ungeachtet vorbehalten bleiben solle, sind für das Inland nicht zu ertheilen; für das Ausland nur mit Zustimmung der staatlichen Verwaltungsbehörde (§. 25).

B. Das neue Gesetz.

Wie wir oben gesehen haben, stimmen die früheren gesetzlichen Bestimmungen über das Wohnortsrecht der Landeseinwohner vom 4. Mai 1830 und vom 23. Januar 1852 in ihren Grundprincipien überein. Beide halten den Grundsatz fest, daß Niemand den dauernden Aufenthalt an einem Orte zu nehmen berechtigt sei, ohne das Recht des Wohnsitzes daselbst erlangt zu haben. Das Gesetz vom 23. Januar 1852 läßt dabei die Tendenz erkennen, die Aufnahme der die Niederlassung an einem Orte suchenden Landeseinwohner zu erleichtern, und regelt das Verhältniß, in welchem die Gemeinden bei der Aufnahme Fremder in den Ge-

meindeverband mitzuwirken haben. Entsprechend dem Wesen und Zwecke der durch die veränderte Gemeindeverfassung im Jahre 1850 eingeführten Selbstverwaltung ist den Gemeinden in dem erwähnten Gesetze die Entscheidung über Niederlassungsgesuche eingeräumt und bestimmt, daß, abgesehen von denjenigen Fällen, in welchen das Recht, an einem Orte zu wohnen, kraft des Gesetzes erworben wird (Kinder, Ehegatten, Staatsdiener, Zeitpächter &c.), die Aufnahme eines Auswärtigen als Gemeindegensossen von der ausdrücklichen Genehmigung der Gemeindebehörde abhängig sei, deren Ermessen nur insoweit durch Aufstellung leitender Grundsätze beschränkt wird, als der oben citirte §. 10 die Gemeinden unter gewissen Bedingungen und Voraussetzungen zur Aufnahme eines die Niederlassung suchenden Landeseinwohners verpflichtet. Dabei ist in Berücksichtigung der wichtigen Folgen und der möglichen Nachtheile, welche mit der Aufnahme in den Gemeindeverband für die Gemeinden verbunden sind, den Gemeindebehörden zugleich die Beurtheilung und Entscheidung der Frage überlassen, ob den gesetzlichen Aufnahmebedingungen im Einzelfalle genügt sei, und wird es wesentlich diesem Umstande beizumessen sein, daß die Vorschrift des §. 10 nicht in dem Maße wirksam geworden ist, als ohne Zweifel beabsichtigt war und im Interesse des freieren Verkehrs gewünscht werden mußte. Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß die Gemeinden gegründete Veranlassung haben, bei Gewährung des Wohnortsrechts in Rücksicht auf die wichtigen Folgen desselben mit Vorsicht zu verfahren. Indessen wird durch die sorgfältigste Prüfung die Möglichkeit der Täuschung über die Folgen der Aufnahme des Nachsuchenden nicht ausgeschlossen, da über die thatsächlichen Momente, von denen die Beurtheilung gesicherter Existenz abhängt, nicht immer im Voraus zuverlässige Kunde zu erlangen steht. Auf der andern Seite ist der Begriff der im §. 10 cit. bezeichneten Erfordernisse einer weiten Ausdehnung und einer so verschiedenartigen Beurtheilung fähig, daß die Anwendung der gesetzlichen Bestimmung größtentheils in der Willkür der Gemeinde-Organen liegt, auf deren Entscheidung die Besorgniß der möglichen Verarmung des Aufzunehmenden einen überwiegenden Einfluß gewonnen hat; wenigstens zeigt die zeither ge-

wonnene Erfahrung, daß die Gemeindebehörden von der Befugniß zur Versagung der Aufnahme theilweise den ausgedehntesten Gebrauch gemacht haben. Zum Schutze der Einzelnen gegen die Uebergriffe der Selbstverwaltung und gegen die exclusiven Tendenzen der Communen ist zwar durch das Gesetz der Staatsbehörde die höhere Entscheidung vorbehalten; die vorherrschende Abneigung der Gemeinden, Fremden die Rechte der Gemeindegengenossen zuzugestehen, hat aber darin ein entsprechendes Gegengewicht nicht gefunden, da die Staatsbehörden mit Recht Bedenken tragen mußten, eine Entscheidung der Gemeindebehörde, durch welche wegen vermeintlicher Gefährdung des communalen Interesses dem Nachsuchenden die Aufnahme versagt worden, auf den ergriffenen Recurs abzuändern, wenn die Beweisgründe für die Unrichtigkeit der entgegenstehenden Ansicht erst aus der später gemachten Erfahrung geschöpft werden konnten.

Die beabsichtigte größere Freiheit der Wahl des Wohnsitzes ist hiernach mehr oder weniger illusorisch geblieben, und ist dies um so mehr auf gewerblichem Gebiete der Fall, als der §. 107 des Gesetzes über den gildemäßigen Gewerbebetrieb vom 24. Januar 1852 vorschrieb, daß von Jedem, der ein Gewerbe als Meister betreiben wolle, zuvor das Wohnortsrecht am Orte der beabsichtigten Niederlassung erworben sein müsse, und wenn auch dem §. 21 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. April 1837, welcher bei den Anmeldungen behuf Erlangung einer Concession in Beziehung auf die wohnortsrechtlichen Verhältnisse nur die Beseitigung der etwa entgegenstehenden Hindernisse fordert, durch die Praxis die Auslegung gegeben ist, daß Concessionen zum Betriebe von unzüngstigen Gewerben dem Inländer auch ohne Gewinnung des Wohnortsrechts nach beigebrachtem Heimathscheine ertheilt werden können, so ist doch damit für eine freiere Bewegung dieser Classe von Gewerbetreibenden gleichfalls wenig gewonnen, so lange die Ertheilung der Erlaubniß zum einstweiligen Aufenthalte von dem Ermessen der Gemeindebehörde, resp. dem wenig wirksamen Recurs an die Staatsbehörde abhängig bleibt.

Das neueste Gesetz vom 3. August 1864 Nr. 42, „den Aufenthalt im Herzogthume und den Erwerb des Wohn-

ortsrechts durch dauernden Aufenthalt betreffend“, ergänzt in dieser Richtung die wohnortsrechtlichen Gesetzesvorschriften vom 23. Januar 1852, bezweckt, als Anhang zum Gewerbe-gesetze do eod. dato, die Regelung dieser Verhältnisse im Sinne der freien Gewerbeverfassung, hat also namentlich die gewerblichen Beziehungen bei der Aufnahme Ortsfremder vor Augen, und geht von der Erwägung aus, daß die Gewerbefreiheit die ihr eigenthümlichen Vortheile nur durch möglichst freie Bewegung zu entwickeln im Stande sein, daß dieselbe ohne Freiheit in der Wahl des Aufenthaltsorts illusorisch bleiben werde, daß es mithin nicht mehr zulässig sei, den Betrieb eines Gewerbes an einem Orte von dem Erwerbe des Wohnortsrechts abhängig zu machen, weshalb — während nach der bisherigen Gesetzgebung Niemand ein Recht darauf hatte, sich in einer Gemeinde, woselbst er nicht wohnortsberechtigt ist, längere oder kürzere Zeit aufzuhalten — jetzt die freie Wahl des Aufenthalts an jedem Orte des Landes unter gewissen, durch das Gesetz speciell bezeichneten Einschränkungen als Recht jedes Inländers anerkannt wird. Dabei ist der dauernde Aufenthalt im Gegensatz zu dem nur vorübergehenden, hauptsächlich in das Gebiet des Fremdenverkehrs fallenden Aufenthalte ins Auge gefaßt und die Uebergang des letzten im Gesetze für angemessen gehalten, weil der vorübergehende Aufenthalt der Natur der Sache nach in der Regel ganz unbeschränkt sein wird, unter Umständen aber auch eine besondere Ueberwachung und Beschränkung erheischen kann.

Als dauernder Aufenthalt im Sinne des Gesetzes gilt jeder zu irgend einem Broterwerbe benutzte, sowie der ohne diesen von vornherein zu erkennen gegebenen Zweck über 6 Monate verlängerte Aufenthalt eines selbstständigen Landeseinwohners, und ist dem so qualificirten Aufenthalte die Wirkung beigelegt, daß damit unter Voraussetzung ununterbrochener Fortsetzung nach Ablauf eines Zeitraums von 6 Jahren ein gerichtlich verfolgbarer Anspruch auf Verleihung des Wohnortsrechts verbunden sein soll. Wenn es daneben für nothwendig erachtet ist, das durch das Gesetz gewährte Recht der Freizügigkeit zum Schutze der Gemeinden gegen die Gefährdung wesentlicher kommunaler Interessen verschiedenen

Befchränkungen zu unterwerfen, ſo iſt doch zugleich durch Präciſirung derjenigen Fälle, in denen die Gemeindebehörden zur Verſagung des dauernden Aufenthalts, resp. zur Ausweiſung eines Ortsfremden, welcher ſeinen dauernden Aufenthalt mit Zuſtimmung der Gemeindebehörde an deren Orte genommen hat, berechtigt ſind, resp. durch Feſtſtellung von Präjudicialfriſten zur Geltendmachung der etwaigen Widerſpruchsrechte Fürſorge dafür getroffen, daß jede Willkür der Gemeinden von vornherein ausgeſchloſſen wird.

Die Ausdehnung der Freizügigkeit auf Ausländer iſt um deſſen willen für bedenklich gehalten, weil in den Nachbarländern die Reciprocität nicht beobachtet, auch von abweichenden Grundſätzen bezüglich der gewerblichen Verhältniſſe ausgegangen wird *).

Daß auf dieſe Grundprincipien gebaute Geſetz gewährt jedem Staatsbürger das Recht, die erlangten Kräfte und Fähigkeiten in geſetzlich erlaubter Weiſe und an demjenigen Orte zu verwerthen, den er dazu für den geeignetſten hält, und muß daher als ein wünſchenswerther Fortſchritt und nach Einführung der Gewerbefreiheit als ein unabweiſliches Bedürfniß betrachtet werden.

Die Gewerbefreiheit ſteht in der innigſten Wechſelbeziehung zur Freizügigkeit; ſowie die letztere illuſoriſch ſein würde ohne das Recht auf freie Arbeit, ſo wird auch die Gewerbefreiheit, ohne Freizügigkeit den ſegensreichen Einfluß auf die Entwicklung der Induſtrie und den Volkswohlſtand nicht erlangen, deſſen ſie fähig iſt, unter Umſtänden ſogar poſitive Mißſtände zur Folge haben, inſofern die Gewerbefreiheit bei Beſchränkung der Gewerbetreibenden auf den geſetzlichen Wohnort zu einer Ueberfüllung in einzelnen Gewerben führen kann, die freie Bewegung dagegen eine Ausgleichung der Concurrenzverhältniſſe bewirken und dem Uebermaße der Concurrenz an einem und demſelben Orte am ſicherſten begegnen wird.

Den Rückſichten auf thunlichſte Verkehrs erleichterung würde durch die Gewährung des Rechts, den dauernden Aufenthalt an jedem Orte des Landes zum Zwecke des Broterwerbes zu nehmen, genügt ſein. Um aber auch die Wohnortverhältniſſe in ange-

*) Siehe Bem. zu §§. 5 und 47 des Gewerbegeſetzes.

messener Weise zu regeln und die in fremden Gemeinden sich aufhaltenden Landeseinwohner nicht dauernd von dem Genuße ihrer bürgerlichen und politischen Rechte auszuschließen, ist mit dem dauernden Aufenthalte nach Ablauf einer gewissen Zeit der gerichtlich verfolgbare Anspruch auf das Wohnortrecht verbunden. Nur durch Erlangung des Wohnortrechts erhält der Einzelne sichern Schutz gegen die Eventualität der Zurückweisung in die ursprüngliche Heimath; und es darf daher nicht der Willkür der Gemeinden überlassen werden, den aufgenommenen Ortsfremden, welcher eine Reihe von Jahren hindurch die Gemeindeabgaben und Lasten mitgetragen, namentlich auch die Beiträge zur Armenkasse mit entrichtet hat, nach ausgenutzter Arbeitskraft an den ursprünglichen Wohnort zurückzuweisen.

Die Niederlassung ist für den Anziehenden zunächst ein Versuch, der wieder aufgegeben werden kann, wenn sich die Wahl des Orts und der Arbeit nicht bewährt, entgegengesetzten Falls aber dem Arbeiter, der sich durch jahrelangen selbstständigen Betrieb eines Gewerbes als tüchtig erwiesen oder in anderer Weise einen nachhaltigen Broterwerb gefunden hat, einen Anspruch auf die Aufnahme in den Gemeindeverband gewähren muß. Der in dem Gesetze (§. 8) angenommene Zeitraum von 6 Jahren erscheint als genügend, um über die Solidität und Erwerbsfähigkeit des Anziehenden ein einigermaßen sicheres Urtheil zu gewinnen.

Zu den einzelnen Paragraphen des Gesetzes fügen wir noch folgende erläuternde Bemerkungen bei.

Zu §. 1. Es ist hier die freie Wahl des Aufenthalts an jedem Orte des Landes unter gewissen, in den §§. 3 und 5 speciell bezeichneten Einschränkungen als Recht jedes Inländers anerkannt.

Zu §. 2. Hiernach gilt jeder von einem selbstständigen Landeseinwohner zum Zwecke des Broterwerbes gewählte Aufenthalt als dauernder Aufenthalt im Sinne des Gesetzes. Daß im Uebrigen der über 6 Monate ausgedehnte Aufenthalt ohne Weiteres als ein dauernder angesehen wird, erscheint durch die Bestimmung der Städte- und Landgemeindeordnung, welcher zufolge

nach Ablauf dieser Zeit die Verpflichtung zur Zahlung von Communalsteuer eintritt, motivirt.

Der citirte §. 19 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 schreibt vor, daß die Magistrate in den Städten und die Vorsteher in den Landgemeinden darauf zu achten haben, daß solche Personen, welche, ohne das Wohnortsrecht zu gewinnen, in ihrer Gemeinde einen längeren Aufenthalt zu nehmen beabsichtigen, eine Bescheinigung ihrer Heimathsbehörde über die Anerkennung ihres dortigen Wohnortsrechts beibringen.

Zu §. 3. Die unter Nr. 2 bezeichneten Paragraphen des Polizeistrafgesetzbuches sind gegen verschuldete Obdach- und Arbeitslosigkeit, Bettelei, Betreten polizeilich verbotener Ortschaften, Bagabondage, Führung falscher Pässe und Wanderbücher, Trunksucht, Niederlichkeit und Müßiggang, Concubinat, Unzucht und Verletzung der Schamhaftigkeit gerichtet.

Die unter Nr. 3 genannten Strafen müssen criminelle sein; polizeiliche Bestrafung wegen dieser Verbrechen (also bis zu 14 Tagen Gefängniß) ist kein Grund zur Versagung des dauernden Aufenthalts.

Auch der Umstand — (welcher in die Regierungsvorlage aufgenommen war, jedoch nachher gestrichen ist) —, daß Jemand in die Lage gekommen ist, zeitweise Armen-Unterstützung in Anspruch nehmen zu müssen, oder mit der Bezahlung der öffentlichen und Gemeindeabgaben in Rückstand zu gerathen, rechtfertigt keineswegs die Annahme, daß derselbe in gleicher Weise der Gemeinde des neuen Wohnorts zur Last fallen werde, da diese Lage ebenso wohl durch Krankheiten und unabwendbare Unglücksfälle, so wie durch den Mangel ausreichender Verdienstgelegenheit an dem bisherigen Wohnorte, als durch eigenes Verschulden herbeigeführt sein kann, und in dem einen wie in dem anderen Falle die Verbesserung derselben sich eher von einer Wohnortsveränderung erwarten läßt, als von der Beibehaltung des bisherigen Aufenthalts.

Zu §. 5. Die in den §§. 3 und 5 festgestellten Beschränkungen des gewährten Rechts der Freizügigkeit haben den Zweck, auf der einen Seite den Gemeinden den nöthigen Schutz vor denjenigen Ortsfremden, von welchen sie mit Grunde eine Schädigung

wesentlicher kommunaler Interessen zu gewärtigen haben, zu gewähren; auf der anderen Seite aber jede Willkür derselben von vornherein auszuschließen und sie an angemessene Fristen zur Geltendmachung ihrer etwaigen Widerspruchsrechte zu binden.

Zu §. 8. Die Frist von sechs Jahren ist, wie oben bemerkt, erforderlich erachtet, um aus dem tadellosen Verhalten während derselben einen einigermaßen sichern Schluß auf die fernere gute Führung des Aufzunehmenden ziehen zu können.

Die Ausnahme rücksichtlich der Zeitpächter ist um deswillen gemacht, weil bei solchen der Aufenthalt eine nothwendige Folge des Pachtcontractes ist, und die auf Erwerbung des Wohnortsrechts gerichtete Absicht füglich nur dann angenommen werden darf, wenn die Pacht, wie es der §. 8 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 Nr. 8 verlangt, über einen 12jährigen Zeitraum und über die Dauer des ursprünglichen Pachtcontractes hinaus fortgesetzt ist.

Zu Absatz 1 vergl. Nassauisches Gesetz vom 9. Juni 1860 §. 8; Coburgischer Entwurf Art. 31, und zu Absatz 2 vergl. Weimarische Gewerbeordnung vom 30. April 1862 §. 44.

Zu §. 9. Nachdem den Landeseinwohnern die Möglichkeit gewährt worden, sich dauernd an jedem Orte des Landes aufzuhalten und daselbst nach Ablauf von 6 Jahren durch diesen Aufenthalt das Wohnortsrecht zu erwerben, fällt der Grund, weshalb die Gemeinden in dem oben mitgetheilten §. 10 des Gesetzes vom 23. Januar 1852 zur Aufnahme eines die Niederlassung suchenden Landeseinwohners, sobald derselbe den dort näher bezeichneten Bedingungen zu genügen im Stande ist, verpflichtet sind, hinweg, und nur denjenigen Personen, welche mit ihren noch nicht in selbstständigen Verhältnissen lebenden Familiengliedern sich bisher tadellos betragen haben und ein zu ihrem und ihrer Familie nachhaltigen Unterhalte hinreichendes Vermögen nachweisen, muß billiger Weise die Möglichkeit gelassen werden, auch vor Ablauf der 6jährigen Aufenthaltsdauer das Wohnortsrecht in der Weise zu erwerben, wie es §. 9 bestimmt.

Vergl. übrigens Württembergisches revidirtes Bürgerrechtsgesetz vom 4. December 1833, Art. 11, 19; Badensches Gesetz

über Niederlassung und Aufenthalt vom 4. October 1862; Sächsisches Gesetz vom 15. October 1861.

Zu §. 10. Die Ausdehnung der den Inländern zugestandenen Freizügigkeit auch auf Ausländer, so wünschenswerth dieselbe auch wegen des wohlthätigen Einflusses auf die gewerbliche Production und auf die Entwicklung der Industrie sein möchte, hat wegen der geographischen Lage des Landes aus den oben angeführten Gründen in dem Gesetze nicht ausgesprochen werden können. Dagegen ist durch die Schlussbestimmung des Paragraphen die Möglichkeit der Ausdehnung auf das Ausland für den Fall gewährt, daß dort in wohnortsrechtlicher und gewerblicher Beziehung nach wesentlich gleichen Grundsätzen wie hier verfahren werden sollte.

Zu §. 11. Ein Zwang zur Lösung sogenannter Aufenthaltskarten soll künftig nicht mehr stattfinden, weil die dadurch herbeigeführte Belästigung des freien Verkehrs in keinem Verhältnisse zu den damit erzielten Vortheilen steht.

IV. Das Gesetz über Ertheilung der Trauscheine.

A. Frühere Gesetzgebung.

Wenn in alten Zeiten ein Leibeigener oder Lasse die Leibeigene eines andern Leiherrn heirathen wollte, so mußte die Genehmigung des Letzteren eingeholt werden, weil durch die Heirath die Leibeigene aus seinem Hofrechte in das des andern Leiherrn überging. Die Ertheilung dieser Genehmigung wurde mit Geld und anderen Prästationen erkaufte und hieß der Bedemund. Dieser Bedemund war im 15. Jahrhundert im Herzogthume so hoch getrieben, daß Entvölkerung befürchtet wurde und die Wolfenbüttelschen Landstände im Jahre 1433 sich veranlaßt sahen, dagegen einzuschreiten. In dem darauf erfolgenden Landtagsabschiede kam die Vereinbarung zu Stande, daß der Bedemund das früher übliche Maß nicht überschreiten solle. Später, als sich die Leibeigenschafts-Verhältnisse milderten, blieb doch die Bedemunds-Pflicht noch lange bestehen für alle Leute vom Lande, welche rechtlich im Hörigkeits-Verbande gestanden. Durch den Art. 99 der Allgemeinen Landesordnung vom 7. März 1647 wurde der bedemundspflichtigen Bauerschaft vorgeschrieben: »daß, wer heirathen wolle, es sei eine Manns- oder Weibsperson, solches vorher dem Amte oder Gerichtsherrn anzeigen, die Gelegenheit dessen, mit dem er sich zu befreien gedente, mit Fleiße berichten, den Bedemund, da er gebräuchlich, abtragen und darauf bei 10 Fl. Strafe einen Zettel vom Amte oder Gerichte nehmen solle.« Geldstrafen sollten nicht bloß die Zuwiderhandelnden treffen, sondern auch die Bauermeister, welche die Beobachtung dieser Vorschrift nicht wahrten; und die Amtskammer-Ordnung von 1688 ver-

hängte Ordnungsstrafen über die Landgeistlichen, welche vor dem Nachweis der Erlaubniß-Erkauung das Aufgebot zur Ehe vornehmen würden. Dieses Alles geschah jedoch nur als Controle-Maßregel über die Einholung des Bedemunds, nicht aus landespolizeilichen Rücksichten auf Ernährungsfähigkeit. So blieb es bis zur westphälischen Zwischenherrschaft. Die französische Gesetzgebung räumte auch hier Vieles von dem alten Wust auf. Von Bedemund war ferner keine Rede; es war auch bei uns, wie in Frankreich, Jedermann freigestellt, auf eigene Verantwortung einen Ehebund zu schließen. Dieser Zustand überdauerte noch die westphälische Zeit um ein volles Jahrzehent. Erst durch die Verordnung vom 24. März 1825, die Wiedereinführung der Trauscheine betreffend, wurden die alten obrigkeitlichen Bescheinigungen wegen Gestattung der Trauungen wieder eingeführt, aber, anknüpfend an das Geschichtliche, lediglich für Bauersleute, welche vorher bedemundspflichtig gewesen waren.

Die Verordnung bestimmte, daß alle auf dem platten Lande wohnhaften Mannspersonen und Wittwen, welche sich zu verehelichen wünschten und nach der früheren Verfassung zur Lösung des sogenannten Bedemundscheins verpflichtet gewesen seien, bei dem vorgesezten Herzogl. Kreisamte einen Trauschein zu lösen hätten; daß von diesen Behörden die persönlichen Verhältnisse und die häusliche Lage derjenigen Personen, welche in die Ehe treten wollten, in gehörige Erwägung zu ziehen, der Trauschein aber nur dann zu bewilligen sei, wenn der beabsichtigten Heirath keine erlassene Gesetze und Verfügungen entgegen ständen, und wenn insbesondere die zu verehelichenden Personen ohne Schwierigkeit sich in einer Gemeinde häuslich niederlassen, eine Wohnung finden und sich mit Familie hinreichend nähren könnten. Die alte Bedemundabgabe wurde abgeschafft und statt dessen eine Gebühr von 4 Ggr. für die Amtsfeuercasse angeordnet. Es herrschte in dieser Verordnung schon der weitere Gesichtspunkt vor, daß die competenten Staatsbehörden, die Kreisämter, in polizeilicher Hinsicht eine Cognition vorzunehmen und darauf zu sehen hätten, daß keine Besorgniß vorhanden sei, die angehenden Eheleute würden demnächst den Ortsarmen-Anstalten zur Last fallen. Befreit von den

Vorschriften dieser Verordnung blieben fortwährend alle Leute vom Lande, welche nicht zum eigentlich pflichtigen Bauerstande gehörten, alle sogenannten Honoratioren, sowie alle Bewohner der Städte. Bald jedoch ging man noch einen Schritt weiter, und dehnte die in jener Verordnung enthaltenen Bestimmungen auf alle Classen der Landeseinwohner aus, um dadurch auch den Städten ein Mittel zu geben, sich gegen das Entstehen solcher Familien sicher zu stellen, welche eine Verarmung befürchten ließen. Nachdem daher durch die Verordnung vom 4. Mai 1830 die Wohnortsrechte der Unterthanen näher regulirt waren, bestimmte die Verordnung vom 8. November 1830, die vor Eingehung der Ehen heizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betreffend, daß diejenigen Mannspersonen, auf welche die oben erwähnte Verordnung vom 24. März 1825 sich nicht erstreckte, vor Gestattung ihrer Verheirathung in den Städten bei dem Magistrate, auf dem Lande bei den Herzogl. Kreisämtern eine obrigkeitliche Bescheinigung darüber zu erwirken hätten, daß der einzugehenden Ehe ein polizeiliches Hinderniß nicht entgegenstehe; eine solche Bescheinigung aber dann erteilt werden solle, wenn wegen des Wohnortsrechts der künftigen Eheleute, sowie wegen ihrer Vermögensverhältnisse und Erwerbsfähigkeit kein Bedenken gegen die zu schließende Ehe obwalte. Für die Verheirathung von Militärpersonen, von Militairpflichtigen, von Staatsdienern zweiter Classe und im Staatsdienste beschäftigten, aber nicht förmlich angestellten Personen, welche anfänglich der Verordnung vom 8. November 1830 gleichfalls unterworfen waren, sind später durch die Declaration vom 23. Februar 1835, das Kriegsdienstgesetz vom 23. Februar 1837 und das Circularrescript vom 1. Juli 1842 noch beschränkende Vorschriften ergangen und ist insbesondere die Genehmigung der vorgesetzten Behörden erfordert worden.

Nachdem im Jahre 1850 eine freie Gemeindeverfassung eingeführt und die Landesverwaltungsbehörden neu organisirt, namentlich die Ämter aufgehoben waren und den Herzogl. Kreisdirectionen eine neue Stellung angewiesen, nachdem ferner auch ein Eingreifen der Gesetzgebung in die gewerblichen Verhältnisse nöthig befunden war, stellte sich das Bedürfniß heraus, auch die

Gesetzgebung in Betreff der Trauscheine, wenn auch nicht durchgreifend zu reformiren, doch aber mit der neuen Organisation in Einklang zu bringen. Da jeder Einzelgemeinde die Sorge für ihre Armen obliegt, wurde für nothwendig gehalten, eine Aufsicht der obrigkeitlichen Gemeindebehörden über die Eingehung der Ehen beizubehalten und somit eine, wenngleich nicht immer wirksame Schranke dem Zustandekommen leichtsinniger Ehen und der Bildung eines den Ortsarmencassen zur Last fallenden Proletariats entgegenzustellen. Es war daher die Beibehaltung der Trauscheine nicht zu entbehren; jedoch erschien eine genauere Präcisirung der Grundsätze über die Ertheilung und Verweigerung derselben zweckmäßig.

Bei der Berathung des von der Regierung der Abgeordneten-Versammlung vorgelegten Entwurfs, aus welchem das gleichzeitig mit dem obenerwähnten Gildgesetze publicirte Gesetz vom 22. Januar 1852, die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betreffend, hervorging, entstand eine Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und Ständen über die Frage: wer den Trauschein zu ertheilen habe?

Die Regierung wollte das Geschäft der Trauscheins-Ertheilung in den Landgemeinden der Landesverwaltungsbehörde (Kreisdirection), die Landesversammlung dagegen (ebenso wie in den Städten dem Magistrate) dem Gemeinderathe übertragen. Die Landesversammlung ging dabei von der Erwägung aus, daß bei der Frage, ob die Eingehung einer Ehe zuzulassen sei, vorzugsweise diejenige Gemeinde interessirt sei, in welcher die künftigen Eheleute wohnortsberechtigt sind, denn die Wirkung der Ehe nach außen hin zeige sich besonders bezüglich der Domicilverhältnisse und des Armenwesens, also bei Gegenständen, welche zunächst die Gemeinde berührten. Demgemäß wurden die Trauscheine in den Städten von den Magistraten ertheilt, und eine in Betreff der Landgemeinden zu treffende Abweichung von dem Grundsatz, daß die staatlichen Organe unmittelbar und in erster Instanz nur bei solchen Angelegenheiten zu theilhaben seien, welche über das Gebiet der Einzelgemeinde hinausgehen, würde nur durch überwiegende Zweckmäßigkeitsgründe gerechtfertigt werden können. Die

Regierung dagegen erkannte in der Trauscheins-Ertheilung eine Angelegenheit der Landespolizei, deren Besorgung, wenn auch das Interesse der Gemeinde dabei theilhaftig sei, doch principaliter der Staatsbehörde zukomme; es müßten daher ganz überwiegende Gründe vorliegen, wenn es gerechtfertigt werden sollte, dieses Geschäft der Landespolizei ein für alle Mal den Landgemeinden gegen die bisher bestandene Einrichtung zu übertragen. Wenn auch hinsichtlich der Möglichkeit des künftigen Fortkommens der Eheleute die Gemeinden bei der Schließung von Ehen besonders interessirt seien, so sei für die Wahrnehmung dieses Interesses dadurch gesorgt, daß ohne vorgängiges Gehör der Gemeindebehörde der Trauschein nicht ertheilt werden dürfe. Da die Regierung bei diesen Ansichten beharrte, so fügte sich schließlich die Landesversammlung denselben, um nicht das Zustandekommen des ganzen Gesetzes zu verhindern. In diesem Gesetze, welches — bis auf zwei weiter unten zu erwähnende Modificationen, das erforderliche Lebensalter und das Heirathen der Gesellen betreffend, — noch jetzt Gültigkeit hat, ist vorgeschrieben, daß alle Mannspersonen, welche heirathen wollen, eines Trauscheins von der obrigkeitlichen Behörde (Magistrat in den Städten, Herzogl. Kreisdirection auf dem Lande) ihres Heimathsorts bedürfen, daß in polizeilicher Hinsicht der einzugehenden Ehe kein Hinderniß entgegenstehe (§. 1). Die Herzogl. Kreisdirection hat vor Ausstellung des Trauscheins den betreffenden Gemeinderath gutachtlich zu hören. Ist dieser gegen die Gestattung der Verheirathung, die Herzogl. Kreisdirection aber anderer Ansicht, so ist Ersterem zu eröffnen, daß dennoch nach 14 Tagen der Trauschein ertheilt werden würde, wenn nicht binnen der Frist der Recurs an Herzogl. Staatsministerium erfolgt sei (§. 2). Der Trauschein ist zu ertheilen, wenn das Wohnortrecht des Nachsuchenden in der Gemeinde festgestellt ist, wenn der Nachsuchende das 27. Lebensjahr zurückgelegt hat (bei jüngeren Mannspersonen nur dann, wenn die Lage derselben oder deren Familie durch die Verheirathung verbessert wird und eine Belastung der Gemeinde nicht zu fürchten ist); wenn der Nachsuchende für sich und seine Familie eine Wohnung nachweist, und wenn nach den Vermögensverhältnissen oder der Erwerbsfähigkeit der

künftigen Eheleute anzunehmen ist, daß sie als Familie ihr Durchkommen finden werden. Den nicht zu der Classe der Bauhandwerker gehörigen Handwerksgefellcn ist das Heirathen in der Regel verboten (§. 3). Alle im stehenden Truppencorps dienenden oder zu den besoldeten Stämmen der Landwehr gehörigen Unterofficiere, Spielleute und Soldaten haben zu ihrer Verheirathung vor der Ertheilung des Trauscheins die schriftliche Genehmigung des Brigade-Commandos zu erwirken (§. 4). Den dem stehenden Truppencorps und den besoldeten Stämmen der Landwehr nicht angehörigen, aber ihrer Militairpflicht noch nicht entlassenen Mannspersonen der ersten fünf Altersclassen darf der Trauschein nur ertheilt werden, wenn durch die Verheirathung ihre oder ihrer Familie Lage verbessert wird. Die Entscheidung darüber steht — auch in den Städten — der Herzogl. Kreisdirection zu (§. 5). Den Staatsdienern zweiter Classe und den im Dienste des Staats beschäftigten, aber nicht förmlich angestellten Personen darf der Trauschein nur mit Zustimmung ihrer vorgesetzten Behörde ertheilt werden (§. 6). Auswärtigen darf der Trauschein nicht eher ertheilt werden, als bis sie die Genehmigung der Landesregierung zur Aufnahme in den diesseitigen Unterthanenverband erlangt haben (§. 7). Gegen die Weigerung der Behörden ist Recurs an die vorgesetzte Verwaltungsbehörde zulässig. Abschlägigen Bescheiden sind die Gründe beizufügen (§. 8). Officiere und Militairbeamte mit Officiersrang im activen Dienste, auf Wartegeld oder in Pension, ferner die zu den besoldeten Stämmen der Landwehr gehörenden Officiere bedürfen jene obrigkeitliche Bescheinigung nicht, haben aber den landesherrlichen Consens zu ihrer Verheirathung einzuholen (§. 9). Vor Beibringung des Trauscheins resp. landesherrlichen Consenses darf kein Prediger, Rabbiner oder Richter (bei Ehen zwischen Christen und Juden) mit dem Aufgebote und der Trauung verfahren, bei 20 Thlr. Strafe, mit Vorbehalt einer etwa verwirkten höheren Strafe wegen Dienstvergehens (§. 11).

B. Das neue Gesetz.

Wir haben in dem vorigen Abschnitte gesehen, welche polizei-

lichen Beschränkungen bei der Eingehung der Ehen bis auf den heutigen Tag im Herzogthume bestehen. Auch bei dem Erlasse der neuen Gewerbegesetzgebung hat die Landesregierung für nothwendig gehalten, diese Beschränkungen im Wesentlichen bestehen zu lassen, mit der Modification, daß das normale Alter der Heirathsfähigkeit von dem 27. auf das 25. Lebensjahr herabgesetzt worden, und daß die Beschränkung: es solle regelmäßig Handwerksgefallen kein Trauschein ertheilt werden, aufgehoben ist. Die Landesversammlung erkannte es als eine Consequenz des Grundsatzes der Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, daß die hinsichtlich der Erlaubniß zur Heirath bestehenden Beschränkungen auf ein geringeres Maß zurückgeführt würden, und daß auch kein höheres Lebensalter zur Eingehung der Ehe, als dasjenige erfordert wird, welches zum Betriebe eines eigenen Gewerbes befähigt, und glaubte somit den Rücksichten freierer Bewegung auf dem Gebiete der Erwerbsthätigkeit hinlängliche Rechnung zu tragen.

Bei der Berathung des Gesetzes erhoben sich in der Landesversammlung gewichtige Stimmen für die gänzliche Abschaffung der Trauscheine und somit der staatlichen Beaufsichtigung der Eheschließungen überhaupt — abgesehen von den unter besonderen Voraussetzungen (z. B. bei Militärpersonen, Staatsdienern zweiter Classe u. dergl.) erforderlichen Ehegenehmigungen; und wurde namentlich von einem Abgeordneten ein Antrag auf Beseitigung der Trauscheine gestellt und mehrfach unterstützt, während andererseits gegen die praktische Durchführbarkeit desselben Bedenken erhoben wurden. Wir glauben nicht den Zweck dieser Mittheilungen zu überschreiten, wenn wir in Rücksicht auf die Wichtigkeit der angeregten Frage aus den Motivirungen des Antrages Einiges in möglichster Kürze mittheilen. Der Antragsteller ging davon aus, daß die Ehe und ein geordneter Familienstand ein Recht sei, auf dessen Verwirklichung einem Jeden ein angeborener und unveräußerlicher Anspruch zustehe, daß die Ehe diejenige Einrichtung sei, welche den ganzen Schatz der sittlichen Vervollkommenung auf die Nachwelt fortpflanzen solle. Der Mann bedürfe naturnothwendig der Ergänzung durch ein weibliches Wesen. In der constanten Liebe des Mannes zu Gattin und Kindern habe Gott

selbst für diese hohe Bestimmung der Ehe einen Fingerzeig gegeben, die selbst den Roheren mit dem Zuge erfülle, seine Kinder besser zu erziehen, als er selbst sich fühle, die Laster, die ihm selbst anhaften, vor jenen zu verdecken und sie davor zu bewahren. Gerade aber die roheren, die ärmeren Classen, denen hiernach die Ehe am meisten ein Bedürfniß, von derselben auszuschließen, ihnen so die Mittel zur Gesittigung und Charakterfestigung zu entziehen, sei der Erfolg, wenn nicht der ausgesprochene Zweck der Trauscheine. Daher sei es Recht, Jedermann frei zu geben, auf eigene Verantwortung hin einen Ehebund zu schließen, Unrecht, dieses ohne den dringendsten Grund zu verweigern. Ein geordnetes Staatsleben ohne Ehebeschränkungen sei in der Vergangenheit möglich gewesen und sei es auch heute noch, wie England, Frankreich, Holland unter zum Theil schwierigen gesellschaftlichen Zuständen bewiesen. Auch Preußen, Sachsen, Oldenburg, Nassau, Waldeck und Anhalt künnten keine Trauscheine, während solche sich in Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogthum Hessen, Sachsen-Weimar und Mecklenburg fänden; Hannover und Kurhessen aber ein gemischtes System befolgen. In den Ländern mit Ehebeschränkungen würden zwar nicht weniger Kinder geboren, als in den Ländern ohne Ehebeschränkungen, aber die Zahl der unehelichen Geburten sei in jenen eine unverhältnißmäßig größere, als in diesen. Auch in unserem Lande kämen viele uneheliche Geburten vor und scheine der Grund dieser Mißstände in dem späten heirathsfähigen Alter von 27 Jahren zu liegen. Den Zurückgewiesenen erfülle ein Gefühl der Erbitterung gegen die Rechtsordnung; er wende sich häufig dem Concubinate zu, gegen welches zwar gesetzliche Strafen (im Jahre 1593 sogar unter Umständen bis zur Todesstrafe) angedroht, aber niemals streng gehandhabt seien. Die Rücksicht gegen Concubinate habe in diesen Verhältnissen einen Zug von Beständigkeit gefördert, der in unzähligen Fällen zu der späteren Umwandlung in gesetzliche Ehen geführt habe, also die Geschwächte wieder zu Ehren gebracht, den nach der Ordnung des Rechts vaterlos geborenen Kindern einen Vater gegeben habe. Jetzt sei noch Zeit und Raum, was die Vergangenheit und eine zweckwidrige Gesetzgebung gesündigt, durch eine gründliche Umkehr

zu bessern. Das schlimmste aller Verhältnisse für ein geordnetes Staatsleben sei eine große Anzahl unehelich Geborener, weil diese am meisten der Gefahr sittlicher Verwahrlosung ausgesetzt seien. Daher werde durch Abschaffung der Trauscheine die schlimmste Quelle aller Entfittlichung, aller Armuth verstopft sein.

Die gegen den Antrag hervorgehobenen Bedenken wurden hauptsächlich entlehnt aus der gesetzlich bestehenden Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung ihrer Angehörigen im Falle der Verarmung, zugleich aber wurde bezweifelt, daß die Aufhebung der Trauscheine wesentlich auf die Verminderung des Pauperismus einwirke, worüber es zur Zeit noch an hinlänglichen Erfahrungen fehle. Da in formeller Beziehung geltend gemacht wurde, daß der Antrag so weit von der Regierungsvorlage abweiche, daß er nicht mit derselben berathen werden könne, sondern als selbstständiger Antrag zu behandeln sei, so einigte sich schließlich die Landesversammlung am 23. April 1864 zu dem Beschlusse, „das Herzogl. Staatsministerium zu ersuchen, das Gesetz vom 22. Januar 1852, die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betreffend, in der Richtung der thunlichsten Erleichterung der Ehe einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und dieselbe Prüfung zugleich auf die Gesetzesbestimmungen über die Verpflichtung der Gemeinden zu Armenunterstützungen auszudehnen;“ nahm auch die Regierungsvorlage unverändert an, welche das bestehende Recht nur insoweit ändert, daß (nach §. 1) an die Stelle des im §. 3 Nr. 2 des Gesetzes vom 22. Januar 1852 Nr. 7 vorgeschriebenen 27. Lebensjahres das 25. Lebensjahr tritt; übrigens die Berechtigung der Behörden, auch jüngeren Mannspersonen den Trauschein dann zu erteilen, wenn die Verhältnisse der angehenden Eheleute von der Art sind, daß die Lage derselben oder ihrer Familien durch die Verheirathung verbessert wird oder eine Belastung der Gemeinden nicht zu befürchten ist, bestehen bleibt; — daß ferner (nach §. 2) die Bestimmung im §. 3 des citirten Gesetzes vom 22. Januar 1852, nach welcher den nicht zu der Classe der Bauhandwerker gehörenden Handwerksgefelln das Heirathen in der Regel verboten sein soll, aufgehoben wird.

V. Das Gewerbesteuer-Gesetz.

A. Frühere Gesetzgebung.

Während der westphälischen Regierungsperiode wurde nebst vielem Andern auch das Besteuerungssystem im Herzogthume umgestaltet und namentlich rücksichtlich der Besteuerung der Gewerbe durch das Gesetz vom 12. Februar 1810 eine sogenannte Patentsteuer eingeführt. Nach der Wiederherstellung der rechtmäßigen Landesregierung wurde diese Steuer bis zum Jahre 1821 forterhoben, damals aber das Bestreben, altbraunschweigische Zustände mit zeitgemäßen Reformen wieder herzustellen, auch in dieser Richtung zur Geltung gebracht, indem gleichzeitig mit der Gewerbe- und Silberordnung am 29. October 1821 eine *Verordnung, die Gewerbesteuer betreffend*, publicirt wurde. Modificationen dieser Verordnung erfolgten durch die Verordnung vom 7. Februar 1822, nach welcher von den Gewerbetreibenden auf dem Lande die Contribution von der Nahrung erhoben werden sollte, und durch zwei Gesetze vom 11. Mai 1835, Contraventionen gegen die Gewerbesteuer betreffend, und die Legitimation der inländischen Gewerbetreibenden durch Concessionen anstatt der früheren Gewerbescheine betreffend. Diese Periode unserer Steuergesetzgebung enthält insofern einen Fortschritt, als ein gewisses System der Besteuerung der Gewerbe eingeführt wurde. Es wurde der Grundsatz anerkannt, daß Gewerbetreibende in größeren Ortschaften der Regel nach mehr Gelegenheit zum Arbeitsverdienste hätten, als in kleineren Orten, und daß jene daher auch zu höherer Steuerzahlung im Stande seien. Es wurden daher in jeder der angenommenen fünf Steuerclassen vier Bevölkerungsgruppen gebildet. Ge-

meinden mit über 10,000 Seelen, von 4000 bis 10,000, von 2000 bis 4000 und unter 2000 Seelen, und darnach Abstufungen der Steuern bestimmt, endlich eine Anzahl von Gewerben außerhalb der Classen besteuert. Indessen hatte dieses ganze System doch sehr wesentliche Mängel und besteuerte den Gewerbebetrieb auf mehrfache und höchst ungleichmäßige Weise. Während nämlich die Gildemitglieder in den Städten von der Gewerbesteuer ganz befreit waren, während ferner ein Theil der Gewerbetreibenden auf Grund der Verordnung vom 29. October 1821 zur Gewerbesteuer herangezogen ward, musste ein anderer Theil die durch die Verordnung vom 7. Februar 1822 wieder eingeführte frühere Steuer, die Contribution von der Nahrung, entrichten, und während die zu dieser Steuer Verpflichteten in den Landstädten nur die Contribution von der Nahrung zahlten, mussten dieselben Gewerbetreibenden in den Landgemeinden auch noch zum Landschaz beisteuern. Die Müller zahlten zwar diese Abgabe nicht; dagegen aber mussten diejenigen Müller, welche das Gewerbe als Pächter betrieben, Mühlenchaz von der Nahrung entrichten; als Eigenthümer waren die Müller frei von dieser Abgabe vom Gewerbe, sie mussten aber dagegen einen Grund-Mühlenchaz entrichten, welchem nach der Chazordnung die Eigenschaft einer Grundabgabe beigelegt war. Bei der Contribution von der Nahrung ward nur hinsichtlich einiger weniger Handwerker auf den Umfang ihres Geschäftsbetriebes Rücksicht genommen, und trifft den Landschaz in der Hinsicht ein gleicher Vorwurf, daß dessen Betrag unter Anderm sich darnach richtet, ob der Steuerpflichtige ein Hausbesitzer oder Inquilin ist, — ein Unterschied, welcher bei der Besteuerung des Gewerbebetriebes überall keine Berücksichtigung finden kann. Ebenso große Verschiedenheiten fanden hinsichtlich des Betrages des Simplums der Contribution und besonders der Zahl der Simpla, welche erhoben wurden, Statt. In den Landstädten des Braunschweig-Wolfenbüttelschen Theils wurden $44\frac{2}{16}$, in den Landgemeinden desselben Landestheils $44\frac{1}{2}$, in den früher Celleschen Gemeinden $40\frac{1}{2}$, in den Gemeinden des Amts Thedinghausen 37, im Fürstenthume Blankenburg aber $34\frac{7}{16}$ Simpla erhoben, und äußerte sich die Verschiedenheit des Simplums selbst am auf

fallendsten in den Gemeinden des Fürstenthums Blankenburg, wo fast jede Gemeinde ihren besondern Contributionsfuß hatte. Daher kam es, daß die Genossen desselben Gewerbes in der einen Gemeinde oft doppelt so viel bezahlen mußten, als in der andern; daß, während der Schenkwirth in der einen Gemeinde 2 Ggr., derselbe in der andern Gemeinde 1 Ggr., ja in mehreren anderen nur 4 Pf. in *simplo* zu entrichten hatte. Auch mangelte es hinsichtlich der Besteuerung einiger Gewerbetreibenden an gesetzlichen Bestimmungen darüber, ob solche zur Contribution von der Nahrung oder zur Gewerbesteuer heranzuziehen waren, und hatten die veranlagenden Behörden zum Destern nach einem sichern Leitfaden sich vergebens umgesehen, sowie denn überhaupt die Besteuerung der Gewerbetreibenden nach verschiedenen Gesetzen und Tarifen mit vielen Inconvenienzen für die Veranlagung sowohl, als für die Erhebung der Steuern verbunden sein mußte.

Um alle diese Uebelstände zu beseitigen und eine gleichmäßigere, auf geregelten Grundsätzen beruhende Besteuerung des Gewerbebetriebes einzuführen, namentlich den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß der Betrag der Steuer so viel als möglich sich nach dem muthmaßlichen Umfange des Gewerbebetriebes und des Kreises der für jeden Gewerbetreibenden zulässigen Erwerbsthätigkeit richten müsse,

ein Princip, welches bei der früheren Besteuerung des größten Theils der Gewerbetreibenden, nämlich aller derer, welche auf den Grund der Verordnung vom 7. Februar 1822, die Contribution von der Nahrung betreffend, und nach dem berichtigten und moderirten Contributionsfuße vom 14. August 1787 zur Contribution von der Nahrung herangezogen worden, fast gänzlich und sogar in dem Maße unberücksichtigt geblieben war, daß selbst die Gesellen der Bauhandwerker, obgleich denselben der selbstständige Gewerbebetrieb untersagt war, zur Contribution von der Nahrung herangezogen wurden, —

wurde am 4. April 1837 ein neues Gesetz über die Gewerbesteuer erlassen, welches alle oben erwähnten früheren Verordnungen über die Besteuerung der Gewerbe aufhob und welchem

alle Gewerbetreibende im Herzogthume, soweit sie nicht durch das Gesetz von der Steuerpflicht entbunden wurden, unterworfen sein sollten. Befreit von der Gewerbesteuer blieben jedoch die Gildegenossen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel »bis zu einer anderweiten Regulirung der Steuerverhältnisse dieser Städte«, während die Gildegenossen in den übrigen Landestheilen, welche bisher nur Contribution von der Nahrung gezahlt hatten, sofort zur Gewerbesteuer herangezogen wurden. Die Befreiung der Gilden in Wolfenbüttel währte bis zum 1. Januar 1859. Als von diesem Zeitpunkte an durch das Steueraus Schreiben vom 4. August 1858 die neue allgemeine Grundsteuer für das ganze Land (mit Ausnahme der Stadt Braunschweig), also auch für die Stadt Wolfenbüttel eingeführt ward, wurden die früher unter verschiedenen Benennungen von den Grundstücken erhobenen Steuern, als Landschaz, Zehntschat, Schasschat, Mühlenschaz, Stadttage, Viehschat, Hirtenviehsteuer, Landmilizgeld, Reiterservice, Fouragegeld, Proviantgeld, Landsteuer, sowie auch die in der Stadt Wolfenbüttel erhobenen Abgaben an Proviantgeld, Service, Fouragegeld und an Mahl-, Schlacht- und Thoraccise aufgehoben, dagegen aber die Stadt Wolfenbüttel auch zur Grundsteuer, sowie die Gildegenossen daselbst zur Gewerbesteuer nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. April 1837 herangezogen.

Die Befreiung der Gilden in der Stadt Braunschweig dagegen dauerte bis auf die neueste Zeit fort. Wir verweisen rücksichtlich der Steuerverhältnisse beider Städte auf die weiter unten folgende Bemerkung zu den §§. 34 und 35 des neuesten Gewerbe-
steuergesetzes.

Das Gewerbesteuergesetz vom 4. April 1837 und der demselben angehängte Tarif gehen von dem Grundsatz aus, daß der Betrag der von einem Gewerbe zu entrichtenden Steuer nach dem Umfange des Gewerbebetriebes zu bemessen sei. Als wesentlichstes Merkmal für diesen Umfang stellt dann der Tarif für die große Mehrzahl aller Gewerbe die Höhe der Bevölkerungszahl des Ortes auf, in welchem das Gewerbe betrieben wird. Dem entsprechend ist der Tarif folgendermaßen gestaltet:

A. Die Ortschaften werden nach ihrer Bevölkerung in vier Gruppen getheilt. Für jede Gruppe aber sind fünf, und da in einzelnen Fällen nur die Hälfte des letzten Classensatzes gefordert wird, sechs Steuerclassen mit verschiedenen Steuersätzen gebildet.

In diese Classen wird die Mehrzahl aller Gewerbetreibenden theils unbedingt, theils nach der Anzahl ihrer Gehülfsen; die Weber und Billardhalter ausnahmsweise nach der Anzahl der Webstühle, beziehungsweise Billards, eingeordnet:

a) Unbedingt stehen:

in I. Classe

zum Satze von 12 Thlr. in der ersten Bevölkerungsgruppe,

„ „ „ 8 „ „ „ zweiten „

„ „ „ 6 „ „ „ dritten „

„ „ „ 4 „ „ „ vierten „

Gastwirth erster Classe, Bijouterie-, Buch-, Drogueriemaaren-, Juwelenhändler, Kaufleute en detail, Modemaaren-, Seidenwaaren-, Weinändler;

in II. Classe

zum Satze von 7 Thlr. in der ersten Bevölkerungsgruppe,

„ „ „ 5 „ „ „ zweiten „

„ „ „ 4 „ „ „ dritten „

„ „ „ 3 „ „ „ vierten „

Bücherverleiher, Commissionaire, Conditoren, Gastwirth zweiter Classe, Galanteriewaaren-, Holz-, Korn-Händler im Kleinen, Kunst-, Leder-, Musikalien-Händler;

in III. Classe

zum Satze von 6 Thlr. in der ersten Bevölkerungsgruppe,

„ „ „ 4 „ „ „ zweiten „

„ „ „ 3 „ „ „ dritten „

„ „ „ 2 „ „ „ vierten „

Bier- und Brantweinschänker, Destillateure, Gastwirth dritter Classe, Makler, Antiquare, kurze eiserne Waaren-, Parfümeriewaaren-, Stein- u. Händler;

in IV. Claſſe

zum Saße von 3 Thlr. in der erſten Bevölkerungsgruppe,

» » » 2 » » » zweiten »

» » » $1\frac{1}{3}$ » » » dritten »

» » » 1 » » » vierten »

Barometermacher, Bernſteinarbeiter, Clubwirth, Feilſchlächter von Schweinegut, Garböche, Speiſewirth, Viehmaſter, dann Federvieh-, Obſt-, Fiſch-, Wildpret-, Wollen- und Baumwollengarn-, Holzwaaren-Händler, Tabulettfrämer, Löffelwaaren-Händler, Trödler, Viehhändler im Kleinen;

in V. Claſſe

zum Saße von $1\frac{1}{2}$ Thlr. in der erſten Bevölkerungsgruppe,

» » » 1 » » » zweiten »

» » » $\frac{3}{4}$ » » » dritten »» » » $\frac{1}{2}$ » » » vierten »

Gefindevermiether, Handmüller, Herbergirer, Uhrenreparateure, Höfer.

Endlich haben Schuhſticher die Hälfte des Saßes der V. Claſſe zu bezahlen.

b) Nach der Anzahl der Gehülſen ſind in dieſe Claſſen eingereiht:

	C l a s s e				
	I.	II.	III.	IV.	V.
	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.
in Orten über 10,000 Einwohner (1. Bevölkerungsgr.)	12	7	6	3	$1\frac{1}{2}$
in Orten über 4000 Einwohner (2. Bevölkerungsgr.)	8	5	4	2	1
in Orten über 2000 Einwohner (3. Bevölkerungsgr.)	6	4	3	$1\frac{1}{3}$	$\frac{3}{4}$
in Orten bis zu 2000 Einwohner (4. Bevölkerungsgr.)	4	3	2	1	$\frac{1}{2}$

	C l a s s e					
	I.	II.	III.	IV.	V.	
mit Gehülffen:						
1) Bäcker	3 oder mehr	2	1 oder keine	—	—	
2) Gold- und Silber- arbeiter, Graveure, Mechanikus, Opti- kus, Kürschner, Klein-Uhrmacher .	3	2	1	ohne	—	
3) Juwelier, Stein- schneider	2	1	ohne	—	—	
4) Lohgerber, Taback- spinner	—	—	1 oder 2	ohne	—	{ Mit 3 od. mehr Gehülffen als Fabrikant zu veranlagten.
5) Fleischer	—	3	2	1 od. keine	—	
6) Maurer, Zimmer- mann, Dachdecker	31 oder mehr	16—30	5—15	1—4	ohne	
7) Handwerker . . .	13 oder mehr	8—12	4—7	1—3	ohne	{ Haus- schlächter, Lein- klapperer, Stroh- stuhl- macher zahlen nur die Hälfte der Sätze für Handwerker.
8) Gewerbetreibende .	7 oder mehr	5—6	3—4	1—2	ohne	
mit Webstühlen:						
9) Weber, Decken- macher	6 oder mehr	5	4	3	—	{ Mit 1 oder 2 Stühlen die Hälfte des V. Classensatzes, wenn gildemä- ßig betrieben.
mit Billards:						
10) Billardhalter . .	5	4	3	2	1	

Zu 7.

Zu den Handwerkern iſt, mit Ausnahme der vorgenannten Beſchäftigungen, faſt alles gerechnet, was der Sprachgebrauch im weitesten Sinne dahin zählt, jedoch ſind davon noch geſondert: Schmiede (Großſchmied, Huſſſchmied) und eine Anzahl von Gewerben, die im Hauſiren betrieben werden. Drei Gewerbe, als Lein- klapperer, Hauſſſchlächter und Strohfuhlmacher, zahlen nur die Hälfte der Sätze für andere »Handwerker«.

Zu 8.

Als »Gewerbetreibende« ſind von den »Handwerkern« unterſchieden: Barbieri, Büchſenmacher, Federpoſenbereiter, Felbelhut- maker, Gypſfigurenmacher, Glockengießer und Spritzenmacher, Goldſticher, Gürtler- und Broncearbeiter, Instrumentenmacher, Kupferſchmiede, Leimſieder, Maſchinen- und Mühlenbauer, Orgel- bauer, Rothgießer, Schirmmacher, Schrifſtgießer, Seifenſieder, Sie- gellackmacher, Tapezierer, Tuchſchneider, Tuchbereiter, Waſſenſchmiede, Wattenmacher, Zeugſchmiede, — im Ganzen 24 Gewerbe.

B. Für eine große Anzahl von Handel- oder Gewerbetrei- benden gilt nur die Regel, daß ſie nach dem Umfange ihres Be- triebes veranlagt werden ſollen, wobei den veranlagenden Behör- den gewiſſe Grenzen geſteckt ſind, über und unter welche nicht hin- ausgegangen werden darf.

Solcher Grenzpoſitionen giebt es nicht weniger als 24, nämlich:

von 1/2 Thlr. biß 4 Thlr.,				von 2 Thlr. biß 8 Thlr.,			
» 1	» 2	»	»	» 2	» 10	»	»
» 1	» 4	»	»	» 2	» 12	»	»
» 1	» 5	»	»	» 2	» 15	»	»
» 1	» 6	»	»	» 2	» 20	»	»
» 1	» 7	»	»	» 4	» 10	»	»
» 1	» 8	»	»	» 4	» 20	»	»
» 1	» 12	»	»	» 4	» 30	»	»
» 1	» 15	»	»	» 4	» 40	»	»
» 1	» 50	»	»	» 6	» 20	»	»
» 2	» 6	»	»	» 10	» 40	»	»
» 2	» 7	»	»	» 10	» 150	»	»

C. Endlich sollen

- die Buch- und Steindruckere nach der Anzahl ihrer Pressen,
 die Lohnkutscher, Pferdeverleiher, Sengsthalter und Frachtfuhrleute
 nach der Anzahl ihrer Pferde,
 die Lotterie-Haupt-Collecteure nach der Anzahl der übernommenen
 Loose,
 die Mahlmüller nach der Anzahl der Mahlgänge,
 die Borke-, Del-, Pulver- und Walke-Müller nach der Anzahl
 von Vorrichtungen, welche einem Mahlgange gleich zu achten
 sind,
 die Musikanten für jeden Gehülfsen mit einem festen Satze,
 die Viehhändler nach der Anzahl des zum Verkaufe gehaltenen
 Viehes mit sehr verschiedenen Sätzen.
 zur Steuer herangezogen werden.

Die vorstehende Zusammenstellung der einzelnen Bestimmungen, welche sich in dem Tarife nur nach dem Alphabete auffinden lassen, wird die Beurtheilung dieses Systems erleichtern.

Die Richtigkeit des obersten Grundsatzes, von dem der Tarif ausgeht, — die Besteuerung der Gewerbetreibenden nach dem Umfange ihres Gewerbebetriebes, — liegt in der Natur der Sache. Wenn aber der Tarif ferner davon ausgeht, daß, je größer der Ort, in welchem ein Gewerbe betrieben werde, um desto größer auch der Umfang des Gewerbes und damit auch dessen Steuerfähigkeit werde, und der Tarif in Folge dessen für die Veranlagung der großen Mehrzahl aller Gewerbe den Maßstab der Ortsbevölkerung zu Grunde legt (cf. oben unter A. a. und A. b.), so fragt es sich, ob auch dies richtig sei.

Es ist nicht zu läugnen, daß manche Gewerbe in kleineren Orten nicht den Umfang erreichen, als dies in volkreicheren Ortschaften wegen des ausgedehnteren Marktes zum Theil der Fall ist, und insofern scheint sich der Ortsbevölkerungsmaßstab allerdings für die Veranlagung einzelner Gewerbe zur Steuer zu empfehlen. Indessen ist diesem Maßstabe in dem Gewerbsteuergesetze vom Jahre 1837 eine zu allgemeine Ausdehnung gegeben und die Beschränkung desselben auf eine geringe Anzahl von

Gewerben nothwendig. Wir werden weiter unten auf diesen Punkt des Näheren eingehen.

Im Besonderen ist aber bei dem Gewerbsteuergesetze vom Jahre 1837

zu A. a.

noch tadelnd hervorzuheben, daß bei der Veranlagung der unter die hier gegebenen Bestimmungen fallenden Gewerbetreibenden auf den Umfang ihres Geschäftes gar keine Rücksicht genommen werden kann, indem z. B. jeder Kaufmann en detail in Braunschweig, sein Geschäft mag groß oder klein sein, 12 Thlr. Steuer zu zahlen hat.

Zu A. b.

Hier fällt vor Allem die Unterscheidung zwischen »Handwerkern« und »Gewerbetreibenden« auf, indem die ersteren fast die doppelte Zahl von Gehülfen für denselben Steuersatz zu halten befugt sind, als die letzteren. Daß zwischen manchen der nach dem Tarife zu den »Handwerkern«, beziehungsweise zu den »Gewerbetreibenden« gerechneten Beschäftigungen überhaupt ein Unterschied hinsichtlich der Besteuerung gemacht wird, erscheint allerdings gerechtfertigt, indem die Rentirlichkeit einzelner dieser Beschäftigungen offenbar eine verschiedene ist. Indessen ist der gemachte Unterschied in vielen Fällen ganz unmotivirt, z. B. bei Barbieren und Frisuren, Tuchscheerern und Decartirern, Fellehutmachern und Hutmachern, Rothgießern und Gelbgießern, Zeugschmieden, Schlossern und Waffenschmieden 2c. 2c.

Ebenso ist auch die Unterscheidung der oben unter Ziffer 1 bis 5 genannten von den übrigen Handwerkern und Gewerbetreibenden zum Theil eine übertriebene. Wenn der Schneider mit 3 Gehülfen 3 Thlr. an Steuer zahlt, dagegen der Kürschner mit 3 Gehülfen 12 Thlr., so ist der letztere offenbar zu hoch besteuert. Dagegen stehen die Fleischer zu niedrig im Vergleich zu den unter Ziffer 1 bis 4 genannten Gewerbetreibenden.

Zu B.

Es hat für eine große Anzahl von Gewerben unverkennbare

und bis jetzt unüberwundene Schwierigkeiten, den Umfang ihres Betriebes nach gewissen voraus zu bestimmenden Merkmalen zu bemessen. Es bleibt daher bei der Besteuerung dieser Gewerbe nichts weiter übrig, als die Behandlung jedes einzelnen Falles dem Ermessen der veranlagenden Behörden zu überlassen. Indessen erscheint es erforderlich, diesem Ermessen angemessene Grenzen zu setzen, und zu diesem Behufe diese Gewerbe in gewisse Gruppen mit bestimmten Minimal- und Maximalsätzen zu theilen, damit nicht der für die Veranlagung erforderliche Spielraum mehr als erforderlich ausgedehnt werde. Diesen Erfordernissen ist aber im Tarife vom Jahre 1837 nur in ungenügender Weise Rechnung getragen. Denn eine Gruppierung dieser Gewerbe ist gar nicht vorhanden, da, wenn auch für die Veranlagung einzelner Gewerbe gleiche Minimal- und Maximalsätze gegeben sein sollten, dies doch mehr auf einem Zufall, als auf einer bestimmten Absicht zu beruhen scheint. Daher kommt es denn, daß die Zahl der verschiedenen Minimal- und Maximalsätze unnöthiger Weise so sehr vervielfältigt ist. Endlich aber sind die Maximalsätze zum Theil so hoch gestellt, daß diese Sätze niemals haben zur Anwendung gebracht werden können.

Die vorstehenden Bemerkungen, deren Reihe bei einem näheren Eingehen auf den Tarif noch bedeutend ausgedehnt werden könnte, werden genügen, um zu zeigen, an wie großen Mängeln das im Jahre 1837 eingeführte Gewerbesteuer-system litt. Eine Reform dieser Mängel würde daher schon längst nothwendig geworden sein, wenn nicht die Gewerbesteuer im Ganzen eine mäßige wäre, und nicht eben deshalb die großen Unbilligkeiten und Ungleichmäßigkeiten der bisherigen Besteuerung weniger fühlbar gewesen wären.

Sobald aber, wie jetzt geschehen, das gesammte Gewerbewesen einer von dem Principe der Gewerbefreiheit ausgehenden Reform unterworfen ward, mußte damit nothwendig auch eine Reform der Gewerbesteuergesetzgebung Hand in Hand gehen, da dieselbe mit ihrem Tarife lediglich auf dem Concessionswesen beruht und eben deshalb mit dem Wegfall des letzteren zur ferneren Veranlagung der Steuer in hohem Grade ungeeignet geworden

wäre. Namentlich würde eine der segensreichsten Folgen der Gewerbefreiheit, die freie Bewegung, aufgehoben werden, wenn man bei dem gildemäßigen Gewerbebetriebe den Grundsatz beibehalten wollte, daß jedes Gewerbe für sich besteuert werden müsse, oder beim Handel den Groß- und Detailhandel unterschiede und dafür besondere Steuersätze aufstellte, und so den Handwerker und Kaufmann der Gefahr aussetzte, stets mit der Steuerbehörde in Conflict zu gerathen und übermäßig hohe Steuern entrichten zu müssen, wenn er von der ihm ertheilten Erlaubniß des freien Gewerbebetriebes Gebrauch machte. Es ist aber ohne weiteren Beweis einleuchtend, daß es nicht möglich war, jene Grundsätze durch andere zu ersetzen, ohne in den ganzen Organismus des Gesetzes vom 4. April 1837 einzugreifen, daß also einzelne Abänderungen dieses Gesetzes nicht ausreichten, vielmehr ein neues Gesetz an dessen Stelle treten mußte.

B. Das neue Gesetz.

Das neue Gewerbsteuergesetz geht von dem Gesichtspunkte aus, daß das gesammte Gewerbsteuerwesen einer Reform im Sinne der Gewerbefreiheit unterzogen werden müsse.

Was nun zunächst die Gesamtsumme der zu erhebenden Gewerbesteuer betrifft, so kommt in Betracht, daß die verschiedenen directen Steuern, welche im Herzogthume zur Erhebung kommen, in einem richtigen Verhältnisse zu einander stehen müssen, und daß ein solches richtiges Verhältniß zwischen der Gewerbesteuer und der ihr am nächsten stehenden Grundsteuer bisher nicht vorhanden gewesen ist. Man hat daher eine mäßige Erhöhung der Gewerbesteuer für unbedenklich und gerechtfertigt gehalten. Allerdings wird die durch das Gesetz vom 24. August 1849 neu geordnete Grundsteuer immer das vornehmlichste Einkommen des Staates aus den directen Steuern bilden müssen, nicht allein weil in unserm Herzogthume die Landwirthschaft die weitaus hauptsächlichste Beschäftigung ist, sondern auch weil dieselbe ein ungleich gesicherteres Einkommen gewährt als der Handel,

der Fabrik- und Gewerbebetrieb, da jene von äußeren Verhältnissen, namentlich von Handelsconjuncturen und kriegerischen Zeitläuften, weit weniger zu leiden hat als die letzteren. Aus diesem Grunde würde es in der That ungerecht und fehlerhaft sein, das Einkommen vom Handel und der Industrie nach demselben Procentsatze zur Steuer heranzuziehen, als das Einkommen von der Bebauung des Grundes und Bodens; allein wenn man gegen die eine Classe der Steuerpflichtigen nicht unbillig verfahren will, so muß zwischen der Besteuerung beider ein richtigeres Verhältniß bestehen, als zwischen den geringen Steuerfüßen des Tarifs vom 4. April 1837 und der jetzigen Grundsteuer der Fall ist.

Diese Ungleichheit der Besteuerung erklärt sich naturgemäß aus den Verhältnissen. Das Gewerbesteuergesetz von 1837 führte zuerst eine größere Freiheit des Gewerbebetriebs ins Leben. Bis zu jenem Zeitpunkte schützte die Erschwerung der Niederlassung und die wachsame Fürsorge der Behörden den Handwerker wie den Kleinhändler vor allzu starker Concurrrenz; das wenn auch durchschnittlich kärgliche, doch ziemlich gesicherte Einkommen reichte bei einiger Einschränkung und geringen Bedürfnissen zur Bestreitung der nöthigen Ausgaben hin. Bis dahin drohte weder den in allergebräuchter Weise betriebenen Gewerben durch fabrikmäßige Anfertigung gleichartiger Waaren Gefahr, noch konnten Gegenstände auswärtigen Gewerbfleißes mit geringen Kosten aus weitester Ferne bezogen werden; aber eben der Mangel an Concurrrenz, diesem mächtigsten Hebel der Thätigkeit und des Nachdenkens, hatte im Ganzen einen Grad der Verkümmerng herbeigeführt, welcher dieser Gattung des Gewerbebetriebes nur geringe Lasten aufzulegen erlaubte. Doch seit jener Zeit ist dieser Zustand des Stillstandes und der Ruhe einer fortschreitenden Bewegung und raschen Entwicklung gewichen. Der Eintritt Braunschweigs in den Zollverein gewährte den ersten Impuls in dieser Richtung, indem er dem Handel wie dem Gewerbefleiß ein sehr bedeutendes Absatzgebiet schuf, zugleich aber die bis dahin wenig empfundene Concurrrenz fühlbar machte. Wichtige und tiefgreifende Erfindungen auf dem Gebiete der Naturwissenschaften, Verbesserung der Maschinen und Anwendung der Dampfkraft haben ihren segensreichen

Einfluß auf fast alle Gewerbe geäußert; der Verkehr auf zahlreichen Eisenbahnen und die Verwendung großer Capitalien zu gewerblichen Zwecken haben seit jener Zeit eine fast vollständige Umwandlung der bisherigen Verhältnisse herbeigeführt. Wie oft und wie zuverlässig man nun auch bei jeder der gedachten Veränderungen den Verfall des Handwerkerstandes voraus sagte, stets trat das Gegentheil davon ein, und sie schufen einen Zeitraum zunehmenden Gewerbestrebes und wachsenden Wohlstandes, wie der Hinblick auf häusliche Einrichtung und Lebensweise der Handwerker in den größeren Orten des Herzogthums, wie deren Veranlagung zu den Gemeindeabgaben unwiderleglich zeigt.

Mehr noch kam die Erleichterung des Verkehrs dem Handel zu Statten. An Stelle der früheren Frachtwagen sehen wir jetzt täglich unabsehbare Güterzüge nach allen Richtungen eilen; die Schnelligkeit, mit welcher der Austausch der Waaren stattfindet, und der geringe Preis, welcher für deren Beförderung gezahlt wird, ziehen jetzt auch solche Gegenstände in den Bereich des Handels, welche früher in Folge der weiten Entfernung der Bezugs- und Consumtionsorte von einander oder des geringen Werthes der Waaren halber davon ausgeschlossen waren.

Aber auch zahlreiche Fabrikunternehmungen sind seit Erlaß des bisher geltenden Gewerbsteuergesetzes entstanden, von welchen die Mehrzahl die großen Capitalien, welche darin angelegt sind, nicht nur angemessen verzinsset, sondern auch den Unternehmern einen Gewinn abwirft, welcher in vielen Fällen die anfänglichen Erwartungen derselben übersteigt.

Es war gewiß richtig, den Handel und den Gewerbebetrieb, als dieselben durch das Gesetz vom 4. April 1837 zuerst in eine neue Lage gebracht waren, nur mit einer mäßigen, die bis dahin gezahlten Abgaben nur wenig übersteigenden Steuer zu belegen. Nach dem bedeutenden Aufschwunge, welchen Beide seit jener Zeit genommen haben, bei dem reichen Gewinne, welchen dieselben bei schwunghaftem Betriebe gewähren, ist es aber nur billig, dieselben in einem größern Umfange als bisher zu den Staatslasten heranzuziehen, um so mehr, als nach den bisher gemachten Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten ist, daß die Einführung der Ge-

werbefreiheit, welche alle Hindernisse der freien Bewegung beseitigt, dem Handel und der Industrie eine weitere Förderung gewähren werde.

Den wesentlichsten Theil des Gewerbesteuergesetzes bildet der im §. 5 enthaltene Gewerbesteuer-Tarif.

Hierdurch rechtfertigt es sich, zunächst auf dessen Motivirung einzugehen und daran dann die weiteren Bemerkungen zur Begründung der übrigen Bestimmungen des Gesetzes zu knüpfen.

A. Zum Gewerbesteuer-Tarif.

Bei der Construction des neuen Tarifs kam es zunächst in formeller Beziehung darauf an, den Fehler des alten Tarifs, die zu große Complicirtheit, zu vermeiden und statt dessen dem neuen Tarife eine größere Einfachheit, dadurch aber zugleich eine leichtere Anwendbarkeit und Uebersichtlichkeit zu geben. Dieses Ziel dürfte wenigstens annähernd dadurch erreicht sein, daß der Tarif einfach in eine bestimmte Anzahl von Classen (18) mit bestimmten Steuerhöhen eingetheilt ist, so daß alle Gewerbebetreibenden in einer dieser Classen zur Steuer herangezogen werden müssen; daneben aber das Princip des Ortsbevölkerungsmaßstabes nur für eine verhältnißmäßig sehr geringe Zahl von Gewerben beibehalten ist.

In dem ersten Tarisentwurfe, welchen die Regierung am 2. Februar 1864 der Landesversammlung vorlegte, hatte dieselbe das Princip des Ortsbevölkerungsmaßstabes gänzlich aufgegeben, davon ausgehend, daß derselbe nicht geeignet sei, ein richtiges Verhältniß der Besteuerung herbeizuführen. Die Regierung nahm jedoch diesen Entwurf zurück und legte am 16. März 1864 einen in dieser und manchen anderen Bestimmungen modificirten Entwurf vor, welcher in seinen wesentlichen Theilen von der Landesversammlung gebilligt und in das am 3. August 1864 publicirte Gewerbesteuergesetz übergegangen ist. Hiernach ist die Besteuerung einzelner Classen von Gewerbebetreibenden nach Bevölkerungsgruppen beibehalten, jedoch sind statt der bisherigen 4 Gruppen nur 3 angenommen (unter 2000, von 2000 bis 12,000 und über 12,000 Einwohner), da zwischen den Erwerbsverhältnissen der

Städte, die Hauptſtadt Braunschweig ausgenommen, ein weſentlicher Unterſchied nicht beſtehen wird. Es iſt ferner die Beſteuerung nach dem Ortsbevölkerungsmaſſſtabe auf die Handwerker und ſogenannten Gewerbetreibenden beſchränkt. Der Schneider in Braunschweig, welcher mit 5 Geſellen arbeitet, hat ein weſentlich beſſeres Geſchäft, als der Meiſter mit gleicher Geſellenzahl in einer kleinen Stadt; denn die Größe, Wohlhabenheit und Gewerbsamkeit des Betriebsortes üben eine unverkennbare Einwirkung bei allen Gewerben, welche vorzugsweiſe für den Conſum des Orts arbeiten; hier ſteigt mit der Bevölkerungszahl des Ortes auch die Wahrſcheinlichkeit eines größeren Nutzens für den Gewerbsunternehmer, denn mit der Wohlhabenheit wächst auch die Geſelligkeit; beide erzeugen an größeren Orten eine verfeinerte Lebensweiſe, und eben die für Befriedigung des Luxus angefertigten Waaren ſind es, welche dem Unternehmer eines Gewerbes den höchſten Gewinn abzuwerfen pflegen. Hierzu kommt die mit der Größe des Betriebsortes wachſende Möglichkeit, ſich die erforderlichen Rohſtoffe, wie geübte und tüchtige Arbeiter zu verſchaffen, und Letzteres iſt ein Vorzug, welcher von Jahr zu Jahr ſchwerer ins Gewicht fällt. Doch giebt es auch hier eine Grenze, jenseit welcher dieſe Unterſchiede aufhören; denn wenn ein Gewerbebetrieb an einem kleinen Orte einen ſehr erheblichen Umfang annimmt, ſo iſt dieſes ein Beweis, daß derſelbe auch hier alle Bedingungen des Gedeihens findet, und in dieſem Falle würde es ungerecht ſein, einem ſolchen durch niedrige Beſteuerung einen Vorzug zu gewähren. Die Anwendung des Gruppensystems für die Beſteuerung der Bauhandwerker iſt nicht für angemessen erachtet, da dieſe bei Ausübung ihres Gewerbes nicht an den Wohnort gebunden ſind, die Bauluſt und das Bedürfniß nach Neubauten ſich außerdem über alle Landeſtheile verbreitet hat.

In materieller Beziehung mußte es als Aufgabe des neuen Tarifs betrachtet werden, nicht von Neuem in den größten Fehler des alten Tarifs, die zu geringe Beſteuerung der größeren Gewerbe im Vergleiche zu den kleineren, zu verfallen. Da dieſer Fehler ſeinen Grund nicht in der zu hohen Beſteuerung der kleineren Gewerbe an ſich, ſondern ohne Zweifel in der zu nie-

drigen Besteuerung der größeren Gewerbe hat, so kam es für die Entwerfung des neuen Tarifs zunächst darauf an, die niederen Sätze desselben für die kleineren Gewerbe den alten möglichst anzupassen und dann von diesen Sätzen in angemessenen Abstufungen zu dem höheren und höchsten Satze hinaufzugehen.

Der höchste Satz, der bisher für ein Gewerbe entrichtet worden ist, beträgt, abgesehen von ein paar völlig unpraktisch gebliebenen Fällen, 40 Thlr. jährlich. Dieser Satz konnte indessen, wenn man nicht wieder in den alten Fehler der zu niedrigen Besteuerung der größeren Gewerbe verfallen wollte, als höchster Steuersatz nicht beibehalten werden, vielmehr war eine ansehnliche Steigerung dieses Satzes und folgeweise auch der ihm zunächst stehenden Classensätze um so erforderlicher, als sich mit der Einführung des neuen Tarifs und der neuen Gewerbeordnung bei der Besteuerung mancher Gewerbe nothwendig Ausfälle in dem Ertrage der Steuer ergeben werden. Ein weiterer, jedenfalls noch bedeutenderer Ausfall an dem Ertrage der Steuer muß aber mit der Einführung der neuen Gewerbeordnung dadurch eintreten, daß die Fälle, in welchen ein und derselbe Gewerbetreibende für das oder die von ihm betriebenen Geschäfte mehrmals zur Steuer veranlagt wird, künftig ungleich seltener vorkommen werden, als bis jetzt.

Die bisherigen über den Gewerbebetrieb bestehenden Vorschriften hielten eine Masse von kleinlichen Unterscheidungen zwischen den einzelnen Gewerben aufrecht, und zu dem Betriebe jedes besonderen Gewerbes mußte eine besondere Concession, Gewerbeschein oder Meisterbrief gelöst werden. Für jeden besonders gestatteten Gewerbebetrieb aber war in der Regel auch die besondere Steuer, sei es voll, sei es theilweise, zu entrichten. Auf diese Weise kam es, daß manche Gewerbetreibende, namentlich Kaufleute, zwei, drei, vier und mehr besondere Concessionen hatten und für jede besonders besteuert wurden.

Mit der Einführung der Gewerbefreiheit ist jedoch ein großer Theil dieser bisher gemachten kleinlichen Gewerbsunterscheidungen hinweggefallen, da deren Beibehaltung mit dem Principe der Ge-

werbefreiheit geradezu unverträglich geweſen ſein würde; deſhalb aber mußten künftig die Fälle, wo ein Gewerbetreibender mehrere Steuerſätze zu entrichten hat, wenn auch nicht ganz wegfallen, doch ungleich ſeltener werden als jezt.

Wenn in Folge der hiernach erforderlich gewordenen Erhöhung der oberen Sätze des Tarifs in dem Geſetze der Saß der I. Claſſe, als der höchſte Steuerſaß, zu 200 Thlr. jährlich feſtgeſtellt iſt, ſo dürfte dieſer Saß einerſeits nicht zu hoch für die mit bedeutenden Capitalien arbeitenden großen Geſchäfte, wie z. B. die größeren Actien-Zuckerraffinerieen, Bank ꝛc., gegriffen ſein, andererseits aber wird derſelbe, wenn zwiſchen ihm und den niedrigſten Sätzen von 1 Thlr. die geſammte Steuer-Scala in angemessenen Abſtufungen hergeſtellt wird, auch genügen, um die bereits erwähnten hauptſächlichſten, ſowie einige andere weniger bedeutende Steuer-ausfälle zu decken.

Die weitere Conſtruction des Tarifs anlangend, ſo ſcheint es zur Herſtellung angemessener Abſtufungen zwiſchen den gefundenen höchſten und niedrigſten Steuerſätzen zu genügen, wenn der Tarif im Ganzen aus 18 Claſſen mit verſchiedenen Steuerſätzen beſteht.

Bei der Einordnung der Gewerbe in die ſo gebildeten 18 Steuerclaſſen iſt man von dem allgemeinen Grundſaße ausgegangen, daß es zweckmäßig ſei, für möglichſt viele Gewerbe äußerlich erkennbare Merkmale, nach denen dieſelben in die verſchiedenen Claſſen unbedingt einzureihen ſind, aufzuſtellen; dagegen aber die Zahl derjenigen Gewerbetreibenden, bei denen die Einreihung in die einzelnen Claſſen, wenn auch innerhalb gewiſſer Minimal- und Maximalſätze, je nach dem Umfange ihres Betriebes dem Ermessen der veranlagenden Behörde überlaſſen bleibt, möglichſt zu beſchränken.

Dieſer Grundſaß rechtfertigt ſich dadurch, daß die Central-Steuerbehörde die ſpeciellen Verhältniſſe der Gewerbetreibenden nur durch das Organ der Localbehörden kennen lernen kann, daß ſie ſich alſo im Weſentlichen bei der Feſtſtellung der Steuerſätze, ſobald ſolche dem Ermessen der Behörden überlaſſen iſt, auf das Urtheil der Localbehörden ſtützen muß, daß aber die Anſichten der letzteren über den Umfang der Gewerbe regelmäßig weit auscin-

andergehen und in Folge dessen häufig eine Ungleichheit in der Besteuerung dieser Gewerbe nicht zu vermeiden ist. Sodann schien es geboten, die Gewerbetreibenden hinsichtlich ihrer Besteuerung so viel als möglich in gewisse Gruppen zu bringen, um dadurch für das Ganze des Tarifs eine Uebersichtlichkeit zu gewinnen.

Um diesen Anforderungen zu genügen, sind für die Veranlagung der großen Mehrzahl aller Gewerbe unter den Ziffern I, II, III, IV, V und VI des Tarifs nicht allein äußerlich erkennbare Merkmale aufgestellt, sondern die einzelnen Gewerbe auch gruppenweise darunter aufgeführt, wogegen unter Ziffer VII des Tarifs die nach dem Ermessen der Behörde zu veranlagenden Gewerbe gleichfalls wieder gruppenweise zusammengestellt sind.

Zur Erläuterung der Einzel-Anordnungen des Tarifs ist noch Folgendes hervorzuheben:

Zu Nr. I.

Hier sind alle diejenigen Gewerbetreibenden veranlagt, für welche die Anzahl der von ihnen gehaltenen Gehülfen nach der bisherigen Erfahrung und dem Beispiele anderer Länder ein zweckmäßiger Veranlagungsmaßstab ist. Hierher gehören namentlich die bisher als »Handwerker« und »Gewerbetreibende« tarifierten Geschäftsleute, sowie einige andere ähnliche Gewerbetreibende. Alle hierher gehörigen Gewerbe gleichmäßig zu besteuern, erschien indessen nicht zulässig, da gewisse Unterschiede sowohl hinsichtlich ihres Umfangs, beziehungsweise ihrer Rentirlichkeit, als auch hinsichtlich der Art ihres Betriebes, namentlich der Anzahl von Gehülfen, mit denen sie betrieben zu werden pflegen, nicht zu verkennen sind. Das Gesetz stellt daher vier besondere Gruppen der nach der Gehülfszahl zu steuernden Gewerbe auf, vermeidet dabei aber absichtlich die unzweckmäßige bisherige Unterscheidung zwischen »Handwerkern« und »Gewerbetreibenden«.

Unter Nr. I, a.

sind sodann zunächst die kleinen Gewerbe aufgeführt, die, ohne Gehülfen betrieben, immer nur einen sehr geringen Verdienst ab-

werfen werden. Sie fangen ohne Gehülfsen mit dem Sätze der XVIII. Classe an, bleiben, mit Gehülfsen betrießen, immer etwas hinter den anderen zurück und können höchstens mit dem Sätze der IX. Classe, bei 10 und mehr Gehülfsen, besteuert werden. Noch höher in der Besteuerung hinaufzugehen, schien bei diesen kleinen Gewerben nicht nöthig, da mit Ausnahme der Musikanten kaum einer der hier benannten Gewerbetreibenden jemals 10 und mehr Gehülfsen halten wird, Musikanten aber, in Berücksichtigung der denselben durch die Militär-Musikcorps gemachten Concurrnz, mit 8 Thln. jährlicher Steuer hoch genug besteuert sein dürften.

Unter Nr. I, b.

ist die große Mehrzahl der bisherigen Handwerker, und zwar ohne Gehülfsen mit dem Sätze der XVII. Classe anfangend, tarifirt. Wenn diese Gewerbetreibenden bei Haltung zahlreicherer Gehülfsen mit den Sätzen der VI. Classe besteuert werden können, während dieselben bei noch so großem Umfange ihres Geschäftes bisher höchstens mit 12 Thln. veranlagt werden konnten, so wird diese Steigerung zwar dazu dienen, die bisherige Unbilligkeit der zu niedrigen Besteuerung der größeren Geschäfte auszugleichen, auf den Ertrag der Steuer aber von keinem wesentlichen Einflusse sein, da die Zahl der in so ausgedehntem Umfange betriebenen Geschäfte der fraglichen Art sehr gering ist.

Uebrigens stehen die hier tarifirten Gewerbe im Ganzen etwa um eine Classe höher, als die unter Nr. I, a. benannten.

Nr. I, c.

enthält die Bauhandwerker. Sie sind von den unter I, b. aufgeführten Gewerben getrennt, weil von denselben der Natur der Sache nach zahlreichere Gehülfsen gehalten werden müssen, und daher der Veranlagungsmaßstab nach der Anzahl der Gehülfsen ein abweichender ist. Die Steigerung der Sätze selbst bis zur V. Classe wird sich rechtfertigen, wenn erwogen wird, in welchem Umfange diese Geschäfte in neuerer Zeit in Folge davon betrieben werden, daß die Lust und das Bedürfniß zu Neubauten aller Art überall in hohem Grade gestiegen ist.

Unter Nr. I, d.

werden dann diejenigen Handwerker und Gewerbetreibenden besteuert, von denen im Allgemeinen angenommen werden darf, daß sie sowohl ohne Gehülfsen als mit einer gleichen Anzahl von Gehülfsen einen verhältnißmäßig größeren Verdienst finden, als die übrigen Handwerker. Die hier tarifirten Personen entsprechen im Wesentlichen den »Gewerbetreibenden« des alten Tarifs, sie stehen daher auch höher als die große Mehrzahl der übrigen Handwerker (zu I, b.), und da von ihnen im Ganzen weniger Gehülfsen gehalten werden, so ist auch nur auf eine geringere Gehülfsenzahl bei ihrer Einreihung in die einzelnen Steuerclassen Bedacht genommen.

Zu Nr. II.

Die hier tarifirten Gewerbe der Pferdeverleiher 2c., der Lohnkutscher u. s. w. sind schon in dem alten Tarife nach der Anzahl der gehaltenen Pferde besteuert, und lag kein Grund vor, diesen Maßstab aufzuheben. Wenn aber der alte Tarif zwischen Lohnkutschern und Miethskutschern unterscheidet und unter ersteren die versteht, welche nur Fahren über Land übernehmen, und wenn ferner seit Einführung des Droschkenwesens daneben noch die besondere Kategorie der Droschkentutscher entstanden ist, so sind die künstlichen Unterschiede gänzlich fallen gelassen und unter Lohnkutschern Alle zu verstehen, welche den Transport von Personen per Wagen gegen Lohn besorgen.

Was die Einreihung dieser Gewerbetreibenden in die einzelnen Steuerclassen anlangt, so hat dabei die Ansicht obgewaltet, daß die bisherige Besteuerung dieser Gewerbetreibenden im Allgemeinen der Rentirlichkeit ihres Gewerbes entspreche und daher eine erhebliche Aenderung in der Besteuerung derselben nicht wohl eintreten dürfe. Aus diesem Grunde schließen sich die neuen Sätze den alten thunlichst an. Uebrigens sind die auch hier am Harze noch einzeln vorkommenden Frachttreiber, jedoch noch geringer als die Frachtfuhrleute, tarifirt, weil sie nur verhältnißmäßig kleine Lasten zu transportiren vermögen.

Zu Nr. III.

Da bei den Webern die neuen Säge hinter den alten Durchschnitssägen fast durchgängig zurückbleiben, so wird hier allerdings ein Ausfall an der Steuer entstehen; indessen hat es doch bedenklich geschienen, gerade die Weber höher, als geschehen, zu veranlagern, da deren Gewerbe bekanntlich im Allgemeinen ein wenig einträgliches ist. Wenn übrigens nach §. 16. 10 des Gewerbsteuergesetzes von 1837 die nicht gildemäßigen Weber, welche ihr Geschäft nur auf 1 oder 2 Stühlen betreiben, der Gewerbsteuer nicht unterworfen gewesen sind, und es wegen der bekannten Lage dieser kleinen Weber, namentlich auf dem Lande, bedenklich erscheinen musste, sie sämmtlich zur Gewerbsteuer heranzuziehen, so blieb, da künftig der Unterschied zwischen gildemäßigen und nicht gildemäßigen Webern wegfallen wird, nichts weiter übrig, als alle Weber, die nur auf 1 oder 2 Stühlen arbeiten, von der Steuer frei zu lassen. Dagegen schien es gerathen, Weber, die mit mehr als 8 Stühlen arbeiten, nicht ferner als Weber, sondern als Fabrikanten zu besteuern, theils weil bei einem solchen Umfange das Geschäft den Charakter des Handwerksmäßigen zu verlieren beginnt, theils weil es räthlich schien, etwaige größere Webereien von den kleinen Webern von vornherein zu scheiden.

Zu Nr. IV.

Bei den Buchdruckern wird eine durchgängige Erhöhung der Steuer eintreten. Daß dies bei den umfangreicheren Geschäften der Fall ist, wird mit Rücksicht auf deren Verhältnisse keinem Bedenken unterliegen. Dagegen kann es sich fragen, ob nicht Buchdrucker zc. mit nur einer Presse statt in der XVI. Classe richtiger in der XVIII. Classe mit 1 Thlr. angesetzt würden? Da indessen die große Masse der Handwerker, welche ihr Geschäft ohne Gehülfen betreiben, bereits in der XVII. und XVIII. Classe besteuert werden, der Buchdrucker mit einer Presse aber schon wegen des zu seinem Geschäft erforderlichen Capitals höher stehen dürfte, als der gewöhnliche Handwerker ohne Gehülfen, so ist es für richtiger gehalten, den Buchdrucker mit nur einer Presse in der XVI. Classe

3u Nr. V.

1) von den 14 im Lande befindlichen Rübenzuckerfabriken:

5	"	"	"	22,700	"	29,500	"
---	---	---	---	--------	---	--------	---

4	"	"	"	16,100	"	19,400	"
---	---	---	---	--------	---	--------	---

1 Fabrik	10.500	"
----------	--------	---

2) Von den Branntweinbrennern:

2 Brennereien jede über 5000 " (jedoch unter 6000 Thlr.)

7 " " " 4000 "

8 " " 3000 "

8 " " " 2000 "

15	"	"	"	1000	"
----	---	---	---	------	---

11 " " " 500 "

6	•	•	•	250	•
---	---	---	---	-----	---

4 „ „ unter 250 „

12 " wurden gar nicht betrieben.

3) Von den Bierbrauereien:

1 Brauerei . . . 3400 Tblr.,

5 Brauereien jede über 1000 „

5 " " " 600 "

18 " " " 300 "

die übrigen unter	300	„
-------------------	-----	---

Wenn Branntweinbrenner und Bierbrauer bisher mit 4 Thlr. bis 12 Thlr. jährlich besteuert waren, so braucht es keiner weitern Nachweisung, daß der höchste Satz von 12 Thlrn. für die größeren Geschäfte dieser Art zu niedrig war. Eine Steigerung des höchsten Satzes erschien daher erforderlich.

Da indessen im Allgemeinen weder Brennereien noch Brauereien erfahrungsmäßig eine Rentirlichkeit wie die Zuckersabriken erlangen, so erreicht der höchste Satz für die ersteren etwa nur den niedrigsten Satz für die letzteren.

Zu Nr. VI.

Eine vollkommen gerechte Besteuerung der verschiedenen Arten von Mühlen wird unter allen Umständen mit großen Schwierigkeiten verbunden sein, mag man die Zahl der Gänge oder die zur Verwendung kommende Kraft als Merkmal der Steuerfähigkeit wählen, oder endlich die Besitzer als Fabrikanten von Mahlwerk, Del und dergleichen betrachten. Der früher beobachtete Unterschied zwischen unter- und overschlächtigen Mühlen konnte nicht beibehalten werden. Denn die Leistungen einer overschlächtigen Mühle an einem Wasserlaufe, welcher nur geringen Veränderungen unterliegt, z. B. der Lutter, Waabe, werden nicht geringer anzuschlagen sein, als die einer unterschlächtigen Mühle, welche bald durch knappen, bald durch Stauwasser zu einer temporären Einstellung des Betriebes genöthigt ist und welcher aus Neu- und Uferbauten nicht unerhebliche Kosten erwachsen.

Die Müller sind nach dem bisherigen Tarife verhältnißmäßig hoch besteuert, weshalb bei keinem Gewerbe zeither so viel Anträge auf Herabsetzung der Steuer als gerade bei den Müllern vorgekommen sind. Eine mäßige Herabsetzung der Steuer erschien daher für die kleineren Mühlen um so gerechtfertigter, als in Folge der in Ansehung der Anlage von Mühlen geänderten Gesetzgebung die Concurrenz in diesem Gewerbe erheblich zugenommen hat. Für die großen Wassermühlen gleichfalls eine Ermäßigung eintreten zu lassen, erschien wegen der bedeutenden Rentirlichkeit derselben nicht erforderlich, im Gegentheil hat es für unbedenklich gehalten werden müssen, dieselben etwas höher als zeither zu veranlagern. Hiernach

ist die Scala für die Veranlagung der Mahlmüller in dem neuen Tarife eingerichtet.

Zu Nr. VII.

Unter dieser Nummer sind diejenigen Gewerbetreibenden aufgeführt, für deren Besteuerung es nicht hat gelingen wollen, allgemein zutreffende, äußerlich erkennbare Merkmale aufzufinden, deren Veranlagung daher innerhalb gewisser Grenzen dem Ermessen der Behörden überlassen werden musste.

Wenn übrigens bei einigen der im Gesetze gebildeten Gruppen dem Ermessen ein sehr weiter Spielraum zwischen verschiedenen Steuerclassen eingeräumt worden ist, so hat dies nicht vermieden werden können, da die hier aufgeführten Gewerbetreibenden ihre Gewerbe im aller verschiedensten Umfange betreiben. Man denke nur an den kleinen Materialisten und den Großhändler und Banquier, die beide unter der Bezeichnung »Kaufleute« tarifirt werden mussten.

B. Zur Erläuterung der übrigen Bestimmungen

des Gewerbesteuer-Gesetzes werden folgende Bemerkungen dienen:

Zu §. 2. Wenn §. 2 bestimmt ist, daß der Gewerbe-Steuer Jeder unterworfen sein soll, welcher eine »gewerbsmäßige Beschäftigung« im Herzogthume betreibt und nicht durch das Gesetz selbst befreit ist, so erhält diese Bestimmung durch die beiden folgenden Paragraphen ihre nähere Erläuterung, indem zunächst im §. 3 diejenigen Beschäftigungen aufgeführt werden, welche überhaupt nicht als gewerbsmäßige (im engeren Sinne des Wortes) anzusehen sind und daher auch der Gewerbesteuer überall nicht unterliegen, im §. 4 sodann aber diejenigen Gewerbe und Beschäftigungen namhaft gemacht sind, welche, obwohl eigentlich als Gewerbe anzusehen, doch ausnahmsweise von der Entrichtung der Gewerbesteuer befreit sein sollen.

Durch diese Unterscheidung zwischen nicht steuerpflichtigen (§. 3) und befreiten Gewerben (§. 4) ist es nicht allein möglich geworden, die Zahl der bisher als befreit aufgeführten Gewerbe be-

deutend zu beschränken, sondern dieselbe gewährt auch den wesentlichen Vortheil, bei Zweifeln darüber, ob eine Beschäftigung ein steuerpflichtiges Gewerbe sei oder nicht, größere Klarheit und Bestimmtheit herbeizuführen.

Zu §. 7. Nach §. 27 des Gesetzes von 1837 stand die Entscheidung darüber, ob eine Beschäftigung als eine gewerbsteuerpflichtige anzusehen sei oder nicht, der Regiminalbehörde, der Herzogl. Kreisdirection zu. Diese Bestimmung verliert mit der Aufhebung des Concessionswesens, in welcher sie begründet war, ihren Boden und würde künftig nur Veranlassung zu unnützen Weitläufigkeiten im Geschäftsgange geben können. Die Entscheidung ist deshalb in die Competenz des Herzogl. Steuercollegiums gelegt.

Es ist für angemessen erachtet, in der Fassung des §. 7 ausdrücklich hervorzuheben, daß, während die Entscheidung einzelner Streitfälle über die Steuerpflichtigkeit einer Beschäftigung dem Herzogl. Steuercollegium vorbehalten ist, die Aufstellung einer allgemeinen Regel nur im Wege landesherrlicher Verordnung erfolgen kann, weil die Entscheidungen des Herzogl. Steuercollegiums für die Gerichte, wenn bei diesen eine Anklage wegen begangener Steuerdefraudation in Fällen, für welche nicht das Gesetz klare Maße giebt, angebracht wird, nicht bindend sein können.

Zu §. 9. Wenn hier abweichend von den früheren Bestimmungen (cf. §. 5 des Gewerbsteuergesetzes von 1837) vorgeschrieben ist, daß ein Gewerbetreibender, welcher ein und dasselbe Gewerbe an verschiedenen Verkaufs- und Arbeitsplätzen derselben Ortschaft betreibt, doch nur ein Mal zur Steuer heranzuziehen sei, so rechtfertigt sich dieses aus mehreren Gründen. Denn ein solches Geschäft hat regelmäßig nur einen Mittelpunkt, von dem aus dasselbe betrieben wird; es liegt also in der That nur ein zur Besteuerung geeignetes Object vor. Dann darf, wenn auch mehrere Verkaufs- oder Arbeitsplätze ein Moment für die Beurtheilung des Umfanges eines Gewerbes abgeben, doch nicht unbedingt angenommen werden, daß ein an mehreren Plätzen betriebenes Gewerbe stets umfangreicher und daher höher zu besteuern sei, als ein gleichartiges, nur an einem Orte betriebenes. Das Gesetz gewährt hingegen unter Nr. I bis VI. des Tariffs zuverlässigere

anderweite Anhaltspunkte und schließt unter Nr. VII. nicht aus, daß die Steuerbehörde das Vorhandensein mehrerer Verkaufsz- oder Arbeitsstätten bei der Veranlagung berücksichtige. Endlich sind in neuerer Zeit Gewerbe entstanden, bei denen es in der Natur der Sache liegt, daß sie an mehreren Plätzen betrieben werden, z. B. die Haltung von sogenannten Trinkhallen.

Anders ist dagegen

(Zu §. 10.) der Fall zu behandeln, wenn Jemand neben seinem Hauptgeschäfte noch in anderen Orten Neben-Etablissements, sogenannte Commanditen unterhält. Denn wenn auch hier die obere Leitung des gesammten Geschäfts von dem Sitze des Hauptgeschäfts aus erfolgt, so haben doch die Zweiggeschäfte eine gewisse Selbstständigkeit und erscheinen daher auch als besondere, zur Besteuerung geeignete Objecte, weshalb im §. 10 die Besteuerung des Neben-Etablissements um so mehr hat vorgeschrieben werden müssen, als nur von dem Orte der Neben-Etablissements aus der Umfang der letzteren mit einiger Sicherheit zu beurtheilen sein wird. Die im zweiten Absatze des §. 10 von der vorher aufgestellten Regel gemachte Ausnahme erklärt sich dadurch, daß es sich dabei nicht um ein selbstständiges Neben-Etablissement handelt, sondern daß der hier behandelte Fall nicht anders liegt, als wenn Jemand in einem Hause sein Comtoir, in einem andern Hause derselben Ortschaft aber seine Fabrik hat.

Zu §§. 11 bis 16. Die in diesen Paragraphen über die Anwendung des Tarifs gegebenen näheren Bestimmungen gehen von dem allgemeinen Gesichtspunkte aus, daß bei der Feststellung der Steuer der Umfang maßgebend sein soll, in welchem die Pflichtigen in dem der Veranlagung vorhergegangenen Jahre ihr Geschäft betrieben haben. Es zahlt daher jeder Gewerbetreibende im laufenden Jahre die ihn für das Vorjahr treffende Steuer. Da der Umfang des Gewerbebetriebes der Natur der Sache nach ein wechselnder ist, so läßt sich zwar nicht verkennen, daß die nach dem Geschäftsumfange des Vorjahres veranlagte Steuer nicht immer dem Umfange im laufenden Jahre entsprechen wird. Indessen ist dieser Uebelstand, da es unmöglich ist, den Umfang eines Gewerbes im Voraus zu bestimmen und danach die Steuer festzustellen,

niemals ganz zu vermeiden, erscheint aber hier so viel als zulässig gemildert, da man der Wahrheit gewiß am nächsten kommt, wenn man annimmt, daß der Umfang eines Gewerbes im laufenden Jahre dem des Vorjahres entspricht. Außerdem gewährt der hier adoptirte Grundsatz dem Pflichtigen auch den Vortheil, daß, wenn wider Erwarten der Umfang des Gewerbes im laufenden Jahre abnehmen sollte, derselbe für das folgende Jahr wieder nach dem geringeren Umfange besteuert werden wird.

Bei den neu hinzukommenden Gewerbetreibenden konnte von einer Veranlagung nach dem Umfange ihres Geschäftes im Vorjahre nicht die Rede sein. Es bleibt daher bei diesen Pflichtigen nichts weiter übrig, als sie für das erste Jahr nach ihren eigenen Angaben über den beabsichtigten Umfang ihres Betriebes zu veranlagern (§. 15).

Während nach dem Gewerbsteuergesetze von 1837 nur Lehrlinge, welche das vierte Lehrjahr zurückgelegt hatten, und Gesellen als Gehülfen in Ansatz gebracht wurden, giebt §. 12 eine Definition des Wortes: »Gehülfen«, welche ausreichen wird, um etwaige Zweifel darüber, welche Personen nach dem neuen Tarif als Gehülfen anzusehen und bei der Feststellung der Steuer in Anrechnung zu bringen sind, zu beseitigen.

Zu §. 17. Wenngleich es als einer der wesentlichsten Zwecke der Gewerbefreiheit angesehen werden darf, die mannigfachen durch das Zunft- und Concessionswesen für den Gewerbebetrieb herbeigeführten künstlichen Beschränkungen zu beseitigen, so liegt es doch auf der Hand, daß es auch künftig nach Einführung größerer Gewerbefreiheit immer noch so verschiedenartige Gewerbe geben wird, daß, wenn zwei oder mehr derselben von einem Gewerbetreibenden betrieben werden, die Besteuerung eines jeden dieser verschiedenen Gewerbe erforderlich erscheint, wenn nicht eine Bevorzugung dieses Gewerbetreibenden gegen andere eintreten soll.

Es kommt daher darauf an, zu bestimmen, was unter verschiedenartigen Gewerben zu verstehen sei. Man hat nun zwar hier und da versucht, hiervon eine allgemeine Definition zu geben, und zu diesem Behufe gesagt, daß als verschiedenartige Gewerbe diejenigen zu betrachten seien, welche in Bezug auf verarbeitetes

Material und Methode der Verarbeitung vollständig von einander abweichen. Allein es ist mit einer solchen allgemeinen Definition wenig oder gar nichts gewonnen, da sie in der Praxis nothwendig zu den allerabweichendsten Resultaten führen muß. Es ist daher auch in dem Gesetze davon abstrahirt, eine solche allgemeine Definition zu geben. Vielmehr ist man bestrebt gewesen, gewisse praktische Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage, um die es sich hier handelt, aufzustellen. Hier lag es denn nahe, zu diesem Behufe die sieben Abtheilungen, in welche der ganze Gewerbesteuer-Tarif (Nr. I. bis VII.) zerfällt, zu benutzen, und alle im Tarife unter verschiedenen römischen Ziffern aufgeführten Gewerbe für verschiedenartige (cf. §. 17 a. des Gesetzes) zu erklären, indem diese Gewerbe in der That so verschieden sind, daß für die Beurtheilung ihres Umfangs andere Maßstäbe haben angelegt werden müssen. Da sich indessen auch unter einer und derselben römischen Ziffer des Tarifs zum Theil noch sehr verschiedenartige Gewerbe aufgeführt finden, so ist im §. 17 ferner unter a. 2. bestimmt, daß alle unter den römischen Ziffern V., VI. und VII. des Tarifs durch besondere arabische Zahlen unterschiedenen Gewerbe gleichfalls als verschiedenartige angesehen werden sollen. Die unter §. 17 a. 3. des Gesetzes gegebene Bestimmung erschien erforderlich, um dem Mißverständnisse vorzubeugen, daß ein Fabrikant die verschiedenartigsten Fabrikationszweige betreiben könne, und nur einmal besteuert werden dürfe.

Dagegen ist §. 17 b. vorgeschrieben, daß alle unter Nr. I. des Tarifs aufgeführten, nach der Gehülfsenzahl zu steuernden Gewerbe, also die große Masse der bisherigen »Handwerker« und »Gewerbetreibenden« ic. in Hinsicht auf die Besteuerung nicht als verschiedenartige zu betrachten sind. Es könnte zwar gegen diese Bestimmung hier angeführt werden, daß sie zu weit ginge, indem unter den vielen hierher gehörigen Gewerben doch manche sich befänden, die, wie z. B. die Fleischer und Buchbinder, die Zimmerleute und Gelbgießer, sehr verschiedenartig seien. Wenn man indessen berücksichtigt, daß es einerseits völlig unzulässig ist, alle hier benannten einzelnen Gewerbe für verschiedenartige zu erklären, wenn man nicht allen möglichen Beschränkungen der Gewerbetrei-

benden wieder Thür und Thor öffnen will, und daß es andererseits ein vergebliches Bemühen ſein würde, dieſe Gewerbe in Beziehung auf ihre Befugniſſe in gewiſſe Gruppen zu theilen, und nur die zu einer ſolchen Gruppe gehörigen für nicht verſchiedenartige zu erklären. ſo erſcheint die obige allgemeine Beſtimmung um ſo mehr gerechtfertigt, als damit den vielen unerquicklichen Streitigkeiten, welche ſich ſeit langen Jahren gerade über die Grenzen der Gewerbebefugniſſe dieſer Gewerbetreibenden erhoben haben, ein für alle Mal ein Ende gemacht wird.

Endlich bedurfte es einer Beſtimmung darüber, wie der ſogeannte Werthhandel der Handwerker in Betreff der Steuerveranlagung zu behandeln ſei. Dieſe iſt in §. 17 c. enthalten. Bei der Gewerbefreiheit iſt es unvermeidlich, dieſen Werthhandel beſonders zu beſteuern, mithin die Handwerker, welche ihn betreiben, neben der Beſteuerung vom Handwerke, als Händler oder Kaufleute, je nach dem Umfange ihres Geſchäfts zu beſteuern.

Da es übrigens nicht zu verkennen iſt, daß trotz der vorſtehend erörterten Beſtimmungen Zweifel darüber entſtehen können, ob von einem Gewerbetreibenden mehrere verſchiedenartige oder nur ein Gewerbe betrieben werde, ſo war es erforderlich, in dem Geſetze die Behörde zu benennen, welche über dieſen Zweifel zu entſcheiden hat. Das Geſetz weiſt auch dieſe Entſcheidung aus den oben zu §. 7 hervorgehobenen Gründen dem Herzogl. Steuercollegium zu.

Zu §. 17 c. Der Entwurf proponirte, daß bei den als Händler zu beſteuernden Gewerbetreibenden auch die bei dem Handel beſchäftigten Perſonen als Gehülſen angerechnet werden ſollten. Da ſich hierdurch eine doppelte Beſteuerung des Werthhandels ergeben haben würde, ſo iſt auf Antrag der Commiſſion die betreffende Beſtimmung aus dem Geſetze weggelaſſen.

Zu §. 17 d. Dieſe Beſtimmung fehlte im Entwurfe und iſt auf den Antrag der Commiſſion in das Geſetz aufgenommen, um ſolche Fälle zu berückſichtigen, in denen ein Fabrikant ſich das erforderliche Hülfsmaterial ſelbſt bereitet, z. B. ein Buchdrucker ſich die nöthigen Lettern ſelbſt anfertigt und von dieſen Gegenſtänden kleine, im Vergleich zu den für eigenen Gebrauch verwendeten Erzeugniſſen geringfügige Quantitäten verkauft.

Zu §. 20. Das hier bestimmte Einschätzungsverfahren weicht von dem alten zunächst dadurch wesentlich ab, daß bei der Aufstellung und Einsendung der Steuerrollen die Vermittelung der Herzogl. Kreisdirectionen überall nicht mehr in Anspruch genommen wird. Von dieser Vermittelung auch bei der Veranlagung der Gewerbesteuer, ähnlich wie bei der Personal- und der Grundsteuer, zu abstrahiren, erschien zulässig, erstlich weil bei der Aufstellung der bisherigen Gewerbesteuer-Etats und Rollen der Städte die Thätigkeit der Kreisdirectionen lediglich darin bestand, die von den Magistraten angefertigten Etats und Rollen an das Herzogl. Steuercollegium einzusenden, sodann aber, weil bei der Aufstellung der Etats und Rollen für die Landgemeinden den Herzogl. Kreisdirectionen, wie die Erfahrung gezeigt hat, sehr häufig die erforderlichen speciellen Notizen fehlten, wodurch dann Rückfragen nothwendig wurden, die nur dazu dienten, das ganze Veranlagungsverfahren zu verweiltäufigen und zugleich die Thätigkeit der Kreisdirectionen für Dinge in Anspruch zu nehmen, zu deren Erledigung die Gemeindebehörden hinlänglich befähigt sind.

Sodann geschah früher die Festsetzung der Steuer durch das Steuercollegium selbst, und auch nach dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfe sollte diese Befugniß dem Steuercollegium verbleiben, die Steuerbeschreibungen aber von den Gemeindebehörden aufgestellt werden. Der Landesversammlung schien es jedoch den Grundsätzen der Billigkeit zu widersprechen, wenn man die steuerfordernde Behörde zugleich zur veranlagenden machen wollte, und dieser dadurch einen unbeschränkten Einfluß auf die Höhe der Steuersätze zugestände. Auch würden bei der ein hohes Maß von Einsicht, Erfahrung, Sachkenntniß und Beurtheilungsvermögen erfordernden Einschätzung der unter Nr. VII. des Tarifs Besteuereten die Magistrate den Stadtverordneten und beide den Gewerbetreibenden gegenüber in eine nicht beneidenswerthe Lage kommen. Manche dieser Behörden würden, da das Gesetz einen bestimmten Anhalt nicht gewähren kann, in Folge einer wohl begreiflichen Rücksicht auf ihre Ortsangehörigen zu niedrige Steuersätze vorschlagen, andere vielleicht in das entgegengesetzte Extrem verfallen, und somit, da die einschätzende Behörde, das Herzogl.

Steuercollegium, nicht immer in der Lage sein kann, die Richtigkeit der Beschreibung wie der vorgeschlagenen Classe prüfen zu können, zu einer höchst ungleichen Besteuerung Anlaß geben.

Es hat daher zur Erreichung des angestrebten Zweckes ungleich geeigneter geschienen, in den Städten aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordneten und der Steuerpflichtigen gebildete Ortseinschätzungs-Commissionen einzurichten, und diesen nicht bloß die Beschreibung, sondern die selbstständige Einschätzung der unter Nr. VII. des Tarifs fallenden Gewerbetreibenden zu übertragen. Nur von solchen Commissionen läßt sich die Lösung der schwierigen Aufgabe erwarten. Denn für den Maßstab, nach welchem die Steuerkraft mit dem schwunghaften Gewerbebetriebe sich erhöht, lassen sich in der Theorie nicht die geringsten Anhaltspunkte finden; der praktische Blick von Männern, welche mit dem Geschäftsumfange ihrer Mitbürger, wie mit allen dabei in Betracht kommenden Umständen genau bekannt sind, kann hier allein das Rechte treffen. In Betreff der auf dem Lande wohnenden der Nr. VII. angehörenden Gewerbetreibenden konnte man dieses Geschäft den Amtsrathen übertragen, welchen ohne Zweifel die Verhältnisse der betreffenden Personen hinlänglich bekannt sein werden.

Zu §. 22. Aber auch die im §. 20 bestimmte Art der Einschätzung würde nicht allein ausreichen, um ein gleichmäßiges und gerechtes Ergebnis für sämtliche Gewerbetreibende des Landes erwarten zu lassen, da der Spielraum, welchen das Gesetz für die verschiedenen Gewerbe gewährt, bei aller Gewissenhaftigkeit der Ortseinschätzungs-Commissionen doch mannigfache, vielleicht bedeutende Abweichungen hinsichtlich der befolgten Grundsätze nach sich ziehen würde. Um solche zu vermeiden, ist eine aus Steuerzahlenden der verschiedenen Landestheile zu bildende Revisions-Commission für das geeignetste Organ gehalten, deren Mitglieder mit den Erwerbsverhältnissen der einzelnen Orte und Individuen vertraut und im Stande sein werden, zu hohe Ansätze zu ermäßigen, zu niedrige zu erhöhen, überhaupt vermittelnd und ausgleichend zu wirken.

Zu §. 30. Die hier über den unbefugten Gewerbebetrieb

gegebenen Strafbestimmungen schließen sich an das bestehende Recht an.

Das citirte Gesetz vom 18. März 1850 bestimmt, daß, wenn verwirkte oder erkannte Geldstrafen in Gefängniß zu verwandeln sind, falls die ganze Strafe einen Thaler nicht erreicht, auf einen halben, falls sie diesen erreicht, für jeden Thaler auf einen ganzen Tag Gefängniß zu erkennen, ein Ueberschuß von weniger als 15 Gr. gar nicht, von 15 bis $22\frac{1}{2}$ Gr. für einen halben Tag, und über $22\frac{1}{2}$ Gr. für einen ganzen Tag zu rechnen ist.

Nach §. 51 des Gewerbesteuergesetzes von 1837 erhielten die Denuncianten die Hälfte von allen erkannten und eingezahlten Gewerbesteuerstrafen. Die Regierung hatte die Aufnahme einer gleichen Bestimmung in das neue Gesetz im steuerlichen Interesse beantragt, weil die Polizeibeamten die einzig wirksame Controle für den richtigen Eingang der Gewerbesteuer bildeten, und es rathsam erscheine, um die Aufmerksamkeit der gedachten Officianten rege zu erhalten, die frühere Einrichtung bestehen zu lassen. Die Landesversammlung lehnte indessen diese Bestimmung ab, denn der Staat habe das Recht, von seinen Officianten zu verlangen, daß sie ihren Dienst aus Pflichtgefühl, nicht wegen des aus Erfüllung ihrer Obliegenheiten erwachsenden Gewinnes verrichteten. Durch Beibehaltung des Denuncianten-Antheils würde man der Spionage, wie der Angeberei aus Gewinnsucht, Thür und Thor öffnen. Endlich würde auch die Glaubwürdigkeit der Officianten, wenn solche als Zeugen in einem Defraudeprozeß aufzutreten haben, sehr dadurch beeinträchtigt, wenn ihnen durch Verurtheilung des Angeklagten ein Gewinn zufiele. (Uebrigens vergl. Bem. zu §. 47. Abs. 7 des Gewerbegesetzes.)

Zu §. 32. Daß die in dem Gesetze mit Strafe bedroheten Handlungen und Unterlassungen einer kurzen Verjährung unterliegen, erscheint bei der Natur dieser Vergehen als Polizeivergehen gerechtfertigt. Dagegen wäre es nicht zweckmäßig gewesen, zu bestimmen, daß diese Vergehen in 1 oder 2 oder 3 Jahren verjähren sollten. Denn bei den hier hauptsächlich in Betracht kommenden eigentlichen Gewerbesteuer-Defrauden (§. 30), also bei denjenigen Fällen, in welchen Jemand ohne Anmeldefchein oder Concession

ein steuerpflichtiges Gewerbe treibt, wird es bei der Natur der strafbaren Handlung als einer fortgesetzten, immer schwierig sein, genau den Zeitpunkt der Begehung, und damit zugleich den Anfangs- und Endpunkt der Verjährung zu bestimmen. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten bestimmt §. 32, daß die hier in Betracht kommenden Vergehen mit dem Ablaufe des auf die Begehung der strafbaren Handlung bez. Unterlassung folgenden Kalenderjahrs verjähren sollen.

Zu §§. 34 u. 35. Diese Paragraphen betreffen die eigenthümlichen Steuerverhältnisse der Stadt Braunschweig und bedürfen zu ihrer Motivirung folgender Erläuterung:

Um zu einer richtigen Beurtheilung der Steuerverhältnisse in der Stadt Braunschweig zu gelangen, ist es nothwendig, in die Zeit vor der westphälischen Usurpation zurückzugehen, indem sich nur auf diese Weise die jetzige Besteuerung erklären läßt.

Als die Stadt Braunschweig im Jahre 1671 von den Landesfürsten, denen gegenüber sie bis dahin eine gewisse Selbstständigkeit bewahrt hatte, zur vollständigen Unterwerfung gebracht ward, wurde in sämtlichen übrigen Landestheilen schon seit längerer Zeit (zuerst nach dem Landtagsabschiede vom 6. März 1607) besonders zur Bestreitung der Kosten des Militärs, als Hauptabgabe die Contribution erhoben, welche in drei Abtheilungen zerfiel: die Contribution von den Feuerstellen und der dabei benutzten Länderei, die Contribution von dem Viehe, und die Contribution von der Nahrung, den Handwerkern und den Häuslingen, neben welchen übrigens noch verschiedene andere Abgaben vorkamen. Die kleineren Städte hatten eigentlich gleich dem platten Lande die Contribution zu entrichten, bezahlten jedoch statt derselben in der sogenannten Stadttaxe eine bestimmte durch Vereinbarung festgestellte Summe.

Die Stadt Braunschweig hatte sich bis zu ihrer Unterwerfung lange Zeit hindurch von der Zahlung regelmäßiger Abgaben an die Landesfürsten und von regelmäßigen Beiträgen zu den Landeslasten ganz frei gehalten, so oft auch von den Ständen darauf gedrungen war, daß die Stadt einen angemessenen Beitrag zu den Landeslasten übernehmen müsse; und es war die Weige-

rung der Stadt um so erklärlicher, als das kostspielige städtische Regiment die Bürgerschaft schon mit sehr bedeutenden Ausgaben beschwerte. Zur Zeit der Unterwerfung der Stadt im Jahre 1671 hatte die Stadt eine Schuldenlast von etwa 1,700,000 Thlr. zu tragen. Die Landesregierung nahm die sämmtlichen Güter und Intradon der Stadt in Besitz und Benützung, und wollte die vor kommenden Ausgaben bestreiten. Dieselbe überzeugte sich indeß bald, daß die hergebrachten Einnahmen der Stadt zur Berichtigung der bedeutenden Ausgaben, namentlich der Zahlung der Zinsen der Stadtschuld, nicht genügten, und es wurde deshalb durch die Accise- und Consumtionsordnung des Herzogs Rudolph August vom 5. October 1672 in der Stadt Braunschweig, mit Zustimmung des Stadtmagistrats und der Bürgerschaft eine Abgabe auf alle die gewöhnlichsten, zum Gebrauche in der Stadt bestimmten Gegenstände gelegt, wie es in der gedachten Ordnung ausdrücklich heißt: »zur Vermehrung der Aufkünfte der Stadt und Abführung der derselben obliegenden onerum.« Inzwischen ist die Stadt Braunschweig niemals zur Erhebung, Verwaltung und Verwendung jener Abgabe gelangt, selbige vielmehr stets der Landesherrschaft unmittelbar zugegangen und bei Herzogl. Cammer erhoben und verrechnet.

Die Landschaft hatte nun aber nach der Unterwerfung der Stadt deren Heranziehung zu den Landeslasten abermals zur Sprache gebracht und nach einem Berichte des Schatzcollegiums, welchen dasselbe unter dem 15. November 1676 erstattete, als der Landessteuercasse das von Braunschweig und Wolfenbüttel statt der Contribution ersorgende Surrogat entzogen werden sollte, wurde bei den stattgehabten Verhandlungen von dem Landesfürsten vorgeschlagen, daß die Stadt einstweilen den sechsten Theil der ganzen Lasten des Fürstenthums mit 36,000 Thlr. jährlich übernehmen solle. Die Landschaft begnügte sich damit; es soll die Zahlung auch anfänglich erfolgt sein, allein bald entstanden Beschwerden über die Höhe jener Summe und in dem Landtagsabschiede vom 10. October 1682 verglich man sich vorläufig auf 10 Jahre auf den achten Theil oder 24,000 Thlr. jährlich, und wählte zugleich eine Commission um das richtige Verhältniß zu ermitteln,

die aber niemals ein Reſultat geliefert hat, ohngeachtet ſie im Art. 36. des Landtagsabſchiedes vom Jahre 1770 erneuert ward. Auch jener Beitrag von 24,000 Thlr. iſt inzwiſchen von der Stadt Braunſchweig nie entrichtet, da derſelbe mehr ausmachte, als den achten Theil der aus den übrigen Theilen des Fürſtenthums zur Beſtreitung der Ausgaben der Kriegſcaſſe erhobenen Contribution, welche ſich damals auf etwa 120,000 Thlr. jährlich belief, und es ſind bis zum Jahre 1690 jährlich nur 12,000 Thlr. unter dem Namen Contingent an die Kriegſcaſſe entrichtet.

Vom Jahre 1690 an ward ein jährlicher Beitrag von 15,000 Thlr. gezahlt, der auch unverändert blieb, als die Contribution von 3 Simplis auf $3\frac{1}{4}$, $3\frac{2}{3}$ und $3\frac{7}{12}$ Simpla erhöht ward, aber nicht von der Stadt unmittelbar, ſondern aus der Fürſtl. Cammercaſſe entrichtet ward, nachdem zu jener Zeit eine erweiterte und erhöhte Acciſe eingeführt war. — Die Hausbeſitzer hatten außerdem noch jährlich 6971 Thlr. 11 Ggr. an Service, Fourage- und Proviantgeld zu entrichten, welche Abgabe auch noch jetzt beſteht.

Dieſes Verhältniß blieb nun bis zu der weſtpfälischen Uſurationsperiode und außer jener Abgabe an Service, Fourage- und Proviantgeld iſt von den Einwohnern zu Braunſchweig ein directer Beitrag zu den Staatslaſten nicht gezahlt. Der große Vortheil, welcher den landeſfürſtlichen Caſſen aus jener Beſteuerungsweiſe erwuchs, gab die Veranlaſſung, eine gleiche Einrichtung auch in Wolfenbüttel zu treffen. Die Stadt Wolfenbüttel, welche früher dem corpori der Landſchaft nicht einverleibt geweſen war und zu den Landeslaſten nicht beigetragen hatte, ward nämlich im Jahre 1686 auch zur Contribution herangezogen, 1695 aber dort auch die Acciſe eingeführt, welche in die Fürſtliche Cammercaſſe floß, aus welcher der Betrag von 6486 Thlr. jährlich an die Kriegſcaſſe gezahlt wurde.

In der weſtpfälischen Uſurationszeit änderte ſich nun freilich jenes Verhältniß, indem beide Städte, obgleich die Acciſe fort erhoben ward, gleich allen übrigen Orten des Landes zur Contribution, zur Gewerbe- und Perſonalſteuer herangezogen wurden und die Stadt Braunſchweig allein an Contribution jährlich 21,278 Thlr. 19 Ggr. 8 Pf. entrichten mußte.

Nach dem Wiedereintritte der rechtmäßigen Landesregierung wurde auf die Beschwerde der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel über die erwähnte ungerechte Besteuerung durch eine landesfürstliche Verfügung vom 26. Januar 1815 die Grundsteuer in beiden Städten vom 1. Januar ej. a. an aufgehoben, ohne dafür eine andere Steuer an die Stelle zu setzen. In den übrigen Landestheilen ward durch die Verordnung vom 31. März 1817, Nr. 1, die westphälische Grundsteuer gleichfalls aufgehoben, dafür jedoch das vormalige Contributionssystem wieder eingeführt. Im §. 7 dieser Verordnung war inzwischen zugleich bestimmt, daß die westphälische Nahrungs- und Personalsteuer einstweilen beibehalten werden solle und so lange dieses geschehe, die in dem 10., 11. und 12. Abschnitte des Contributionsfußes enthaltenen Ansätze von der Nahrung, den Handwerkern und Häuslingen nicht erhoben werden sollten, und da jene Nahrungs- und Personensteuer als neue, erst in der westphälischen Zeit eingeführte Abgaben betrachtet wurden, für welche die in Braunschweig und Wolfenbüttel bestehende Accise keine Ausgleichung gewähre, so wurden dieselben auch nach wie vor in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel erhoben.

Auf dem ersten, nach dem Wiedereintritte der rechtmäßigen Landesregierung, abgehaltenen, unterm 6. September 1819 einberufenen Landtage, wurden die Steuerverhältnisse des Landes definitiv geordnet.

Die Landessteuercasse übernahm nach dem Landtagsabschiede vom 11. Juli 1823 die Tragung bestimmter Landesausgaben und wurden ihr dazu bestimmte Einnahmen überwiesen, insbesondere die Contribution, das Proviantgeld und der Service aus Braunschweig und Wolfenbüttel, welche, abgesehen von einer bei dem Proviantgelde eingetretenen Ermäßigung, zu den bis dahin erhobenen Beträgen beibehalten wurden, die Personalsteuer, welche als Supplementarsteuer blieb und durch die Verordnung vom 29. October 1821 neu regulirt ward, und die Gewerbesteuer und die Contribution von der Nahrung, welche letztere wieder eingeführt wurde, endlich auch die gesammte Accise einschließlich der städtischen Accise zu Braunschweig und Wolfenbüttel, jedoch nach bewerkstelligter Trennung der Zoll- und dahin gehörigen Abgaben.

Die Verordnung vom 29. October 1821, Nr. 9, die Gewerbesteuer betreffend, befreit im §. 25 diejenigen von der Entrichtung der Gewerbesteuer, welche Mitglieder einer der wiederhergestellten Gilden sind, und der Art. 14 des Landtagsabschiedes könnte die Vermuthung erwecken, daß solches wegen der durch die Gilden veranlasseten Kosten geschehen sei; allein der §. 2 der Verordnung vom 7. Februar 1822, Nr. 1, die Contribution von der Nahrung betreffend, ergiebt unzweifelhaft, daß die Befreiung nicht in jenem Umstande, sondern darin die Veranlassung hatte, daß die gedachten Gewerbetreibenden Contribution von der Nahrung entrichten mußten, indem den davon betroffenen Gewerbetreibenden auch dann Befreiung von der Gewerbesteuer zugesichert ward, wenn sie in den Gildeverband nicht eintraten. Da aber in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel wegen der Entrichtung der städtischen indirecten Abgaben keine von denjenigen Abgaben gezahlt ward, welche in den übrigen Landestheilen als Contribution fortwährend erhoben wurden, so blieben die dortigen Gildemitglieder von jeder Nahrungsabgabe frei; ja es könnte selbst die Frage aufgeworfen werden, ist auch bei den Verhandlungen über das Gewerbsteuergesetz vom 29. October 1821 wirklich erörtert, ob es überhaupt gerecht sei, von den beiden Städten die Bezahlung einer Gewerbesteuer zu fordern, da dieselbe an die Stelle der Contribution von der Nahrung trat.

Bis zum Jahre 1837 ist denn auch von keiner Seite gegen die bestehende Besteuerungsweise ein Einwand erhoben. Bei den Verhandlungen über das Gewerbsteuergesetz vom 4. April 1837 wurde allerdings in der Landesversammlung die Frage angeregt und ausführlich erörtert, ob die Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses zulässig sei. Die Herzogl. Landesregierung hatte in dem vorgelegten Gesetzentwurfe gesagt, daß die Gildengenossen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von der Entrichtung der Gewerbesteuer auch ferner befreit bleiben sollten; die zur Prüfung des Gesetzentwurfs eingesetzte ständische Commission, deren Vorsitzender der damalige Landesdirector selbst war, vereinigte sich mit dem Deputirten der Herzogl. Landesregierung über die wirklich aufgenommene Bestimmung:

daß die Gildegeſſen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel bis zu einer anderweiten Beſtimmung der Steuerverhältniſſe dieſer Städte von der Gewerbeſteuer befreit ſein ſollten:

und zwar wie in dem Commissionsberichte ausdrücklich geſagt iſt: »damit darüber in der Folge keine Zweifel entſtehen mögen, aus welchem Grunde die Gildegeſſen in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von der Erlegung der Gewerbeſteuer ferner befreit geblieben ſeien,«

und obgleich bei den Verhandlungen in der Verſammlung ſelbſt die Zuläſſigkeit der Beibehaltung der Beſteuerungsweiſe der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel bezweifelt ward, weil der §. 39 der neuen Landſchaftsordnung beſtimmt, daß die Staatslaſten allgemein und nach gleichmäßigen Grundſätzen vertheilt werden ſollten, ging man doch darüber hinweg, weil man ſich überzeugte, daß die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel in den indirecten ſtädtiſchen Abgaben einen größern Beitrag zu den Staatslaſten leiſteten, als ſie zu tragen haben würden, wenn ſie mit denſelben Abgaben belegt würden, wie die übrigen Landeſtheile; weil ferner die Gewerbeſteuer bei den Gildemitgliedern in den übrigen Landeſtheilen an die Stelle des Landſchaftes und der Contribution von der Nahrung trat, die in Braunschweig und Wolfenbüttel nie entrichtet waren, der §. 39 cit. aber nicht anwendbar erſchien, ſo lange in beiden Städten eine beſondere Beſteuerungsweiſe überhaupt beſtehe.

Auch bei den Verhandlungen über das neue Grundſteuergeſetz vom 24. Auguſt 1849, Nr. 33, kam die beſondere Beſteuerung der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel wieder zur Sprache. In dem Eingange und im §. 2 des, von der Herzogl. Landeſregierung vorgelegten Geſezentwurfs war geſagt, daß das neue Geſez auf alle Landeſtheile mit Ausnahme der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel Anwendung finden ſolle. Dieſes veranlaſſte die ſtändiſche Commiſſion, ſich über die Steuerverhältniſſe beider Städte von der Herzogl. Landeſregierung Auskunft zu erbitten, beſonders um zu conſtatiren, ob deſſen Beibehaltung den übrigen Landeſtheilen nicht zur Beſchwerde gereiche und iſt darauf

eine Mittheilung vom 10. Februar 1849 erfolgt, aus welcher erhellet, daß die indirecten Abgaben aus den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel schon damals muthmaßlich 17,000 Thlr. jährlich mehr einbrachten, als von denselben zu zahlen sein würde, wenn die Gildegenossen zur Gewerbesteuer herangezogen und die Grundstücke zur Contribution veranlagt würden. Diese Mittheilung der Herzogl. Landesregierung bewog denn auch die ständische Commission, sich für die Beibehaltung der bisherigen Besteuerungsweise jener beiden Städte auszusprechen. Da indessen bei den Verhandlungen in der Landesversammlung zur Sprache kam, daß die Stadt Wolfenbüttel die Besteuerung gleich den übrigen Landestheilen wünsche, so wurde die bisherige Besteuerung nur für die Stadt Braunschweig beibehalten; im §. 94 des Gesetzes jedoch die Principien desselben auch für diese anwendbar erklärt und nur die Feststellung des Zeitpunktes der Einführung einem besondern Gesetze vorbehalten. In der Landesversammlung war damals der Antrag gestellt, dem §. 94 noch hinzuzufügen:

daß das Gesetz baldthunlichst erlassen werden solle, wenn nach Einführung der neuen Grundsteuer die Stadt Braunschweig durch ihre gesetzlichen Organe bei der Staatsregierung darauf antrage,

und dieser Antrag damit motivirt, daß die Stadt nach der Landesverfassung ein Recht habe, nach dem für das ganze Land geltenden Steuersysteme zu den Landessteuern herangezogen zu werden, eine abweichende Besteuerungsweise ihr nicht gegen ihren Willen aufzuerzwingt werden könne; es wurde jedoch der Antrag nicht weiter verfolgt, weil die Landesregierung, wenn auch mit dem Principe einverstanden, erklärte, daß durch die Aufnahme jenes Zusages finanzielle Verlegenheiten für den Staat entstehen könnten, wenn die Stadt Braunschweig sich für Einführung der Grundsteuer entscheide und der Betrag derselben dann hinter der Einnahme von den indirecten städtischen Steuern erheblich zurückbleibe. In Wolfenbüttel, wo die indirecten städtischen Abgaben wirklich aufgehoben sind und eine Grundsteuer, sowie die Gewerbesteuer von den Gildegenossen erhoben wird, ist bekanntlich ein sehr bedeutender Ausfall entstanden.

Um das Verhältniß der Stadt Braunschweig richtig zu beurtheilen, muß man das ganze Steuerverhältniß, welches in der Stadt Braunschweig rücksichtlich der Staatssteuern besteht, zusammen in das Auge fassen, darf aber nicht die Freiheit der Gildegenossen in Braunschweig als etwas Alleinstehendes betrachten. Nach den obigen geschichtlichen Ausführungen und namentlich nach den von Herzogl. Landesregierung im Jahre 1849 gemachten Mittheilungen steht unzweifelhaft fest, daß die zu Braunschweig erhobene Thor-, Mahl- und Schlachteaccise, Service, Fourage- und Proviantgeld als Aequivalent für die Grundsteuer von den Häusern, den Gärten, Aeckern und Wiesen und für die Gewerbesteuer von den Gildegenossen betrachtet wurden, und es wurde die bis dahin bestandene Besteuerungsweise beibehalten, weil die Landesversammlung die von der Herzoglichen Landesregierung ausgesprochene Ueberzeugung theilte, daß mit deren Aufhebung nicht ein Gewinn, sondern ein finanzieller Verlust für die Staatscasse verbunden sein würde. Das damals ermittelte Verhältniß hat sich aber seit jener Zeit zu Gunsten des Staats noch bedeutend erhöht. Bei einer Brutto-Einnahme von 82,089 Thlrn. aus den beiden Städten Braunschweig und Wolfenbüttel wurde der Verlust, welchen der Staat durch Einführung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer von den Gildegenossen erleiden würde, zu 17,000 Thlr. jährlich berechnet; nach dem jetzigen Etat beträgt die Einnahme aus der Stadt Braunschweig allein 91,088 Thlr.; der Verlust des Staats würde also bei einer veränderten Besteuerung der Stadt noch weit größer sein. Hiernach wird nicht bestritten werden können, daß die Erhebung einer Gewerbesteuer von den Gildegenossen für den Staat nicht gefordert werden kann, um eine Ausgleichung in der Besteuerung der Stadt Braunschweig, gegenüber den übrigen Landestheilen, herbeizuführen; daß darin lediglich eine Erhöhung der Steuerlast der Stadt Braunschweig um den Betrag der Gewerbesteuer der Gildegenossen liegen würde, welche schon an sich durchaus unmotivirt und unbillig sein würde, ungeachtet aber dadurch wird, daß den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel im §. 1 des Gesetzes vom 4. April 1837 ausdrücklich die Zusicherung ertheilt ist, daß die Gildegenossen daselbst

bis zu einer anderweiten Bestimmung der Steuerverhältnisse beider Städte von der Gewerbesteuer befreit bleiben sollten. Will man diese Zusicherung als durch die veränderten Gewerbsverhältnisse und den Erlass des neuen Gewerbesteuergesetzes aufgehoben ansehen, so würde es nur in der Gerechtigkeit beruhen, der Stadt Braunschweig gesetzlich die Zusicherung zu geben, daß die Grundsteuer daselbst auf die Anforderung der städtischen Behörden eingeführt werden soll, so daß dieselben selbst darüber bestimmen können, ob die Beibehaltung der jetzigen Besteuerungsweise die Erhöhung der Steuerlast um etwa 4000 Thlr. jährlich aufwiege; allein hierzu dürfte Herzogl. Landesregierung schwerlich geneigt sein.

Durch obige Ausführungen wird unzweifelhaft dargethan, daß die Stadt Braunschweig nach Recht und Billigkeit fordern kann, daß sie zu den bisherigen Staatslasten nicht in höherem Maße herangezogen werde, als solches bisher geschehen ist, und daß ihr, wenn eine Veränderung der bestehenden Verhältnisse durch die neuere Gesetzgebung nothwendig wird, für die daraus erwachsende größere Steuerlast eine Entschädigung aus der Staatscasse gezahlt wird. Der von der Herzogl. Landesregierung gemachte Vorschlag, daß die jetzigen Gildegenossen für ihre Lebenszeit frei bleiben sollten, könnte höchstens diese Gewerbetreibenden selbst, nicht aber die Stadt Braunschweig zufrieden stellen, da gegen diese die Ungerechtigkeit nur verlagt würde; nach den obigen Ausführungen steht aber der Staat nicht den Gildegenossen in Braunschweig, sondern der ganzen Stadt gegenüber, und es mußte sich darum handeln, wie den gerechten Ansprüchen dieser zu genügen war.

Hier konnte man zwei Wege in das Auge fassen. — Entweder konnte man die nach dem neuen Gewerbesteuergesetz sich bildenden oder bestehen bleibenden Innungen als Rechtsnachfolger der Gilden ansehen und die Mitglieder ferner von der Gewerbesteuer befreien, oder man konnte auch die Gildemitglieder sofort zur Gewerbesteuer heranziehen und der Stadt Braunschweig bis zu einer Aenderung der dortigen Steuerverhältnisse alljährlich diejenige Summe aus der Staatscasse vergüten, welche die jetzt dort ansässigen Gildemitglieder nach dem Gesetze vom 4. April 1837 an Gewerbesteuer zu

entrichten haben würden, obgleich auch dieses für die Stadt Braunschweig insofern noch von Nachtheil ist, als die hinzukommenden handwerksmäßigen Gewerbetreibenden künftig ohne Entschädigung zu der Gewerbesteuer herangezogen werden, wogegen die Stadt allerdings darin keine Beeinträchtigung finden kann, daß die Entschädigung nach dem Gesetze vom 4. April 1837 und nicht nach dem jetzigen höheren Tarife berechnet wird, weil diese Erhöhung alle Gewerbetreibenden im ganzen Lande gleichmäßig trifft.

Da der erst gedachte, von den Gildegenossen der Stadt Braunschweig allerdings gewünschte Weg den Grundsätzen der neuen Gewerbegesetzgebung offenbar nicht entspricht, weil er einen indirecten Zwang zum Beitritt zu den Innungen enthalten würde, diese freiwilligen Vereine aber auch nur gezwungener Weise als Rechtsnachfolger der Gilden betrachtet werden können, so stellte die ständische Commission bei der Herzogl. Landesregierung den Antrag, nach dem zweiten Vorschlage zu verfahren und danach den betreffenden Paragraphen der Gesetzesvorlage — welcher die zur Zeit der Publication des Gesetzes vorhandenen Mitglieder der Gilden in der Stadt Braunschweig, so lange nicht die Steuerverhältnisse in der Stadt Braunschweig nach §. 14 des Gesetzes vom 24. August 1849 über die Grundsteuer geändert werden, für ihre Person und so lange sie ihr Gewerbe in dem bisherigen Umfange treiben, für dieses Gewerbe von der Gewerbesteuer befreite, — abzuändern, indem die Commission bemerklich machte, daß die der Stadt Braunschweig jährlich zu zahlende Entschädigung nach einer aufgestellten Berechnung sich auf 4202 Thlr. 22 Gr. 5 Pf. belaufen würde.

Bei den stattgehabten Verhandlungen hat nun Herzogl. Landesregierung die Ansicht, daß die Stadt Braunschweig entschädigt werden müsse, allerdings als eine berechnete anerkannt, wünschte jedoch insofern eine Abänderung des gemachten Vorschlages, daß die gegenwärtigen Gildemitglieder für ihren jetzigen Gewerbebetrieb auch künftig von der Gewerbesteuer befreit bleiben, weil dieselben, wenn sie jetzt zu der ungewohnten Abgabe herangezogen würden und sich in einem wohlverworbenen Rechte beeinträchtigt glaubten, in eine große Aufregung gerathen und zur Unzufriedenheit veran-

laßt werden würden, was die Landesregierung vermeiden zu sehen wünschen mußte; daß dagegen der Stadt Braunschweig mit Rücksicht auf die einstweilige Freilassung der Gildemitglieder von der Gewerbebesteuer eine geringere Entschädigung gezahlt werde, als dieselbe würde beanspruchen können, wenn die Steuer sofort erhoben würde, und daß jene Entschädigung nicht in jährlichen Renten, sondern in einer Aversionalsumme erfolge.

Die Commission erkannte das erstgedachte Motiv der Herzogl. Landesregierung als begründet an. Die Erhebung der Gewerbebesteuer von den bis dahin steuerfreien Gildegenossen würde dieselben voraussichtlich sehr unangenehm berührt haben, besonders nachdem durch den ihnen nicht unbekannt gebliebenen Gesetzentwurf in ihnen die Hoffnung erweckt war, daß das gegenwärtige Verhältniß für ihre Lebenszeit bestehen bleiben könne. Dieses bei einer so zahlreichen Classe der Einwohner der Haupt- und Residenzstadt zu verhüten, mußte für die Landesregierung, wie für die Landesversammlung, wünschenswerth sein, und es schlossen sich daher Commission und Landesversammlung, obgleich im Principe nicht völlig einverstanden, dem Vorschlage der Landesregierung an.

Auch dagegen fanden Commission und Landesversammlung nichts zu erinnern, daß die Stadt Braunschweig statt durch eine jährliche Rente, durch ein Capital entschädigt werde, hielten solches vielmehr mit Herzogl. Landesregierung in mancher Hinsicht für besser, weil dadurch das ganze Verhältniß mit einem Male definitiv geordnet wird, wie auch andererseits darin kein Grund für die Ablehnung des Antrages gefunden wurde, daß die jährliche Rente dann aufhören würde, wenn die Stadt Braunschweig dereinst der Grundsteuer unterworfen werden sollte, da solches ohne ein Gesetz nicht geschehen kann, die Landesregierung und die Landesversammlung aber nur dasselbe nicht zu erlassen brauchen, um das zu treffende Abkommen dem Staate ungefährlich zu machen, abgesehen davon, daß die Stadt Braunschweig selbst eine Veränderung ihrer jetzigen Besteuerung aus freiem Antriebe schwerlich fordern wird, wenn nicht eine ungerechte Behandlung rücksichtlich der Besteuerung sie dazu zwingt.

Daß der Stadt Braunschweig zu zahlende Entschädigungs-

capital würde, wenn die Gildegenossen sofort zur Gewerbesteuer herangezogen werden sollten, 105,000 Thlr. betragen müssen, da dieselben, wie oben bemerkt, nach dem Tarife vom 4. April 1837 jährlich 4200 Thlr. an Gewerbesteuer zu entrichten haben würden. Da nun aber der Staat jene Abgabe erst bekommt, wenn die jetzigen Gewerbetreibenden abgegangen und durch neue ersetzt sind, wofür ein Zeitraum von 30 Jahren etwa anzunehmen sein dürfte, so war zu ermitteln, welches Capital zu zahlen sei, damit die Stadt Braunschweig nach Ablauf jenes Zeitraumes sich in dem Besitze der obengedachten Summe befindet, dabei aber zu berücksichtigen, daß die gildemäßigen Gewerbetreibenden in Braunschweig, welche bei Erlass des Gesetzes schon vorhanden sind, nicht bloß von der jetzigen, sondern auch von der künftigen höheren Gewerbesteuer befreit bleiben sollten. Man nahm daher den Betrag von 30,000 Thlr. als den verschiedenen Rücksichten entsprechend an. Allerdings hat die Stadt Braunschweig bei dieser Uebereinkunft noch immer den Nachtheil, daß die hinzukommenden Gewerbetreibenden, deren Zahl nach Eintritt der Gewerbefreiheit nicht unbedeutend sein dürfte, sofort die Gewerbesteuer entrichten müssen und ihre günstige Stellung gegenüber den auswärtigen Gewerbetreibenden verlieren, daß die Steuerpflicht selbst die schon ansässigen Gewerbetreibenden bei Ausdehnung ihrer Gewerbsthätigkeit trifft; allein dieser Nachtheil ist ohne gänzliches Verlassen der allgemeinen Grundsätze nicht zu vermeiden, und mag Seitens der Stadt dagegen aufgerechnet werden, daß das Verhältniß für alle Zeit geordnet wird.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Die Schule
der
Elementar-Mechanik u. Maschinenlehre
für den Selbstunterricht
angehender Techniker, Mechaniker, Industrieller, Landwirthe,
Bergmänner, Architekten, Bauhandwerker, Werkführer,
Mühlen- und Fabrikbesitzer

sowie für

Gewerbe- und Realschulen.

Zum Theil nach Delaunay's Cours élémentaire de Mécanique
frei bearbeitet von

Dr. H. Schellen,

Director der Realschule I. Ordn. zu Cöln.

Zweite verbesserte Auflage.

Mit 845 in den Text eingedruckten Holzschnitten.

In zwei Theilen.

gr. 8. Fein Velinpap. geh. Preis 2 Thlr. 24 Sgr.

Der Führer des Maschinisten.

Anleitung

zur Kenntniss, zur Wahl, zur Aufstellung, Wartung und Feuerung
der

Dampfmaschinen, Dampfkessel und Triebwerke.

Ein Hand- und Hilfsbuch

für

Heizer, Dampfmaschinenwärter, angehende Mechaniker, Ingenieure,
Fabrikherren, Maschinenbauanstalten, technische Behörden
und Gewerbeschulen.

Nach selbstständiger Erfahrung bearbeitet

von

E. F. Scholl,

Civil-Ingenieur.

Sechste verbesserte und vermehrte Auflage,

besorgt von

F. Reuleaux,

Professor am Königl. Gewerbe-Institute in Berlin, Mitglied der Königl. technischen
Deputation für Gewerbe.

Mit 811 in den Text eingedruckten Holzschnitten.

8. Fein Velinpapier. cart. Preis 1 Thlr. 25 Sgr.

Elegant in engl. Leinen gebunden. Preis 2 Thlr. 2½ Sgr.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Commentar

zum

allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch.

Von Dr. Friedrich von Hahn,

Oberappellationsgerichtsrath und ordentlicher Professor in Jena, Mitglied der Commission zur Berathung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs.

Erster Band.

Das erste, zweite und dritte Buch des Handelsgesetzbuchs.

gr. 8. Fein Velinpap. geh. Preis 2 Thlr. 9 Sgr.

Die grösseren

Justizorganisationsgesetze

für das

Herzogthum Braunschweig,

nebst

einem kurzen, den Motiven, Berichten und Verhandlungen über dieselben entnommenen Commentare.

In zwei Bänden.

Zusammengestellt von

Dr. R. Degener.

gr. 12. Fein Velinpap. geh. Preis 1 Thlr. 20 Sgr.

Die Schule der Chemie,

oder erster Unterricht in der Chemie, versinnlicht durch einfache Experimente. Zum Schulgebrauch und zur Selbstbelehrung, insbesondere für angehende Apotheker, Landwirthe, Gewerbtreibende etc.

Von

Dr. J. A. Stöckhardt,

Königl. Sächs. Hofrath, Professor der Chemie an der Königlichen Akademie für Forst- und Landwirthe zu Tharand und K. S. Apothekenrevisor.

Mit 286 neu gestochenen in den Text eingedruckten Holzstichen und einer Farbentafel.

Vierzehnte verbesserte Auflage.

8. Velinpap. geh. Preis 2 Thlr.